



F a c h b l i c k
Das Ministerium

Monatsbericht des BMF Juni 2002



Monatsbericht des BMF
Juni 2002

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	21
Entwicklung der Länderhaushalte	24
Termine	25
Analysen und Berichte	27
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	29
Verbraucherpreisentwicklung seit der Euro-Bargeldeinführung	35
Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2002	39
Entwicklungstendenzen nationaler Steuersysteme	47
Aktueller Diskussionsstand zur europaweiten Unternehmensbesteuerung	57
Der nationale Stabilitätspakt – Wege zur Haushaltsdisziplin in Deutschland und Europa	61
Der Luxemburg-Prozess und der Nationale Beschäftigungspolitische Aktionsplan 2002	71
Statistiken und Dokumentationen	77
Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	82
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	114
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	134
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage (Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de)	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Bundeshaushalt 2002 ist zum dritten Mal in Folge ein Bundeshaushalt in Kraft getreten, dessen Neuverschuldung geringer ist als im Vorjahr. Seit 1998 sank die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt von rund 29 Mrd. € auf rund 21 Mrd. € in 2002 und damit um mehr als ein Viertel. Der am 19. Juni 2002 vom Kabinett verabschiedete Entwurf des Bundeshaushalts 2003 sieht einen weiteren Rückgang der Nettokreditaufnahme auf 15,5 Mrd. € vor.

Nur durch die Fortsetzung der klaren Konsolidierungsstrategie in den kommenden Jahren können Handlungsspielräume zurückgewonnen und mehr Generationengerechtigkeit erreicht werden. „Konsolidieren und Gestalten“ – unter diesem Stichwort wollen wir auch die Qualität des Budgets verbessern.

Durch eine erfolgreiche Sanierung der Staatsfinanzen werden die jährlichen Zins- und Tilgungsverpflichtungen dauerhaft gesenkt. Die wachsenden finanzpolitischen Handlungsspielräume können langfristig für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt werden und tragen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft bei. Die Ausgabendisziplin hat auch die Basis für die umfassenden Steuerreformmaßnahmen zur Entlastung von Unternehmen und Verbrauchern geschaffen. Der Schuldenabbau ist ein wichtiger Beitrag der Finanzpolitik zur Solidarität unter den Generationen. Im Jahr 2006 werden wir einen Bundeshaushalt vorlegen, dessen Ausgaben ganz ohne neue Kredite finanziert werden. Danach kann mit dem Abbau der Bundesschulden begonnen werden. Eine ausführliche Darstellung der wesentlichen Schwerpunkte des Bundeshaushalts 2003 werden Sie in der nächsten Ausgabe des Monatsberichts finden.

In einem föderalen Staat müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam zur Konsolidierung

beitragen. Dafür dient der Nationale Stabilitäts- pakt, der die Einhaltung der deutschen Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt sicherstellt. Der Bund leistet seinen Beitrag, in dem die Ausgaben in den Jahren 2003 und 2004 jeweils um ein halbes Prozent abgesenkt werden. Jetzt sind Länder und Kommunen gefordert, ihre Ausgaben konsequent zu begrenzen. Zusammen werden wir im Jahr 2004 einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt – der neben dem Bundeshaushalt auch die Haushalte von Ländern und Gemeinden sowie die Sozialkassen umfasst – erreichen. Der Nationale Stabilitäts- pakt sichert als zukunftsweisende Reform im Bereich der föderalen Finanzbeziehungen die Einhaltung der Stabilitätsziele in Deutschland.

Auch andere EU-Staaten stehen vor der Aufgabe, die Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten. Die Mitgliedstaaten, in denen sehr unterschiedliche föderale Strukturen bestehen, haben verschiedene innerstaatliche Regelungen zur Wahrung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen. Diese möchten wir Ihnen in unserem Beitrag vorstellen. Im europäischen Kontext wird nochmals deutlich, dass der deutsche Weg der präventiven Defizitvermeidung die Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden auf eine europataugliche Grundlage gestellt hat.

In der Öffentlichkeit findet in diesem Jahr nach der Einführung des Eurobargeldes im Januar 2002 eine intensive Diskussion über die Verteuerung bestimmter Waren und Dienstleistungen statt. Tatsächlich gab es in diesem Zusammenhang insbesondere im Freizeitbereich und im Gaststättengewerbe einige Preisentwicklungen, die die Konsumenten verärgert haben und in der Folge zu Konsumzurückhaltung geführt haben. Insgesamt ist der Preisanstieg mit 1,1 % im Mai jedoch auf einem historisch niedrigen Niveau. Deutschland hat damit die niedrigste Inflationsrate in der Europäischen Union. Diese Preisstabilität ist auch eine solide Basis für ein

schnelles und spannungsfreies Anspringen der Konjunktur.

Ein breiter Abschnitt in dieser Ausgabe des Monatsberichts ist der Thematik Steuern gewidmet. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat Mitte Mai diesen Jahres die Entwicklung der Steuereinnahmen für den mittelfristigen Zeitraum 2002 bis 2006 geschätzt. Aufgrund der schlechteren konjunkturellen Ausgangssituation mussten die Ansätze im Vergleich zu den letzten Steuerschätzungen im Mai und November 2001 nach unten korrigiert werden. Mit dem deutlichen Zeichen einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der wachstumsfördernden Auswirkungen unserer erfolgreichen Steuerpolitik belegen die Ergebnisse der Steuerschätzung, dass wir das Ziel eines nahezu ausgeglichenen Gesamthaushalts 2004 und eines ausgeglichenen Bundeshaushalt 2006 erreichen können. Eines ist jedoch klar: Es besteht kein Spielraum für neue Ausgabenprogramme oder weitere Einnahmeverzichte.

Die steuerpolitischen Reformen der letzten Jahre, insbesondere die Steuerreform 2000, haben sich nicht nur auf die Höhe der Steuereinnahmen ausgewirkt. Die geänderten Rahmenbedingungen fanden vielmehr auch ihren Niederschlag in der Struktur der Steuereinnahmen und in der Entwicklung der Steuer- und Abgabenquote. Zukünftige Überlegungen zur Weiterentwicklung des deutschen Steuersystems müssen an die positiven Wirkungen der bisherigen Reformmaßnahmen anknüpfen: Nur so schaffen wir einen verlässlichen Rahmen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Nachhaltiges Wachstum ist auch ein zentrales Element einer Strategie für mehr Beschäfti-

gung. Der „Nationale Beschäftigungspolitische Aktionsplan“ 2002 bildet dabei gemeinsam mit den Aktionsplänen der anderen EU-Mitgliedstaaten die Grundlage für den Gemeinsamen Jahresbericht über die Beschäftigungslage und die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien sowie die länderspezifischen Empfehlungen (so genannter „Luxemburg-Prozess“), die dem Europäischen Rat vorgelegt werden. Darin kommt der umfassende Politikansatz der Bundesregierung zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung zum Ausdruck, der auf eine konsequente Konsolidierung der Staatsfinanzen, umfangreiche Steuersenkungen für Arbeitnehmer und Unternehmen, eine verbesserte strukturelle Anpassungsfähigkeit der Unternehmen, die Entwicklung des Unternehmergeistes sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik setzt, die Arbeitslosen den Weg zurück in den Arbeitsmarkt ebnet und dem Entstehen neuer Arbeitslosigkeit vorbeugt.



Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de



Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	21
Entwicklung der Länderhaushalte	24
Termine	25

Überblick zur wirtschaftlichen Lage¹

Deutschland steht am Beginn eines Aufschwungs. Im ersten Vierteljahr ist das Bruttoinlandsprodukt preis- und saisonbereinigt² um 0,2 % gestiegen, nachdem es in den beiden Vorquartalen jeweils etwas zurückgegangen war. Zuletzt gingen die Hauptimpulse vom stark gestiegenen Exportbeitrag aus. Die über das erste Quartal hinausreichenden Indikatoren signalisieren eine Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung und auch eine Stärkung der binnengewirtschaftlichen Nachfrage.

- In der Industrie war die Produktionsentwicklung weiter aufwärts gerichtet (März/April gegenüber Januar/Februar (sb) +0,3 %). Im Monat April für sich genommen erhöhte sich

auch der Inlandsumsatz, der noch im ersten Quartal leicht gesunken war.

- Die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen hat im März/April erneut zugenommen (sb) +0,5 %. Auch hierbei war für den Monat April eine spürbare Belebung des Inlandsgeschäfts festzustellen.
- In der ostdeutschen Industrie entwickelten sich Produktion und Nachfrage weiterhin günstiger als im Westen.
- Die Bauinvestitionen und die Bruttowertschöpfung sind im ersten Quartal erstmals seit längerem wieder etwas angestiegen. Im Bauhauptgewerbe ist allerdings die Produktion im März/April erneut zurückgegangen (sb) -2,7 %). Dagegen hat sich die Baunachfrage spürbar belebt.
- Die Privaten Konsumausgaben verringerten sich im ersten Quartal preis- und saisonbereinigt um 0,3 %. Im April haben jedoch zumindest die

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. Juni 2002 vorlagen.

² Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren (sb).

Reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland



Einzelhandelsumsätze erstmals wieder zugelegt.

- Beim Export hält der Aufwärtstrend an. Der Wert der Warenausfuhren erhöhte sich im März/April (sb) um 2,1 %. Auch die Importe haben zugenommen, was auf eine gestiegene Binnennachfrage hindeutet. In der Leistungsbilanz ist der Überschuss bis April auf 13,9 Mrd. € angewachsen.
- Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich im Mai die übliche Frühjahrsbelebung fort. Sie fiel jedoch schwächer als sonst um diese Zeit aus, sodass in saisonbereinigter Rechnung die Arbeits-

losigkeit weiter zugenommen hat. Das Ausmaß des Anstiegs (sb) + 60 000 dürfte aber durch Sonderfaktoren überzeichnet sein. Insgesamt waren 3,95 Mio. Personen als Arbeitslose registriert, 226 000 mehr als vor Jahresfrist.

- Die Preisentwicklung verlief in sehr ruhigen Bahnen. Die jährliche Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe ist im Mai (+ 1,1 %) auf den niedrigsten Stand seit November 1999 gefallen. Der für die Länder der EU harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) belief sich auf + 1,0 %, womit Deutschland die niedrigste Inflationsrate in der EU aufwies.

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

	Jahr				1999				2000				2001				2002	
	1998	1999	2000	2001	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2002	
Bruttoinlandsprodukt real^{1, 2}																		
Deutschland	1,7	1,7	3,2	0,8	1,0	2,0	3,0	2,9	4,4	3,2	2,5	1,8	0,7	0,4	0,0	- 0,2		
Eurozone (EUR-12) ⁴	2,9	2,6	3,4	1,4	2,2	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,4	1,6	1,3	0,3	0,1		
Europäische Union (EU-15)	2,9	2,6	3,4	1,5	2,2	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,7	1,4	0,5	0,2		
Japan	- 1,1	0,8	1,5	- 0,4	1,0	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,3	1,4	- 0,7	- 0,5	- 2,0	- 1,6		
Kanada	4,0	5,1	4,6	1,1	4,3	5,4	5,2	5,1	5,1	4,6	3,5	2,4	1,9	0,4	0,7	2,2		
USA	4,3	4,1	4,1	1,2	3,9	4,0	4,4	4,2	5,2	4,4	2,8	2,5	1,2	0,5	0,5	1,6		
Jahresdurchschnitt																		
1999	2000	2001		Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	2002	
Arbeitslosenquoten in %^{2, 3}																		
Deutschland	8,6	7,9	7,9	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0	8,1	8,1	8,1	8,1	8,3		
Eurozone (EUR-12) ⁴	9,5	8,5	8,1	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,1	8,1	8,1	8,4	8,2	8,2	8,2	*		
Europäische Union (EU-15)	8,7	7,9	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,5	7,5	7,5	7,6	*		
Japan	4,7	4,7	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,4	5,4	5,5	5,3	5,3	5,2	5,2	*		
Kanada	7,6	6,8	7,2	7,0	7,0	7,0	7,2	7,2	7,3	7,5	8,0	7,9	7,9	7,7	7,6	7,7		
USA	4,2	4,0	4,8	4,4	4,6	4,6	4,9	5,0	5,4	5,6	5,7	5,6	5,5	5,7	6,0	5,8		
Verbraucherpreise^{1, 3}																		
Deutschland	0,6	2,1	2,4	3,6	3,1	2,6	2,6	2,1	2,0	1,5	1,5	2,3	1,8	1,9	1,6	1,0		
Eurozone (EUR-12) ⁴	1,1	2,3	2,5	3,4	3,0	2,8	2,8	2,5	2,4	2,1	2,0	2,7	2,4	2,5	2,4	2,0		
Europäische Union (EU-15)	1,2	2,1	2,3	3,1	2,8	2,6	2,6	2,4	2,2	1,8	1,9	2,5	2,3	2,3	2,2	1,8		
Japan	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,8	- 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 1,4	- 1,6	- 1,2	- 1,1	*		
Kanada	1,7	2,7	2,5	3,9	3,3	2,6	2,8	2,6	1,9	0,7	0,7	1,3	1,5	1,8	1,7	1,0		
USA	2,1	3,5	2,8	3,6	3,2	2,7	2,7	2,6	2,1	1,9	1,6	1,1	1,1	1,5	1,6	*		

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

¹ Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

² Saisonbereinigt.

³ Harmonisiert.

⁴ Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgabenentwicklung stabilisiert sich auf einem Niveau, das seit Februar rund 3 % über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres liegt (+3,3 Mrd. €). Begründet ist diese Entwicklung durch den hohen Anteil konsumtiver Ausgaben (43,4 % der Gesamtausgaben). Verglichen mit dem Vorjahresergebnis liegen sie um 4,4 Mrd. € höher.

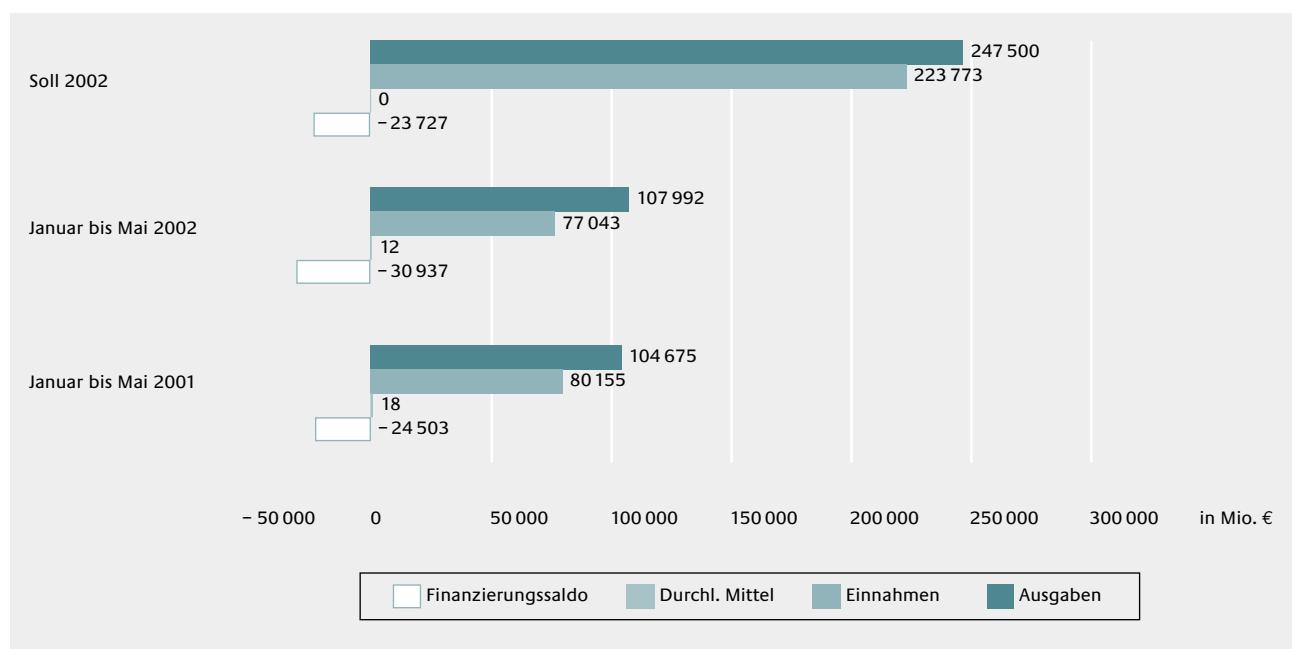
Die Einnahmen haben sich in Relation zum Vormonat günstiger entwickelt: Zwar unterschreiten sie mit insgesamt 77 Mrd. € das Vorjahresergebnis in Höhe von 80,2 Mrd. € um 3,2 Mrd. € (-3,9 %); die Abweichung im Vormonat lag jedoch bei -6,5 %. Die Steuereinnahmen in Höhe von 67 Mrd. € haben sich gegenüber dem Zeitraum bis April 2002 (-3,6 Mrd. €) leicht verbessert. Die Abweichung zum Vorjahreszeitraum

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2002	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Mai 2002
Ausgaben (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	247,5 1,8	108,0 3,2
Einnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	223,8 1,6	77,0 - 3,9
Steuereinnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	199,2 2,8	67,0 - 4,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 23,7 - - 2,7	- 30,9 - 14,7 - 0,1
Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	- 21,1	- 16,1

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



beträgt 3 Mrd. €. Erzielte der Bund bis Mai 2001 rund 70 Mrd. € Steuereinnahmen, so sind es in diesem Jahr 67 Mrd. €.

Die Erlöse aus Verwaltungseinnahmen verbessern sich kontinuierlich. Nach den hohen negativen Veränderungsraten der Vormonate liegt sie

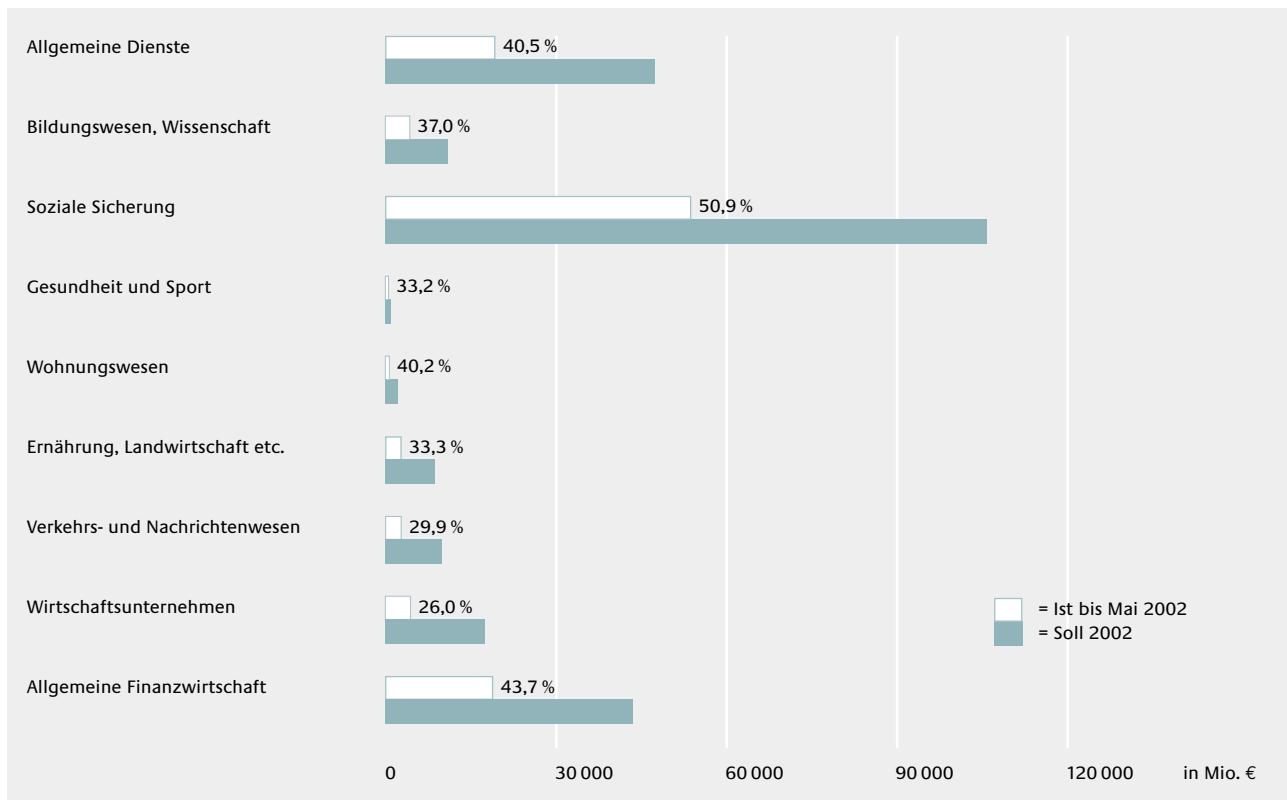
nunmehr bei – 2 %. Mit 10 Mrd. € unterschreiten sie das Vorjahresergebnis von 10,2 Mrd. € um 0,2 Mrd. €.

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von 30,9 Mrd. € können keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-	
		Januar bis Mai		Januar bis Mai	derungen	ggü.
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Vorjahr in %
Allgemeine Dienste	47 634	19 273	17,8	19 542	18,7	– 1,4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 621	1 470	1,4	1 571	1,5	– 6,4
Verteidigung	27 485	11 200	10,4	11 509	11,0	– 2,7
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 898	3 619	3,4	3 769	3,6	– 4,0
Finanzverwaltung	2 970	1 191	1,1	–	–	–
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	10 944	4 053	3,8	3 746	3,6	+ 8,2
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 100	380	0,4	404	0,4	– 5,9
BAföG	810	444	0,4	342	0,3	+ 29,8
Forschung und Entwicklung	6 778	2 425	2,2	2 211	2,1	+ 9,7
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	105 997	53 990	50,0	50 866	48,6	+ 6,1
Sozialversicherung	70 187	34 009	31,5	32 491	31,0	+ 4,7
Arbeitslosenversicherung	2 000	5 075	4,7	4 495	4,3	+ 12,9
Arbeitslosenhilfe	13 000	5 781	5,4	5 138	4,9	+ 12,5
Wohngeld	2 100	904	0,8	757	0,7	+ 19,4
Erziehungsgeld	3 458	1 404	1,3	1 395	1,3	+ 0,6
Kriegsopfersorgung und -fürsorge	3 764	1 822	1,7	1 958	1,9	– 6,9
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 012	336	0,3	339	0,3	– 0,9
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	834	0,8	973	0,9	– 14,3
Wohnungswesen	1 611	767	0,7	897	0,9	– 14,5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	8 775	2 925	2,7	4 833	4,6	– 39,5
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	384	0,4	1 897	1,8	– 79,8
Kohlenbergbau	2 929	1 529	1,4	1 887	1,8	– 19,0
Gewährleistungen	2 200	374	0,3	427	0,4	– 12,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	2 979	2,8	2 690	2,6	+ 10,7
Straßen (ohne GVFG)	5 540	1 447	1,3	1 323	1,3	+ 9,4
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	17 510	4 553	4,2	3 457	3,3	+ 31,7
Postunterstützungskassen	5 423	1 181	1,1	867	0,8	+ 0,0
Bundeseisenbahnvermögen	6 211	2 159	2,0	1 382	1,3	+ 56,2
Deutsche Bahn AG	4 682	743	0,7	746	0,7	– 0,4
Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	19 048	17,6	18 230	17,4	+ 4,5
Fonds „Deutsche Einheit“	2 462	1 025	0,9	1 377	1,3	– 25,6
Zinsausgaben	38 887	17 710	16,4	16 513	15,8	+ 7,2
Ausgaben zusammen	247 500	107 992	100,0	104 675	100,0	3,2

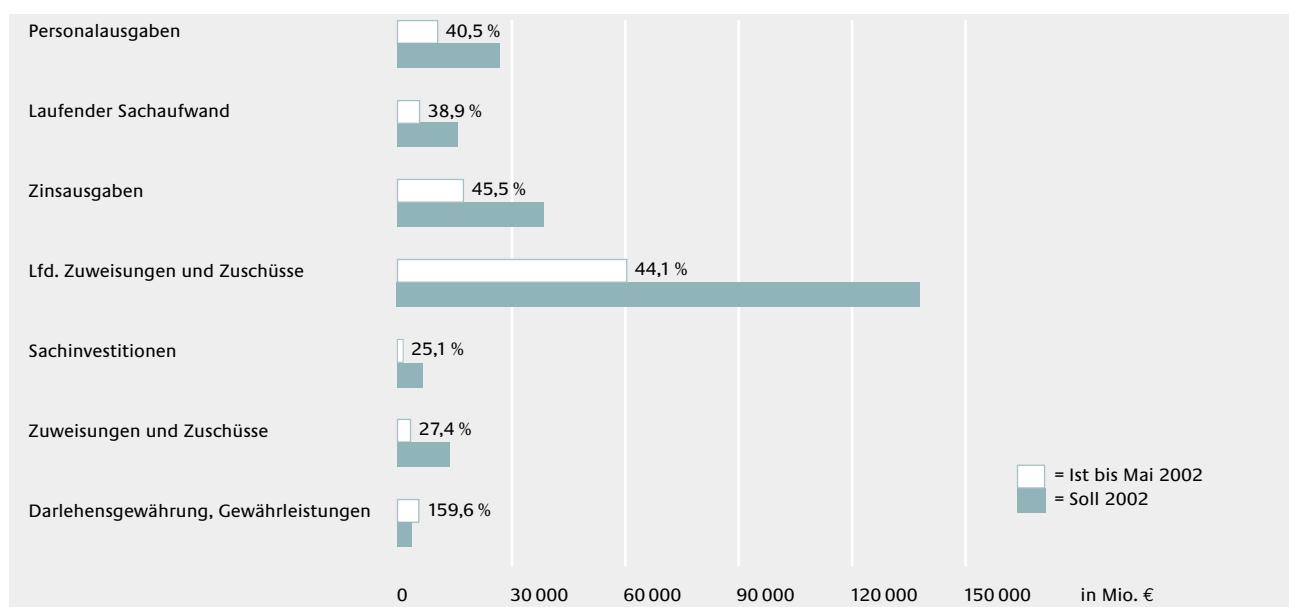
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Mai 2002



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	
Konsumtive Ausgaben	220 978	96 170	89,1	91 814	87,7
Personalausgaben	27 132	10 988	10,2	11 030	10,5
Aktivbezüge	20 620	8 204	7,6	8 276	7,9
Versorgung	6 513	2 784	2,6	2 754	2,6
Laufender Sachaufwand	16 069	6 251	5,8	6 400	6,1
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 592	481	0,4	456	0,4
Militärische Beschaffungen	7 331	2 997	2,8	3 347	3,2
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 147	2 773	2,6	2 597	2,5
Zinsausgaben	38 887	17 710	16,4	16 513	15,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	138 443	61 035	56,5	57 510	54,9
an andere Bereiche darunter	14 859	5 742	5,3	5 058	4,8
Unternehmen	123 584	55 278	51,2	52 449	50,1
Renten, Unterstützungen u. a.	16 865	5 939	5,5	5 768	5,5
Sozialversicherungen	20 651	9 205	8,5	8 750	8,4
Sonstige Vermögensübertragungen	82 311	38 595	35,7	36 611	35,0
Soll 2002	25 041	11 822	10,9	12 862	12,3
Investive Ausgaben	1 481	0	0	0	- 8,1
Finanzierungshilfen	18 238	10 114	9	11 145	10,6
Zuweisungen und Zuschüsse	13 905	3 814	3,5	5 356	5,1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 699	5 905	5,5	5 439	5,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	634	395	0,4	350	0,3
Sachinvestitionen	6 803	1 708	1,6	1 716	2
Baumaßnahmen	5 586	1 377	1,3	1 374	1,3
Erwerb von beweglichen Sachen	787	225	0,2	243	0,2
Grunderwerb	430	106	0,1	100	0,1
Globalansätze	1 481	0	0	0	-
Ausgaben insgesamt	247 500	107 992	100,0	104 675	100,0
					+ 3,2

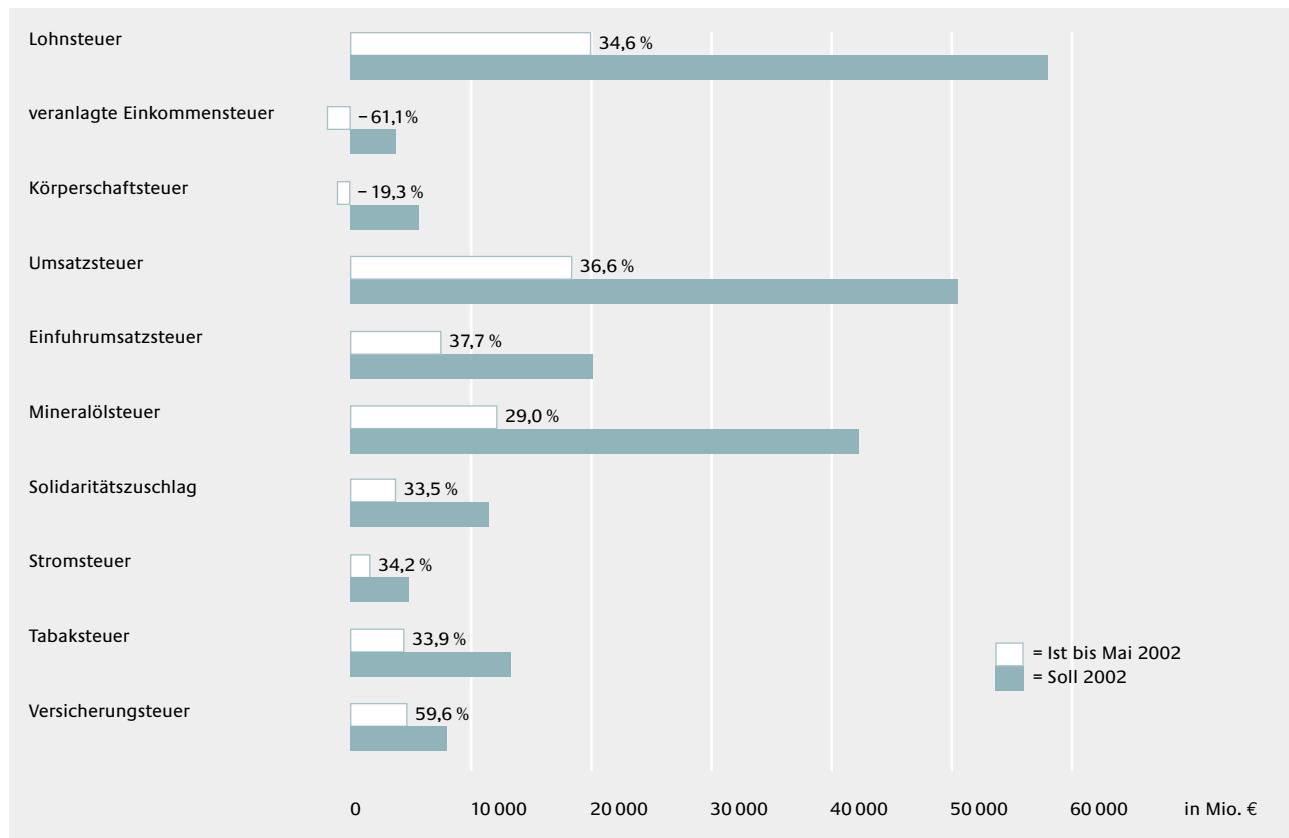
Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Mai 2002



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-	
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	derungen gegenüber Vorjahr in %
I. Steuern	199 239	67 016	87,0	70 051	87,4	- 4,3
Bundesanteile an:	150 272	48 825	63,4	53 162	66,3	- 8,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	77 229	22 134	28,7	25 021	31,2	- 11,5
davon:						
Lohnsteuer	58 225	20 166	26,2	20 710	25,8	- 2,6
veranlagte Einkommensteuer	3 781	- 2 312	- 3,0	- 1 881	- 2,3	+ 22,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 500	3 237	4,2	4 894	6,1	- 33,9
Zinsabschlag	3 973	2 156	2,8	2 206	2,8	- 2,3
Körperschaftsteuer	5 750	- 1 112	- 1,4	- 908	- 1,1	+ 22,5
Umsatzsteuer	50 755	18 586	24,1	18 640	23,3	- 0,3
Einfuhrumsatzsteuer	20 281	7 641	9,9	9 106	11,4	- 16,1
Gewerbesteuerumlage	2 007	465	0,6	395	0,5	+ 17,7
Versicherungsteuer	8 100	4 824	6,3	4 403	5,5	+ 9,6
Solidaritätszuschlag	11 550	3 867	5,0	4 186	5,2	- 7,6
Tabaksteuer	13 400	4 549	5,9	4 006	5,0	+ 13,6
Kaffeesteuer	1 050	418	0,5	407	0,5	+ 2,7
Branntweinsteuern	2 075	640	0,8	651	0,8	- 1,7
Mineralölsteuer	42 500	12 315	16,0	11 975	14,9	+ 2,8
Stromsteuer	4 950	1 691	2,2	1 463	1,8	+ 15,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 715	- 3 897	- 5,1	- 3 334	- 4,2	+ 16,9
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 700	- 3 984	- 5,2	- 4 234	- 5,3	- 5,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 731	- 2 374	- 3,1	- 2 826	- 3,5	- 16,0
II. Sonstige Einnahmen	24 534	10 027	13,0	10 104	12,6	- 0,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 095	3 760	4,9	3 876	4,8	- 3,0
Zinseinnahmen	1 055	385	0,5	1 126	1,4	- 65,8
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	11 296	2 384	3,1	1 847	2,3	+ 29,1
Einnahmen zusammen	223 773	77 043	100,0	80 155	100,0	- 3,9

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Mai 2002



Steuereinnahmen im Mai 2002

Die **Steuereinnahmen insgesamt** (ohne Gemeindesteuern) lagen im Mai 2002 um **+1,6 %** über dem Ergebnis des Mai 2001. Erstmals seit Jahresbeginn ist damit in einem Monat eine positive Veränderungsrate der Steuereinnahmen zu verzeichnen, allerdings bei schwacher Vorjahresbasis. Während die gemeinschaftlichen Steuern um +1,4 % und die reinen Bundessteuern um +4,8 % zulegten, gingen die reinen Ländersteuern um -5,9 % zurück.

Die **kumulierte Veränderungsrate** Januar bis Mai 2002 der Steuereinnahmen insgesamt liegt mit **-3,6 %** derzeit unter der für das Gesamtjahr geschätzten Zunahme von **+2,1 %** (Steuerschätzung Mai 2002).

Die **Steuereinnahmen des Bundes** stiegen im Mai 2002 gegenüber dem Vorjahr um **+1,7 %**. Damit verbesserte sich die kumulierte Veränderungsrate Januar bis Mai 2002 auf **-4,1 %**.

Die Stagnation bei den **Lohnsteuereinnahmen** im Mai 2002 (+0,1 %) ist auf die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Kindergelderhöhung zurückzuführen. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer (Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes) nahm um +2,2 % zu.

Die Aufkommenssituation der **veranlagten Einkommensteuer** verbesserte sich im Mai 2002 gegenüber dem Vorjahr um gut 100 Mio. €. Allerdings waren die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer, die das Kassenaufkommen mindern, um -8,8 % niedriger.

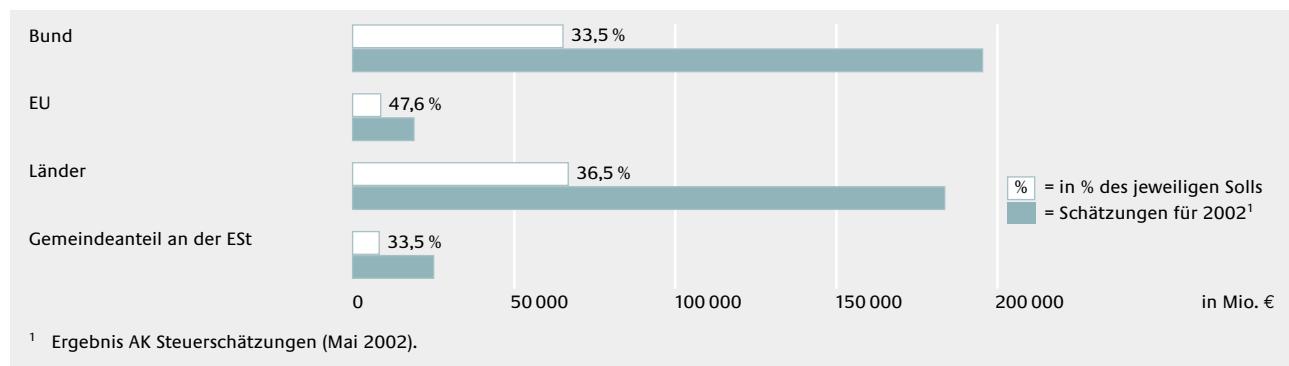
Bei der **Körperschaftsteuer** fiel das Kassenminus mit -1,6 Mrd. € deutlich geringer aus als im entsprechenden Vorjahresmonat (-2,3 Mrd. €). Dieses positive Ergebnis relativiert sich jedoch angesichts einer äußerst schwachen Vorjahresbasis.

Die Einnahmen aus den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** stiegen um +8,3 %. Auch hier liegt ein Basiseffekt vor, da das Aufkommen im Vorjahr durch hohe Erstattungen des Bundesamts für Finanzen deutlich geschränkt war.

Bedingt durch einen schwachen privaten Konsum enttäuschten die **Steuern vom Umsatz** auch im Mai 2002 mit einem Rückgang um -2,4 %.

Die **reinen Bundessteuern** stiegen um +4,8 %. Infolge der zu Jahresbeginn jeweils erhöhten Steuersätze verzeichneten die Tabaksteuer (+14,2 %), die Versicherungsteuer (+37,4 %) und die Stromsteuer (+11,0 %) deutliche Zuwächse. Für den Rückgang bei der Mineralölsteuer (-0,7 %) dürften kassentechnische Effekte verantwortlich sein.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Mai 2002



Der Solidaritätszuschlag blieb, bedingt durch die schwache Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen, um – 5,0 % unter Vorjahr.

Die **reinen Ländersteuern** entwickelten sich im Mai 2002 uneinheitlich. Dabei konnten die

Zunahmen bei Erbschaftsteuer (+ 18,3 %) und Biersteuer (+ 2,8 %) die Rückgänge bei Kraftfahrzeugsteuer (– 14,0 %), Grunderwerbsteuer (– 4,4 %) und Rennwett- und Lotteriesteuer (– 3,0 %) nicht ausgleichen. Insgesamt unterschritten die reinen Ländersteuern das Vorjahresergebnis um – 5,9 %.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr¹

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)

2002	Mai	Verän-	Januar	Verän-	Schätzungen	Verän-	
	derung	bis	derung	für 2002	derung		
	gegenüber	Mai	gegenüber		gegenüber		
	Vorjahr		Vorjahr		Vorjahr		
		in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern							
Lohnsteuer ²	10 334	0,1	50 684	– 1,5	135 200	1,9	
veranlagte Einkommensteuer	– 900	.	– 5 439	.	8 500	– 3,1	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 289	8,3	6 473	– 33,9	11 380	– 45,5	
Zinsabschlag	499	– 12,7	4 899	– 2,3	9 040	0,9	
Körperschaftsteuer	– 1 640	.	– 2 225	.	7 900	.	
Steuern vom Umsatz	12 468	– 2,4	57 252	– 1,2	142 300	2,4	
Gewerbesteuerumlage	331	– 22,4	1 026	17,1	4 237	24,4	
erhöhte Gewerbesteuerumlage	135	– 43,3	506	– 5,5	2 063	– 1,9	
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	22 516	1,4	113 176	– 5,2	320 620	1,7	
Bundessteuern							
Mineralölsteuer	3 468	– 0,7	12 315	2,8	42 400	4,2	
Tabaksteuer	1 567	14,2	4 549	13,5	13 050	8,1	
Branntweinsteuer	157	– 10,3	640	– 1,8	2 100	– 2,0	
Versicherungsteuer	724	37,4	4 824	9,6	8 000	7,7	
Stromsteuer	455	11,0	1 691	15,5	5 200	20,3	
Solidaritätszuschlag	631	– 5,0	3 867	– 7,6	11 100	0,3	
übrige Bundessteuern	109	– 23,8	561	– 6,2	1 536	– 1,1	
Bundessteuern insgesamt	7 110	4,8	28 446	4,3	83 387	5,2	
Ländersteuern							
Erbschaftsteuer	309	18,3	1 237	– 5,8	3 042	– 0,9	
Grunderwerbsteuer	392	– 4,4	2 048	– 6,2	4 720	– 2,7	
Kraftfahrzeugsteuer	694	– 14,0	3 549	– 6,9	7 950	– 5,1	
Biersteuer	184	– 3,0	820	– 0,7	820	– 1,0	
Rennwett- und Lotteriesteuer	68	2,8	314	2,4	1 968	2,6	
übrige Ländersteuern	20	– 25,6	180	– 3,4	496	– 15,0	
Ländersteuern insgesamt	1 682	– 5,9	8 249	– 6,0	18 996	– 3,2	
EU-Eigenmittel							
Zölle	251	– 14,2	1 183	– 10,7	3 150	– 1,3	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	812	4,1	4 091	4,9	6 000	– 29,5	
BSP-Eigenmittel	794	– 6,1	3 984	– 5,9	10 300	28,3	
EU-Eigenmittel insgesamt	1 856	– 3,2	9 257	– 2,1	19 450	– 1,4	
Bund³	14 461	1,7	65 826	– 4,1	196 379	1,3	
Länder³	13 508	2,4	67 407	– 3,4	184 729	3,4	
EU	1 856	– 3,2	9 257	– 2,1	19 450	– 1,4	
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 734	0,2	8 563	– 3,3	25 594	1,7	
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	31 559	1,6	151 054	– 3,6	426 152	2,1	

¹ Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes ist methodisch bedingt.

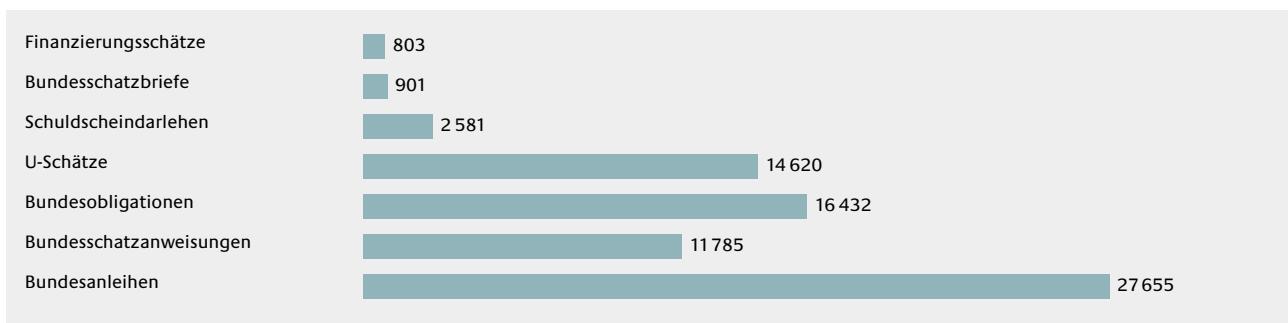
⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2002.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

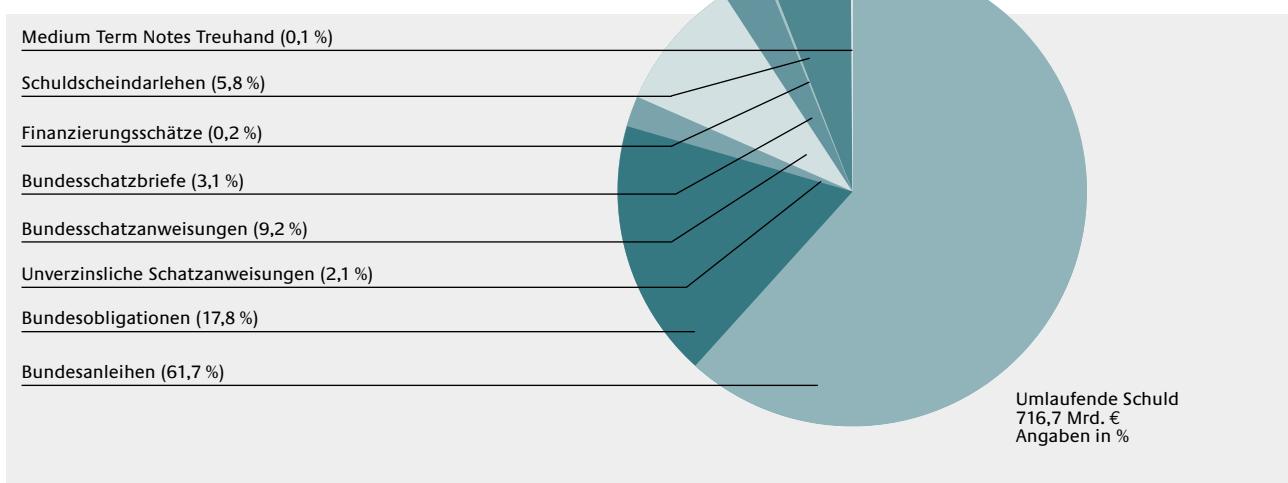
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 61,9 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betragen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 74,8 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2001 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Mai 2002 um ca. 2,1 % auf 716,7 Mrd. € erhöht. Dieser Betrag umfasst auch die seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldbeschreibungen des Ausgleichsfonds Währungs-umstellung), Bundesisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Kreditaufnahme des Bundes von Januar bis Mai 2002 in Mio. €



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Mai 2002



Der Bund beabsichtigt, im zweiten Quartal 2002 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben (3., 15. und 24. April sowie 13. und 15. Mai bereits tatsächlich begebenes Volumen).

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der

Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das dritte Quartal 2002 wird in der dritten Dekade Juni 2002 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP-Sondervermögen belaufen sich im zweiten Quartal 2002 auf insgesamt 29,9 Mrd. € (darunter 2,6 Mrd. € für die Sondervermögen).

Tilgungen im zweiten Quartal 2002 (in Mrd. €)

	April	Mai	Juni	2. Quartal 2002
Anleihen des Bundes	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	6,6	-	6,6
Bundesschatzanweisungen	-	-	5,0	5,0
U-Schäfte des Bundes	10,1	-	-	10,1
Bundesschatzbriefe	0,1	0,9	1,6	2,6
Finanzierungsschätzte	0,1	0,1	0,1	0,3
Anleihe Deutsche Bundesbahn	-	-	-	-
Anleihen der Treuhandanstalt	-	-	-	-
Anleihe ERP	-	2,6	-	2,6
Ausgleichsforderungen Ausgleichsfonds Währungsumstellung	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	1,0	0,6	1,1	2,7
Medium Term Notes der Treuhand	-	-	-	-
Insgesamt	11,3	10,8	7,7	29,9

¹ Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesreisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Emissionsvorhaben des Bundes im zweiten Quartal 2002

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 697 Aufstockung	3. April 2002	Restlaufzeit: 1 Jahr, 11 Monate fälltig 12. März 2004 Zinslaufbeginn: 12. März 2002 erster Zinstermin: 12. März 2003	5 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 442 Aufstockung	15. April 2002	6 Monate fälltig 16. Oktober 2002	5 Mrd. €
Bundesanleihe („Bunds“) WKN 113 519 Aufstockung	24. April 2002	Restlaufzeit: 9 Jahre, 9 Monate fälltig 4. Januar 2012 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2002 erster Zinstermin: 4. Januar 2003	5 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 443 Aufstockung	13. Mai 2002	6 Monate fälltig 13. November 2002	5 Mrd. €
Bundesobligationen („Bobls“)3 WKN 114 139 Aufstockung	15. Mai 2002	Restlaufzeit: 4 Jahre, 9 Monate fälltig 16. Februar 2007 Zinslaufbeginn: 22. August 2001 erster Zinstermin: 16. Februar 2003	8 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 444 Aufstockung	10. Juni 2002	6 Monate fälltig 11. Dezember 2002	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 698	26. Juni 2002	2 Jahre fälltig 25. Juni 2004 Zinslaufbeginn: 25. Juni 2002 erster Zinstermin: 25. Juni 2003	ca. 7 Mrd. €*
Zweites Quartal 2002 insgesamt			ca. 40 Mrd. €

* Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.

Entwicklung der Länderhaushalte

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder von Januar bis April 2002 stellen sich zusammengefasst wie in der nachfolgenden Tabelle dar.

Ein Vergleich mit dem geplanten Haushaltsvolumen für das Jahr 2002 kann zurzeit nicht dargestellt werden, da noch nicht für alle Länder Haushaltspläne/-entwürfe vorliegen. Die Haushaltsentwicklung besitzt zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf zum Ende des Jahres

Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2002

in Mio. €	Flächenländer (West)	Flächenländer (Ost)	Stadtstaaten	Länder insgesamt
Bereinigte Einnahmen	46 272	12 887	8 208	65 974
darunter:				
Steuereinnahmen	36 313	7 141	4 957	48 411
übrige Einnahmen	9 959	5 746	3 250	17 563
Bereinigte Ausgaben	56 591	16 177	12 004	83 380
darunter:				
Personalausgaben	24 325	4 571	4 218	33 114
Bauausgaben	508	275	224	1 006
übrige Ausgaben	31 758	11 332	7 562	49 260
Finanzierungssaldo	- 10 319	- 3 290	- 3 796	- 17 406

(Länderzusammenfassungen ohne Zahlungen der Länder untereinander).

Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 5. bis 6. Juli 2002 – ASEM-Finanzminister-Treffen in Kopenhagen
- 12. Juli 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 30. Juli 2002 – Deutsch-Französische Regierungskonsultationen in Schwerin

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Innenansichten – **Unsere Steuerpolitik**
- Innenansichten – **Die neue Familienförderung (aktualisierte Ausgabe)**
- Innenansichten – **Einkommen- und Lohnsteuer (aktualisierte Ausgabe)**
- Innenansichten – **Steuern von A bis Z (aktualisierte Ausgabe)**
- Innenansichten – **Die Bundeszollverwaltung**
- Fachblick – **Bundespolitik und Kommunalfinanzen**
- Unterrichtsmaterial: – **Finanzen & Steuern**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim
Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96
Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29
Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2002 Juli	Juni 2002	25. Juli 2002
August	Juli 2002	26. August 2002
September	August 2002	26. September 2002
Oktober	September 2002	25. Oktober 2002
November	Oktober 2002	25. November 2002
Dezember	November 2002	23. Dezember 2002

Terminplanung für die Aufstellung des Entwurfs zum Bundeshaushalt 2003 und für die Finanzplanung 2002 bis 2006

- 20. Dezember 2001 – BMF-Rundschreiben an die Ressorts zur Aufstellung des Haushalts 2003 und des Finanzplans (2002 bis 2006)
- bis 1. März 2002 – Übersendung der Haushaltvoranschläge der Ressorts an das BMF
- bis Ende Mai 2002 – Verhandlungen zwischen BMF und den Ressorts auf Arbeitsebene
- 14. bis 16. Mai 2002 – Steuerschätzung
- Anfang Juni 2002 – Haushaltsverhandlungen auf Ministerebene (Chefgespräche)
- 12. Juni 2002 – Finanzplanungsrat (Koordination der Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden)
- 19. Juni 2002 – Kabinettbeschluss zum Haushaltsentwurf und zum Finanzplan
- 12./13. September 2002 – 1. Lesung im Bundestag

Analysen und Berichte

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	29
Verbraucherpreisentwicklung seit der Euro-Bargeldeinführung	35
Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2002	39
Entwicklungstendenzen nationaler Steuersysteme	47
Aktueller Diskussionsstand zur europaweiten Unternehmensbesteuerung	57
Der nationale Stabilitätspakt – Wege zur Haushalts- disziplin in Deutschland und Europa	61
Der Luxemburg-Prozess und der Nationale Beschäftigungspolitische Aktionsplan 2002	71

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹

1	Gesamtwirtschaft	29
2	Produzierendes Gewerbe	30
3	Privater Konsum	31
4	Außenwirtschaft	31
5	Arbeitsmarkt	32
6	Preise	33
7	Zinsen und monetäre Entwicklung	33

1 Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft steht am Beginn eines neuen Aufschwungs. Diese Einschätzung, die bereits im vorigen Monatsbericht auf der Grundlage der seinerzeit vorliegenden Einzelindikatoren getroffen worden war, hat sich durch die Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das erste Vierteljahr 2002 bestätigt. So nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis- und saisonbereinigt² um 0,2 % zu, nachdem es in den beiden Vorquartalen jeweils etwas zurückgegangen war. Nach dem klassischen deutschen Konjunkturmuster gingen die Hauptimpulse für die beginnende wirtschaftliche Belebung zunächst von der gestiegenen Auslandsnachfrage aus. Der leichte BIP-Anstieg beruhte fast ausschließlich auf einem hohen Außenbeitrag, wobei allerdings auch die spürbar rückläufigen Importe stark ins Gewicht fielen. Insgesamt war das Konjunkturbild im ersten Quartal noch von einer vergleichsweise schwachen Inlandsnachfrage geprägt.

Nach den über das erste Vierteljahr hinausreichenden Wirtschaftszahlen mehren sich jedoch die Anzeichen, dass auch bei den binnengewirtschaftlichen Wachstumskräften ein Erholungsprozess eingesetzt hat. So sind im April die Einzelhandelsumsätze, die Inlandsumsätze und Inlandsaufträge

der Industrie, die Importe sowie im März die Bauaufträge jeweils gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt spürbar angestiegen. Zwar betrifft diese Belebung zunächst nur einen einzelnen Monat. Außerdem könnte es wegen des frühen Osterfestes in diesem Jahr zu statistischen Verzerrungen zwischen den März- und April-Ergebnissen gekommen sein. Jedoch deutet die Häufung von gleichzeitigen Verbesserungen in unterschiedlichen Bereichen und die Verschiebung von Auslands- zu Inlandsgeschäften in der Industrie wohl eher auf ein Anspringen der Inlandsnachfrage hin.

Insgesamt setzte sich die bereits im ersten Vierteljahr begonnene Aufwärtstendenz bei der Industrieproduktion und beim Export im April fort. Auch die Stimmung in der Industrie hat sich dank optimistischerer Geschäftserwartungen weiter verbessert.

Am Arbeitsmarkt fiel die übliche Frühjahrsbelebung schwächer aus als sonst. Unter anderem im Zusammenhang mit der Durchführung des Job-AQTIV-Gesetzes hatte die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl von Februar bis April nahezu stagniert. Im Mai kam es – offenbar als Gegenreaktion – zu einem deutlichen Anstieg. Mit einer konjunkturellen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation, die der wirtschaftlichen Belebung mit der üblichen Verzögerung folgt, ist erst in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen.

Das Preisklima blieb – trotz zwischenzeitlicher Erhöhung der Rohölpreise – insgesamt entspannt. Auf der Verbraucherstufe hat sich die jährliche Teuerungsrate im Mai auf + 1,1 % zurückgebildet. Dies dürfte auch zu einer Verbesserung des Konsumklimas beitragen, was für den weiteren Konjunkturverlauf von großer Bedeutung ist. Mit 1,0 % lag der harmonisierte Verbraucherpreisindex im Mai in Deutschland deutlich unter dem Durchschnitt der Eurozone (+ 2,0 %) und niedriger als in jedem anderen Euro-Land.

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. Juni 2002 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten saisonbereinigten Zahlen um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

2 Produzierendes Gewerbe

In der **Industrie** hat die Produktionsentwicklung aus der Talsohle herausgefunden und bewegt sich nun auf einem stabilen, aber noch vergleichsweise flachen Anstiegspfad. Im März/April erhöhte sich die Erzeugung gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt um 0,3 %. Schrittmacher war weiterhin der Vorleistungsgüterbereich (+ 0,5 %). Im April für sich genommen meldeten nunmehr aber auch die Investitionsgüterhersteller einen beachtlichen Anstieg (+ 2,3 %).

Bislang beruhten Produktionssteigerungen offenbar hauptsächlich auf dem bereits seit Anfang des Jahres wieder angesprungenen **Exportgeschäft**. Diesen Schluss lassen die Zahlen über die Auftragseingänge und die Umsätze der Industrie zu, die – anders als für die Produktion – getrennt nach Inland und Ausland ausgewiesen werden. Danach haben sich die Auslandsumsätze der Industrie im ersten Quartal saisonbereinigt um 4,0 % und im April nochmals um 2,9 % erhöht. Dagegen waren die Inlandsumsätze im ersten Vierteljahr leicht rückläufig (- 0,4 %), sind dann aber im April nach oben in Bewegung geraten (+ 1,5 %). Vom zuletzt lebhafteren Inlandsgeschäft profitierten vor allem die Investitions- und Konsumgüterhersteller.

Insgesamt lag das Produktionsniveau der Industrie im März/April arbeitstäglich bereinigt um 3,4 % unter dem entsprechenden **Vorjahresstand**, wobei sich die Vorjahresabstände ab Februar sukzessive verringert haben.

Die in diesem Jahr bislang nur verhalten gestiegene **Nachfrage** nach deutschen Industrieprodukten hat sich im April kräftig belebt. Allerdings könnte dies auch eine Gegenreaktion auf das schwache März-Ergebnis gewesen sein, das wegen des frühen Osterfestes und der damit zusammenhängenden Ferieneffekte möglicherweise unterzeichnet war. Im Zweimonatsdurchschnitt März/April gegenüber Januar/Februar, der diese

Schwankungen tendenziell ausgleicht, sind die Auftragseingänge der Industrie preis- und saisonbereinigt um 0,5 % gestiegen. Dieser Zuwachs wurde vor allem vom lebhaften Auslandsgeschäft getragen und führte insbesondere bei den Vorleistungsgüterproduzenten zu einem merklichen Auftragsplus. Dieses Bild ändert sich jedoch, wenn man nur die April-Ergebnisse betrachtet. Erstmals gab es einen kräftigen Anstieg der Inlandsbestellungen (+ 4,6 %) und insbesondere einen Nachfrageschub bei den Konsumgüterherstellern (+ 5,9 %). Das Auftragsvolumen der Industrie hat zuletzt sein Vorjahresniveau – allerdings mit sinkendem Abstand – unterschritten (März/April - 1,5 %). Dabei fielen die Auslandsnachfrage höher, aber die Inlandsbestellungen deutlich niedriger als vor Jahresfrist aus (+ 4,4 % bzw. - 6,0 %).

Auch die **Stimmung** in den Industrieunternehmen hat sich zuletzt weiter verbessert. Den Mai-Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests zufolge erwärmte sich das Geschäftsklima im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe zum siebenten Mal in Folge. Maßgeblich hierfür waren wiederum ein verstärkter Optimismus bei den Geschäftserwartungen, während die aktuelle Geschäftslage weiterhin zurückhaltend beurteilt wurde.

In der **ostdeutschen Industrie** verlief die Entwicklung – wie schon in den zurückliegenden Monaten – günstiger als im früheren Bundesgebiet. Die Produktion ist stärker angestiegen als im Westen und übertraf im März/April bereits wieder ihren Vorjahresstand (+ 2,2 %). Auch beim Auftragseingang fiel der Anstieg erheblich kräftiger als im Westen aus. Inzwischen ist das ostdeutsche Auftragsvolumen fast ein Zehntel höher als ein Jahr zuvor, während es sich im Westen zuletzt noch unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau bewegte. Allerdings beschränkte sich die kräftige Nachfragebelebung in den neuen Ländern ausschließlich auf das Exportgeschäft, bei dem die ostdeutschen Industrieunternehmen in letzter Zeit gegenüber dem Westen stark aufgeholt haben.

Die Konjunkturentwicklung des **Bausektors** ist schwer zu beurteilen. Im ersten Vierteljahr sind die Bauinvestitionen und die Bruttowertschöpfung des gesamten Baugewerbes erstmals nach längerer Talfahrt nicht weiter zurückgegangen, sondern wiesen in preis- und saisonbereinigter Rechnung einen leichten Zuwachs auf. Im **Bauhauptgewerbe**, das etwa zwei Drittel des gesamten Bauumsatzes erbringt, hat sich die Produktion aber noch nicht wieder gefestigt. Nach einem winterungsbegünstigten Anstieg im Februar ist sie im März/April erneut zurückgegangen ($-2,7\%$). Jedoch sind im ersten Quartal die Bauaufträge vor allem im Hochbau ohne Wohnungsbau und im gesamten Tiefbau von einem niedrigen Niveau aus kräftig gestiegen. Dies deutet darauf hin, dass eine gewisse Stabilisierung der Produktion bevorstehen könnte. Ungeachtet dessen bleibt die Situation insbesondere in den neuen Ländern angespannt, da hier weiterhin Überkapazitäten abgebaut werden müssen. Auch das Geschäftsklima am Bau war im Mai bundesweit immer noch ausgesprochen frostig. Der Mitte Juni einsetzende Streik dürfte die Gesamtsituation weiter belastet haben.



3 Privater Konsum

Im ersten Vierteljahr sind die **Privaten Konsumausgaben** gegenüber dem Vorquartal preis- und saisonbereinigt um $0,3\%$ gesunken. Dazu beigetragen haben die geringen Nettoeinkommenszuwächse und die gestiegene Sparquote. Besonders betroffen waren von der geringen Konsumneigung die **Umsätze des Einzelhandels**, die im ersten Quartal um $3,5\%$ zurückgegangen sind. Im April haben sie sich jedoch deutlich erholt, wobei aber die Verzerrungen durch das Osterfest in Rechnung zu stellen sind. Der jüngste Zuwachs war aber so stark, dass sich auch im Durchschnitt

der beiden Monate ein Anstieg gegenüber Januar/Februar von $0,4\%$ ergibt. Dabei legten die Verkäufe in den Unternehmen mit dem Sortimentsschwerpunkt Bekleidung, Schuhe, Lederwaren überdurchschnittlich zu. Insgesamt blieb das Volumen der Einzelhandelsumsätze im März/April um $3,0\%$ unter seinem vergleichbaren Vorjahresniveau.

Für eine Fortsetzung der Konsumbelebung sprechen insbesondere die gedämpfte Inflation, die zu erwartenden Einkommensverbesserungen aus den jüngsten Tarifabschlüssen sowie die allgemein aufgehellt Konjunkturaussichten, die zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in der zweiten Jahreshälfte führen dürften.

4 Außenwirtschaft

Seit Ende vergangenen Jahres sind die **Warenausporte** ein tragendes Element der konjunkturellen Erholung in Deutschland. Dieses Bild hat sich auch durch den zwischenzeitlichen Rückgang der Ausfuhrwerte im Januar und die leichte Abschwächung im April nicht grundsätzlich geändert. Im Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) ist nach wie vor ein deutlicher Aufwärtstrend sichtbar (saisonbereinigt $+2,1\%$).

Wie bereits in den vorangegangenen Monaten wurde die Entwicklung der deutschen Warenausporte vor allem durch Ausfuhren in nicht zur EU gehörende Drittländer getragen, in die seit Beginn des Jahres rund 45% aller Warenausporte gingen. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres haben diese Länder $3,1\%$ mehr deutsche Waren aufgenommen als im vergleichbaren Zeitraum 2001. Die Ausfuhren in die Länder der Eurozone (43% aller Warenausfuhren) lagen demgegenüber noch um $3,9\%$ unter dem vergleichbaren Vorjahresstand. In die EU-Länder der Nicht-Eurozone – mit einem Exportanteil von 12% insgesamt die drittgrößte Ländergruppe – erhöhten sich die Ausfuhren um $1,3\%$. Im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres lagen die Warenausporte

insgesamt nur noch leicht unter ihrem Vorjahresstand ($-0,3\%$).

Die Entwicklung der deutschen **Warenimporte** ist seit Ende des vergangenen Jahres durch eine kräftige Auf- und Abbewegung in einzelnen Monaten gekennzeichnet. Allerdings zeigen die beiden letzten Zweimonatsvergleiche (März/April gegenüber Januar/Februar sowie Februar/März gegenüber Dezember/Januar) jeweils einen Zuwachs der Importwerte um $3,7\%$. Dies könnte, wie bereits die positive Entwicklung der Auftrags eingänge in der Industrie, ein weiteres Indiz für eine allgemeine Belebung der Binnennachfrage sein.

Die **Leistungsbilanz** hat im April wie bereits in den Monaten zuvor mit einem **Aktivsaldo** geschlossen. Von Januar bis April erhöhte sich das Plus auf insgesamt $13,9$ Mrd. €. Maßgeblich hierfür war der erneut kräftige Überschuss in der Handelsbilanz ($+41,1$ Mrd. €), während sich das Defizit in der Bilanz der unsichtbaren Transaktionen (Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen, laufende Übertragungen) auf $-27,2$ Mrd. € belief und sich damit im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum leicht verringerte.



5 Arbeitsmarkt

Im Mai ist die Zahl der Arbeitslosen – wie um diese Jahreszeit üblich – gegenüber dem Vormonat merklich abgesunken. Mit einem Rückgang um $78\,000$ fiel die Frühjahrsbelebung schwächer als normalerweise in diesem Monat aus. Zuletzt waren $3,95$ Mio. Personen als Arbeitslose registriert. Dies waren $226\,000$ mehr als ein Jahr zuvor. In saisonbereinigter Rechnung ist die Arbeitslosenzahl im Mai um $60\,000$ angestiegen, nachdem

sie in den vorangegangen drei Monaten praktisch stagniert hatte.

Möglicherweise hatten die verschärften Meldebestimmungen des Job-AQTIV-Gesetzes erst einmal dazu geführt, dass Arbeitslose „aus der Statistik gefallen sind“ (Februar bis April). Die stark gestiegenen „Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Nichterwerbstätigkeit“ im Mai lassen vermuten, dass sich darunter viele Rückmeldungen von nicht mehr registrierten Arbeitslosen befanden.

Zum Mai-Anstieg haben darüber hinaus wahrscheinlich noch zusätzliche Effekte beigetragen: Die Feier- und Brückentage wie auch die Tarifaus einandersetzungen und Streiks haben sicherlich Neueinstellungen gebremst. Außerdem hat die entlastende Wirkung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente von April auf Mai – anders als in den vergangenen zwei Jahren – abgenommen.

Im **früheren Bundesgebiet** ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Mai um $41\,000$ gestiegen. Nach den Ursprungszahlen gab es hier $2,56$ Mio. Arbeitslose, $176\,000$ mehr als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote betrug $7,6\%$.

In den **neuen Ländern** erhöhte sich die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt um $19\,000$ Personen. Insgesamt waren $1,39$ Mio. Arbeitslose registriert, $49\,000$ mehr als ein Jahr zuvor. Die Quote belief sich auf $17,7\%$.

Bundesweit wurde verstärkt **Kurzarbeit** abgebaut. Insgesamt gab es $201\,000$ kurzarbeitende Personen, was gegenüber dem Vormonat einen Rückgang (nicht saisonbereinigt) um $45\,000$ bedeutet. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit beruhte diese Entwicklung großenteils darauf, dass Betriebe zur Vollzeitarbeit zurückgekehrt sind. Dies ist bei anziehender Nachfrage üblich, bevor neues Personal eingestellt wird.

Die **Beschäftigung** hat weiter abgenommen. Die gesamtdeutsche Erwerbstätigenzahl, für die Angaben bis März vorliegen, ist zuletzt saisonbe-

reinigt um 13 000 gesunken (Februar – 16 000). Insgesamt gab es 38,34 Mio. Erwerbstätige, 152 000 weniger als ein Jahr zuvor.

6 Preise

Das Preisklima in Deutschland hat sich im Mai auf allen Stufen der Preisentwicklung weiter entspannt. Nachdem die **Einfuhrpreise** im März im Gefolge des wieder beschleunigten Anstiegs der Rohölpreise gegenüber dem Vormonat etwas stärker angestiegen waren (+ 0,8 %), hat sich der Preisauftrieb im April merklich beruhigt (+ 0,2 %). Dabei dürfte auch der gegenüber dem US-Dollar gestiegene Außenwert des Euros eine preisdämpfende Rolle gespielt haben. Im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode notierte der Index der Einfuhrpreise zuletzt um 2,8 % niedriger. Maßgeblich für die Entspannung des Preisklimas im April war die deutlich rückläufige Preisentwicklung bei eingeführten Nahrungs- und Genussmitteln sowie die in den letzten beiden Monaten faktisch herrschende Preisstabilität bei Fertigwaren.

Auf der **Erzeugerstufe** haben sich die industriellen Abgabepreise im April gegenüber dem Vormonat nicht nennenswert verändert (– 0,1 %). Seinen Vorjahresstand unterschritt der Index der Erzeugerpreise im April um 0,8 %; seit Juli 1999 wurden die Vorjahresstände bei der Erzeugerpreisentwicklung nicht stärker unterschritten. Die rückläufige Entwicklung ist vor allem auf die zuletzt deutliche Verringerung der Preise der Produzenten und Verteiler von Energie zurückzuführen.

Auch auf der **Verbraucherstufe** ist der Preisauftrieb weiter abgeflacht. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Verbraucherpreise im Mai gegenüber April konstant geblieben, nachdem sie sich bereits im Monat zuvor nur unwesentlich erhöht hatten (+ 0,1 %). Im Vorjahresvergleich hat sich der jährliche Preisanstieg im Mai mit + 1,1 % gegenüber April (+ 1,6 %) deutlich abgeschwächt; dies ist teilweise allerdings auch auf den kräftigen Anstieg der Verbraucherpreise im Mai 2001 zurückzuführen (Basiseffekt). Das

letzte Mal war eine geringere Preissteigerungsrate als 1,1 % in Deutschland im November 1999 (+ 1,0 %) zu verzeichnen. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate des laufenden Jahres blieb die jährliche Teuerungsrate mit + 1,6 % deutlich unter der Zielmarke der EZB von + 2 %.

Nach dem für die Länder der EU **harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)** ergibt sich für Mai eine Preissteigerungsrate von nur noch 1,0 %. Damit wies Deutschland die niedrigste Inflationsrate in der EU auf.

7 Zinsen und monetäre Entwicklung

Nach dem Anstieg der **Kapitalmarktzinsen** im März dieses Jahres haben sie seit Mitte Mai deutlich nachgegeben. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe ermäßigte sich um gut 20 Basispunkte und lag Mitte Juni bei 5 %. Da sich die Zinsen im Dreimonatsbereich in den letzten Wochen kaum verändert haben – der Dreimonts-Euribor notierte zuletzt bei knapp unter 3,5 % –, hat sich die Steigung der Renditestrukturkurve etwas abgeschwächt. Der EZB-Rat hat auf seiner Sitzung am 6. Juni 2002 beschlossen, die Leitzinsen unverändert zu lassen. Der Mindestbeitigungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt derzeit bei 3,25 %, der Zinssatz für die Einlagenfazilität bei 2,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,25 %.

Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der **Geldmenge M 3** ist im Euroraum von Februar bis April 2002 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 7,4 % gefallen (Dreimonatsrate im März: 7,6 %; Referenzwert: 4 ½ %). Das hohe Geldmengenwachstum spiegelt weiterhin zu einem großen Teil Umschichtungen in liquidere Anlageformen, aber auch die Unsicherheit an den Finanzmärkten wider. Der anhaltende Rückgang der Wachstumsraten der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum deutet auf eine derzeit noch verhaltene wirtschaftliche Dynamik hin (April: 5,1 %; März: 5,4 %).

Verbraucherpreis- entwicklung seit der Euro-Bargeldeinführung

1	Was zeigt die offizielle Statistik?	35
2	Die „gefühlte Inflation“	35
3	Die Bargeldeinführung des Euro	36
4	Nahrungsmittelverteuerung flaut ab	36
5	Preisausreißer im Freizeitbereich	37
6	Empfindliche Verteuerungen in den Gaststätten	37
7	Wohnen und Einrichten wurden kaum teurer	38
8	Insgesamt geringe Inflation und güns- tige Perspektiven	38

In der Öffentlichkeit findet in diesem Jahr eine intensive, aber nicht immer sachlich fundierte Diskussion über eine Verteuerung bestimmter Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs statt. Insbesondere von Dezember 2001 auf Januar 2002 waren teilweise ungewöhnliche Preissprünge beobachtet worden. Vielfach wurde ein ursächlicher Zusammenhang mit der gleichzeitig vollzogenen Bargeldeinführung des Euro vermutet. Eine solche monokausale Erklärung geht an der Sache vorbei. Bei kritischer Würdigung sowohl der offiziellen statistischen Daten als auch der verschiedenen Sonderuntersuchungen und Umfrageergebnisse ergibt sich ein sehr vielschichtiges Bild der jüngsten Verbraucherpreisentwicklung.

1 Was zeigt die offizielle Statistik?

In der amtlichen Statistik Deutschlands werden monatlich rund 350 000 Einzelpreise für 750 Gütergruppen erfasst, die ein repräsentatives Bild der Verbraucherpreisentwicklung liefern. Dabei werden die einzelnen Waren und Dienstleistungen in einem „Warenkorb“ nach ihrem Anteil an den Ausgaben der Privathaushalte gewichtet. Dieser Warenkorb wird aus den Aufzeichnungen von rund 60 000 Haushalten gewonnen. Aus der

Zusammenführung dieser Informationen errechnet das Statistische Bundesamt monatlich den Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte. Dieses ausgereifte statistische Verfahren stellt ein bewährtes und zuverlässiges Instrument zur Messung des Geldwertes dar.

Im Durchschnitt des Jahres 2001 hatte sich dieser Preisindex gegenüber dem Vorjahr um 2,5 % erhöht. Dabei waren die in den einzelnen Monaten gemessenen Veränderungsraten gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten von ihrem Höchststand im Mai mit + 3,5 % auf + 1,7 % im Dezember abgeschrumpft. Ursache hierfür war die nachlassende Wirkung der starken Preisanhebungen bei Fleisch und Mineralölprodukten. Im Januar 2002 – also zeitgleich mit der Umstellung auf den Euro – war die Teuerungsrate wieder auf + 2,1 % angestiegen.

2 Die „gefühlte Inflation“

Hinter dieser, im längerfristigen Vergleich (im Durchschnitt der letzten 10 Jahre + 2,3 %) als moderat zu bezeichnenden Inflationsrate standen höchst unterschiedliche Entwicklungen bei einzelnen Waren und Dienstleistungen. Dabei nimmt der Verbraucher offenbar die Preisentwicklung für die einzelnen Güter anders wahr, als es ihrem Gewicht im repräsentativen Warenkorb der Statistik entspricht. Besonders die Waren des täglichen Bedarfs und häufig in Anspruch genommene Dienstleistungen fallen ins Auge. Tatsächlich hat sich ab Januar die jährliche Teuerungsrate für Positionen wie Obst und Gemüse, Milch und Molkereiprodukte, Fisch, Tabakwaren, Zeitungen und Zeitschriften, Chemische Reinigung, Leistungen des Gastgewerbes und der Friseure, Sport- und Kulturleistungen überdurchschnittlich erhöht. Damit wird deutlich, dass das Phänomen der „gefühlten Inflation“ durchaus einen realen Hintergrund hat. Dabei gab es aber deutliche Unterschiede bei verschiedenen Anbietern. Alle diese Güter zusammengekommen haben nur einen Anteil von rund 13 % an den Ausgaben für den gesamten Waren-

korb. Dagegen sind beispielsweise die Ausgaben für die Wohnung (Mieten, Strom, Heizkosten, Wasser usw.), die ein Gewicht von über 27 % aufweisen, nur wenig teurer geworden. Darüber hinaus sind Leistungen und Geräte der Nachrichtenübermittlung und Informationsverarbeitung sogar billiger geworden.

3 Die Bargeldeinführung des Euro

Ebenso vielfältig wie die Preisbewegungen waren die hierfür maßgeblichen Ursachen. Die Bargeldeinführung des Euro spielte eine eher untergeordnete Rolle. In einer gemeinsamen Studie des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank wurden etwa 18 000 Preisreihen ausgewählter Güter des täglichen Bedarfs aus 35 Produktgruppen analysiert. Dabei wurde insgesamt ein nur geringer Einfluss der Euro-Bargeldeinführung festgestellt. Im Einzelnen ergaben sich jedoch Anhaltspunkte, dass insbesondere im Dienstleistungsbereich die Euro-Einführung zu teilweise erheblichen Preiserhöhungen genutzt wurde. Eine gewisse Rolle spielte in diesem Bereich auch die Umstellung der „Signalpreise“ von DM auf Euro. Dagegen wurden diese Anpas-

sungen im Lebensmitteleinzelhandel vielfach bereits durch Preisänderungen im vergangenen Jahr vollzogen.

Bei einer detaillierten Betrachtung lassen sich exemplarisch für einige Gütergruppen die größeren Preisbewegungen einschließlich der wesentlichen Ursachen nachvollziehen.

4 Nahrungsmittelverteuerung flaut ab

So ist der starke Preisauftrieb bei Obst und Gemüse, der auf die ungünstige Witterung in Südeuropa in den Wintermonaten zurückzuführen war, inzwischen abgeflaut. Auch die starke Teuerung bei Fleisch und Fleischwaren, bei der am Jahresanfang noch die Nachwirkungen des durch die Tierseuchen bedingten Preisanstiegs sichtbar waren, ist inzwischen zurückgegangen. Bei den anderen Produkten des Nahrungsmittelbereiches hält der überdurchschnittliche Preisanstieg offenbar aus angebotsseitigen Gründen an. Bei Tabakwaren wirkt sich weiterhin die am Jahresbeginn in Kraft getretene Steuererhöhung aus. Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Güterbezeichnung	Gewichtung im Warenkorb in %	Preisveränderung gegen Vorjahresmonat in %			
		Januar 2002		April 2002	
		+	-	+	-
Nahrungsmittel	11,3				
darunter					
Brot und Getreideerzeugnisse	2,2	+ 4,5	-	+ 3,6	-
Fleisch, Fischwaren	2,9	+ 5,6	-	0,0	-
Molkereiprodukte und Eier	1,7	+ 7,7	-	+ 5,7	-
Obst	1,0	+ 7,2	-	+ 3,1	-
Gemüse	1,2	+ 18,3	-	+ 1,3	-
Tabakwaren	2,0	+ 7,4	-	+ 5,7	-

5 „Preisausreißer“ im Freizeitbereich

Während insgesamt der Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur eine sehr moderate Preisentwicklung aufweist, kam es bei einigen Unter-

positionen zu deutlichen Verteuerungen. Hierzu sind im Folgenden einige Beispiele aufgeführt. Diese Ausgabenpositionen sind für den Verbraucher gut sichtbar, sodass diese durchaus zum Anstieg der „gefühlten Inflation“ beigetragen haben könnten.

Güterbezeichnung	Gewichtung im Warenkorb in %	Preisveränderung gegen Vorjahresmonat in %			
		Januar 2002		April 2002	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	10,4	+ 0,9		+ 0,7	
darunter					
Sport- und Kulturdienstleistungen	0,7	+ 4,8		+ 3,8	
Glücksspiele	0,03	+ 8,8		+ 8,8	
Bücher	0,8	+ 3,1		+ 3,3	
Zeitungen/Zeitschriften	0,9	+ 4,6		+ 5,0	

6 Empfindliche Verteuerungen in den Gaststätten

Bei einzelnen Dienstleistungen ist es im Zuge der Euro-Einführung zu starken Verteuerungen gekommen, was von den Verbrauchern auch

deutlich wahrgenommen wurde. Offensichtlich haben die Kunden vielfach darauf reagiert. So ist beispielsweise der Umsatz in Restaurants, Cafés u. Ä. im ersten Vierteljahr 2002 gegenüber dem Vorjahresquartal nominal um 2,1 % und real um 5,7 % zurückgegangen.

Güterbezeichnung	Gewichtung im Warenkorb in %	Preisveränderung gegen Vorjahresmonat in %			
		Januar 2002		April 2002	
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,6	+ 3,7		+ 3,2	
darunter					
Restaurants, Cafes, Straßenverkauf u. Ä.	3,4	+ 3,9		+ 4,0	
Kantinen, Menschen	0,4	+ 3,1		+ 2,6	
Friseurdienstleistungen	1,2	+ 4,8		+ 4,3	

7 Wohnen und Einrichten wurden kaum teurer

Mit Blick auf die Gesamtentwicklung sind im Folgenden Beispiele einer moderaten bzw.

rückläufigen Preisentwicklung aufgeführt. Diese stehen nicht so häufig im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Sie haben aber gleichwohl eine erhebliche Bedeutung für das Haushaltsbudget der privaten Verbraucher.

Güterbezeichnung	Gewichtung im Warenkorb in %	Preisveränderung gegen Vorjahresmonat in %			
		Januar 2002		April 2002	
Bekleidung und Schuhe	6,9	+ 1,4		+ 1,3	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a.	27,5	+ 1,1		+ 0,9	
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Ausrüstungen für den Haushalt)	7,1	+ 1,6		+ 1,4	
darunter Haushaltsgeräte	1,1	- 0,6		- 0,7	
Nachrichtenübermittlung	2,3	- 1,7		+ 0,2	
Ton- und Bildgeräte (Radio, Fernsehgeräte u. a.)	0,8	- 2,5		- 2,2	
Informationsverarbeitungsgeräte (Computer, Drucker u. a.)	0,7	- 19,0		- 15,4	

8 Insgesamt geringe Inflation und günstige Perspektiven

Ungeachtet der unterschiedlichen Preisentwicklung der einzelnen Güterarten des Privaten Konsums zeigt der Gesamt-Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte in diesem Jahr eine rückläufige Tendenz: Die jährliche Teuerungsrate ist nach dem „Ausreißer“ vom Januar wieder deutlich gesunken:

Dezember 2001:	+ 1,7 %
Januar 2002:	+ 2,1 %
Februar 2002:	+ 1,7 %
März 2002:	+ 1,8 %
April 2002:	+ 1,6 %
Mai 2002:	+ 1,1 %

Damit weist Deutschland im Euro-Raum die niedrigste Inflationsrate auf. Somit kann keine Rede davon sein, dass der Euro die Inflation anheizen würde. Auch für das Gesamtjahr 2002 rechnen die meisten Beobachter

mit einem Verbraucherpreisanstieg von unter 2 %.

Tendenziell gesehen, spielt der Euro mehrfach eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der Preisstabilität. Zum einen ermöglicht die Einheitswährung im Euro-Raum einen direkten länderübergreifenden Preisvergleich. Die erhöhte Preistransparenz führt zu einem verschärften Wettbewerb, der preisdämpfend wirkt. Zum anderen verengt der größere Währungsraum die Spielräume für einen Import von Inflation.

Fazit:

Deutschland hat eine der niedrigsten Inflationsraten in Europa. Einige Preiserhöhungen in sensiblen Bereichen haben die Konsumenten aber verärgert. Es bleibt insgesamt jedoch festzustellen, auch im historischen Vergleich ist der Preisanstieg sehr niedrig. Der Euro bringt längerfristig vielmehr für den Verbraucher Transparenz und Übersicht in einem großen europäischen Markt. Der Euro ist kein Teuro.

Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2002

1	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“	39
1.1	Zusammensetzung	39
1.2	Arbeitsweise	39
1.3	Schätzgrundlagen	40
2	Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2002	40
2.1	Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	40
2.2	Steuerrechtsänderungen	41
2.3	Steuereinnahmen nach Ebenen	41
2.4	Einnahmen aus wichtigen Einzelsteuern	44
3	Fazit	46

Alljährlich im Mai tritt der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ zusammen, um die mittelfristig zu erwartenden Steuereinnahmen zu schätzen. Die diesjährige Sitzung fand auf Einladung des hessischen Ministeriums der Finanzen vom 14. bis 16. Mai 2002 in Weilburg an der Lahn statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Abführungen an die EU für die Jahre 2002 bis 2006. Seit Bestehen des Arbeitskreises – somit seit 1955 – übernimmt der Bund die geschätzten Steuereinnahmen des Bundes in den Haushaltsplan und seit 1968 zusätzlich in die mittelfristige Finanzplanung. Das Ergebnis der mittelfristigen Steuerschätzung ist zudem Teil der finanzwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung, die dem Finanzplanungsrat vorgelegt werden und eine wichtige Grundlage für die Abstimmung der Finanzplanung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bilden.

Im November werden die Ergebnisse der Mai-Schätzung für das laufende und das Folgejahr überprüft und an zwischenzeitliche Entwicklun-

gen angepasst. Die November-Schätzung bildet die Basis für die Ansätze der Steuereinnahmen im Haushaltsgesetz des Bundes.

1 Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“

1.1 Zusammensetzung

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ ist ein unabhängiger Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. Mitglieder sind das federführende Bundesministerium der Finanzen, die sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute¹, das Statistische Bundesamt, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Länderfinanzministerien und die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände. Die entsandten Vertreter der Institutionen gehören der Arbeitsebene an. Der Vorsitz obliegt dem zuständigen Referatsleiter im Bundesministerium der Finanzen.

1.2 Arbeitsweise

Als Grundlage für die Beratungen des Arbeitskreises erstellen neun Mitglieder, nämlich die Wirtschaftsforschungsinstitute, die Bundesbank, der Sachverständigenrat und das Bundesministerium der Finanzen, unabhängig voneinander eigene Schätzvorschläge für jede Einzelsteuer. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat kein fest installiertes Prognoseinstrumentarium. Diejenigen Mitglieder, die eigene Schätzvorschläge erstellen, erarbeiten diese mit eigenen Methoden und Modellen. Die Vertreter der Länder bringen Informationen über die im jeweiligen Bundesland erwarteten Steuereinnahmen und andere länder-spezifische Sachverhalte in den Schätzprozess ein. Der Einschätzung des Vertreters der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände kommt bei der Prognose der Gemeindesteuern eine besondere Bedeutung zu.

¹ DIW Berlin, HWWA Hamburg, Ifo München, IfW Kiel, IWH Halle, RWI Essen.

Die Schätzvorschläge sind Gegenstand der Diskussion im Arbeitskreis. Der Arbeitskreis erörtert jede Steuer so lange, bis ein Kompromiss gefunden worden ist, der von allen mitgetragen werden kann. Auf der Grundlage der Einzelsteuerschätzungen werden dann die auf Bund, Länder, Gemeinden und EU entfallenden Einnahmen ermittelt.

1.3 Schätzgrundlagen

Makroökonomische Eckdaten

Der Arbeitskreis stützt seine Prognosen auf die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung, die federführend vom Bundesministerium der Finanzen erarbeitet und im interministeriellen Arbeitskreis „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ unter Teilnahme der Deutschen Bundesbank und des Statistischen Bundesamtes beraten werden. Die kurz- und mittelfristigen Projektionen für wichtige gesamtwirtschaftliche Eckdaten, wie z. B. das Bruttoinlandsprodukt oder die Bruttolöhne und -gehälter, bilden eine bedeutende Grundlage für die Ableitung der Schätzergebnisse wichtiger Einzelsteuern.

Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen

Der Arbeitskreis schätzt die Steuereinnahmen grundsätzlich nach geltendem Steuerrecht, d. h. es werden nur endgültig beschlossene Steuergesetze mit ihren finanziellen Auswirkungen einbezogen. Nur in Ausnahmefällen, wenn etwa zum Zeitpunkt der Steuerschätzung lediglich die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt aussteht oder die Zustimmung des Bundesrates zwar noch erfolgen muss, diese aber vorausgesetzt werden kann, wird von dieser stringenten Annahme abgewichen. Die finanziellen Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen werden den Finanztableaus, die vom Bundesministerium der Finanzen zu

jedem Steuergesetz erstellt (und im Finanzbericht veröffentlicht) werden, entnommen.²

2 Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2002

2.1 Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist auf Erholungskurs und steht am Beginn eines Aufschwungs. Dies zeigen die jüngsten Ergebnisse für das erste Quartal. Danach nahm das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorzeitraum kalender- und saisonbereinigt um real +0,2 % zu. Auch die weiter in die Zukunft weisenden Konjunkturindikatoren – Auftragseingänge in der Industrie und Ifo-Geschäftsverwartungen – zeigen, dass die wirtschaftlichen Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen. Im Verlaufe dieses Jahres wird sich das Wirtschaftswachstum den Indikatoren zufolge deutlich beschleunigen. In der zweiten Jahreshälfte dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit laufenden Jahresraten von real +2 1/2 bis +3 % zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2002 wirkt allerdings noch die Konjunkturschwäche des Vorjahres nach. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts wird voraussichtlich – wie auch in der Jahresprojektion erwartet – real rund +3/4% bzw. nominal rund +2 1/2% betragen. Dabei werden die Wachstumskräfte zunächst von der Auslandsnachfrage Impulse erhalten. Im weiteren Verlaufe des Vorausschätzungszeitraums wird dann auch mehr und mehr die Binnenkonjunktur – insbesondere Ausrüstungsinvestitionen und dann auch der private Konsum – die Aufwärtsentwicklung mittragen und den Aufschwung auf eine breitere Basis stellen.

2003 und in den Jahren danach dürfte sich der Aufschwung fortsetzen und an Breite gewinnen. Die Rahmenbedingungen dafür sind günstig. Dazu gehören: weltwirtschaftliche Erholung, aus-

² Im Bundeshaushalt und im Finanzplan des Bundes werden zusätzlich die finanziellen Auswirkungen von geplanten Steuerrechtsänderungen berücksichtigt.

gehend von den USA, niedrige kurz- und langfristige Zinsen, moderate Lohnstückkosten, hohe Wettbewerbsfähigkeit, stabile Preise. Im Jahresdurchschnitt wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um real rund + 2 1/2% bzw. nominal rund + 4 % zunehmen.

Die Wachstumserwartungen der Bundesregierung entsprechen weitgehend den Vorausschätzungen nationaler und internationaler Institutionen (Institute, EU-Kommission, OECD, IWF).

2.2 Steuerrechtsänderungen

Seit der letzten Mittelfristschätzung vom Mai 2001 ist eine Reihe von Steuerrechtsänderungen mit teilweise erheblichen positiven und negativen Auswirkungen auf die Steuereinnahmen in Kraft getreten:

- Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001
- Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 16. August 2001
- Zwölftes Euro-Einführungsgesetz vom 16. August 2001
- Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001
- Steuerliche Förderung eines privaten Altersvorsorgevermögens im Tarifbereich durch Tarifvertrag vom 13. November 2001
- Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung vom 10. Dezember 2001
- Gesetz zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und zur Änderung anderer Steuergesetze (Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz) vom 19. Dezember 2001
- Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2001) vom 20. Dezember 2001
- Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts (Unternehmensteuerfortentwicklungsgesetz) vom 20. Dezember 2001
- Steuerliche Förderung eines privaten Altersvorsorgevermögens für Beamte im Versorgungsänderungsgesetz 2001 vom 20. Dezember 2001

- Gesetz zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds „Deutsche Einheit“ (Solidarpaktfortführungsgegesetz) vom 20. Dezember 2001

Diese gesetzlichen Änderungen waren für die Schätzung der Steuereinnahmen in den Jahren 2003 bis 2006 erstmals zu berücksichtigen. Außerdem enthält die Schätzung die finanziellen Auswirkungen der Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen, die nicht durch eine Gesetzesänderung erfolgte. Schließlich wurden die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes einbezogen, das sich zum Zeitpunkt der Steuerschätzung in der Schlussphase der parlamentarischen Beratungen befand.

Für das Jahr 2002 wurden die vier im August 2001 beschlossenen Gesetze, die Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen und das Solidarpaktfortführungsgegesetz bereits in die Kurzfrist-Schätzung vom November 2001 einbezogen.

2.3 Steuereinnahmen nach Ebenen

Vor dem oben beschriebenen positiven gesamtwirtschaftlichen Erwartungshorizont hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ die Steuereinnahmen für den mittelfristigen Zeitraum 2002 bis 2006 geschätzt. Die nach Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, EU) differenzierten Ergebnisse sind der Übersicht auf Seite 42 zu entnehmen.

Nachdem das Steueraufkommen im Jahre 2001 im Vorjahresvergleich um -4,5 % geschrumpft war, prognostiziert der Arbeitskreis bereits für dieses Jahr wieder einen Einnahmeanstieg um + 1,9 %. In den Jahren 2003 und 2004 wird das Steueraufkommen als Folge der anspringenden Konjunktur wieder kräftig um +4,3 % bzw. +5,1 % expandieren. Die dritte Stufe der Steuerreform mit ihrer massiven Tarifentlastung bei der Einkommensteuer dämpft den Anstieg in 2005 auf

Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ 14. bis 16. Mai 2002

	Ist	Schätzung				
		2001	2002	2003	2004	2005
1. Bund (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	193,8 - 2,5	196,4 1,3	205,1 4,4	214,3 4,5	219,9 2,6	231,3 5,2
2. Länder (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	178,7 - 5,7	184,7 3,4	191,9 3,9	202,5 5,5	206,1 1,8	217,3 5,5
3. Gemeinden (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	54,1 - 5,4	54,2 0,3	55,5 2,3	58,1 4,8	59,0 1,5	63,3 7,3
4. EU (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	19,7 - 9,6	19,5 - 1,4	22,0 13,1	23,7 7,5	23,4 - 1,1	23,9 1,9
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	446,2 - 4,5	454,8 1,9	474,5 4,3	498,6 5,1	508,4 2,0	535,8 5,4

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.
Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.
Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

+2,0 %, doch ist in 2006 bereits wieder ein Zuwachs von +5,4 % zu erwarten. Die Entwicklung des Steueraufkommens insgesamt spiegelt sich auch in der Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden wider.

Trotz der wieder deutlich aufwärts gerichteten Tendenz bei den Steuereinnahmen ergibt sich im Vergleich zu den jeweils vorangegangenen Steuerschätzungen des Vorjahres ein Einnahmeverlust. Als Folge der schlechteren konjunkturellen Ausgangssituation mussten die Ansätze für das Jahr 2002 im Vergleich zur Steuerschätzung vom November 2001 und für die Jahre 2003 bis 2005 gegenüber der letzten Mittelfristschätzung vom Mai 2001 deutlich abgesenkt werden. Einzelheiten des Vergleichs zwischen alter und neuer Steuerschätzung sind der nachstehenden Übersicht für die Jahre 2002 bis 2005 zu entnehmen.

Die Gesamtabweichung zwischen dem Schätzergebnis Mai 2002 und den Schätzungen des vorangegangenen Jahres lässt sich in mehrere Komponenten zerlegen:

Die Steuerrechtsänderungen gehen als Datum in die Steuerschätzung ein. Obwohl die Auswirkungen der einzelnen neuen Gesetze für sich genom-

men teilweise hoch sind, ergibt sich per Saldo in den Jahren 2003 bis 2005 eine eher geringe Gesamtauswirkung. Im Jahre 2002 sind die Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen mit insgesamt +4,0 Mrd. € deshalb höher als in den Folgejahren, weil in der November-Schätzung die aufkommensmindernden Wirkungen des Zweiten Gesetzes zur Familienförderung (u. a. mit der Anhebung des Kindergeldes) bereits berücksichtigt wurden.

Den zweiten Einflussfaktor bilden der **Solidarpakt II** (Solidarpaktfortführungsgesetz) und das **Regionalisierungsgesetz**. Beide Gesetze beeinflussen die Einnahmenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, ohne jedoch Steuergesetze im engeren Sinne zu sein. Ihre finanziellen Auswirkungen werden daher getrennt von den Steuerrechtsänderungen ausgewiesen. Gegenstand des Solidarpaktfortführungsgesetzes ist insbesondere die Überleitung der bisherigen Mittel des Investitionsförderungsgesetzes in Höhe von 3 375 Mio. € in Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für die neuen Länder und Berlin ab 1. Januar 2002 (Umbuchung von der Ausgaben- auf die Einnahmeseite des Bundeshaushalts). Außerdem enthält das Gesetz Neuregelungen bei der Umsatzsteuerverteilung, der Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ und den Bundesergän-

Abweichung des Ergebnisses AK Mai 2002 von den Ergebnissen AK November bzw. Mai 2001

2002	Ergebnis AK Nov. 2001	Steuerrechts- änderungen*	Abweichungen Regionali- sierungsgesetz	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung	Ergebnis AK Mai 2002
Bund**	196,9	2,7	0,0	2,4	- 5,5	196,4
Länder**	188,9	1,1			- 5,2	184,7
Gemeinden	54,8	0,3			- 0,9	54,2
EU	21,9			- 2,4	- 0,1	19,5
St. E. insgesamt	462,5	4,0	0,0	0,0	- 11,7	454,8

* Steueränderungsgesetz 2001; Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz; Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz; Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung; Steuerliche Förderung eines privaten Altersvorsorgevermögens für Beamte im VersÄndG 2001 und im Tarifbereich durch Tarifvertrag.
** Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

2003	Ergebnis AK Mai 2001	Steuerrechts- änderungen*	Abweichungen Solidarpakt II und Regionali- sierungsgesetz	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung	Ergebnis AK Mai 2002
Bund**	212,1	0,5	- 3,6	2,1	- 6,0	205,1
Länder**	194,9	0,4	3,6		- 7,0	191,9
Gemeinden	60,8	- 0,5	0,0		- 4,8	55,5
EU	24,2			- 2,1	- 0,2	22,0
St. E. insgesamt	492,0	0,3	0,0	0,0	- 17,9	474,5

* Zweites Gesetz zur Familienförderung; Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen; Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe; Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes; 12. Euro-Einführungsgesetz; Steueränderungsgesetz 2001; Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz; Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz; Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung; Steuerliche Förderung eines privaten Altersvorsorgevermögens für Beamte im VersÄndG 2001 und im Tarifbereich durch Tarifvertrag.
** Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

2004	Ergebnis AK Mai 2001	Steuerrechts- änderungen*	Abweichungen Solidarpakt II und Regionali- sierungsgesetz	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung	Ergebnis AK Mai 2002
Bund**	222,9	0,6	- 4,4	1,0	- 5,9	214,3
Länder**	204,8	0,2	4,4		- 6,8	202,5
Gemeinden	63,8	- 0,8	0,0		- 4,8	58,1
EU	24,8			- 1,0	- 0,2	23,7
St. E. insgesamt	516,3	- 0,1	0,0	0,0	- 17,7	498,6

* Zweites Gesetz zur Familienförderung; Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen; Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe; Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes; 12. Euro-Einführungsgesetz; Steueränderungsgesetz 2001; Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz; Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz; Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung; Steuerliche Förderung eines privaten Altersvorsorgevermögens für Beamte im VersÄndG 2001 und im Tarifbereich durch Tarifvertrag.
** Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

2005	Ergebnis AK Mai 2001	Steuerrechts- änderungen*	Abweichungen Solidarpakt II und Regionali- sierungsgesetz	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung	Ergebnis AK Mai 2002
Bund**	227,5	0,5	- 4,1	1,6	- 5,6	219,9
Länder**	208,8	0,0	3,9		- 6,6	206,1
Gemeinden	65,5	- 1,2	0,2		- 5,5	59,0
EU	25,2			- 1,6	- 0,2	23,4
St. E. insgesamt	527,1	- 0,7	0,0	0,0	- 18,0	508,4

* Zweites Gesetz zur Familienförderung; Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen; Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe; Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes; 12. Euro-Einführungsgesetz; Steueränderungsgesetz 2001; Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz; Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz; Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung; Steuerliche Förderung eines privaten Altersvorsorgevermögens für Beamte im VersÄndG 2001 und im Tarifbereich durch Tarifvertrag.
** Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

zungszuweisungen. Das Regionalisierungsgesetz sieht eine Veränderung des bisherigen Anpassungsmodus für die Zuweisungen des Bundes an die Länder zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs vor. Für das Jahr 2002 wurden die Auswirkungen des Solidarpakts II bereits in der November-Schätzung berücksichtigt und die Auswirkungen des Regionalisierungsgesetzes sind marginal. Erst in den Jahren ab 2003 ergeben sich deutliche Auswirkungen.

Den dritten Bestimmungsfaktor für die Höhe der Gesamtdifferenz der Steuereinnahmen nach alter und neuer Schätzung bildet die **Veränderung der EU-Abführungen**. Bei dieser Position ergeben sich im Schätzzeitraum voraussichtlich Entlastungen des Bundes infolge geringerer Abführungen (Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel).

Die verbleibende Differenz zwischen der Mai-Schätzung 2002 und den Schätzungen des Jahres 2001 ist die **Schätzabweichung**. Die Schätzabweichung stellt das eigentliche Ergebnis der Steuerschätzung dar, denn die drei zuvor beschriebenen Einflussfaktoren werden vom Bundesministerium der Finanzen quantifiziert und gehen als Datum in die Schätzung ein. Ursachen für die Schätzabweichung können Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Ausgangsgrößen (konjunkturelle Entwicklung), aber auch Änderungen im Verbraucherverhalten und sonstige zuvor anders eingeschätzte Verhaltensreaktionen der Steuerpflichtigen darstellen.

Nach der aktuellen Schätzung beträgt die Schätzabweichung in diesem Jahr – 11,7 Mrd. €. Davon entfallen – 5,5 Mrd. € auf den Bund. Dieser negative Basiseffekt schlägt auch auf die nachfolgenden Jahre durch und bewirkt trotz der Annahme der wieder anziehenden Konjunktur eine Schätzabweichung gegenüber der Mai-Schätzung 2001 um – 17,9 Mrd. € (Bund: – 6,0 Mrd. €) in 2003, um – 17,7 Mrd. € (Bund: – 5,9 Mrd. €) in 2004 und um – 18,0 Mrd. € (Bund: – 5,6 Mrd. €) in 2005. Dabei fällt die Anpassung für die Jahre 2003

bis 2005 stärker aus als die Anpassung für 2002, da für dieses Jahr bereits in der November-Schätzung 2001 eine Absenkung des Schätzansatzes vorgenommen wurde.

2.4 Einnahmen aus wichtigen Einzelsteuern

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Mai-Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ bei einigen wichtigen Einzelsteuern näher beleuchtet. Umfassende Ergebnisse zu allen Steuerarten sind auf der Homepage des Bundesministeriums der Finanzen abrufbar.

Lohnsteuer

Wichtigste Ausgangsgröße für die Schätzung der Lohnsteuereinnahmen ist die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter (ohne Beamtenpensionen). Der Ableitung der Lohnsteuer liegen angenommene Zuwächse der Bruttolöhne und -gehälter von + 2 1/2 % in diesem Jahr und von + 3 1/2 % in den Jahren 2003 bis 2006 zugrunde, wobei der stärkere Zuwachs ab 2003 seine Ursache in der Annahme einer wieder ansteigenden Beschäftigung hat.

Durch die anstehenden Steuersenkungen in den Jahren 2003 und 2005 und weitere Steuerrechtsänderungen (z. B. die Auszahlung der Zulagen nach dem Altersvermögensgesetz) wird der Anstieg des Lohnsteueraufkommens im Schätzzeitraum gedämpft.

Beim Kindergeld wird für die Jahre 2002 bis 2006 ein konstantes Volumen von 34,6 Mrd. € unterstellt. Insgesamt belaufen sich die geschätzten Zuwachsraten der kassenmäßigen Lohnsteuer im Ergebnis auf + 2 % in 2002, + 5 1/2 % in 2003, + 7 % in 2004, + 1 1/2 % in 2005 sowie + 7 % in 2006.

Einkommensteuer

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer ergibt sich als Saldo einer größeren Zahl

von Einzelpositionen, die verschiedene Veranlagungszeiträume betreffen. Zunächst sind von den Einkommensteuerpflichtigen im laufenden Jahr vierteljährliche Vorauszahlungen zu leisten, deren Höhe sich an dem Ergebnis der letzten Veranlagung orientiert. Die Entwicklung der Vorauszahlungen folgt damit im Grundsatz der Entwicklung der Gewinne. Das Kassenaufkommen eines Jahres enthält weiterhin die – positiven oder negativen – Abschlusszahlungen für vergangene Veranlagungszeiträume, die im Zuge der Veranlagung zur Einkommensteuer festgesetzt werden. Schließlich werden aus dem Einkommensteueraufkommen die Investitionszulagen, die Eigenheimzulagen und die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (nach § 46 EStG) gezahlt.



Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung wird das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer in diesem Jahr 8,5 Mrd. € betragen. Im Jahre 2003 wird es – vor allem infolge der Tarifsenkung – zu einem Rückgang auf 6 Mrd. € kommen. Dem Wiederanstieg im Jahre 2004 auf 7,8 Mrd. € folgt 2005 mit der Steuerreformstufe 2005 ein erneuter Rückgang auf 5,6 Mrd. €. Für 2006 wird ein kräftiger Anstieg auf 11,4 Mrd. € unterstellt.

Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Kapitalertragsteuer)

Im vergangenen Jahr hat es bei der Körperschaftsteuer über die Auswirkungen der Tarifsenkungen deutlich hinausgehende Einbußen beim Aufkommen gegeben. Das Körperschaftsteueraufkommen ging gegenüber dem Vorjahr von 23,6 Mrd. € auf –0,4 Mrd. € zurück. Neben der konjunkturellen Eintrübung waren hierfür vor allem Sonderausschüttungen mit entsprechender

Anrechnung von Körperschaftsteuerguthaben ursächlich, die in diesem Umfang nicht vorhersehbar waren. Gleichzeitig aber gab es als Folge dieser Sonderausschüttungen – und das wurde in der öffentlichen Diskussion zunächst übersehen – kräftige Zuwächse bei der Kapitalertragsteuer auf Dividenden. Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stieg im Vorjahresvergleich von 13,5 Mrd. € auf 20,9 Mrd. €.

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ geht davon aus, dass das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer in den kommenden Jahren wieder deutlich zunimmt, während sich die Kapitalertragsteuereinnahmen normalisieren. Demnach wird das Körperschaftsteueraufkommen von 7,9 Mrd. € in diesem Jahr auf 12,5 Mrd. € in 2003 ansteigen. Ursache für diesen kräftigen Wiederanstieg sind der Wegfall der in 2002 teilweise noch wirksamen Sondereffekte der Systemumstellung und die wieder anziehende Konjunkturentwicklung. In den Folgejahren erwartet der Arbeitskreis bei der Körperschaftsteuer einen Aufkommensanstieg auf 15,1 Mrd. € in 2004, 16,8 Mrd. € in 2005 und 18,4 Mrd. € in 2006. Für die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wird für 2001 ein Aufkommensrückgang auf 11,4 Mrd. € angenommen. Ausgehend von diesem wieder normalisierten Niveau steigt das Aufkommen in den Folgejahren im Grundsatz parallel zu den Unternehmensgewinnen.

Steuern vom Umsatz

Das zweite „Sorgenkind“ beim Steueraufkommen waren in jüngster Zeit die Steuern vom Umsatz (Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer). Offenbar hat die Konjunkturschwäche in Verbindung mit der Euro-Umstellung viele Verbraucher dazu veranlasst, Zurückhaltung beim Konsum zu üben und insbesondere die Ersatzbeschaffung bei langlebigen Konsumgütern hinauszuschieben. Von verschiedener Seite wird auch eine zunehmende Steuerhinterziehung als Mitursache für die schwache Aufkommensentwicklung bei der Umsatzsteuer vermutet. Hier dürften die von

der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges schon im Verlauf dieses Jahres spürbare Wirkungen entfalten.

Auch bei den Steuern vom Umsatz sehen die Experten des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ als Folge einer zunehmenden Konsumnachfrage schon im Jahresverlauf 2002 und verstärkt in den Folgejahren deutliche Aufkommensverbesserungen. Der Zuwachs wird auf +2 1/2% in diesem Jahr, +3 % im kommenden Jahr und +3 1/2% in den Jahren 2004 bis 2006 geschätzt.

Gewerbesteuer

Die schwache Konjunktur im Jahre 2001 hat auch bei der Gewerbesteuer einen starken Aufkommensrückgang bewirkt. Einbrüche ergaben sich vor allem in großen Städten, während die Entwicklung in den kleineren Gemeinden deutlich gemäßigter verlief. Dies ist eine Folge der Konzentration von Unternehmen bestimmter Branchen, die starke Ertragsrückgänge aufwiesen (z. B. Banken, Versicherungen, Chemie, Telekommunikation), in Großstädten. Im Zuge der Verbesserung der Konjunktur wird nach Einschätzung des Arbeitskreises das Gewerbesteueraufkommen ausgehend von 24,9 Mrd. € in diesem Jahr kontinuierlich bis auf 29,3 Mrd. € im Jahre 2006 ansteigen.

Mineralölsteuer

Die Entwicklung des Aufkommens aus der Mineralölsteuer wird weitgehend vom Kraftstoffverbrauch bestimmt. Beim Benzin war in den vergangenen Jahren ein deutlicher Verbrauchsrückgang zu verzeichnen. Dieser wurde verursacht durch die zwischenzeitlich stark gestiegenen Rohölpreise, die Konjunkturschwäche und den zu beobachtenden Trend zum Diesel-Pkw. Die Mai-Steuerschätzung geht davon aus, dass sich dieser Verbrauchsrückgang abschwächt (-1 % in 2002, - 1/2% in 2003) und nach Stagnation im Jahre 2004

in einen leichten jährlichen Zuwachs von + 1/2% übergeht. Begründet wird dieser Anstieg mit der Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und Benzinverbrauch. Allerdings steigt der Verbrauch – auch als Erfolg der ökologischen Steuerreform – deutlich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt.

Beim Dieserverbrauch war – wohl vor allem als Ergebnis der Substitution von Benzin-Pkw durch Diesel-Pkw – in den vergangenen Jahren kein Rückgang sondern lediglich eine Abschwächung der Zuwachsrate zu beobachten. Da der Verbrauch von Diesel-Kraftstoff wegen der Diesel-Lkw stärker vom Konjunkturverlauf abhängig ist als der Benzinverbrauch, wird hier als Folge des Konjunkturaufschwungs ein Zuwachs von + 1 % in 2002 und + 1 1/2% in den Folgejahren angenommen.

In den Jahren 2002 und 2003, in denen der Steuersatz im Zuge der ökologischen Steuerreform jeweils ansteigt, ergibt sich auf der Basis dieser Verbrauchsannahmen ein Zuwachs beim Mineralölsteueraufkommen von + 4 % bzw. + 5 %. In den Folgejahren, für die keine weiteren Stufen der ökologischen Steuerreform vorgesehen sind, rechnet der Arbeitskreis nur noch mit einem Anstieg um + 1/2 bis + 1 %.

3 Fazit

Auch wenn in der Steuerschätzung Mai 2002 im Vergleich zu den jeweils vorangegangenen Steuerschätzungen des Jahres 2001 eine deutliche Korrektur der Schätzansätze nach unten erforderlich war, passen sich die Ergebnisse der Steuerschätzung ein in die Planungen im Hinblick auf das Erreichen eines nahezu ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalts 2004 und eines ausgeglichenen Bundeshaushalts 2006. Wenn die allseits erwartete wirtschaftliche Erholung eintritt, werden diese Ziele erreicht. Allerdings besteht kein Spielraum für überbordende Ausgabenprogramme oder weitere Einnahmeverzichte.

Entwicklungstendenzen nationaler Steuersysteme

1	Vorbemerkung	47
2	Entwicklung der Steuereinnahmen	47
2.1	Steuer- und Abgabenquote	47
2.2	Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften	48
2.3	Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich	48
3	Struktur der Steuereinnahmen	50
3.1	Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern	51
3.2	Struktur der Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	52
3.3	Struktur der Steuereinnahmen im internationalen Vergleich	52
4	Fazit	54

1 Vorbemerkung

Der nachfolgende Beitrag enthält Darstellungen und Übersichten zu einigen bedeutsamen Aspekten nationaler Steuersysteme. Entwicklung und Struktur des deutschen Steuersystems werden im internationalen Vergleich beleuchtet. Im Zentrum der Betrachtung stehen dabei die Steuer- und Abgabenquote sowie das Verhältnis zwischen direkter und indirekter Besteuerung.

Die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland ist im internationalen Vergleich angemessen. Direkte und indirekte Steuern tragen in Deutschland nahezu ausgewogen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen bei. Das in Deutschland bestehende Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern wird durch den internationalen Vergleich nicht infrage gestellt.

2 Entwicklung der Steuereinnahmen

Das Niveau und die Entwicklung der nationalen Steuereinnahmen im Verhältnis zum Brut-

toinlandsprodukt (BIP) sind wichtige Indikatoren zur Beschreibung von Steuersystemen. Dieser gesamtwirtschaftliche Maßstab gibt eine grobe Orientierung über die Größenordnung der von den Bürgerinnen und Bürgern aufzubringenden Steuern.

Für Messungen der individuellen Steuerbelastung sind solche makroökonomischen Quoten ungeeignet. Dies gilt schon deshalb, weil für eine sinnvolle Belastungsrechnung im Nenner auch die Bemessungsgrundlage der im Zähler verwendeten Steuer- und Abgabengrößen verwendet werden müsste. Mit dem BIP findet jedoch eine Größe Verwendung, an der keine Steuer unmittelbar ansetzt.

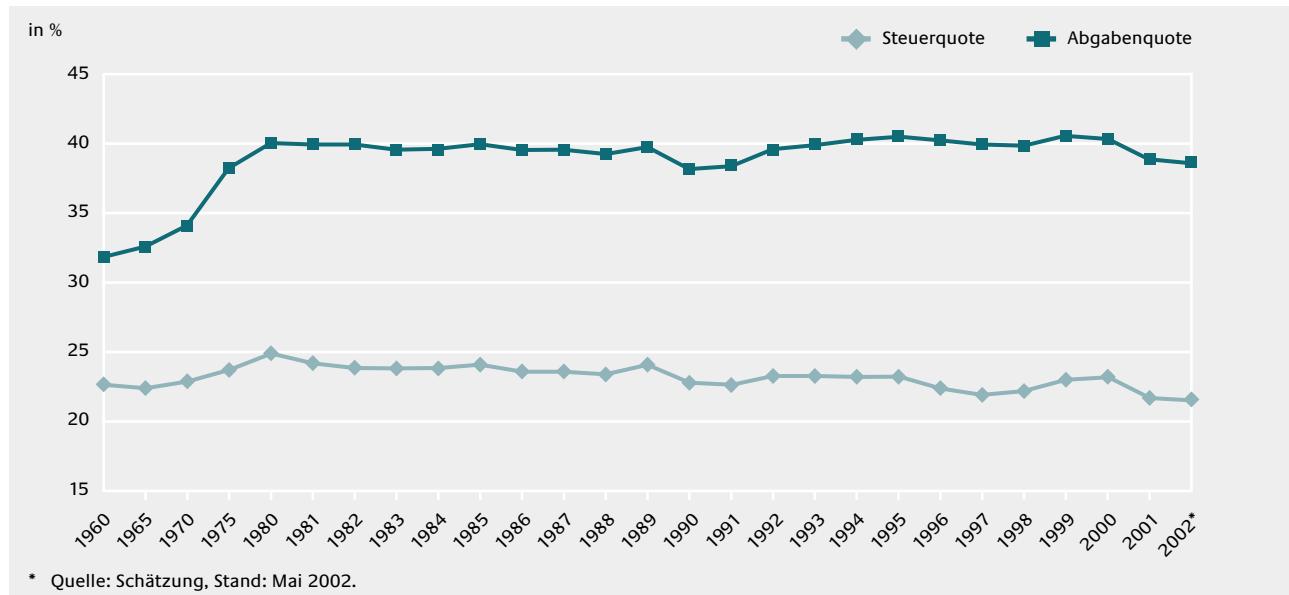
2.1 Steuer- und Abgabenquote

Das Verhältnis von Steuereinnahmen zum Bruttoinlandsprodukt verläuft in der längerfristigen Entwicklung relativ stabil. In den letzten 40 Jahren lag die Steuerquote im Durchschnitt bei 23 ½ % und in den letzten zehn Jahren betrug sie durchschnittlich 22 ½ %.

Nach einem Anstieg der Steuerquote in den Jahren 1998 bis 2000 (23,1 %) ist die Quote im Jahr 2001 wieder stark zurückgegangen und hat sich bei rund 21 ½ % verfestigt. Dies ist der niedrigste Wert, der seit 1960 ermittelt wurde. Wegen der noch ausstehenden Entlastungsstufen 2003 und 2005 der Steuerreform ist davon auszugehen, dass sich die Steuerquote mittelfristig auf diesem Niveau stabilisiert.

Während die Steuerquote in historischer Perspektive relativ stabil ist, hat sich das Verhältnis von Steuern und Arbeitnehmersozialbeiträgen zum BIP spürbar erhöht: Die Abgabenquote ist von 34 ½ % im Jahre 1970 auf gut 39 % im Jahre 2001 gestiegen. Im Jahre 2002 wird sie voraussichtlich auf diesem Niveau verbleiben.

Steuer- und Abgabenquote in Deutschland



* Quelle: Schätzung, Stand: Mai 2002.

2.2 Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Im Jahre 2002 wird der Anteil des Bundes am Steueraufkommen voraussichtlich gut 43 % betragen. Gemessen an den 50er- und 60er-Jahren, in denen der Bundesanteil am Steueraufkommen noch zwischen 53 und 56 % lag, ist dieser Anteil deutlich gesunken.

Der Länderanteil am Steueraufkommen wird in diesem Jahr rund $40 \frac{1}{2}\%$ erreichen. Komplementär zu der Entwicklung des Bundesanteils ist beim Länderanteil ein deutlicher Anstieg gegenüber den 50er- und 60er-Jahren zu beobachten. Damals entfielen auf die Länder lediglich zwischen 25 und 30 % des Steueraufkommens.

Der Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen hat sich in der jüngeren Vergangenheit bei

rund 12 % verfestigt. Die Abführungen an die EU – Zölle, Umsatzsteuer- und BSP-Eigenmittel – werden im laufenden Jahr 4,3 % des Steueraufkommens erreichen.

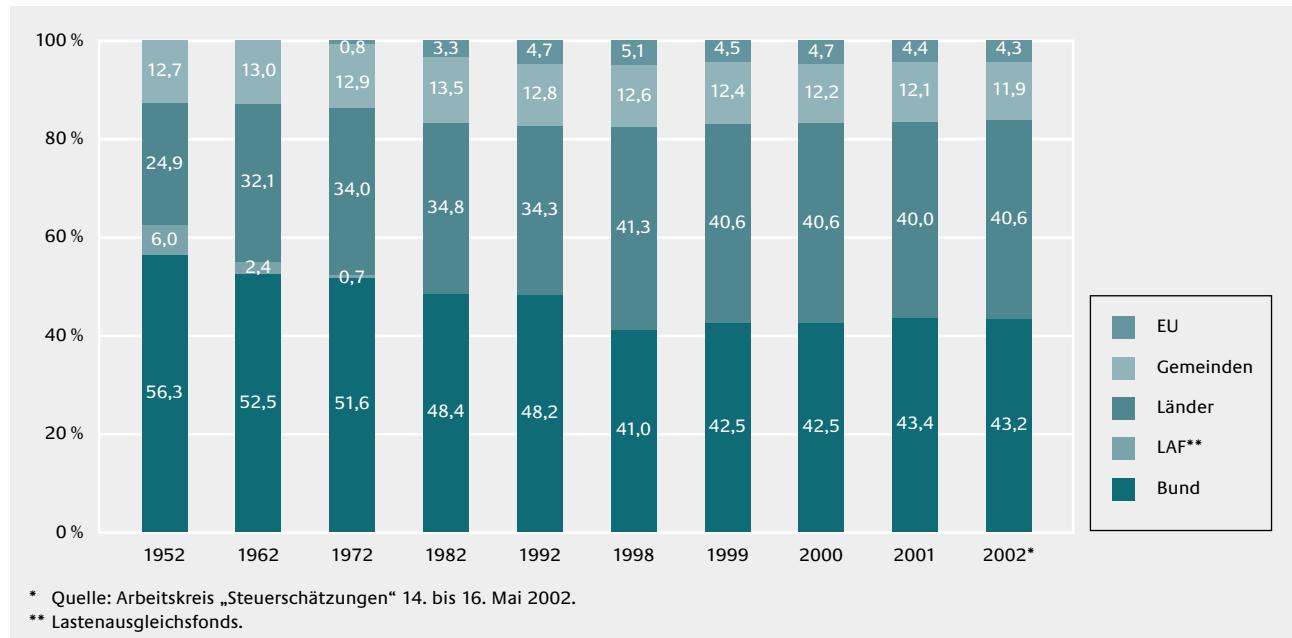
2.3 Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich

In nahezu allen Staaten ist ein anhaltender und größtenteils ununterbrochener Aufwärts-trend der Steuerquote zu beobachten, wenngleich aktuelle Entwicklungen darauf schließen lassen, dass der Anstieg zum Stillstand kommen könnte. Nur wenige Staaten können auf eine stabile bzw. rückläufige Steuerquote im langfristigen Trend verweisen.

Im internationalen Vergleich (Stand 2000, OECD)¹ bewegt sich die Steuerquote Deutschlands auf einem relativ geringen und sehr stabilen Niveau. Dabei spiegelt der internationale Vergleich den Rückgang der Steuer- und Abgaben-

¹ Um die Einheitlichkeit der statistischen Darstellung zu gewährleisten, wird in den internationalen Übersichten die OECD als einheitliche Datenquelle verwandt. Daraus ergeben sich Abweichungen zu den nationalen Angaben, die insbesondere durch einen unterschiedlichen Aktualitätsgrad der Angaben begründet sein können. Die verwendeten statistischen Berichtssysteme basieren jeweils auf kassenstatistischen Abgrenzungen.

Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften



quote in den Jahren 2001 und 2002 in Deutschland noch nicht wider.

Innerhalb der Europäischen Union verfügt Deutschland mit rund 23 % über die zweitniedrigste Steuerquote nach Spanien mit 22,9 %. Im Durchschnitt der 15 EU-Länder beträgt die Steuerquote gut 30 %. Die höchsten Quoten werden in Dänemark (46,2 %), Schweden (38,1 %) und Finnland (35,4 %) beobachtet. Weit unter dem Durchschnitt der EU-Staaten liegt die Steuerquote in den USA mit 22 % und Japan mit 17,1 %.

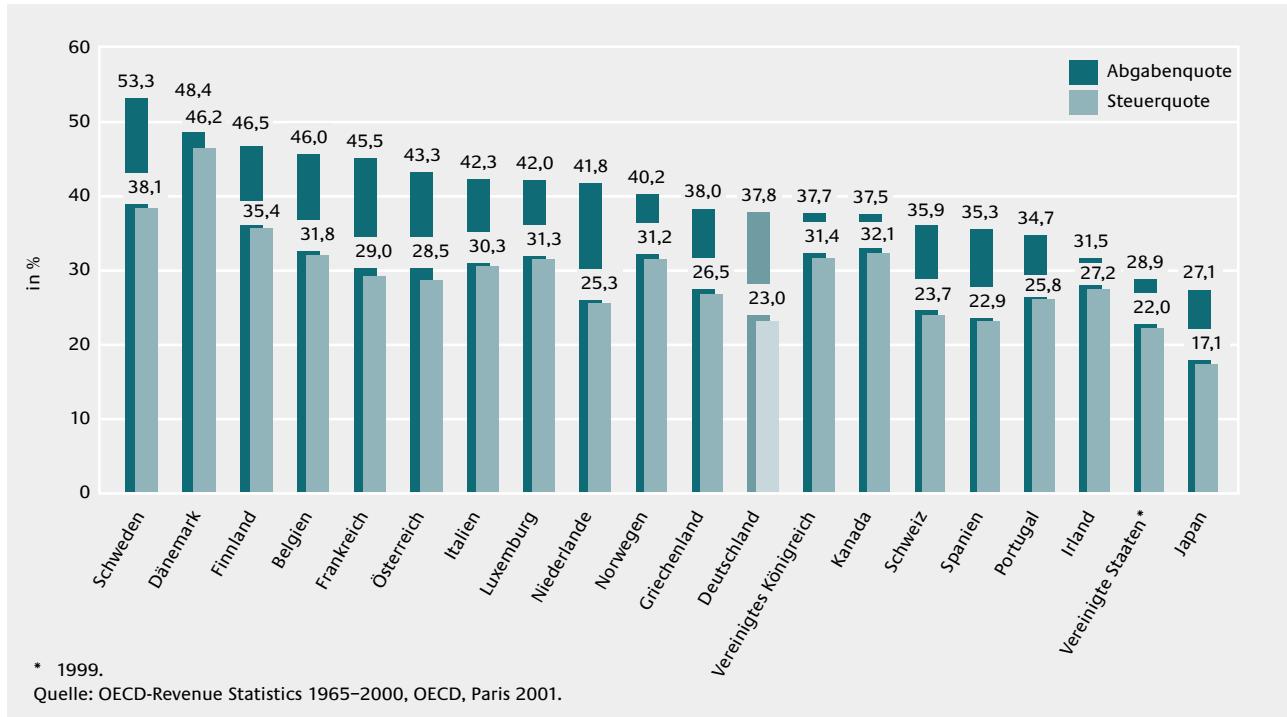
Die Steuerquote allein ist für einen solchen Vergleich nur bedingt aussagefähig: Mehrere Staaten finanzieren ihr gut ausgebautes Sozialsystem weniger über Beiträge, sondern vielmehr aus allgemeinen Steuermitteln. Ein Vergleich der Steuerquoten kann daher zu falschen Schlussfolgerungen führen. Es ist daher bei internationalen Vergleichen üblich, auf Steuern und Abgaben abzustellen. Dabei wird gleichwohl vernachlässigt, dass einige Staaten – USA, Japan – bei der sozialen Sicherung in erster Linie auf Privatinitiative setzen. Dies hat zur

Folge, dass die Abgabenquote in diesen Staaten relativ gering ist.

Darüber hinaus ist bei einer solchen Betrachtung zu berücksichtigen, dass nach der geltenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Beiträge an die Sozialversicherungen zu einem Anspruch auf Gegenleistung berechtigen. So führen die Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung zu einem eigentumsähnlichen Anspruch auf zukünftige Leistungen der Rentenversicherung im Alter. Steuern beinhalten hingegen keinen Rechtsanspruch auf eine besondere Gegenleistung.

Gemessen am BIP sind Steuern und Abgaben in Deutschland im internationalen Vergleich (Stand 2000, OECD) nicht hoch. Insgesamt nimmt Deutschland mit 37,8 % eine Position im Mittelfeld ein, mit der Tendenz zu den Staaten mit geringer Steuer- und Abgabenbelastung aufzuschließen. Innerhalb der EU werden die niedrigsten Werte in Irland (31,5 %) und Portugal (34,7 %) ermittelt; die höchsten Werte in Schweden (53,3 %) und Dänemark (48,4 %). Auch hier liegen die Werte für die USA mit rund 29 % und Japan mit rund 27 % aus den oben

Steuer- und Abgabenquoten 2000 im internationalen Vergleich



genannten Gründen erheblich unter dem Durchschnittswert der EU-Staaten von $41 \frac{1}{2}\%$. Insgesamt ist in allen beobachteten Staaten der EU und der OECD von 1970 bis 2000 eine teilweise erhebliche Steigerung der Abgabenquote festzustellen.

3 Struktur der Steuereinnahmen

Eine gängige Einteilung der Steuern erfolgt nach dem Verhältnis von Steuerschuldner und Steuerträger. Fallen beide Eigenschaften auf ein Steuersondert, spricht man von direkten Steuern (bspw. Einkommen-, Erbschaftsteuer). Fallen diese Merkmale auf verschiedene Steuersonderte, liegen indirekte Steuern vor (bspw. Umsatzsteuer: Steuerschuldner ist der Unternehmer, Steuerträger ist der Verbraucher).

Diese Einteilung wird sehr oft verwendet. In der Finanzwissenschaft und der Steuerlehre wird sie allerdings häufig problematisiert. Wesentliches Merkmal für die vorgenommene Klassifizierung ist die Frage nach der wirtschaftlichen Belas-

tungswirkung der Steuer. Folgende Wirkungsrichtungen werden tendenziell unterstellt:

- Direkte Steuern werden in der Regel von den Steuerpflichtigen getragen, also nicht überwälzt. Sie belasten in erster Linie die Einkommensentstehung oder die Vermögen. Als Subjektsteuer berücksichtigt die direkte Besteuerung die persönlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen. Als Objektsteuern knüpfen sie an den Ertrag oder den Vermögensbestand von wirtschaftlichen Objekten an.
- Indirekte Steuern sind dagegen steuertechnisch so ausgestaltet, dass sie zwar bei den steuerpflichtigen Unternehmen erhoben, von diesen allerdings im Normalfall in die Absatzpreise überwälzt werden. Sie belasten überwiegend die Einkommensverwendung in Form des Verbrauchs, und zwar entweder als allgemeine Verbrauchsteuer (Mehrwert- bzw. Umsatzsteuer) oder in Form einer Reihe von Sonderverbrauchs- und Verkehrssteuern auf spezielle Güter und Leistungen. Eine Differenzierung der Steuerbelastung nach den persön-

lichen Merkmalen des Steuerträgers gibt es hierbei nicht.

Hauptkritikpunkt an dieser Einteilung ist die ihr zugrunde liegende Überwälzungshypothese. Die wirtschaftliche Belastungswirkung ist keine unmittelbare Eigenschaft einer Steuer. Die so genannte Inzidenz der Besteuerung hängt von den jeweiligen Gegebenheiten – einzel- oder gesamtwirtschaftlicher Art – ab. So dürfte es bei schwungvoller Verbrauchskonjunktur den Unternehmen tendenziell eher gelingen, Erhöhungen indirekter Steuern auf die Konsumenten zu überwälzen.

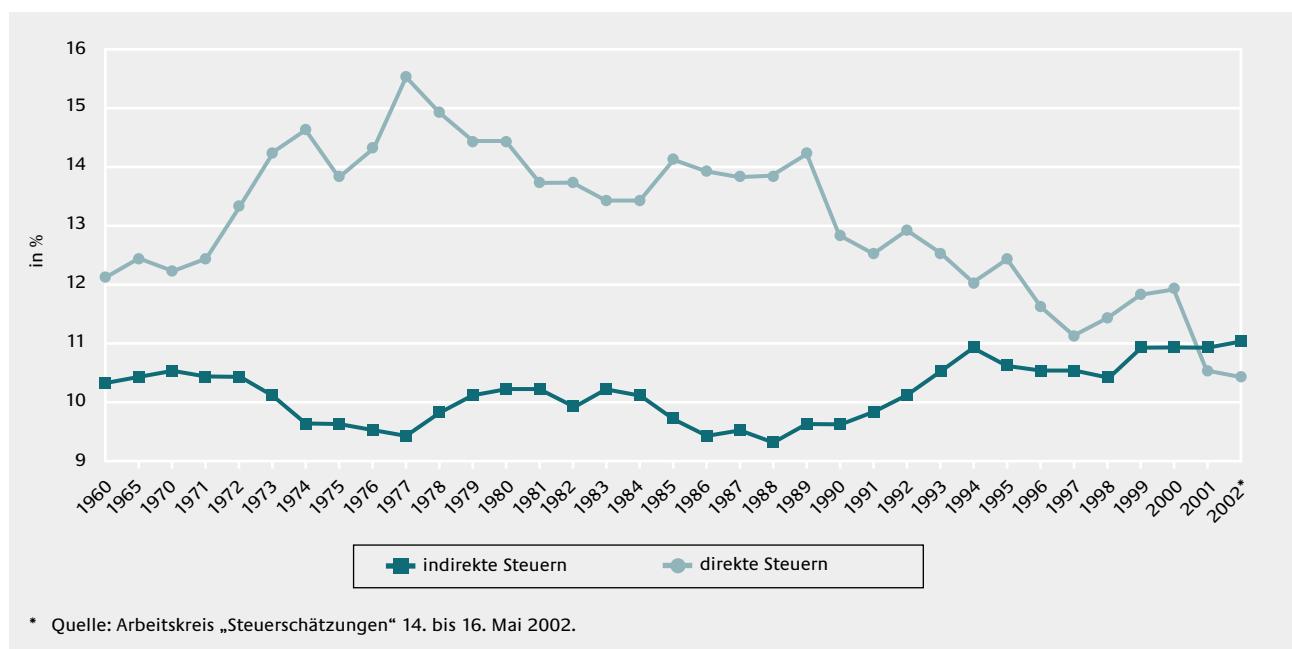
Für die normative ökonomische Theorie ist die Einteilung nach direkten und indirekten Steuern für die funktionale und personale Verteilung von Steuerlasten von geringer Relevanz. Diese Einteilung hat in erster Linie praktische Bedeutung, weil sie als Gliederungsprinzip internationaler Statistiken sowie der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) verwendet wird. Damit geht diese Unterscheidung insbesondere in die empirische Wirtschaftsforschung ein.

3.1 Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern

Langfristig schwankt in Deutschland das Aufkommen an indirekten Steuern um 10 % des BIP. Seit rund zehn Jahren ist jedoch eine dauerhafte Erhöhung auf gut 11 % des BIP zu erkennen. Wesentliche Gründe hierfür sind die Erhöhungen der Umsatzsteuer (1. Januar 1993, 1. April 1998) und der Mineralölsteuer (1. Januar 1994; aufgrund der Ökosteuer: 1. April 1999, 1. Januar 2000, 1. Januar 2001, 1. Januar 2002).

Gemessen an der relativ stabilen Entwicklung der indirekten Steuern schwankt das Aufkommen der direkten Steuern im Verhältnis zum BIP auch aus konjunkturellen Gründen spürbar stärker. Die Quote der direkten Steuern ist bis Mitte der 70er-Jahre auf gut 15 1/2 % des BIP angestiegen. Danach ist sie kontinuierlich gesunken und betrug Ende der 90er-Jahre rund 12 % des BIP. Nicht zuletzt wegen der Steuerentlastungen im Rahmen der Steuerreform gehen die direkten Steuern seit dem Jahr

Anteil der direkten und indirekten Steuern am BIP in Deutschland



2000 um zusätzlich gut 1 Prozentpunkt auf 10 ½ % des BIP in den Jahren 2001 und 2002 zurück. Damit haben die direkten Steuern erstmals seit 50 Jahren ein geringeres Gewicht als die indirekten Steuern.

Das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern ist – gemessen an den Gesamteinnahmen – insgesamt ausgewogen. Direkte und indirekte Steuern tragen zu annähernd gleichen Teilen zur Finanzierung der staatlichen Leistungen bei.

3.2 Struktur der Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Bei Bund und Ländern hat sich die Struktur der Steuereinnahmen – ohne Umverteilung der Bundesergänzungszuweisungen an die Länder und EU/BSP-Eigenmittel – im Laufe der Jahrzehnte erheblich verändert. In den 50er- und 60er-Jahren bildeten die indirekten Steuern rund drei viertel – zwischen 72 und 76 % – des gesamten Steueraufkommens des Bundes. Im Jahre 2002 werden es voraussichtlich nur noch 60 ½ % sein.

Bei den Ländern sinkt komplementär der Anteil der direkten Steuern am gesamten Ländersteueraufkommen. In den 50er- und 60er-Jahren lag dieser Anteil bei rund 84 %. Im Jahr 2002 wird er voraussichtlich auf knapp 49 % sinken. Damit korrespondierend wird der Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen der Länder von rund 16 % in den 50er- und 60er-Jahren auf rund 51 % steigen. Diese Entwicklung der Steuerstruktur geht auf die Einführung der gemeinschaftlichen Verteilung der Einkommensteuer und Umsatzsteuer zwischen Bund und Länder zurück. Die Gemeinden finanzieren sich in erster Linie aus direkten Steuern.

3.3 Struktur der Steuereinnahmen im internationalen Vergleich

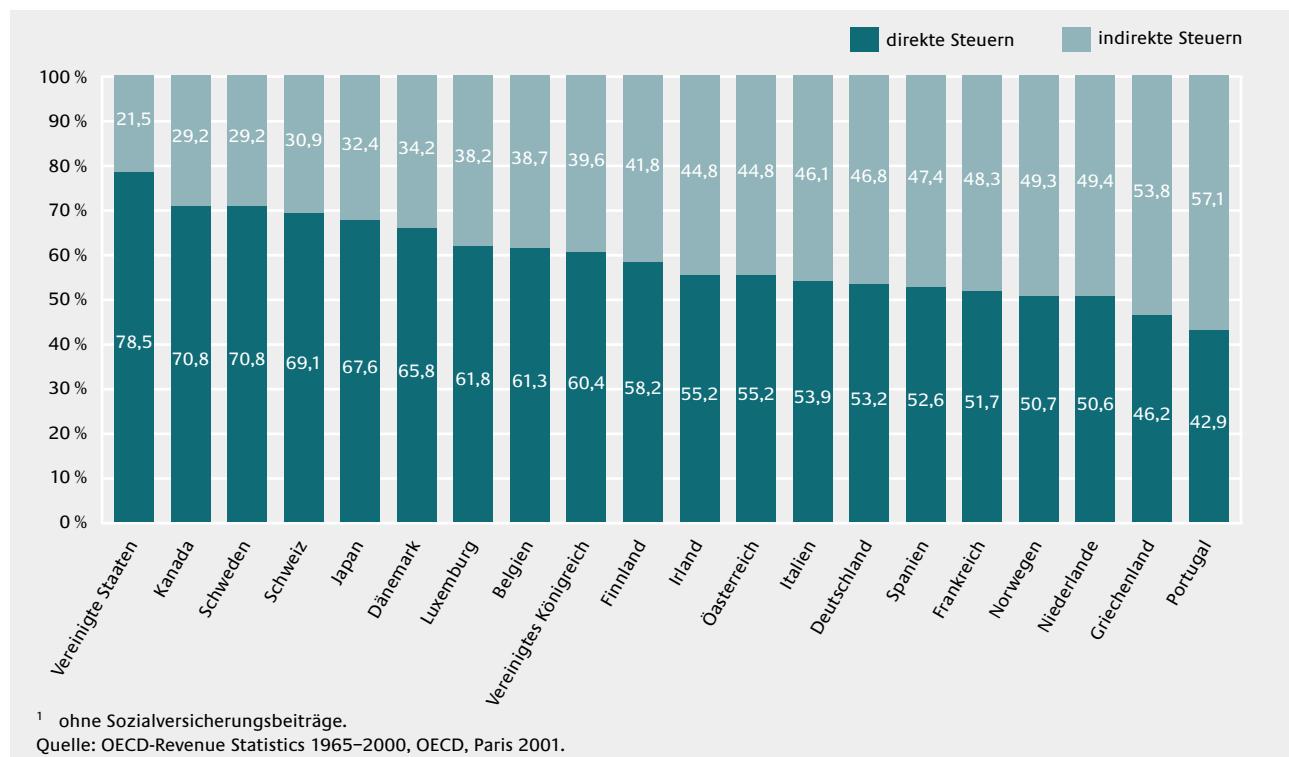
Das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern ist von Staat zu Staat sehr verschieden. Ursächlich dafür ist einerseits, dass in dieser Betrachtung die Sozialversicherungsbeiträge nicht berücksichtigt sind. Auf der anderen Seite spiegelt die national unterschiedliche Gewichtung der Einnahmequellen die verschiedenen

Struktur der Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

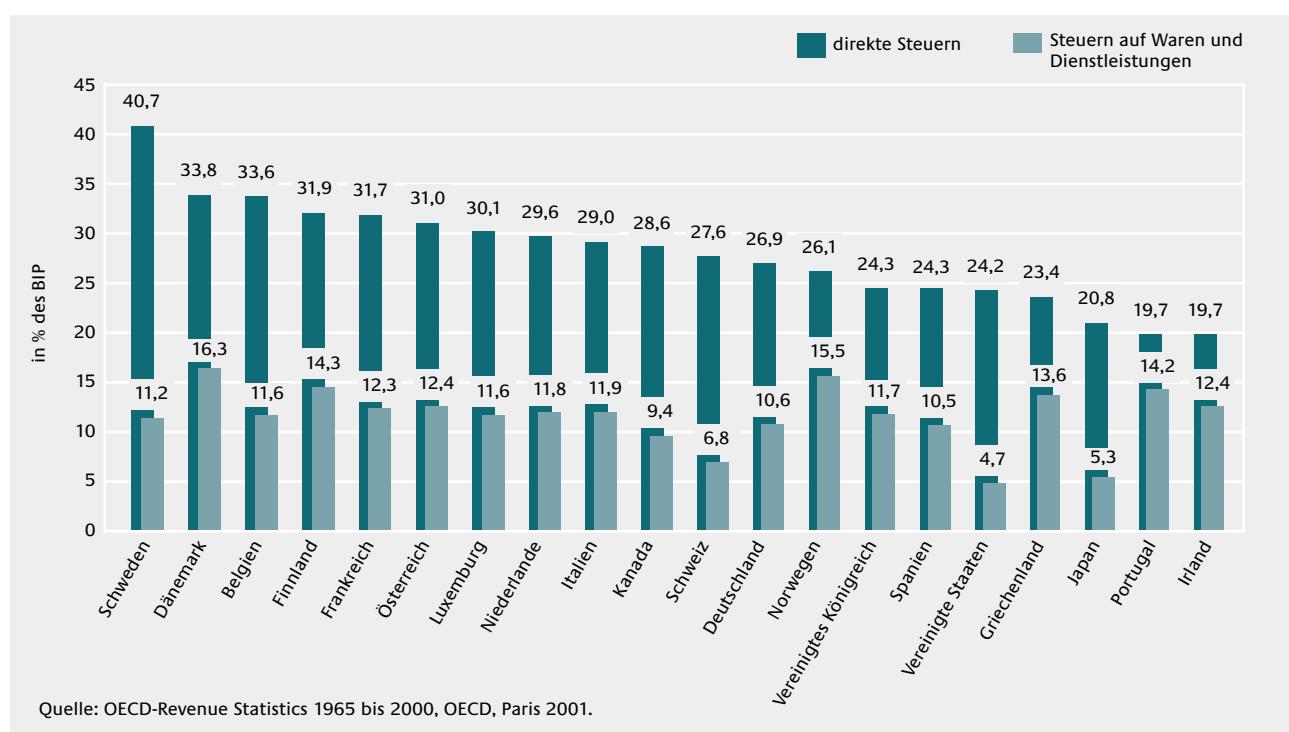
	1952	1962	1972	1982	1992	1998	1999	2000	2001	2002*
in Mrd. €										
Direkte Steuern	8,8	24,7	56,3	112,1	209,7	221,9	235,3	243,8	219,1	220,9
Bund	2,3	6,0	21,0	41,8	81,9	88,0	93,6	97,8	86,8	87,7
Länder	3,6	12,2	22,1	45,1	80,8	83,7	89,0	92,6	81,9	82,6
Gemeinden	2,0	5,4	12,5	25,2	47,1	50,3	52,7	53,4	50,4	50,6
Lastenausgleichsfonds	0,9	1,1	0,7	–	–	–	–	–	–	–
Indirekte Steuern	8,2	19,5	44,4	81,6	164,4	204,0	217,8	223,5	227,1	233,9
Bund	7,3	17,2	31,0	52,6	102,8	115,2	127,1	123,4	127,7	134,9
Länder	0,6	2,0	12,1	21,6	45,7	72,8	75,7	83,5	84,0	86,2
Gemeinden	0,2	0,3	0,5	0,9	0,7	3,5	3,7	3,7	3,7	3,6
Lastenausgleichsfonds	0,1	–	–	–	–	–	–	–	–	–
EU	–	–	0,8	6,4	15,2	12,4	11,3	12,9	11,7	9,2

* Quelle: Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ vom 14. bis 16. Mai 2002.

Verhältnis der direkten¹ und indirekten Steuern 1999 im internationalen Vergleich



Direkte Steuern einschließlich Sozialversicherungsbeiträge sowie Steuern auf Waren und Dienstleistungen 1999



nationalen Traditionen und Werturteile bei der Finanzierung öffentlicher Ausgaben wider.

Deutschland hat im internationalem Vergleich (Stand 1999) eine ausgewogene Einnahmenstruktur. Die meisten Staaten nutzen wesentlich stärker direkte Steuern zur Finanzierung staatlicher Leistungen. Im Umkehrschluss kommt in diesen Staaten den indirekten Steuern – relativ gesehen – eine geringere Bedeutung bei der Finanzierung der Staatsausgaben zu. Nur wenige Staaten, bspw. Griechenland und Portugal, finanzieren ihre öffentlichen Haushalte zu mehr als 50 % über indirekte Steuern.

Dies heißt gleichwohl nicht, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine hohe Einnahmenquote aus indirekten Steuern hat. In der Tendenz haben nämlich Staaten mit einer hohen Abgabenquote zugleich eine hohe Einnahmenquote sowohl aus direkten Steuern als auch aus Steuern auf Waren und Dienstleistungen. Staaten mit hohen Abgabenquoten müssen in der Regel ihr Einnahmepotenzial bei den direkten und indirekten Steuern stark beanspruchen, um ihre Ausgaben finanzieren zu können.

Insgesamt nimmt Deutschland auch bei dieser Betrachtung eine mittlere Position im internationalen Vergleich ein. In Deutschland ist weder die direkte noch die indirekte Besteuerung als Finanzierungsquelle öffentlicher Ausgaben überdehnt. Andererseits indiziert der internationale Vergleich auch keinen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf zugunsten weiterer Steuersenkungen bei einzelnen Steuerquellen.

Deutschland hat mit der Steuerreform 2000 den Steuersenkungsspielraum bis zum Jahr 2006 ausgeschöpft. Wenn die allseits erwartete wirtschaftliche Erholung einsetzt, wird Deutschland im Jahr 2004 einen nahezu ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalt und im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt erreichen können.

4 Fazit

In der jüngsten Vergangenheit ist eine Vielzahl grundlegender wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Reformen in Deutschland in Kraft gesetzt worden, die perspektivisch über die laufende Legislaturperiode hinausweisen. Dies gilt insbesondere für die Einkommen- und Unternehmenssteuerreform, die noch zwei Steuerentlastungsstufen verbindlich für die nächste Legislaturperiode vorsieht.

In Anbetracht der erheblichen Veränderungen aufgrund der Steuerreform 2000 muss auch Zeit gefunden werden, damit sich die positiven Wirkungen der Reformmaßnahmen entfalten können. Auch die Wirtschaft braucht die Chance, sich an die geänderten Rahmenbedingungen gewöhnen zu können. Gesamtwirtschaftlich sind Stetigkeit und Verlässlichkeit des Regierungshandelns wichtige Voraussetzungen für eine dauerhafte, spannungsfreie wirtschaftliche Entwicklung.

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuadjustierung des Verhältnisses zwischen direkten und indirekten Steuern kann aus dem im Punkt 3.3 dargestellten internationalen Vergleich nicht abgeleitet werden. Dazu weicht die Gewichtung des Verhältnisses zwischen direkten und indirekten Steuern von Land zu Land zu stark ab.

Die bestehenden nationalen Ausprägungen der Einnahmenstruktur sind das Ergebnis der nationalen politischen Entscheidungsprozesse. Sie spiegeln letztlich die Werturteile der Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Landes über die Vorzugswürdigkeit einzelner Steuern zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben wider. Überlegungen der ökonomischen und juristischen Wissenschaften über eine optimale und rationale Gestaltung der Steuern können dabei interessante Anstöße für die politisch zu führende Debatte über alternative Finanzierungsmöglichkeiten geben. Gleichwohl ist kritisch zu beachten, dass keine empiri-

schen Studien vorliegen, die die Überlegenheit einer bestimmten Einnahmenstruktur eindeutig nachweisen.

In Deutschland bilden die Steuerreformen der laufenden Legislaturperiode einen festen Datenkranz, der bei zukünftigen Überlegungen zur Weiterentwicklung des Steuersystems zu berücksichtigen ist. Zukünftig werden Bestrebungen zur Steuervereinfachung und zur Modernisierung des

Steuerrechts zentral auf der steuerpolitischen Agenda angesiedelt sein.

Insgesamt gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter zu steigern und den Menschen eine verlässliche Lebensperspektive zu erhalten. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Modernisierung von Staat und Gesellschaft sind das Fundament für mehr Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft.

Aktueller Diskussionsstand zur europaweiten Unternehmensbesteuerung

1 Einleitung	57
2 Langfristige Reformmodelle	57
2.1 Der langfristige Ansatz	57
2.2 Die Modelle	58
3 Die Diskussion	58
3.1 Die Wahl des Lösungsansatzes	58
3.2 Die Definition einer einheitlichen Bemessungsgrundlage	58
3.3 Die Organisation des Übergangs in der Praxis	59
4 Schlussfolgerungen	60

1 Einleitung

An der „Europäischen Unternehmenssteuerkonferenz“, die am 29. und 30. April 2002 in Brüssel stattfand, nahmen mehr als 500 Steuerexperten aus den Mitgliedstaaten, den Beitrittskandidaten, von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sowie Wissenschaftler teil. In drei Podiumsdiskussionen mit anschließender allgemeiner Diskussion wurden verschiedene Aspekte der Schaffung einer konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage für die grenzüberschreitende Unternehmensaktivität in der EU diskutiert.

Am 23. Oktober 2001 hatte die Europäische Kommission die Mitteilung „Ein Binnenmarkt ohne steuerliche Hindernisse“, basierend auf einer umfangreichen Studie über die Unternehmensbesteuerung im Binnenmarkt, veröffentlicht. Darin hat sie eine Reihe von steuerlich bedingten Hindernissen für die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit im Binnenmarkt ermittelt und vorgeschlagen, diese Hindernisse in einem zweigleisigen Vorgehen zu beseitigen:

- kurzfristig: gezielte Maßnahmen, und zwar in Bezug auf die Ausweitung des Anwendungsbe-

reichs der Mutter-/Tochter- und der Fusionsrichtlinie, die Einführung eines grenzübergreifenden Verlusttausgleichs und eines einheitlichen Doppelbesteuerungsabkommens zwischen den EU-Mitgliedstaaten (MS) einschließlich Regeln für die einheitliche Anwendung von Verrechnungspreisen,

- langfristig: Schaffung einer konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage für die grenzüberschreitende Unternehmensaktivität in der EU.

2 Langfristige Reformmodelle

2.1 Der langfristige Ansatz

Die Asymmetrien zwischen den nationalen Steuersystemen behindern nach Auffassung der Kommission Wirtschaftswachstum und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Binnenmarkt. Diese Hindernisse können durch den Europäischen Gerichtshof nur teilweise beseitigt werden. Es bedarf vielmehr eines koordinierten Ansatzes, der Raum für Wettbewerb zwischen den MS lässt. Die Kommission sieht in der Vereinbarung einer konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage die beste Lösung. Danach können Unternehmen mit Aktivitäten in mehr als einem MS ihren Gewinn konsolidiert ermitteln, was die verzerrende Wirkung konzerninterner Geschäfte innerhalb der EU ausschaltet (insbesondere in Bezug auf Verrechnungspreise, Verlustverrechnungen, Realisierung stiller Reserven), Symmetrie zwischen den Steuersystemen herstellt und gleichzeitig Missbrauchs- und Vermeidungsstrategien einschränkt. Dieses Modell sei durch einen Zurechnungsmechanismus zu ergänzen, nach dem die betroffenen MS einen Anteil am konsolidierten Gewinn erhalten, den sie nach ihren nationalen Tarifen besteuern können.

Mit der „Europäischen Unternehmenssteuerkonferenz“ bot die Kommission ein Forum für die Diskussion der „umfassenden“ Lösungsansätze. Aufgrund der Ergebnisse dieser Konferenz und weiterer Arbeiten wird sie im Frühjahr 2003 einen Fortschrittsbericht vorlegen.

2.2 Die Modelle

Für eine konsolidierte Bemessungsgrundlage schlägt die Kommission folgende Ansätze vor:

- „Home State Taxation“
 - Fakultative Ermittlung des konsolidierten Gewinns nach dem Recht des Sitzstaates der Muttergesellschaft;
 - Aufteilung dieses Gewinns auf die betroffenen MS nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel;
 - Besteuerung der Gewinnanteile nach nationalen Steuersätzen.
- „Common Base Taxation“
 - Fakultative Ermittlung des konsolidierten Gewinns nach einer neu zu schaffenden, einheitlichen Bemessungsgrundlage (alternativ zum nationalen Recht);
 - Aufteilung dieses Gewinns auf die betroffenen Mitgliedstaaten nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel;
 - Besteuerung der Gewinnanteile nach nationalen Steuersätzen.
- „European Corporate Income Tax“
 - Eigene Rechtsgrundlage und (teilweise) Ertragshoheit der EU, wobei die Rechtsgrundlagen der verschiedenen nationalen Steuerarten bestehen blieben.
 - Einheitliche Bemessungsgrundlage in der EU
 - Angleichung der – weiterhin nebeneinander bestehenden – nationalen Regelungen.

3 Die Diskussion

3.1 Die Wahl des Lösungsansatzes

In der ersten Diskussionsrunde zum Thema „Die Wahl des Lösungsansatzes“ bestand Übereinstimmung, dass die „European Corporate Income Tax“ und „Einheitliche Bemessungsgrundlage in der EU“ eher Modelle der „fernen Zukunft“ sind. Die weitere Diskussion beschränkte sich deshalb auf die „Common Base Taxation“ und „Home State Taxation“.

Die uneingeschränkte, EU-einheitliche Anwendung der „Home State Taxation“ wurde kritisch beurteilt, da das Steuerrecht des Staates der „Unternehmensspitze“ die Besteuerung der übrigen Unternehmensteile bestimmen und insoweit die Anwendung des nationalen Rechts dieses Staates verdrängen würde. Damit würde der unfaire Wettbewerb eher verschärft und die Wirtschafts- und Steuerpolitik der MS zulasten der Staaten ohne oder mit wenigen Konzernspitzen stark eingeschränkt. Im Übrigen wurde darauf hingewiesen, dass das innerstaatliche Recht einiger MS (z. B. Belgien und Italien) keine Konsolidierung vorsehe.

Für das Bundesministerium der Finanzen ist es vorstellbar, dass den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Ermittlung ihrer steuerlichen Bemessungsgrundlage nach dem Modell der „Home State Taxation“ ermöglicht wird. Diese Unternehmen, die in der Regel keine umfangreichen grenzüberschreitenden Aktivitäten haben, könnten sich so am bestehenden, „vertrauten“ Steuerrecht orientieren und darüber hinaus Zusatzkosten vermeiden.

Grundsätzliche Unterstützung fand das Modell der „Common Base Taxation“. Es wurde von deutscher Seite hervorgehoben, dass dieses Modell „unfaire“ steuerliche Praktiken beseitige und zu Kostensenkungen bei Unternehmen und Steuerverwaltungen führen könne. Aus diesem Grunde sollte es als „Pilotprojekt“ den Unternehmen für die so genannte „Europa-AG“ zur Verfügung gestellt werden.

Die Meinungen über die in diesem Zusammenhang erörterte Einführung eines Mindeststeuersatzes waren geteilt.

3.2 Die Definition einer einheitlichen Bemessungsgrundlage

Im Rahmen der zweiten Diskussionsrunde wurde insbesondere die Bemessungsgrundlage für die „Europa-AG“ sowie die Rolle der Interna-

tionalen Rechnungslegungsgrundsätze (International Accounting Standards – IAS) erörtert.

Im Laufe des Jahres 2004 können die Unternehmen die Rechtsform der „Europa-AG“ wählen. Das Potenzial dieser Rechtsform kann nach der Auffassung der Diskussionsteilnehmer jedoch nur dann voll ausgeschöpft werden, wenn ihre Gründung nicht zu zusätzlichen Steuerkosten führt und durch eigene steuerliche Regelungen die mit der grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit in der EU verbundenen steuerlichen Hindernisse überwunden werden können. Die „Europa-AG“ eigne sich besonders für einen umfassenden Ansatz. Sie könne als „Pilotprojekt“ dienen. Gegebenenfalls könne nach der „Pilotphase“ eine Ausdehnung auf andere Rechtsformen erfolgen. Zu Bedenken wurde gegeben, ob die – wenn auch nur vorübergehende – Beschränkung der „Common Base Taxation“ auf die Rechtsform der „Europa-AG“ als unzulässige steuerliche Beihilfe oder Diskriminierung anderer Rechtsformen beurteilt werden könnte.

In Bezug auf die handels- und steuerrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften wurde auf die damit verfolgten unterschiedlichen Zwecke hingewiesen. Deshalb könnten die IAS als Vorschriften für die Ermittlung der steuerlichen Bemessungsgrundlage nicht vorbehaltlos übernommen werden. Es erscheine jedoch folgerichtig, sie als Ausgangspunkt für die Ermittlung der steuerlichen Bemessungsgrundlage heranzuziehen.

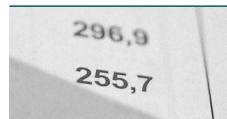
3.3 Die Organisation des Übergangs in der Praxis

Die dritte Diskussionsrunde beschäftigte sich insbesondere mit der Frage, ob die Anwendung des gewählten Modells fakultativ oder obligatorisch sein soll, welche Rolle in diesem Zusammenhang die KMU spielen und ob der Zurechnungs- und Zerlegungsmechanismus nach einer

bestimmten Formel ein brauchbares Konzept für die EU darstelle.

Die Meinungen darüber, ob den Unternehmen ein Modell als Option zur Verfügung gestellt werden solle, gingen auseinander. Für das Pilotprojekt „Europa-AG“ solle das „Common-Base-Modell“ aber obligatorisch sein.

Eine umfassende Lösung solle sich nach Auffassung von Vertretern des DIHK und des Zentralverbandes des deutschen Handwerks nicht auf die „Europa-AG“ beschränken, da sonst die Mehrzahl der KMU von dieser Lösung ausgeschlossen seien. Sie schlugen daher für die KMU das Modell der „Home State Taxation“ vor.



Bei beiden Modellen, der „Home State Taxation“ und der „Common Base Taxation“, muss ein geeigneter **Zerlegungs- oder Zurechnungsmechanismus** entwickelt werden, um die konsolidierte steuerliche Bemessungsgrundlage auf die betroffenen Mitgliedstaaten aufzuteilen. Gegenstand der Diskussion war vor allem die Frage einer Zerlegung anhand einer Formel. Die Auswahl einer konkreten Formel dürfe sich jedoch als schwierig erweisen.

Der Vorsitzende des Steuerausschusses der Confédération Fiscale Européenne wies darauf hin, dass im Binnenmarkt der Fremdvergleichsgrundsatz¹ nicht mehr der adäquate Ansatz sei. Vertreter der Praxis hoben hervor, dass der Fremdvergleichsgrundsatz regelmäßig auf eine formelhafte Aufteilung hinauslaufe. Bei der Erarbeitung der Formel müsse darauf geachtet werden, dass sie nicht – je nach berücksichtigten Faktoren – wiederum zu

¹ Ansatz des Preises, den voneinander unabhängige Dritte unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen vereinbart hätten.

Intransparenz im Steuerwettbewerb führe, denn der Steuerwettbewerb sollte ausschließlich über die Höhe der Steuersätze erfolgen.

Als Faktoren dieser Formel wurden der Mehrwert, die Lohnsumme, das Kapital bzw. ein makroökonomischer Ansatz in Erwägung gezogen.

4 Schlussfolgerungen

Die Diskussion hat ein breites Bedürfnis an Konzepten einer einheitlichen konsolidierten steuerlichen Bemessungsgrundlage gezeigt.

Das Modell der „Home State Taxation“ ist nicht die bevorzugte Lösung für eine unein-

geschränkte, EU-einheitliche Anwendung. Sie ist aber ein Modell, dass den KMU zur Verfügung gestellt werden könnte, gegebenenfalls beschränkt auf die Nachbarstaaten des „Home State“.

Das Modell der „Common Base Taxation“ fand zwar umfangreiche Unterstützung. Präferenz hatte jedoch die obligatorische Einführung dieses Modells in Verbindung mit der „Europa-AG“ als „Pilotfunktion“ für eine gegebenenfalls EU-einheitliche Ausweitung auf alle anderen Rechtsformen.

Die Kommission wird insoweit weitere Untersuchungen durchführen und im Frühjahr 2003 über ihre Schlussfolgerungen berichten.

Der nationale Stabilitäts- pakt – Wege zur Haushalts- disziplin in Deutschland und Europa

1 Einführung	61
2 Föderale Strukturen in den EU-Staaten	61
3 Stufen nationaler Stabilitätspakte in EU-Staaten	62
4 Innerstaatliche Regelungen in EU-Staaten zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	63
5 Der nationale Stabilitäts- pakt in Deutschland	66
6 Bewertung	68

1 Einführung

Durch Beschluss des Finanzplanungsrates vom 21. März 2002 hat die Bundesregierung im Konsens mit den Ländern einen nationalen Stabilitäts-
pakt zur innerstaatlichen Umsetzung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes geschaffen und damit ein weiteres wichtiges Reformprojekt im Bereich der föderalen Finanzbeziehungen erfolgreich auf den Weg gebracht. Mit dem nationalen Stabilitäts-
pakt stellt die Bundesregierung die Einhaltung der gegenüber dem Ecofin-Rat von Deutschland zugesagten Stabilitätsziele auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen sicher.

Die Beschlüsse des Finanzplanungsrates zeigen, dass Bund und Länder gemeinsam und jeder für sich in der Lage sind, ihre gesamtstaatliche Verantwortung zur Einhaltung der Vorgaben des

europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wahrzunehmen.

Die politische Entwicklung hin zu einem nationalen Stabilitäts-
pakt baut auf dem Vertrag von Maastricht auf, in dem sich die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet haben, übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden.¹ Diese Verpflichtung wurde mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt präzisiert und auf eine dauerhafte Basis gestellt. Für die öffentlichen Haushalte wurde darin das Mittelfristziel „close-to-balance or in surplus“ vereinbart.²

Die haushaltswirtschaftlichen Vorgaben des EG-Vertrags wenden sich zunächst an die Mitgliedstaaten als Gesamtstaat. Entsprechende innerstaatliche Regelungen sollen aber in föderal strukturierten Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die jeweiligen Gliedstaaten gemeinsam die Einhaltung der EG-rechtlichen Vorgaben gewährleisten.

Im Hinblick auf die aktuellen Beschlüsse des Finanzplanungsrates werden im Folgenden verschiedene innerstaatliche Regelungen in den EU-Staaten zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin in der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa dargestellt. Die Einordnung erfolgt im jeweiligen föderalen Kontext der Mitgliedstaaten (Abschnitte 2 bis 4). Die wichtigsten Eckpunkte des deutschen Stabilitäts-
pakts werden in Abschnitt 5 dargestellt und in Abschnitt 6 im europäischen Kontext bewertet.

2 Föderale Strukturen in den EU-Staaten

Die EU-rechtlichen Anforderungen an die nationale Haushaltspolitik sind vor dem Hintergrund

¹ Vergleiche Artikel 104 EG-Vertrag (EGV). Die für das übermäßige öffentliche Defizit maßgeblichen Referenzwerte betragen 3 % für das Verhältnis zwischen dem geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt und 60 % für das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Schuldenstand und dem Bruttoinlandsprodukt. Nach dem Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit gewährleisten die Mitgliedstaaten, dass die innerstaatlichen Verfahren im Haushaltsbereich sie in die Lage versetzen, ihre sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Damit sind die Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite verpflichtet.

² Die Mitgliedstaaten haben sich mit der Entschließung des Europäischen Rates vom 17. Juni 1997 über den Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken auf das mittelfristige Ziel nahezu ausgeglichen Haushalte oder Haushaltsüberschüsse verpflichtet.

zu sehen, dass in den Mitgliedstaaten der EU sehr unterschiedliche föderale Strukturen bestehen. Deshalb wird auch die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion in den einzelnen EU-Staaten innerstaatlich sehr verschieden geregelt und gehandhabt. In Ländern mit erheblicher finanzieller Autonomie nachgeordneter Gebietskörperschaften wie z. B. Deutschland ist es von Bedeutung, dass diese Ebenen in die Übernahme der Verantwortung für die Ziele der Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme einbezogen werden.

Der Grad der finanziellen Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften ist in den Mitgliedstaaten der EU sehr unterschiedlich:

- Staaten mit einem sehr hohen Niveau finanzieller Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften sind föderativ organisierte Länder wie Belgien, Deutschland, Österreich und Spanien. In den nordischen Mitgliedstaaten besitzen die örtlichen Gebietskörperschaften traditionell einen hohen Grad an Autonomie. Auch Italien durchläuft derzeit einen Prozess zunehmender Dezentralisierung.
- Zu den Staaten mit einem niedrigen Grad an finanzieller Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften gehören Frankreich, die Niederlande, Irland und auch Großbritannien.
- Gemessen am Anteil der Ausgaben der nachgeordneten Gebietskörperschaften an den Gesamtausgaben liegen Deutschland, Spanien und die nordischen Länder am oberen Ende des Spektrums, während sich Irland, die Niederlande und Portugal am unteren Ende befinden.

3 Stufen nationaler Stabilitätspakte in EU-Staaten

Es versteht sich von selbst, dass ein nationaler Stabilitätsvertrag nur in Mitgliedstaaten Sinn macht, in denen ein bestimmter Grad an finanzieller Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften gegeben ist. Daher scheiden Frankreich,

die Niederlande, Irland und auch Großbritannien grundsätzlich aus. Gleichwohl finden sich auch dort Elemente der innerstaatlichen Steuerung der Haushaltsdisziplin im Sinne der Vorgaben des EG-Vertrages bzw. des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Der Weg zu einem nationalen Stabilitätsvertrag ist fließend. Es lassen sich insbesondere je nach dem Grad, wie die einzelnen staatlichen Ebenen in die Begrenzung der öffentlichen Schuldenuaufnahme eingebunden sind, folgende Stufen unterscheiden:

1. Gewisse Autonomie der lokalen und regionalen Ebenen

Eine gewisse Autonomie besitzen alle lokalen und regionalen Ebenen. Ausgabenbeschlüsse und Haushalte werden ohne Einmischung der Zentralregierungen gefasst bzw. erstellt. Allerdings setzen die Zentralregierungen für zentrale finanzpolitische Schlüsselgrößen (z. B. Kreditaufnahme) der lokalen und regionalen Ebenen Grenzen. In den meisten Mitgliedstaaten findet traditionell eine so genannte „goldene Regel“ Anwendung: Die nachgeordneten Gebietskörperschaften können nur Schulden machen zur Deckung von Investitionsausgaben. Meistens ist außerdem die direkte Zustimmung des Finanzministeriums üblich.

2. Verbindlicheres Übereinkommen

Vor dem Hintergrund der Vorgaben des Vertrages von Maastricht und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurden allerdings verbindlichere Übereinkommen getroffen, die die Übernahme der Verpflichtung zu einem unmittelbar ausgeglichenen Haushalt vorsehen. Eine solche Regel existiert unter anderem für die lokale Ebene in Schweden seit dem Jahr 2000. Sie verlangt von den örtlichen Behörden, in jedem Jahr ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Sollte dies einmal nicht gelingen, muss die Korrektur innerhalb von zwei Jahren erfolgen.

Die Regierung Spaniens plant die Einführung eines ähnlichen Gesetzes.

3. Koordinierte Systeme

Neben der Möglichkeit einer zentral gesteuerten Begrenzung der Schuldenaufnahme gibt es auch den Weg der Koordinierung zwischen den Gebietskörperschaften. In föderativen Staaten (Belgien, Deutschland, Spanien, Österreich) oder in Mitgliedstaaten mit einer stark regional geprägten Struktur (Italien) hat diese Ausprägung erheblich mehr Bedeutung als in hoch zentralisierten Ländern.

Die Koordinierung kann so erfolgen, dass die Koordinierungsgremien Haushaltsziele für die nachgeordneten Gebietskörperschaften aufstellen und Vereinbarungen zwischen Zentralregierung und Regionen und Gemeinden getroffen werden (z.B. Belgien, Spanien, auch Dänemark). Allerdings müssen diese Vereinbarungen nicht zwangsläufig gesetzlich bindend sein.

Einige Länder sind noch weiter gegangen und haben innerstaatliche Regelungen ausgearbeitet (Österreich, Italien). Diese Stabilitätspakte enthalten rechtlich verankerte Vereinbarungen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften. Sie zielen darauf ab, den Grad der Verantwortlichkeit für die Haushaltsdisziplin abzustecken, und beziehen sich direkt auf die Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die Verhandlungen zum nationalen Stabilitätspakt zwischen den verschiedenen Ebenen können folgende vier Punkte berühren:

- Festlegung der Ziele,
- Sicherstellung ihrer Einhaltung,
- Ausweis der Verantwortlichkeit für den Fall von Korrekturmaßnahmen,
- Aufteilung von Sanktionen.

In einigen Ländern sind zur innerstaatlichen Umsetzung Ausschüsse zur Beobachtung der Haushaltsentwicklungen auf den nachgeordneten Ebenen vorgesehen und wird von den Gebietskörperschaften die Vorlage von jährlichen und mehrjährigen Defizit- und Schuldenplänen gefordert.

Manche Vereinbarungen enthalten Verfahrensregelungen für den Fall, dass bei Überschreitung des Defizits die EU-Ebene im Verfahren eines übermäßigen Defizits dem Mitgliedstaat Sanktionen auferlegt werden.

4 Innerstaatliche Regelungen in EU-Staaten zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Nachfolgend sind in einer Übersicht die innerstaatlichen Regelungen von 12 EU-Staaten zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin in der Wirtschafts- und Währungsunion dargestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den skizzierten nationalen Modellen zur Steuerung der Einhaltung der Maastricht-Kriterien um eine Momentaufnahme handelt, die im Prozess der fortschreitenden europäischen Integration einem dynamischen Wandel unterliegt.

Innerstaatliche Regelungen in EU-Staaten* zur Einhaltung der Haushaltstdisziplin im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Land	Föderale Struktur und institutionelle Rahmenbedingungen	Steuerung der Einhaltung der Maastricht-Kriterien
Belgien	Zwei staatliche Ebenen – Zentralregierung (einschließlich Sozialversicherung) – Gemeinschaften, Regionen und Gemeinden. Finanzielle Autonomie durch Gemeinschaftssteuern und eigene Steuerautonomie. Lokale Gebietskörperschaften finanziert durch Zuweisungen und lokale Steuern. Neuorganisation der Kompetenzen von Finanz-, Budget- und Geldpolitik geplant.	Kooperation und Verhandlungen der „Ebenen“ zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Gemeinschaften und Regionen beschließen jährlich ein internes Stabilitätsprogramm. Zeitraum für das Stabilitätsprogramm entspricht mindestens dem belgischen Stabilitätsprogramm. Gemeinschaften und Regionen erläutern das Erreichen der Zielvorgaben. Empfehlungen eines „Finanzplanungsrates“ (Finanzministerien der Zentralregierung und der Regionen, Zentralbank, Sachverständige), der getragen und berichtet. Keine formalen Sanktionsmechanismen. Aber: Zentralregierung kann die Schuldenaufnahme der Regionen und Gemeinden beschränken (zustimmungspflichtig). Für den Zeitraum 2002 bis 2005 ist das Ziel ein ausgeglichener Haushalt.
Dänemark	Zentralistische Tendenz, aber auch ausgeprägte Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften. Keine strikte Regelung eines internen Stabilitätspaktes.	In einem Konsultationssystem werden die Vereinbarungen zwischen der Zentralregierung und den Gemeinden ausgehandelt. Sie umfassen in der Regel alle Finanzierungsgrenzen sowie die Richtschnur für die gesamte Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen. Diese Vereinbarungen sind aber gesetzlich nicht bindend.
Finnland	Zentralistische Tendenz, aber auch ausgeprägte Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften. Keine strikte Regelung eines internen Stabilitätspaktes.	Keine Koordinierung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen. Keine Begrenzungen der Kreditaufnahme der nachgeordneten Gebietskörperschaften durch die Zentralregierung.
Frankreich	Zentralistisches System, aber Regionen bzw. Gemeinden ist verfassungsrechtlich Selbstverwaltung garantiert. Budgetgrenzen für Regionen (keine Kreditfinanzierung).	Die Zentralregierung verfügt im Rahmen der Kontrolle der Haushalte der Gebietskörperschaften auch bei den Regionen über Steuerungsmöglichkeiten (z.B. Begrenzung der Kreditaufnahme, Zuweisungspolitik). Der Zentralstaat hat z.B. für die lokale Ebene verbindliche Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme eingeführt (Contract de croissance et de solidarité) und kann über diese Instrumente Einhaltung der Maastricht-Kriterien weitgehend kontrollieren.
Großbritannien	Im Wesentlichen zentralistische Struktur. Wichtige Budgetentscheidungen (insbesondere Kreditaufnahme) werden von der zentralen Ebene vorgenommen. Für nachgeordnete Ebenen (schottische Exekutive sowie Gemeinden) gelten Kreditgrenzen.	Die Steuerung des Staatsdefizits erfolgt nahezu ausschließlich durch Zentralregierung bzw. Parlament. Steuerungsinstrumente sind eine Kreditgrenze und die Zuweisungspolitik der Zentralregierung. Weitergehende innerstaatliche Regelungen sind nicht erforderlich.
Irland	Überwiegend zentralistische Struktur. Wichtige Budgetentscheidungen (insbesondere Kreditaufnahme) werden von der zentralen Ebene vorgenommen.	Die Zentralregierung begrenzt direkt die Kreditaufnahme der nachgeordneten Ebene. Die Steuerung der Maastricht-Defizite erfolgt durch eine flexible Kreditregel.
Italien	Regionale und lokale Gebietskörperschaften verfügen seit 1992 über gewisse Budgetautonomie bzw. eigene oder gemeinschaftliche Steuern. Seit 1999 gesetzliche Regelung eines nationalen Stabilitätspaktes.	Bis 1999 „goldene“ Kreditregel. Seit 1999 wird das erlaubte Maastricht-konforme Defizit auf die gebietskörperschaftlichen Ebenen aufgeteilt, seit Sommer 2001 sind auch die Sozialversicherungen eingebunden. Insgesamt müssen Gebietskörperschaften von 2001 bis 2003 ihr Defizit jährlich um feste Quoten reduzieren. Die Quoten werden im Verhältnis zu den entsprechenden Anteilen an Gesamtausgaben aufgeteilt. Auch Ebenen mit Überschüssen bekommen Zielvorgaben auferlegt. Strikte Sanktionsmechanismen innerhalb des innerstaatlichen Paktes gibt es nicht; Anreize werden geschaffen durch zinsverbilligte Kredite bei Erreichen der Zielvorgaben. Eventuelle Sanktionen nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt werden verursachergerecht aufgeteilt.
Niederlande	Organisation in Zentralregierung, halbstaatliche Organisationen, lokale Gebietskörperschaften/Regionen. Grundsätzlich weitgehende Autonomie der staatlichen Ebenen, aber: Informationspflicht für lokale Gebietskörperschaften.	Das Bundesbudget ist steuerbar, die Sozialversicherung weitgehend steuerbar. Indirekte Steuerung der lokalen Ebene über Zuweisungen. Bei extremer Haushaltsnotlage (definiert als drohende eigenverschuldete Überschreitung der 3 Prozentgrenze) betreffende Gebietskörperschaft unter Aufsicht des Innenministeriums (Kreditgrenze).

Land	Föderale Struktur und institutionelle Rahmenbedingungen	Steuerung der Einhaltung der Maastricht-Kriterien
Österreich	<p>Föderative Struktur, allerdings mit zentralistischen Tendenzen.</p> <p>Seit 1998 Österreichischer Stabilitätspakt: Alle staatlichen Ebenen stimmen einer bindenden Regelung zur innerstaatlichen Verteilung der Maastricht-Defizite zu.</p> <p>Verfassungsrechtliche Grundlage: Bundesverfassungsgesetz über Ermächtigungen des Österreichischen Gemeindeparkt und des Österreichischen Städtebundes.</p> <p>Darüber hinaus Konsultationsmechanismus zur weiteren Koordinierung.</p> <p>2001: Aktualisierung des Österreichischen Stabilitätspaktes.</p> <p>Enthält Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik.</p>	<p>Politische Koordinationskomitees, die Verhandlungen zur innerstaatlichen Defizitverteilung führen und Umsetzung überwachen.</p> <p>Koordinierung durch Finanzausgleich.</p> <p>Defizitkriterium Einwohnerzahl;</p> <p>Ländergesamtheit ist verpflichtet, Haushaltsüberschuss in Höhe von 0,75 % des BIP zu erwirtschaften (gewisse Flexibilität in einzelnen Jahren). Gemeinden verpflichtet, insgesamt ausgeglichene Haushalte vorzuweisen (auch hier Abweichungen möglich). Verpflichtung bis zum Jahr 2002 für den Gesamtstaat ausgeglichene Haushalte zu erwirtschaften; Bund kann neue Schulden in Höhe von 0,75 % des BIP aufnehmen.</p> <p>Sanktionsverteilung: Bei Nichteinhaltung der Planungsvorgaben bzw. Überschreitung der Defizitzorgaben des Maastricht-Vertrages Verursacher in Haftung genommen. Schlichtungsgremium, in dem Gebietskörperschaften vertreten sind. Aufteilung der Überschussverpflichtung der Ländergesamtheit auf die einzelnen Länder sowie die Verteilung etwaiger Sanktionen auf einzelne Länder geregelt.</p> <p>Konsultationsmechanismus enthält Vielzahl weiterer Elemente, u.a. zu Informationspflichten, Finanzierungsmodalitäten und andere Maßnahmen.</p>
Portugal	<p>Reform der Finanzbeziehungen zwischen Zentralregierung und lokalen Gebietskörperschaften sowie Neuorganisation der Finanzplanung vorgesehen; dabei auch Regelung eines internen Stabilitätspaktes angestrebt.</p>	Derzeit keine explizite Defizit-Steuerung.
Schweden	<p>Zentralistische Tendenz, aber auch ausgeprägte Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften.</p>	<p>Seit dem Jahr 2000 gesetzliche Verpflichtung zum Haushaltausgleich. Ab 2000 Begrenzung der lokalen Gebietskörperschaften auf ausgeglichene Haushalte durch die Zentralregierung. Bei Nichteinhalten der Grenze Korrektur innerhalb von zwei Jahren.</p> <p>Zielvorgabe ist ein Überschuss von 2 % des BIP in 2002.</p> <p>Parlament bestimmt ein dreijähriges Ausgabenlimit für die Zentralregierung.</p>
Spanien	<p>Föderaler Staat mit Zentralregierung, regionalen Regierungen, wobei diese zu unterscheiden sind in „normale“ Regionen und „autonome“ Regionen, sowie Provinzen/Gemeinden.</p> <p>„General Law of Budgetary Stability“: vielfältige Vereinbarungen, die derzeit neu geregelt werden.</p>	<p>Zwischen Zentralregierung und Regionen werden für die Dauer von 5 Jahren bilaterale Absprachen zur Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes getroffen. Nach dem Gesetz sind alle staatlichen Ebenen zum Haushaltausgleich verpflichtet.</p> <p>Gesamtstaat muss das Defizit bis 2005 auf 0,3 % des BIP reduzieren (2001: 0,5 %).</p> <p>Die Sozialversicherungen müssen bis 2005 jährlich einen konstanten Überschuss von 0,5 % des BIP vorweisen.</p> <p>Die lokalen Ebenen müssen in diesem Zeitraum einen ausgeglichenen Haushalt erzielen.</p> <p>Das Finanzministerium überwacht die Einhaltung der Vorgaben.</p> <p>Bei Missachtung müssen die lokalen Ebenen die verantwortlichen Einnahme- und Ausgabeposten identifizieren und ein mittelfristiges Korrekturprogramm aufstellen.</p> <p>Sanktionen entsprechend dem Stabilitäts- und Wachstumspakt werden verursachergerecht auf die einzelnen Regierungsebenen verteilt.</p>

* Zu Luxemburg und Griechenland liegen keine belastbaren Informationen vor.

Quellen:

Aktualisierte Stabilitätsprogramme der EU-Mitgliedstaaten 2001/2002.

Committee of the Regions: Regional and Local Government in the European Union. Responsibilities and Resources, CdR – Studies E – 1/2001, Luxembourg 2001.

Ismayr, W. (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Leske + Budrich: Opladen 2001.

Hallerberg, M./Strauch, R./von Hagen, J.: The Use and Effectiveness of Budgetary Rules and Norms in EU Member States. Report Prepared for the Dutch Ministry of Finance by the Institute of European Integration Studies. Bonn Juni 2001.

Daban, T. u. a.: Rules-Based Fiscal Policy and the Fiscal Framework in France, Germany, Italy and Spain. IMF: Washington DC, Juni 2001.

Matzinger, A.: Der Österreichische Stabilitätspakt 2001, Wien 2001.

Rat der Europäischen Union: Empfehlungen des Rates vom 15. Juni 2001 zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, Drucksachennummer 9326/01, Göteborg 15. Juni 2001.

Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2001), Bundesministerium der Finanzen, Wien 2001.

5 Der nationale Stabilitätspakt in Deutschland

Die Bundesregierung hat vor dem Hintergrund der eingangs skizzierten EG-rechtlichen Anforderungen an den föderativen Staat Deutschland mit der Aufnahme einer allgemeinen Regelung zur Einhaltung der Maastricht-Bestimmungen und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in das Maßstäbegesetz (MaßstG) die Grundlage für eine Änderung des Haushaltsgundsätzgesetzes (HGrG) gelegt.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung des Finanzausgleichs wurde im Solidarpaktfortführungsgesetz (SFG) vom 20. Dezember 2001 die Änderung des Haushaltsgundsätzgesetzes beschlossen, nach der ein Verfahren die innerstaatliche Umsetzung der Vereinbarungen von Maastricht und des europäischen Stabilitätspaktes sicherstellen soll.³ Diese Regelung gewährleistet, dass in der ausgeprägt föderativ strukturierten Bundesrepublik Deutschland neben dem Bund auch die Länder einschließlich ihrer Gemeinden ihrer Verantwortung zur Einhaltung der europäischen Bestimmungen nachkommen.

Zielsetzung und Leitgedanke der neuen Regelung ist es, ein EU-taugliches und am Verfahren der Haushaltsüberwachung der Mitgliedstaaten durch die EU orientiertes innerstaatliches Konzept zu entwickeln, das gleichzeitig die institutionellen Strukturen des deutschen Föderalismus berücksichtigt. Mit der Neufassung des Haushaltsgundsätzgesetzes sollen präventive Instrumente gesetzlich etabliert werden, die die Verletzung der Maastricht-Kriterien schon frühzeitig verhindern. Insbesondere erfolgt eine Bindung der öffentlichen Haushalte, ohne die Haushaltsautonomie der Gebietskörperschaften auszuhöhlen. Mit dieser Regelung soll die Diskussion um die Aufteilung von Defizitobergrenzen oder Sanktionsverpflichtungen nachrangig werden.

³ Siehe dazu auch die Entschlüsse des Deutschen Bundestages vom 5. Juli 2001 (Bundestagsdrucksache 14/6577) und des Bundesrates vom 13. Juli 2001 (Bundesratsdrucksache 485/01 Beschluss).

Folgende Bestimmung wurde als Artikel 7 in das Solidarpaktfortführungsgesetz aufgenommen:

Artikel 7 Änderung des Haushaltsgundsätzgesetzes

Nach § 51 des Haushaltsgundsätzgesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 112 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) geändert worden ist, wird folgender § 51a eingefügt:

„§ 51a

Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

(1) Bund und Länder kommen ihrer Verantwortung zur Einhaltung der Bestimmungen in Artikel 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes nach und streben eine Rückführung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte an.

(2) Der Finanzplanungsrat gibt unter Berücksichtigung der volks- und finanzwirtschaftlichen Faktoren Empfehlungen zur Haushaltsdisziplin, insbesondere zu einer gemeinsamen Ausgabenlinie im Sinne des § 4 Absatz 3 des Maßstäbegesetzes. Der Finanzplanungsrat erörtert auf dieser Grundlage die Vereinbarkeit der Haushaltsentwicklung, insbesondere der Ausgaben und der Finanzierungssalden von Bund und Ländern einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände, mit den Bestimmungen in Artikel 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

(3) Entspricht die Haushaltsdisziplin der Gebietskörperschaften nicht hinreichend den Vorgaben nach den Absätzen 1 und 2, erörtert der Finanzplanungsrat die Gründe und gibt Empfehlungen zur Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin.“

Zentrale Bestandteile der neuen Regelung sind demnach:

- Bund und Länder streben die Rückführung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel des Haushaltausgleichs an.
- Die Koordinierungsfunktion des Finanzplanungsrates wird gesetzlich gestärkt und mit Blick auf die EU-rechtlichen Vorgaben konkretisiert.
- Der Finanzplanungsrat gibt unter Berücksichtigung der volks- und finanzwirtschaftlichen Faktoren Empfehlungen zur Haushaltsdisziplin und empfiehlt insbesondere eine gemeinsame Ausgabenlinie im Sinne des § 4 Abs. 3 MaßstG, die die Umsetzung der europäischen Vorgaben sicherstellt.
- Der Finanzplanungsrat erörtert die Vereinbarkeit der Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften mit den Bestimmungen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes,
- Darüber hinaus kann der Finanzplanungsrat gegebenenfalls Empfehlungen zur Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin aussprechen.



Mit der Stärkung des Finanzplanungsrates wird ein größeres Gewicht auf die bindende Wirkung von einvernehmlich getroffenen Empfehlungen gelegt, die im Rahmen von Kooperationsverfahren zustande kommen. Hier wurde von der

Bundesregierung die bewährte Tradition des kooperativen Föderalismus in Deutschland im europäischen Kontext fortgeführt und gleichzeitig ein bürokratisches Verfahren zur Verteilung von Defizitobergrenzen vermieden.

Durch die Verankerung des Ziels ausgeglichenerer Haushalte wird das Auftreten übermäßiger Defizite vermieden. Die getroffenen Regelungen wahren dabei die Haushaltsautonomie der Länder. Die Neuregelung des § 51a HGrG hält sich im Gesetzgebungsrahmen des Artikel 109 Abs. 3 Grundgesetz, wonach der Bund gemeinsam geltende Grundsätze auch für eine konjunkturrechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufstellen kann. Indem Bund und Länder sich auf die Einhaltung des Artikel 104 EGV verpflichten, bleiben sie in dem durch die Verfassung gezogenen Rahmen.

Durch Einfügung des § 51a Abs. 2 HGrG werden die Empfehlungen des Finanzplanungsrates für eine gemeinsam anerkannte Ausgabenlinie als Orientierungsmaßstab für die Haushalte von Bund und Ländern (einschließlich Gemeinden) gemäß § 4 Abs. 3 MaßstG festgeschrieben. Die in Abs. 3 vorgesehene Möglichkeit für den Finanzplanungsrat, ggf. Empfehlungen zur Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin auszusprechen, überträgt das im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarte Verfahren im Falle eines Auftretens übermäßiger Defizite auf den innerstaatlichen Kontext. Auf europäischer Ebene werden gegenüber einem Mitgliedsland nach Auftreten eines übermäßigen Defizits zunächst Empfehlungen zur Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin ausgesprochen. Dieses Verfahren wird in der neuen Regelung des HGrG nachgebildet.

Der nächste Schritt des nationalen Stabilitätspaktes besteht in der inhaltlichen Operationalisierung der Regelungen des § 51 a HGrG.

Zur Sicherstellung der Einhaltung der deutschen Verpflichtungen aus dem europäischen

Stabilitäts- und Wachstumspakt, insbesondere einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt im Jahr 2004 zu erreichen,⁴ haben Bund und Länder auf einer Sondersitzung des Finanzplanungsrates am 21. März 2002 entsprechende Beschlüsse gefasst.⁵ Die Sondersitzung des Finanzplanungsrates am 21. März 2002 lässt sich als wichtiges Ereignis der bundesdeutschen Finanzpolitik notieren, denn der Finanzplanungsrat konnte ein konkretes Ergebnis im Zusammenhang mit den Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes erzielen.

Im Einzelnen wurde zwischen Bund und Ländern vereinbart, dass die Reform des Haushaltsgrundsätzegesetzes, die ursprünglich erst für das Jahr 2005 vorgesehen war, auf den Juli 2002 vor gezogen wird.⁶

Um im Jahr 2004 einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen, hat der Finanzplanungsrat u. a. beschlossen, dass bei der Gestaltung künftiger Haushalte für die Jahre 2003 und 2004 die Ausgaben des Bundes um durchschnittlich $\frac{1}{2}\%$ pro Jahr verringert werden. Länder und Gemeinden werden ihr jährliches Ausgabenwachstum in den beiden Jahren auf jeweils 1 % im Jahresdurchschnitt begrenzen. Dem liegt eine Aufteilung des 2004 zulässigen Defizits von 0,5 % des BIP von 45 zu 55 zwischen Bund und Sozialversicherungen auf der einen und der Gesamtheit der Länder und Gemeinden auf der anderen Seite zugrunde. Diese Aufteilung soll auch für die Jahre 2005 und 2006 gelten, wobei der Bund für sich an dem Plan festhält, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Ergänzend wurde in dem Beschluss des Finanzplanungsrates unter anderem vereinbart, dynamische Belastungen aus bestehenden und neuen Leistungen zu begrenzen.

6 Bewertung

Die vom Deutschen Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates verabschiedete Ergänzung des Haushaltsgrundsätzegesetzes stellt einen wichtigen Beitrag zur innerstaatlichen Umsetzung der EU-rechtlichen Anforderungen an die nationale Finanzpolitik und damit auch ein entscheidendes vertrauenwerbendes Element für die einheitliche europäische Währung dar. Die geschaffenen gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten haben insbesondere zum Ziel, Vorsorge dafür zu treffen, dass die Defizitgrenzen des Maastricht-Vertrages nicht überschritten werden können. Mit der Verankerung der Konsolidierungspolitik von Bund und Ländern hin zu ausgeglichenen Haushalten soll die Haushaltsdisziplin im Sinne von Maastricht auch im föderalen Kontext von Bund und Ländern dauerhaft gesichert werden.

Im Ergebnis entsprechen der neue § 51a HGrG in Artikel 7 Solidarpaktfortführungsgesetz (SFG) sowie die aktuellen Beschlüsse des Finanzplanungsrates den EG-rechtlichen Anforderungen, Verfahren zu schaffen, die Deutschland in die Lage versetzen, die Anforderungen des Maastricht-Vertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu erfüllen. Die nunmehr gesetzlich verankerte Koordinierung der Haushaltspolitik zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen Deutschlands mit dem Ziel der Erfüllung der EG-rechtlichen Vorgaben ist damit ein Beispiel dafür, wie die Vielfalt nationaler föderaler Strukturen und der jeweiligen Politiken in allgemeine, von allen Mitgliedstaaten anerkannte Vorgaben für die nationale Politik eingebettet sein kann.

Mit der Reform des Haushaltsgrundsätzegesetzes und den darauf aufbauenden Beschlüssen des Finanzplanungsrates ist ein wichtiger Schritt zu

⁴ Siehe Erklärung des Rates Wirtschaft und Finanzen zur Haushaltsslage in Deutschland vom 12. Februar 2002.

⁵ Vergleiche hierzu den Beschluss des Finanzplanungsrates in seiner 95. Sitzung am 21. März 2002.

⁶ Der Deutsche Bundestag hat das entsprechende Gesetz zur Änderung des SFG in 2./3. Lesung am 6. Juni 2002 beschlossen (Bundestagsdrucksache Nr. 14/9154). Der Bundesrat hat dem Gesetz am 21. Juni 2002 zugestimmt.

einem nachhaltigen nationalen Stabilitätspakt getan. Auch die Länder haben mit ihrer Zustimmung ihre Mitverantwortung zur Einhaltung der europäischen Vorgaben zur Haushaltsdisziplin durch Ratifizierung der EG-Verträge anerkannt und die weitere Umsetzung des innerstaatlichen Stabilitätspaktes unterstützt.

Mit den Beschlüssen des Finanzplanungsrates – insbesondere zu den speziellen Ausgabenlinien und zu einer Rückführung der Defizite bzw. der Neuverschuldung – hat die Reform des Haushaltsgundsätzgesetzes ihre erste Bewährungsprobe bestanden. Dabei ist klar, dass die neuen Ausgabenlinien an Bund und Länder strenge Konsolidierungsanforderungen stellen, die sie

bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigen werden. Die jüngsten Erfahrungen mit dem Finanzplanungsrat zeigen damit, dass, orientiert an den Anforderungen an die Haushaltsdisziplin der Gebietskörperschaften, Bund und Länder gemeinsam und jeder für sich ihre gesamtstaatliche Verantwortung zur Einhaltung der Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wahrzunehmen in der Lage sind. Die gemeinsame Vereinbarung zu einer nachhaltigen Konsolidierungsstrategie macht im europäischen Vergleich nochmals deutlich, dass der deutsche Weg der präventiven Defizitvermeidung die Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden auf eine nachhaltig EU-taugliche Grundlage gestellt hat.

Der Luxemburg-Prozess und der Nationale Beschäftigungspolitische Aktionsplan 2002

1 Einordnung des Nationalen Beschäftigungspolitischen Aktionsplans in den Europäischen Beschäftigungspakt	71
2 Der Nationale Beschäftigungspolitische Aktionsplan als Teil des „Luxemburg-Prozesses“	71
2.1 Der beschäftigungspolitische Rahmen	72
2.2 Die Querschnittsziele	72
2.3 Stellungnahme zu den Empfehlungen des Rates	73
2.4 Die beschäftigungspolitischen Leitlinien	73
3 Die Reform des „Luxemburg-Prozesses“	75

1 Einordnung des Nationalen Beschäftigungspolitischen Aktionsplans in den Europäischen Beschäftigungspakt

Mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit zu erreichen, ist die zentrale Herausforderung der Europäischen Volkswirtschaften. Damit ist es zugleich eine der vordringlichsten Aufgaben der Europäischen Union. Im Vertrag von Amsterdam ist deshalb der EG-Vertrag um einen separaten Beschäftigungstitel erweitert worden. Die Mitgliedstaaten und die Kommission legen im Rahmen des auf der Sondertagung des Europäischen Rates über Beschäftigungsfragen vom 20. und 21. November 1997 begründeten so genannten „Luxemburg-Prozesses“ dem Europäischen Rat jährlich einen gemeinsamen Jahresbericht über die Beschäftigungslage und über die Umsetzung von beschäftigungspolitischen Leitli-

nien und länderspezifischen Empfehlungen vor. Die Grundlage für den gemeinsamen Beschäftigungsbericht bilden die nationalen Aktionspläne der einzelnen Mitgliedstaaten.

Die koordinierte Beschäftigungsstrategie („Luxemburg-Prozess“) bildet wiederum zusammen mit dem Makroökonomischen Dialog („Köln-Prozess“)¹ und den Strukturreformen auf den Märkten („Cardiff-Prozess“)² den dritten Pfeiler des Europäischen Beschäftigungspaktes für mehr Wachstum und Beschäftigung unter Wahrung der Preisstabilität.

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung am 23. und 24. März 2000 in Lissabon den Prozess im Sinne einer längerfristig ausgerichteten Perspektive erweitert und der Europäischen Union ein neues strategisches Ziel gesetzt: „Sie soll zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden – zu einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Die Erreichung dieses Ziels wird die Union in die Lage versetzen, wieder die Voraussetzung für Vollbeschäftigung zu schaffen.“

2 Der Nationale Beschäftigungspolitische Aktionsplan als Teil des „Luxemburg-Prozesses“

Der Europäische Rat hatte sich am 14./15. Dezember 2001 in Laeken auf der Grundlage des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2001 auf 18 beschäftigungspolitische Leitlinien sowie die länderspezifischen Empfehlungen für 2002 verständigt.

Entsprechend der Vorgaben des EU-Beschäftigungsausschusses wurde der nunmehr fünfte Nationale Beschäftigungspolitische Aktionsplan

¹ (spannungsfreies Zusammenspiel von Lohnentwicklung, Finanz- und Geldpolitik).

² (Stärkung des Wettbewerbs durch Strukturreformen).

gegenüber den Aktionsplänen der Vorjahre neu strukturiert und unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen erstellt.

An seiner Erarbeitung haben alle wichtigen Akteure mitgewirkt, die auf die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Strategie einen maßgeblichen Einfluss haben. Neben dem federführenden Bundesministerien der Finanzen gehörten dazu aufseiten der Bundesregierung die Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung, für Bildung und Forschung, für Wirtschaft und Technologie, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Bundeskanzleramt. Ferner haben die Bundesanstalt für Arbeit, die Sozialpartner und die Länder sowie die Kommunalen Spitzenverbände an der Erstellung des Aktionsplans mitgewirkt.

Der Nationale Beschäftigungspolitische Aktionsplan wurde Anfang Mai an den Rat und die Kommission nach Brüssel übersandt. Er ist im Internet unter der Adresse <http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage11320/> Nationaler-Beschäftigungspolitischer-Aktionsplan-2002.pdf veröffentlicht.

2.1 Der beschäftigungspolitische Rahmen

Eingebettet in die Analyse der wirtschaftlichen Lage und die Erwartungen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes bringt der Aktionsplan 2002 im ersten Abschnitt den umfassenden Politikansatz der Bundesregierung zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung zum Ausdruck. Er basiert auf

- einer konsequenten Konsolidierung der Staatsfinanzen,
- der größten Steuersenkung für Arbeitnehmer und Unternehmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,
- einer verbesserten strukturellen Anpassungsfähigkeit der Unternehmen,
- der Entwicklung des Unternehmergeistes sowie

- einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslosen den Weg zurück in den Arbeitsmarkt ebnet und dem Entstehen neuer Arbeitslosigkeit vorbeugt.

Die Bundesregierung hat mit den von ihr durchgesetzten Reformen die wachstums- und beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Zu nennen sind insbesondere die Einbindung der Sozialpartner im „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, der Solidarpakt II zur Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbauprozesses in den neuen Bundesländern und die Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik im Sinne des „Förderns und Förderns“ durch das Job-AQTIV-Gesetz. Auch die auf breiter gesellschaftlicher Basis durchgeführte „Qualifizierungsoffensive“ trägt zur Zukunftsicherung des „Standortes Deutschland“ bei.

2.2 Die Querschnittsziele

In diesem Jahr haben Rat und Kommission einen besonderen Schwerpunkt auf die Themen Verbesserung der Qualität der Arbeit sowie die Umsetzung der langfristigen Beschäftigungsziele zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung gelegt.

In dem Kontext der langfristig orientierten Beschäftigungsstrategie ist das Ziel einer höheren Erwerbsbeteiligung von besonderer Bedeutung. Die bis zum Jahr 2010 für die Union insgesamt angestrebte Beschäftigungsquote (d.h. Erwerbstätigenquote) von 70 %, für weibliche Erwerbstätige von 60 % und für ältere Erwerbstätige (zwischen 55 und 64 Jahre) von 50 % stellen ehrgeizige Ziele dar, auf die der Staat nur einen mittelbaren Einfluss über die Gestaltung der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen hat.

Mit einer – seit Beginn des „Luxemburg-Prozesses“ kontinuierlich ansteigenden – Gesamtbeschäftigungsquote in Deutschland von 65,4 % im Jahre 2000 ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Zielmarke bereits geschafft. Auch die Beschäfti-

tigungsquote der Frauen steigt seit 1997 kontinuierlich an und betrug im Jahr 2000 57,7 %. Sie liegt damit jetzt schon höher als das anvisierte Zwischenziel für 2005, formuliert in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Stockholm. Es kommt nun darauf an, möglichst schnell die gesamtwirtschaftliche Wachstums- und Beschäftigungsdynamik im aktuellen konjunkturellen Umfeld wiederzugewinnen, damit die für eine höhere Erwerbsbeteiligung erforderlichen zusätzlichen Arbeitsplätze auch bereitgestellt werden.

Eine besondere Herausforderung für Deutschland stellt das Erreichen der Beschäftigungsquote von 50 % für ältere Arbeitnehmer (55 bis 64 Jahre) dar. Im Jahr 2000 lag die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-jährigen in Deutschland bei 37,4 % und entsprach damit etwa dem EU-Durchschnitt. Eine differenzierte Betrachtung der Jahrgänge zeigt, dass der Schwerpunkt der Aufgaben bei der Erhöhung der Beschäftigung der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmer liegt.

Weitere wichtige Schwerpunkte der Querschnittsziele liegen in der Betonung des lebenslangen Lernens sowie der Einbindung der Sozialpartner zur Unterstützung des Luxemburg-Prozesses.

2.3 Stellungnahme zu den Empfehlungen des Rates

Die Stellungnahme zu den Empfehlungen, die den aktuellen länderspezifischen Handlungsbedarf der nationalen Beschäftigungspolitik hervorheben, hat in diesem Jahr entsprechend der Vereinbarungen des Beschäftigungsausschusses eine herausgehobene Stellung im Aktionsplan bekommen. Der Rat hat auch in diesem Jahr Deutschland insgesamt fünf Empfehlungen erteilt, zu denen im Aktionsplan ausführlich Stellung genommen wird. Die Empfehlungen umfassen im Wesentlichen folgende Schwerpunkte:

1. Weitere Verminderung der Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Erhöhung der Effizienz der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

2. Abbau von Hindernissen für eine Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer.
3. Flexibilisierung der Arbeitsverträge und der Arbeitsorganisation sowie Verbesserung der Erstausbildung und Weiterbildung und Weiterentwicklung einer umfassenden Strategie des lebenslangen Lernens.
4. Weitere Verringerung der Steuer- und Sozialabgabenbelastung am unteren Ende der Lohnskala.
5. Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und Überprüfung der Auswirkungen des Steuer- und Sozialleistungssystems auf die Beschäftigung von Frauen.

2.4 Die beschäftigungspolitischen Leitlinien

Die 18 beschäftigungspolitischen Leitlinien für 2002 sind, wie in den Vorjahren, vier Säulen zugeordnet:

- Säule I: Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Säule II: Entwicklung des Unternehmergeistes und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- Säule III: Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Beschäftigten,
- Säule IV: Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Die Leitlinien selbst sind im Wesentlichen aus denen des Vorjahres fortgeschrieben worden. Im Aktionsplan wird zu jeder der 18 Leitlinien Rechenschaft über den Stand der Umsetzung der Leitlinien sowie über die Ziele für das Jahr 2002 abgelegt.

In der Stellungnahme zur ersten Säule wird verdeutlicht, dass die Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik weiterhin in der Optimierung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums, in der Fortsetzung der Strategien für das lebensbegleitende Lernen sowie in der Reform des Steuer/Abgaben-Transfer-Systems – und hier insbesondere auf der Transferseite – liegen.

Ausführlich wird das Job-AQTIV-Gesetz, das das geltende Arbeitsförderungsrecht durch einen umfassenderen präventiven Ansatz ersetzt, sowohl in den entsprechenden Leitlinien, als auch in einem gesonderten Beitrag im Anhang des Aktionsplans vorgestellt.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik leistet auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des beschäftigungspolitischen Ansatzes der Bundesregierung. Um die Effektivität und Effizienz des gesamten arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums weiter zu erhöhen, wird die Wirkungsforschung intensiviert. Die aktuelle Entwicklung zur Modernisierung der Arbeitsverwaltung mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Zweistufenplan zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit hat ebenfalls Eingang in den Aktionsplan gefunden.



Die umfassende Reform der Einkommen- und Unternehmensbesteuerung mit ihrer angebots- und nachfrageseitigen Wirkung hat die Rahmenbedingungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze deutlich verbessert. Der Aktionsplan verweist aber auch auf den darüber hinaus bestehenden Handlungsbedarf zur weiteren beschäftigungsfreundlichen Ausgestaltung des Abgaben-Trans-fer (Sozialleistungs-) -Systems, um die Beschäftigungsanreize zu stärken und Beschäftigungshemmisse abzubauen. Damit wird eine wichtige Empfehlung von Rat und Kommission aufgegriffen. Die Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode die Arbeitslosen- und Sozialhilfe für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosenhilfebezieher reformieren. Dies ist ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie.

Die Darstellungen in den der Säule II zugeordneten Leitlinien verdeutlichen die Aktivitäten zur Entwicklung des Unternehmergeistes und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Dabei findet die spürbare Steuerentlastung des Mittelstandes durch eine weitere Stärkung im Rahmen des Gesetzes zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts, die die Entlastungswirkung der Steuerreform 2002 fortsetzt, ebenso ihre Würdigung, wie die zahlreichen Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, so z. B. durch den weiteren Bürokratieabbau und die Förderung selbstständiger Tätigkeit im Rahmen der verschiedenen Programme.

Zur beschäftigungsfreundlichen Gestaltung des Steuersystems senkt die Bundesregierung die Steuerbelastung schrittweise weiter. Der Eingangssteuersatz der Einkommensteuer wurde seit 1998 um 6 Prozentpunkte auf 19,9 % und der Spaltensteuersatz im gleichen Zeitraum um 4,5 Prozentpunkte auf 48,5 % gesenkt, der Grundfreibetrag wurde um 913 € auf 7 235 € angehoben. Bis 2005 wird der Eingangssteuersatz schrittweise auf 15 % und der Spaltensteuersatz auf 42 % abgesenkt. Die Bundesregierung hat und wird so die Beschäftigungschancen und -anreize weiter verbessern und gleichzeitig aus steuerlicher Sicht die Investitionskraft vor allem der beschäftigungsintensiven mittelständischen Unternehmen gestärkt.

Der Beitrag der Sozialpartner zur Beschäftigungspolitik findet sich vor allem in den Leitlinien, die thematisch der Säule III (Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Beschäftigten) zugeordnet sind, wieder.

Dort wird deutlich, dass die Sozialpartner auch in Zukunft weiterhin an der Modernisierung der Arbeitsorganisation, insbesondere im Rahmen der Tarifverträge arbeiten werden. Ferner bringt der Aktionsplan zum Ausdruck, dass die deutsche Tariflandschaft deutlich differenzierter ist, als dies oft wahrgenommen wird. Die Tarifvertragsparteien haben zahlreiche branchenspezifische, fle-

xible und differenzierte Regelungen vereinbart, insbesondere zur Arbeitszeit. Arbeitszeitflexibilisierung ist in Deutschland in hohem Umfang möglich. Von den rund 27,8 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland sind rund 25 Millionen in den Geltungsbereichen der Tarifverträge beschäftigt. Verbandstarifverträge bestehen für rund 1 100 verschiedene Wirtschaftszweige und Regionen. Außerdem bestehen für rund 6 800 Unternehmen eigene Firmenstarifverträge. Im Jahr 2001 wurden rund 7 000 neue Tarifverträge abgeschlossen.

Neben den Aktivitäten der Sozialpartner haben auch die gesetzlichen Maßnahmen zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen, wie die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes oder das Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge Eingang in den Aktionsplan gefunden.

Die Darstellungen in der Säule IV widmen sich ausführlich der Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und zeigen das breite Spektrum von bereits ergriffenen Maßnahmen und in nächster Zukunft geplanten Aktivitäten zur Verwirklichung der Chancengleichheit, zum Abbau geschlechtsspezifischer Unterschiede und zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Abgeschlossen wird der Aktionsplan durch eine ausführliche Darstellung des Beitrags, den der Europäische Sozialfonds zur Umsetzung der beschäftigungspolitischen Ziele im letzten Jahr geleistet hat. Deutschland standen für das Jahr 2001 mehr als 1,5 Mrd. € an ESF-Mitteln zur Verfügung.

Die Anhänge des Aktionsplans

Traditionell wird der Aktionsplan um einen umfassenden statistischen Anhang ergänzt, der zum einen die Darstellungen im Aktionsplan ergänzt und untermauert, der zum anderen aber vor allem Rechenschaft über die Entwicklung wichtiger Strukturdaten des Arbeitsmarktes im vergangenen Jahr ablegt.

Im zweiten Anhang wird das zum Beginn des Jahres in Kraft getretene Job-AQTIV-Gesetz, das in den Leitlinien bereits mit den einzelnen Regelungsbestandteilen dargestellt wurde, noch einmal ausführlich mit seinen wesentlichen Inhalten erläutert.

Zum ersten Mal haben die Länder Gelegenheit bekommen, die regionalen Aspekte der Beschäftigungspolitik, die naturgemäß im Aktionsplan selbst nur in den Grundzügen dargestellt werden können, ausführlich im Anhang 3 darzustellen. Die im ersten Teil des Anhang 3 von jedem Land dargestellten Schwerpunkte der regionalen Arbeitsmarktpolitik verdeutlichen, dass durchaus unterschiedliche Facetten in der konkreten Umsetzung der Beschäftigungsstrategie zu erkennen sind.

Neben der Arbeitsmarktpolitik widmet sich der Anhang 3 auch ausführlich den beschäftigungsrelevanten Maßnahmen, die die Länder im Bereich der Bildungspolitik ergriffen haben. Abgeschlossen wird der Anhang 3 durch eine synoptische Übersicht der Bündnisse für Arbeit oder vergleichbarer Institutionen auf Landesebene.

Wie in den Vorjahren wird der Anhang des Aktionsplans 2002 auch in diesem Jahr durch die Darstellung von beispielhaften und erfolgreichen Maßnahmen abgeschlossen.

3 Die Reform des „Luxemburg-Prozesses“

Nachdem der „Luxemburg-Prozess“ nunmehr seit fünf Jahren als wichtiger Teil der europäischen Beschäftigungsstrategie implementiert ist, geht es in Zukunft darum, die Wirksamkeit dieses Instrumentes im Licht der „Lissabon-Strategie“ zu überprüfen. Dabei werden auch die Evaluierungsresultate der Beschäftigungsstrategie in den Mitgliedstaaten berücksichtigt.

Der Europäische Rat hat in Barcelona bereits Vorgaben für diesen Reformprozess gemacht.

Dazu gehört eine klarere Struktur der Strategie, insbesondere durch die Verringerung der Zahl der Leitlinien und die Konzentration auf wenige vorrangige Bereiche, die Angleichung des Zeitrahmens an die in Lissabon beschlossenen Fristen für die Erreichung der beschäftigungspolitischen Ziele (2010 und Zwischenbewertung 2006) und die Stärkung der Rolle der Sozialpartner bei der Umsetzung der Leitlinien und bei der Kontrolle ihrer Einhaltung.

Diese Weichenstellung in Hinblick auf die angestrebte Straffung und Entbürokratisierung

der bisherigen Verfahren ist aus deutscher Sicht zu begrüßen. Die Beschäftigungsleitlinien sollten auf prioritäre Bereiche konzentriert und mittelfristig orientiert werden. Dazu gehört auch, den zeitlichen Rhythmus des Prozesses zu überprüfen. Zugleich ist eine Synchronisierung mit den wirtschaftspolitischen Grundzügen vereinbart worden.

Die Kommission evaluiert derzeit die Wirkung der Europäischen Beschäftigungsstrategie auf die Mitgliedstaaten. Es wird wesentlich vom Ergebnis dieser Evaluierung abhängen, welche zukünftige Ausgestaltung die Leitlinien haben werden.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	82
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	114
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	134
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	139

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	82
2	Produzierendes Gewerbe	84
2.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	84
2.1.1	Bundesrepublik Deutschland	84
2.1.2	Früheres Bundesgebiet	86
2.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	88
2.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	90
2.2.1	Bundesrepublik Deutschland	90
2.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	92
2.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	94
2.3.1	Bundesrepublik Deutschland	94
2.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	96
3	Privater Konsum	98
4	Außenwirtschaft	100
5	Arbeitsmarkt	102
5.1	Bundesrepublik Deutschland	102
5.2	Früheres Bundesgebiet	104
5.3	Neue Länder und Berlin-Ost	106
6	Preise	108
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	108
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise	110
7	Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001	112
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	112
7.2	Preise	112
7.3	Außenwirtschaft	113
7.4	Einkommensverteilung	113

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	114
2	Gewährleistungen	114
3	Bundesaushalt 1997 bis 2002	115
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002	116
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002	118
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002	122
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002	124
8	Steuer- und Abgabenquoten	126
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	127
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	128

11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden	129
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	130
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	131
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	132
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002	133

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2002	134
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2002	134
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	135
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, April 2002	136

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm enthalten.

①	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	139
②	Produzierendes Gewerbe	140
②.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	140
②.1.1	Bundesrepublik Deutschland	140
②.1.2	Früheres Bundesgebiet	142
②.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	144
②.2	Auftragseingang der Industrie	146
②.2.1	Bundesrepublik Deutschland	146
②.2.1.1	Werte	146
②.2.1.2	Volumen	147
②.2.2	Früheres Bundesgebiet	148
②.2.2.1	Werte	148
②.2.2.2	Volumen	149
②.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	150
②.2.3.1	Werte	150
②.2.3.2	Volumen	151
②.3	Umsatz der Industrie	152
②.3.1	Bundesrepublik Deutschland	152
②.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	153
②.4	Lage in der Bauwirtschaft	154
②.4.1	Bundesrepublik Deutschland	154
②.4.2	Früheres Bundesgebiet	155
②.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	156
③	Löhne und Gehälter	157
④	Außenwirtschaft	158
④.1	Einfuhr nach Warengruppen	158
④.2	Ausfuhr nach Warengruppen	159
④.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	160

@4.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	161
@4.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	162
@4.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	162
@4.7	Handelsbilanzsaldo	162
@4.8	Leistungsbilanzsaldo	163
@4.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	163
@5	Arbeitsmarkt	164
@5.1	Früheres Bundesgebiet	164
@5.2	Neue Länder und Berlin-Ost	165
@6	Preise	166
@7	Zinssätze	167

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	2000			2001			2002	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,2	- 0,3	+ 0,2
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	0	0	0	- 0,1	- 0,2
Produktivität (BIP je Erwerbstäti gen, in Preisen von 1995) ³⁾	- 0,3	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,6	- 0,4	+ 0,2	.
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,2	- 0,3	+ 0,2
Inlandsnachfrage	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	- 1,5	+ 0,3	- 1,0	+ 0,1	- 1,4
Private Konsumausgaben ⁴⁾	+ 1,1	- 0,2	- 0,3	+ 1,0	+ 0,7	- 0,3	- 0,5	- 0,3
Konsumausgaben des Staates	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4
Ausrüstungen	+ 1,0	+ 4,7	- 1,3	- 1,3	- 3,6	- 3,3	- 1,8	- 2,7
Bauten	- 0,5	- 1,0	- 1,7	- 3,1	- 0,2	- 0,5	- 0,5	+ 0,5
Sonstige Anlagen	+ 0,6	+ 0,8	+ 3,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0
Vorratsveränderung ^{5) 6)}	+ 0,8	- 0,2	+ 1,0	- 1,8	+ 0,2	- 0,4	+ 0,4	- 1,2
Exporte	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	- 1,1	+ 1,9
Importe	+ 3,1	+ 3,0	+ 5,3	- 5,4	+ 1,1	- 1,7	0	- 2,9
nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾	- 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 1,8	- 0,3	+ 0,8	- 0,4	+ 1,5
Preisentwicklung³⁾								
Bruttoinlandsprodukt	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	- 0,4	+ 1,2	+ 1,1
Inlandsnachfrage	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6
Private Konsumausgaben	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	0	+ 0,4	+ 0,8
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2) 3)}	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	0	+ 0,2	+ 1,3
Lohnkosten je Produkteinheit ^{2) 3)}	+ 0,9	+ 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4	0	+ 1,5

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Saisonbereinigungsverfahren X-12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

²⁾ Inlandskonzept.

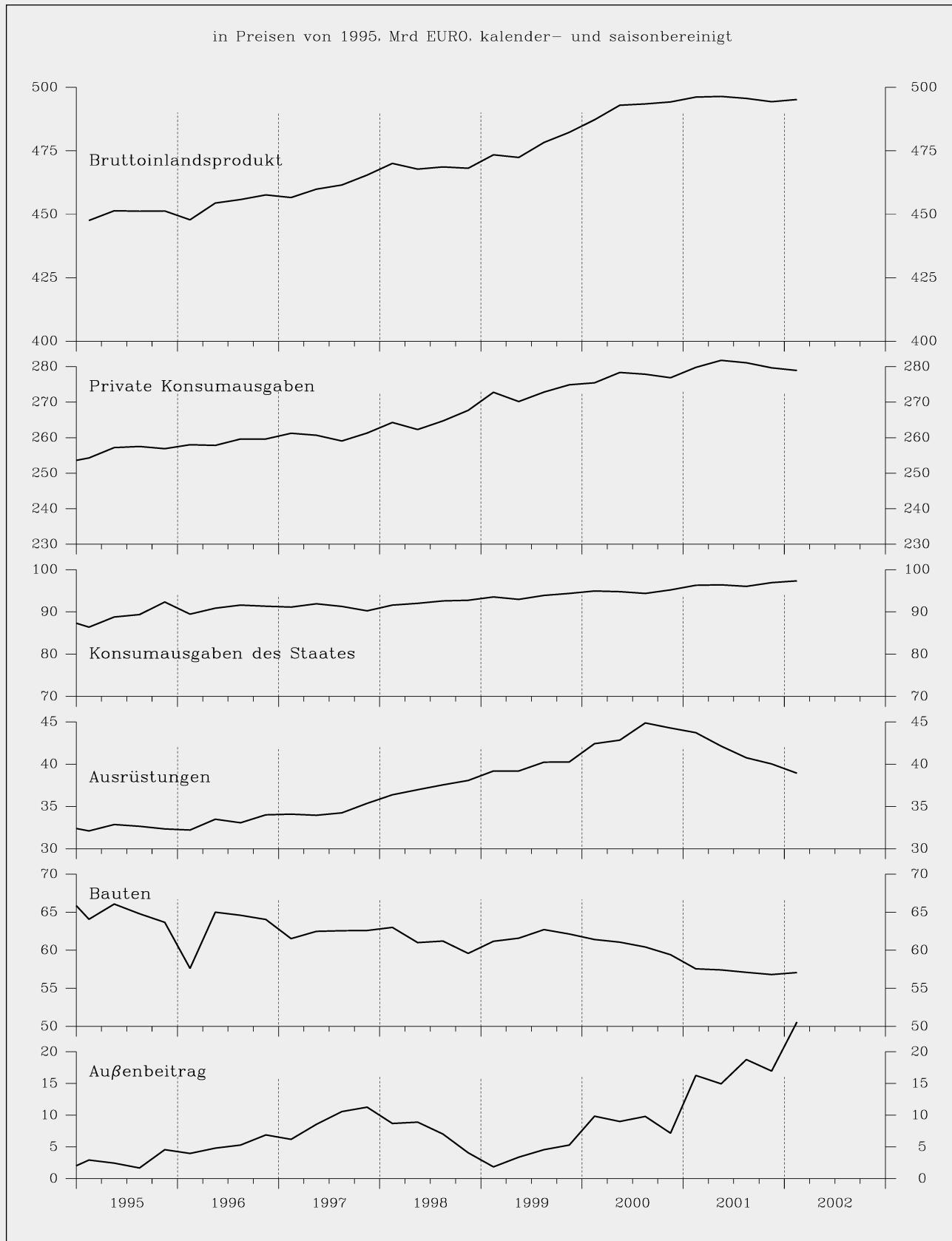
³⁾ Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.

⁴⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁵⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁶⁾ Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2002				
	Jan.	Febr.	März	April ^p	März/April ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	0	+ 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Industrie ³	+ 0,9	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,4	- 0,9	+ 0,5
- Investitionsgüterproduzenten	+ 0,1	- 2,6	+ 0,1	+ 2,3	- 0,1
- Konsumgüterproduzenten	- 0,8	+ 1,0	+ 0,3	- 1,6	0
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 6,3	- 3,1	+ 1,7	- 1,1	- 0,4
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,7	+ 2,0	0	- 1,8	+ 0,1
Energie ⁴	- 2,8	- 1,8	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,1
Bauhauptgewerbe ⁵	- 6,5	+ 11,1	- 6,2	- 3,0	- 2,7
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2002				
	Jan.	Febr.	März	April ^p	Jan.-April ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 4,7	- 5,2	- 3,5	- 2,1	- 3,8
Industrie ³	- 5,1	- 5,7	- 4,3	- 2,4	- 4,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,7	- 3,7	- 1,8	- 0,9	- 2,7
- Investitionsgüterproduzenten	- 6,9	- 8,8	- 8,0	- 3,6	- 6,8
- Konsumgüterproduzenten	- 2,5	- 3,2	- 1,7	- 3,3	- 2,7
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 8,3	- 10,5	- 9,0	- 10,1	- 9,5
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,9	- 1,2	+ 0,4	- 1,6	- 0,8
Energie ⁴	- 0,8	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,8
Bauhauptgewerbe ⁵	- 5,3	- 2,4	+ 3,4	- 0,4	- 0,8
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001				2002
	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
	2001	2002			
	April	Jan.	Febr.	März	April
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

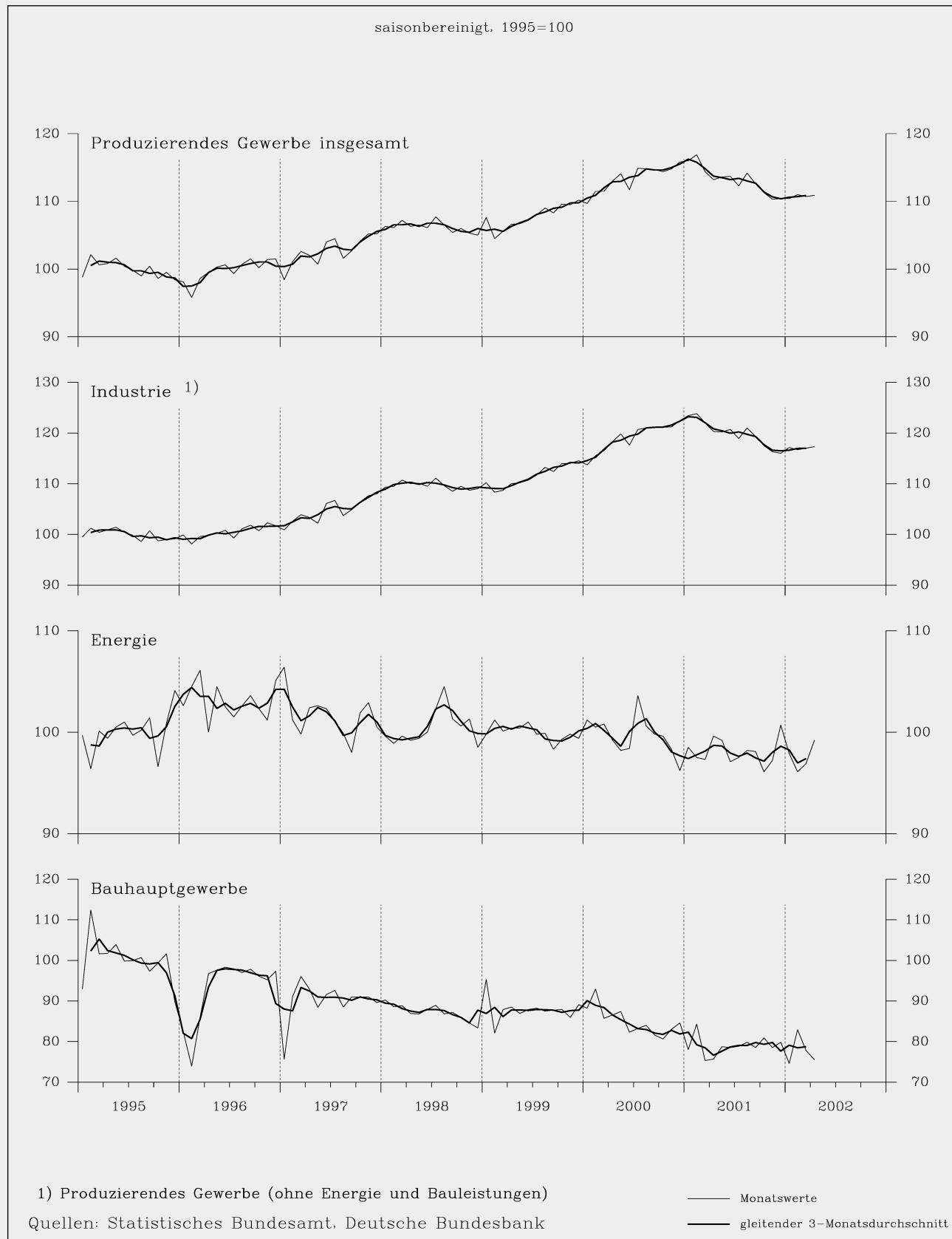
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 2				
	Jan.	Febr.	März	April ^p	März/ April ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	0	+ 0,3	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1
Industrie ³	+ 0,8	- 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,7	+ 1,1	+ 0,4	- 0,8	+ 0,6
- Investitionsgüterproduzenten	+ 0,2	- 2,7	0	+ 2,4	- 0,2
- Konsumgüterproduzenten	- 1,4	+ 0,9	+ 0,2	- 1,5	- 0,1
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 6,3	- 4,1	+ 2,4	- 1,8	- 0,6
. Verbrauchsgüterproduzenten	0	+ 2,2	- 0,3	- 1,5	+ 0,1
Energie ⁴	- 2,8	- 1,6	+ 0,6	+ 2,5	+ 1,0
Bauhauptgewerbe ⁵	- 5,7	+ 10,0	- 5,4	- 2,8	- 2,3
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 2				
	Jan.	Febr.	März	April ^p	Jan.- April ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 4,9	- 5,6	- 3,9	- 2,3	- 4,1
Industrie ³	- 5,3	- 6,1	- 4,8	- 2,8	- 4,7
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,8	- 4,1	- 2,2	- 1,2	- 3,0
- Investitionsgüterproduzenten	- 7,2	- 9,2	- 8,3	- 3,9	- 7,2
- Konsumgüterproduzenten	- 2,9	- 3,9	- 2,4	- 4,0	- 3,3
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 7,6	- 10,9	- 8,8	- 10,5	- 9,5
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,6	- 2,0	- 0,7	- 2,2	- 1,6
Energie ⁴	- 1,0	- 1,7	- 0,6	- 0,4	- 0,9
Bauhauptgewerbe ⁵	- 3,2	- 2,4	+ 4,8	+ 1,4	+ 0,6
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001				2002
	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ⁸	87,2	85,5	84,7	82,8	83,3
	2001	2002			
	April	Jan.	Febr.	März	April
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	61,1	59,8	60,8	62,0	59,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

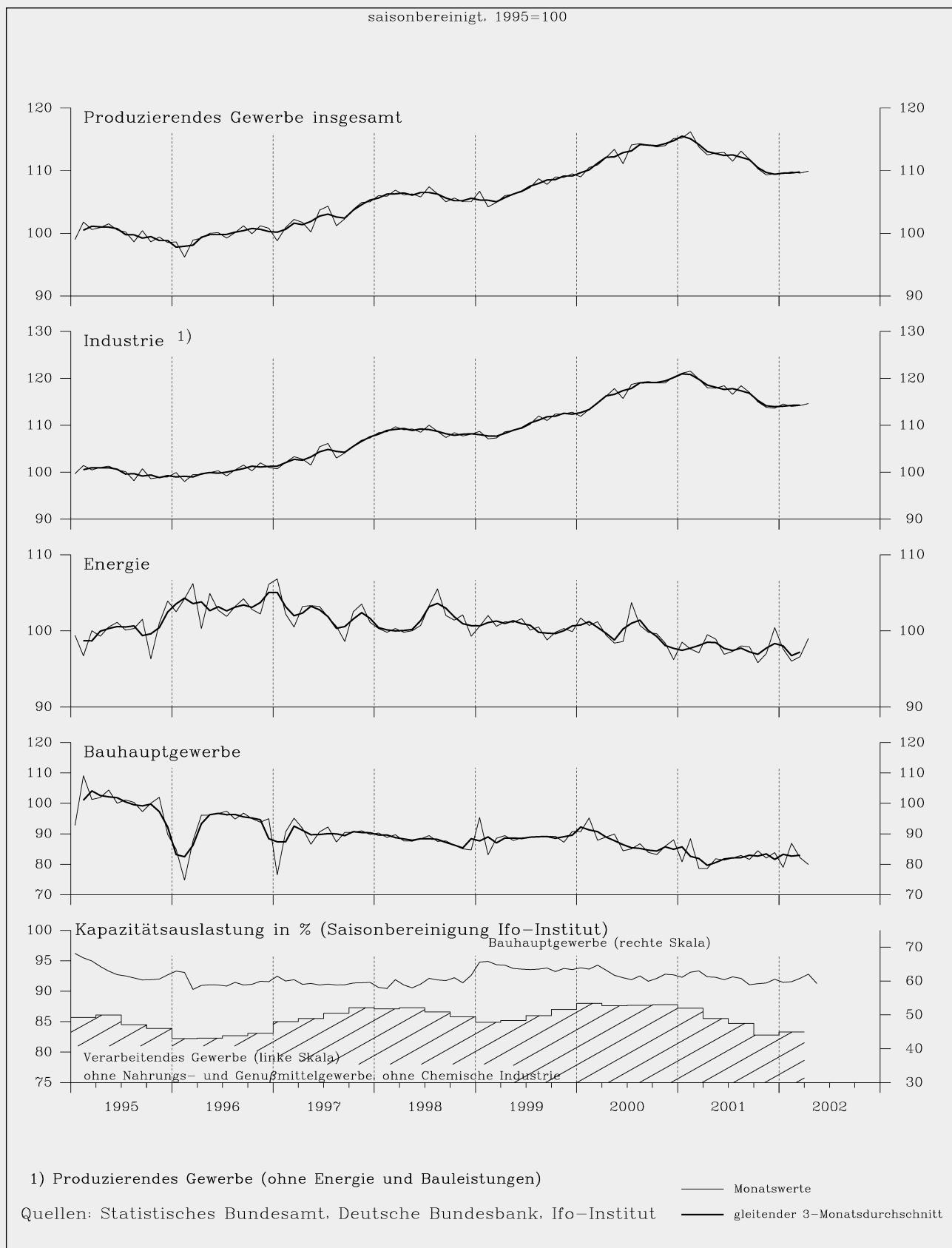
⁸ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 2				
	Jan.	Febr.	März	April ^b	März/ April ^b
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,4	+ 3,1	- 1,0	- 1,1	+ 0,1
Industrie ³	+ 2,4	+ 1,0	+ 0,7	- 0,9	+ 0,8
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,2	+ 2,1	+ 0,1	- 1,0	+ 0,6
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,1	- 1,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,1
- Konsumgüterproduzenten	+ 4,8	+ 1,9	+ 1,1	- 3,0	+ 0,6
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,8	+ 9,2	- 4,5	+ 5,9	+ 2,6
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 6,5	+ 0,7	+ 2,2	- 4,5	+ 0,3
Energie ⁴	- 3,2	- 2,9	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,5
Bauhauptgewerbe ⁵	- 10,3	+ 16,7	- 9,2	- 3,9	- 4,1
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 2				
	Jan.	Febr.	März	April ^b	Jan.- April ^b
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,5	0	+ 1,1	+ 0,3	- 0,2
Industrie ³	- 1,1	+ 0,3	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,9
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,1	+ 0,1	+ 3,2	+ 2,6	+ 0,8
- Investitionsgüterproduzenten	- 0,5	- 2,8	- 2,9	+ 1,9	- 1,1
- Konsumgüterproduzenten	+ 1,7	+ 4,0	+ 5,7	+ 2,5	+ 3,5
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 15,7	- 6,4	- 11,7	- 4,8	- 9,8
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 5,5	+ 6,2	+ 9,6	+ 4,0	+ 6,4
Energie ⁴	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9
Bauhauptgewerbe ⁵	- 13,7	- 1,9	- 3,3	- 8,5	- 6,6
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001				2002
	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	82,9	82,3	81,1	79,0	77,7
	2001	2002			
	April	Jan.	Febr.	März	April
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	64,6	62,6	69,2	70,7	66,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

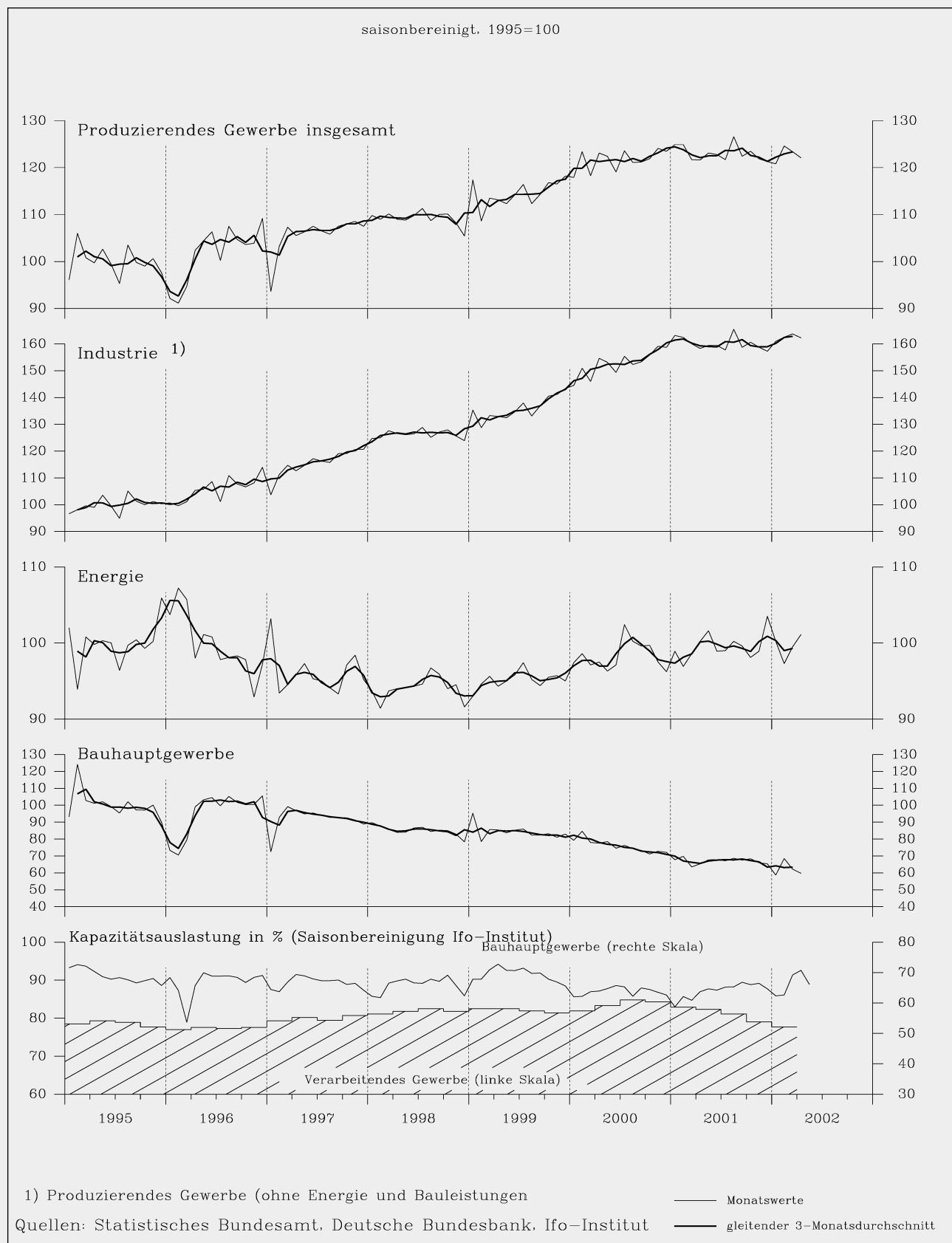
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^b = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April ^p	März/ April ^p	Febr.	März	April ^p	März/ April ^p
Industrie insgesamt³	- 1,5	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,6	- 1,3	0	+ 2,3	+ 0,5
Inland	- 2,3	- 2,5	+ 4,9	- 1,3	- 2,3	- 2,4	+ 4,6	- 1,4
Ausland	- 0,6	+ 3,5	- 1,0	+ 2,7	- 0,3	+ 3,2	- 0,8	+ 2,6
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,1	- 0,8	+ 2,8	+ 2,1	+ 3,5	- 0,9	+ 2,5	+ 2,0
Inland	- 0,3	- 1,2	+ 2,7	0	0	- 1,3	+ 2,4	- 0,1
Ausland	+ 8,4	0	+ 2,9	+ 5,6	+ 8,7	- 0,1	+ 2,5	+ 5,3
Investitionsgüterproduzenten	- 4,6	+ 1,4	+ 0,6	- 0,6	- 4,5	+ 1,1	+ 1,0	- 0,7
Inland	- 4,4	- 3,7	+ 7,0	- 2,5	- 4,8	- 3,8	+ 7,1	- 2,8
Ausland	- 4,6	+ 5,8	- 4,3	+ 1,1	- 4,5	+ 5,5	- 4,1	+ 1,0
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 2,8	- 0,8	+ 5,7	+ 0,7	- 2,7	- 1,0	+ 5,9	+ 0,5
Inland	- 1,6	- 2,2	+ 4,8	- 0,6	- 1,5	- 2,3	+ 4,8	- 0,7
Ausland	- 5,4	+ 2,2	+ 7,6	+ 3,1	- 4,7	+ 1,6	+ 7,8	+ 3,0
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April ^p	Jan.- April ^p	Febr.	März	April ^p	Jan.- April ^p
Industrie insgesamt³	- 5,9	- 9,2	+ 7,8	- 3,2	- 5,7	- 9,3	+ 7,8	- 3,2
Inland	- 7,7	- 14,1	+ 3,7	- 6,1	- 7,6	- 14,3	+ 3,7	- 6,2
Ausland	- 3,7	- 3,0	+ 12,9	+ 0,3	- 3,4	- 3,0	+ 13,1	+ 0,4
Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,5	- 9,4	+ 8,6	- 3,5	- 2,0	- 7,4	+ 10,5	- 1,3
Inland	- 7,6	- 13,6	+ 4,9	- 6,4	- 5,5	- 11,9	+ 6,5	- 4,5
Ausland	+ 0,5	- 2,7	+ 14,5	+ 1,1	+ 3,5	- 0,1	+ 16,8	+ 3,7
Investitionsgüterproduzenten	- 7,4	- 9,4	+ 7,1	- 3,4	- 8,8	- 11,2	+ 5,8	- 4,9
Inland	- 8,5	- 15,7	+ 2,4	- 6,4	- 10,0	- 17,4	+ 1,0	- 8,0
Ausland	- 6,5	- 3,7	+ 11,6	- 0,7	- 7,7	- 5,1	+ 10,6	- 1,9
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,4	- 11,3	+ 4,6	- 5,1	- 6,1	- 12,0	+ 4,0	- 5,8
Inland	- 7,6	- 15,0	+ 0,4	- 8,1	- 8,6	- 15,8	- 0,4	- 9,0
Ausland	- 0,2	- 2,8	+ 13,9	+ 1,6	- 0,5	- 3,1	+ 13,9	+ 1,1
Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,3	- 4,8	+ 10,0	+ 0,2	- 4,4	- 5,6	+ 9,3	- 0,8
Inland	- 5,0	- 8,4	+ 6,4	- 2,6	- 5,8	- 9,1	+ 5,8	- 3,5
Ausland	- 0,4	+ 2,5	+ 17,5	+ 5,8	- 1,4	+ 1,5	+ 16,7	+ 4,8
Nachrichtlich: Konsumgüterproduzenten ⁴	- 4,5	- 8,7	+ 6,7	- 3,1	- 5,4	- 9,3	+ 6,0	- 3,8
Inland	- 6,4	- 12,1	+ 3,1	- 5,7	- 7,3	- 12,9	+ 2,3	- 6,6
Ausland	- 0,2	- 0,9	+ 15,0	+ 3,0	- 0,8	- 1,5	+ 14,9	+ 2,3
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)							
	2000			2001			2002	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März

Verarbeitendes Gewerbe insgesamt
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe
Investitionsgüter prod. Gewerbe
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

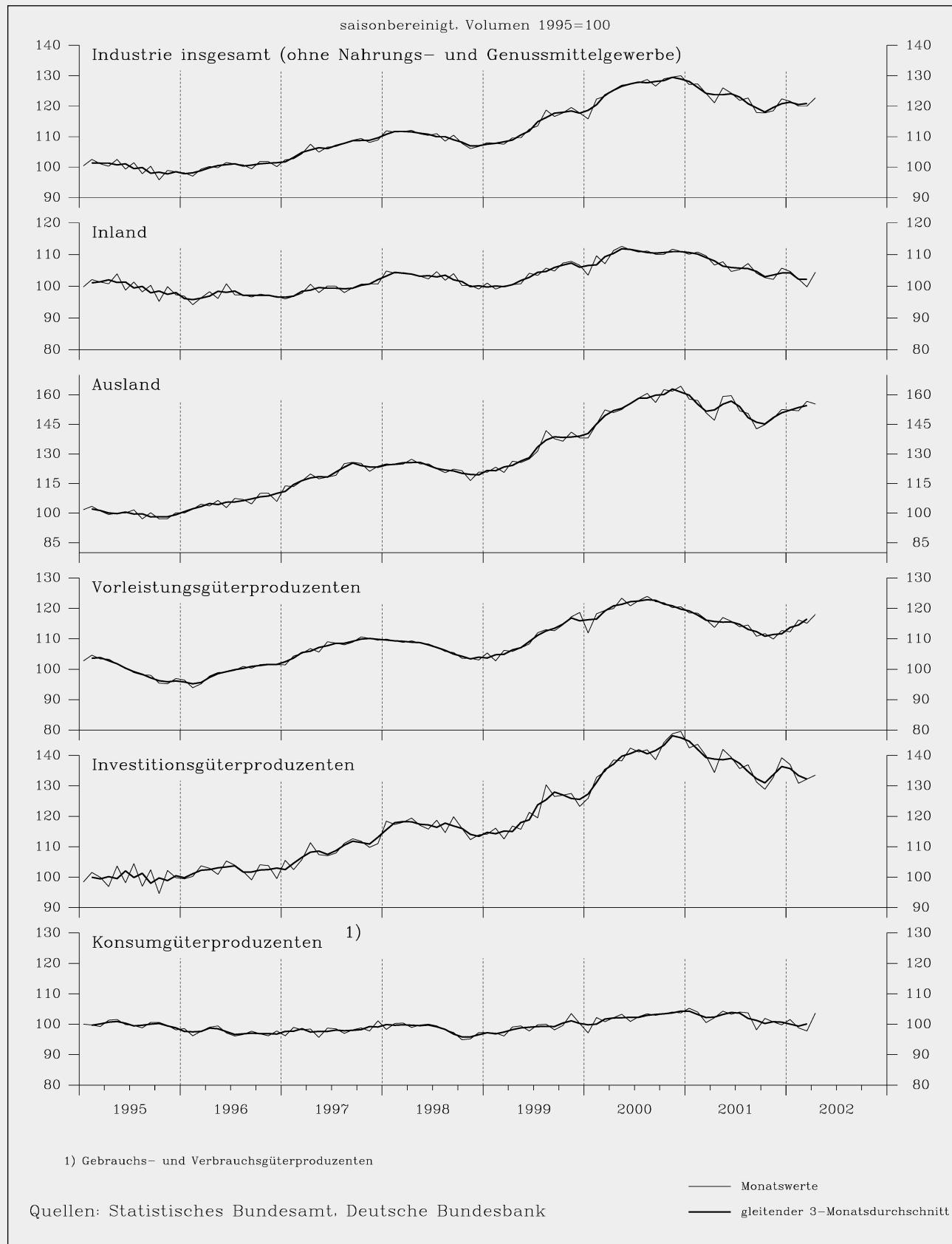
⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April ^p	März/April ^p	Febr.	März	April ^p	März/April ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 1,6	- 0,7	+ 3,1	+ 0,1	- 1,4	- 0,9	+ 3,2	0
Inland	- 2,3	- 2,5	+ 5,4	- 1,1	- 2,3	- 2,6	+ 5,3	- 1,2
Ausland	- 1,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,4	- 0,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,3
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,9	- 1,5	+ 3,3	+ 2,1	+ 4,1	- 1,7	+ 3,0	+ 1,8
Investitionsgüterproduzenten	- 5,1	+ 0,2	+ 2,2	- 1,4	- 5,3	- 0,1	+ 2,6	- 1,5
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 2,9	- 0,9	+ 6,1	+ 0,7	- 2,6	- 1,2	+ 6,2	+ 0,5
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 0,4	+ 12,3	- 9,9	+ 6,9	+ 0,2	+ 11,7	- 9,6	+ 6,5
Inland	- 2,1	- 1,2	- 1,5	- 3,0	- 2,6	- 1,3	- 1,4	- 3,3
Ausland	+ 5,8	+ 40,5	- 22,2	+ 28,5	+ 6,2	+ 39,7	- 21,9	+ 28,1
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,6	+ 7,7	- 3,0	+ 4,1	- 4,2	+ 7,4	- 2,8	+ 3,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 6,0	+ 19,8	- 18,6	+ 11,7	+ 6,4	+ 18,8	- 18,3	+ 11,2
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 2,7	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,1	- 2,8	+ 2,5	+ 0,1	+ 1,1
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April ^p	Jan.-April ^p	Febr.	März	April ^p	Jan.-April ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 6,0	- 10,7	+ 7,8	- 3,9	- 6,0	- 10,9	+ 7,8	- 3,8
Inland	- 8,3	- 14,5	+ 3,9	- 6,5	- 8,2	- 14,8	+ 3,8	- 6,6
Ausland	- 3,4	- 6,0	+ 12,5	- 0,6	- 3,2	- 6,0	+ 12,7	- 0,5
Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,2	- 10,6	+ 8,0	- 4,2	- 1,7	- 8,6	+ 9,8	- 2,1
Investitionsgüterproduzenten	- 8,0	- 11,5	+ 7,7	- 3,9	- 9,4	- 13,3	+ 6,4	- 5,5
Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,8	- 11,4	+ 4,9	- 4,8	- 5,5	- 11,9	+ 4,2	- 5,5
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	- 4,0	- 5,1	+ 9,5	- 0,5	- 4,9	- 6,0	+ 9,0	- 1,3
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 4,4	- 8,8	+ 6,8	- 3,0	- 5,2	- 9,5	+ 6,1	- 3,8
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	- 3,6	+ 10,6	+ 7,1	+ 4,0	- 2,5	+ 11,0	+ 8,1	+ 5,0
Inland	- 1,2	- 9,9	+ 1,4	- 2,2	- 0,3	- 9,1	+ 2,5	- 1,1
Ausland	- 8,4	+ 56,1	+ 20,6	+ 17,6	- 7,2	+ 56,9	+ 21,8	+ 18,6
Vorleistungsgüterproduzenten	- 7,7	+ 3,4	+ 15,1	+ 3,9	- 5,1	+ 5,6	+ 17,5	+ 6,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,9	+ 21,4	- 1,4	+ 4,8	+ 0,7	+ 20,2	- 1,6	+ 4,2
Gebrauchsgüterproduzenten	- 12,0	- 11,5	+ 0,8	- 8,6	- 13,2	- 12,5	+ 0,4	- 9,4
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 7,7	+ 2,0	+ 15,0	+ 9,5	+ 6,6	+ 1,7	+ 14,6	+ 8,9
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 4,8	- 6,4	+ 6,1	- 1,9	- 5,8	- 7,0	+ 5,7	- 2,5
	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)							
	Auftragsbestand			2000				2002
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ^{7,8}	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8	2,9	2,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁸	2,4	2,5	2,5	2,5	2,7	2,5	2,4	2,3
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,6	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3	3,4	3,3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9	1,8
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,6	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8	2,2	2,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1,8	2,0	2,0	2,0	2,3	1,8	1,4	1,4
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,5	4,1	4,1	4,4	4,2	3,6	2,9	3,2
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,7	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7	1,9	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

⁷ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

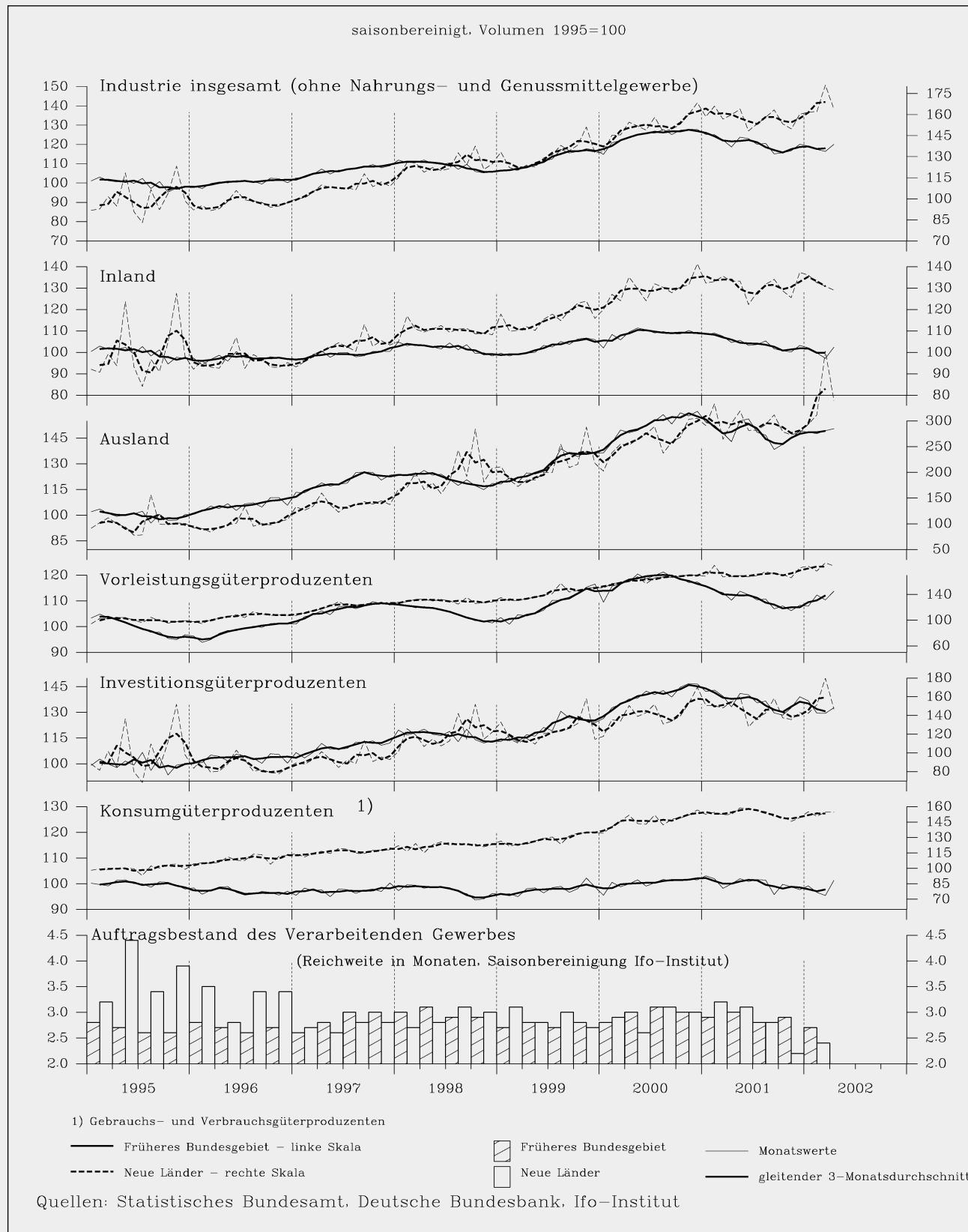
⁸ Ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj.	Febr.	März	Febr./März	1.Vj. ^p	Febr.	Märzp	Febr./Märzp
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 3,1	+ 5,6	+ 6,3	+ 10,4	+ 3,2	+ 6,1	+ 5,8	+ 10,8
Hochbau	+ 0,3	+ 9,7	+ 15,4	+ 15,4	+ 0,3	+ 9,9	+ 14,8	+ 15,6
Wohnungsbau	+ 1,3	- 0,4	- 0,4	+ 4,9	+ 1,0	- 0,4	- 0,4	+ 4,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 0,1	+ 15,5	+ 23,5	+ 20,9	0	+ 16,1	+ 22,5	+ 21,3
- Gewerblicher Hochbau	+ 1,2	+ 15,3	+ 27,8	+ 21,0
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 5,2	+ 16,0	+ 8,2	+ 20,3
Tiefbau	+ 6,7	+ 1,5	- 3,7	+ 5,1	+ 6,6	+ 1,9	- 3,9	+ 5,4
Straßenbau	+ 8,5	+ 9,2	- 23,1	+ 3,7	+ 8,2	+ 9,5	- 23,4	+ 3,8
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 5,8	- 2,9	+ 8,6	+ 5,8	+ 5,9	- 2,3	+ 8,0	+ 6,1
- Gewerblicher Tiefbau	+ 7,4	+ 2,0	+ 4,8	+ 15,1
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	+ 4,4	- 7,1	+ 12,3	- 1,6
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj.	Febr.	März	Febr./März	1.Vj. ^p	Febr.	Märzp	Febr./Märzp
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 2,2	- 2,8	+ 2,0	0,0	- 1,7	- 2,3	+ 2,6	+ 0,6
Hochbau	- 6,6	- 4,5	+ 1,8	- 0,8	- 5,8	- 3,8	+ 2,7	0,0
Wohnungsbau	- 18,5	- 16,4	- 19,3	- 18,1	- 17,6	- 15,5	- 18,5	- 17,2
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 0,6	+ 2,9	+ 14,7	+ 9,8	+ 1,3	+ 3,7	+ 15,7	+ 10,7
- Gewerblicher Hochbau	- 0,9	+ 1,4	+ 15,9	+ 9,8
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	+ 7,0	+ 8,9	+ 10,1	+ 9,6
Tiefbau	+ 4,2	- 0,6	+ 2,1	+ 1,0	+ 4,6	- 0,3	+ 2,6	+ 1,4
Straßenbau	+ 8,6	+ 18,8	- 5,3	+ 3,6	+ 8,9	+ 19,1	- 5,1	+ 3,8
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 2,4	- 7,9	+ 5,7	- 0,1	+ 3,0	- 7,3	+ 6,4	+ 0,4
- Gewerblicher Tiefbau	+ 11,1	+ 22,9	+ 3,6	+ 11,1
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	- 5,3	- 28,1	+ 7,7	- 9,2
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2000	2001			2002			
	Dez.	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Bauhauptgewerbe insgesamt
Hochbau
Tiefbau

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj.	Febr.	März	Febr./März	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 2,2	0	+ 16,0	+ 8,1	+ 2,2	- 0,1	+ 16,3	+ 8,0
Hochbau	- 0,7	+ 5,7	+ 24,7	+ 14,1	- 0,7	+ 5,7	+ 24,8	+ 14,3
Wohnungsbau	+ 5,9	- 1,5	+ 1,9	+ 4,6	+ 5,9	- 1,5	+ 2,1	+ 4,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 3,5	+ 10,0	+ 37,0	+ 19,2	- 3,9	+ 10,0	+ 37,1	+ 19,1
Tiefbau	+ 6,1	- 6,4	+ 5,2	+ 0,6	+ 6,0	- 6,5	+ 5,6	+ 0,7
Straßenbau	+ 11,0	+ 4,2	- 20,1	+ 1,7	+ 11,2	+ 4,1	- 20,0	+ 1,7
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 3,6	- 12,0	+ 21,6	0	+ 3,5	- 12,2	+ 21,8	- 0,1
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 6,8	+ 26,2	- 21,9	+ 19,9	+ 7,0	+ 26,5	- 22,2	+ 20,2
Hochbau
Wohnungsbau
Hochbau ohne Wohnungsbau
Tiefbau
Straßenbau
Tiefbau ohne Straßenbau
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj.	Febr.	März	Febr./März	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 1,7	- 7,6	+ 6,9	+ 0,9	- 1,4	- 7,4	+ 7,4	+ 1,3
Hochbau	- 4,1	- 4,6	+ 8,2	+ 3,0	- 3,7	- 4,3	+ 8,7	+ 3,3
Wohnungsbau	- 16,5	- 13,8	- 17,2	- 15,8	- 16,0	- 13,1	- 16,5	- 15,1
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 3,4	+ 0,6	+ 23,9	+ 14,1	+ 3,7	+ 1,1	+ 24,5	+ 14,7
Tiefbau	+ 2,2	- 11,8	+ 5,1	- 2,2	+ 2,5	- 11,6	+ 5,6	- 1,7
Straßenbau	+ 7,8	+ 16,2	- 5,8	+ 2,3	+ 8,1	+ 16,6	- 5,3	+ 2,7
Tiefbau ohne Straßenbau	0,0	- 21,3	+ 10,3	- 4,1	+ 0,4	- 20,9	+ 10,9	- 3,6
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 4,4	+ 16,1	- 16,2	- 3,1	- 3,7	+ 17,0	- 15,8	- 2,6
Hochbau	- 17,2	- 4,0	- 25,3	- 16,3	- 16,0	- 2,6	- 24,4	- 14,9
Wohnungsbau	- 26,8	- 26,5	- 28,6	- 27,5	- 25,7	- 25,5	- 27,7	- 26,7
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 11,6	+ 11,7	- 23,6	- 9,0	- 10,1	+ 13,3	- 22,6	- 7,7
Tiefbau	+ 10,8	+ 43,0	- 6,6	+ 11,8	+ 11,3	+ 43,8	- 6,4	+ 12,2
Straßenbau	+ 11,9	+ 27,2	- 3,6	+ 7,8	+ 11,1	+ 26,5	- 4,5	+ 6,9
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 10,1	+ 50,4	- 8,3	+ 13,4	+ 11,3	+ 52,0	- 7,3	+ 14,8
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2000		2001			2002		
	Dez.	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Früheres Bundesgebiet								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,5	2,5	2,6	2,8	2,7	2,7	2,7	2,4
Hochbau	2,4	2,4	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6	2,4
Tiefbau	2,7	2,7	2,6	2,9	2,9	2,9	3,0	2,7
Neue Länder und Berlin-Ost								
Bauindustrie insgesamt	1,8	1,8	1,8	2,0	1,9	1,8	2,0	2,1
Hochbau	1,9	1,9	1,9	2,1	2,0	2,0	2,3	2,2
Tiefbau	1,8	1,8	1,8	1,9	1,8	1,8	1,7	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

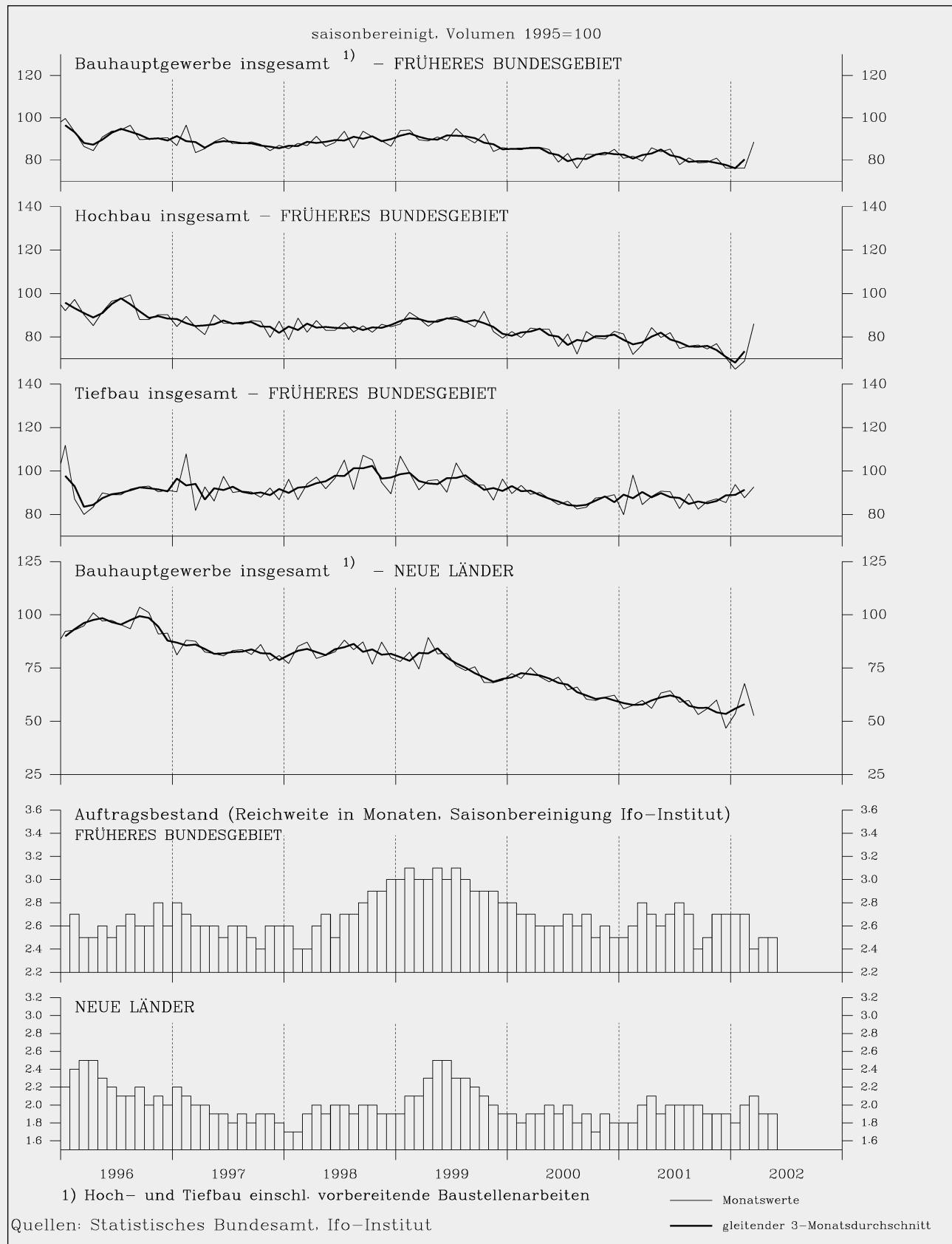
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April	März/ April	Febr.	März	April	März/ April
Einzelhandel insgesamt	+ 0,9	- 0,6	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,9	- 0,8	+ 1,5	+ 0,4
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	+ 0,8	- 0,1	+ 2,0	+ 1,4	+ 0,9	- 0,3	+ 1,8	+ 1,0
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in % ²							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April	Jan.- April	Febr.	März	April	Jan.- April
Einzelhandel (EH) insgesamt	- 0,8	- 4,2	+ 0,9	- 1,5	- 2,4	- 5,6	- 0,4	- 2,9
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 1,5	- 3,2	- 0,8	- 2,0	- 2,7	- 4,6	- 1,9	- 3,3
EH mit Waren verschiedener Art ^{3,4}	+ 1,2	+ 0,9	- 0,5	+ 0,7	- 1,8	- 1,5	- 2,3	- 2,0
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 2,8	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,7	- 0,5	- 1,3	- 1,3	- 1,1
Sonstige Waren verschiedener Art	- 8,0	- 1,4	- 7,1	- 5,7	- 9,4	- 2,8	- 8,1	- 7,0
Fach-Einzelhandel ⁵ mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	- 0,8	- 2,1	- 2,9	- 1,5	- 3,9	- 4,3	- 4,4	- 4,2
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	+ 4,9	- 0,4	+ 5,0	+ 2,7	+ 4,4	- 0,7	+ 4,7	+ 2,4
Sonstiger Fach-Einzelhandel ³	- 7,7	- 7,3	- 4,2	- 6,6	- 8,9	- 8,4	- 5,3	- 7,7
darunter: Bekleidung	- 5,6	- 3,4	- 5,1	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 6,0	- 5,3
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 8,0	- 14,3	- 3,6	- 8,9	- 9,9	- 15,8	- 5,4	- 10,7
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 17,6	- 18,6	- 14,5	- 15,9	- 16,9	- 18,0	- 14,4	- 15,4
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 2,1	- 1,3	+ 3,4	- 1,6	- 2,8	- 1,7	+ 3,0	- 2,1
Fach-Einzelhandel a.n.g. ⁶	- 9,5	- 6,9	- 6,7	- 7,0	- 10,2	- 7,9	- 7,5	- 7,7
Antiquitäten und Gebrauchtwaren ³	+ 1,7	- 14,6	- 17,7	- 9,5	+ 0,4	- 15,6	- 18,6	- 10,7
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel ⁷	- 2,9	- 11,8	+ 4,9	- 4,6	+ 2,7	- 9,9	+ 7,6	- 1,1
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen	+ 2,4	- 7,7	+ 7,2	+ 0,5	+ 0,6	- 9,5	+ 4,9	- 1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.

³ In Verkaufsräumen.

⁴ Breites bzw. gemischtes Waren sortiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.

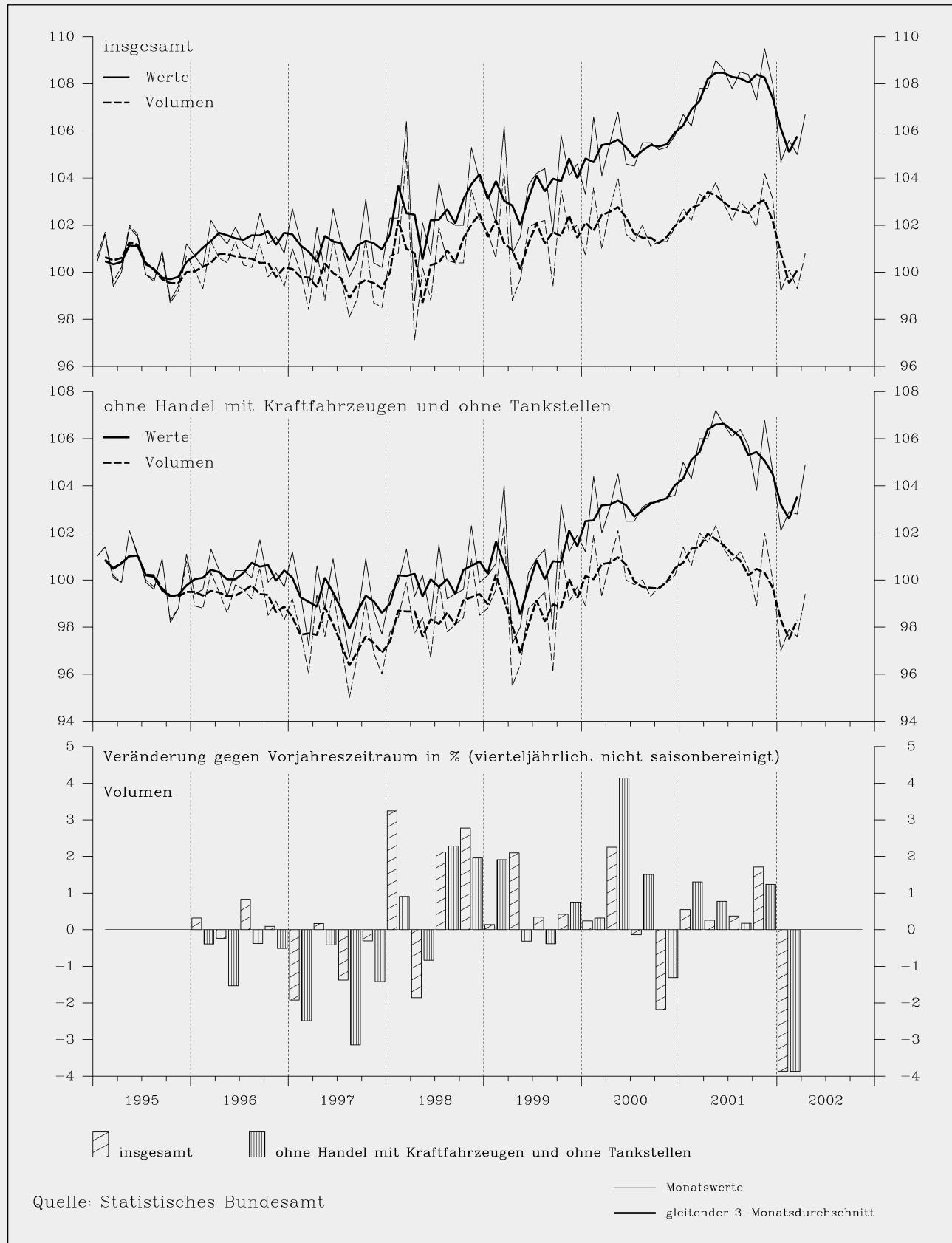
⁵ Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

⁶ Zum Beispiel feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

⁷ Zum Beispiel Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



4 Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. €					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	März	April	Jan.-April	März	April	Jan.-April
Einfuhr	46,4	46,7	184,2	42,6	46,4	170,6
Ausfuhr	55,9	52,7	212,3	54,3	55,8	211,8
Saldo der Handelsbilanz	+ 9,5	+ 6,0	+ 28,1	+ 11,7	+ 9,3	+ 41,1
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,3	- 0,7	- 2,1	- 0,4	- 0,5	- 1,7
Dienstleistungen	- 5,1	- 2,9	- 15,6	- 3,3	- 2,8	- 13,3
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 2,1	+ 0,9	- 2,7	+ 1,7	+ 0,2	- 4,2
laufenden Übertragungen	- 2,7	- 2,2	- 7,7	- 2,7	- 3,0	- 8,0
Leistungsbilanz	+ 3,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 7,0	+ 3,4	+ 13,9
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	April	Jan.-April	
in Mrd. €						
Saldo der Handelsbilanz	+ 12,1	+ 9,8	+ 2,9	+ 2,2	+ 3,3	+ 13,0
Ergänzungen zum Warenverkehr	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3
Dienstleistungen	+ 0,9	+ 2,0	- 0,4	+ 1,8	+ 0,2	+ 2,2
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 1,7	- 0,9	- 0,1	- 0,4	- 0,6	- 1,5
laufenden Übertragungen	+ 0,8	+ 0,5	- 0,8	0	- 0,7	- 0,3
Leistungsbilanz	+ 13,9	+ 11,5	+ 1,8	+ 3,5	+ 2,3	+ 13,8
in %						
Einfuhr	- 10,2	- 9,7	- 7,4	- 8,3	- 0,5	- 7,4
Ausfuhr	- 2,0	- 2,2	- 0,8	- 2,9	+ 5,7	- 0,3
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
2 0 0 2						
Werte			Volumen ³			
März	April	März / April	Nov.	Dez.	Nov. / Dez.	
Einfuhr	- 2,1	+ 4,7	+ 0,2	- 4,2	- 1,4	
Ausfuhr	+ 1,5	- 0,2	+ 2,1	+ 5,0	- 1,7	

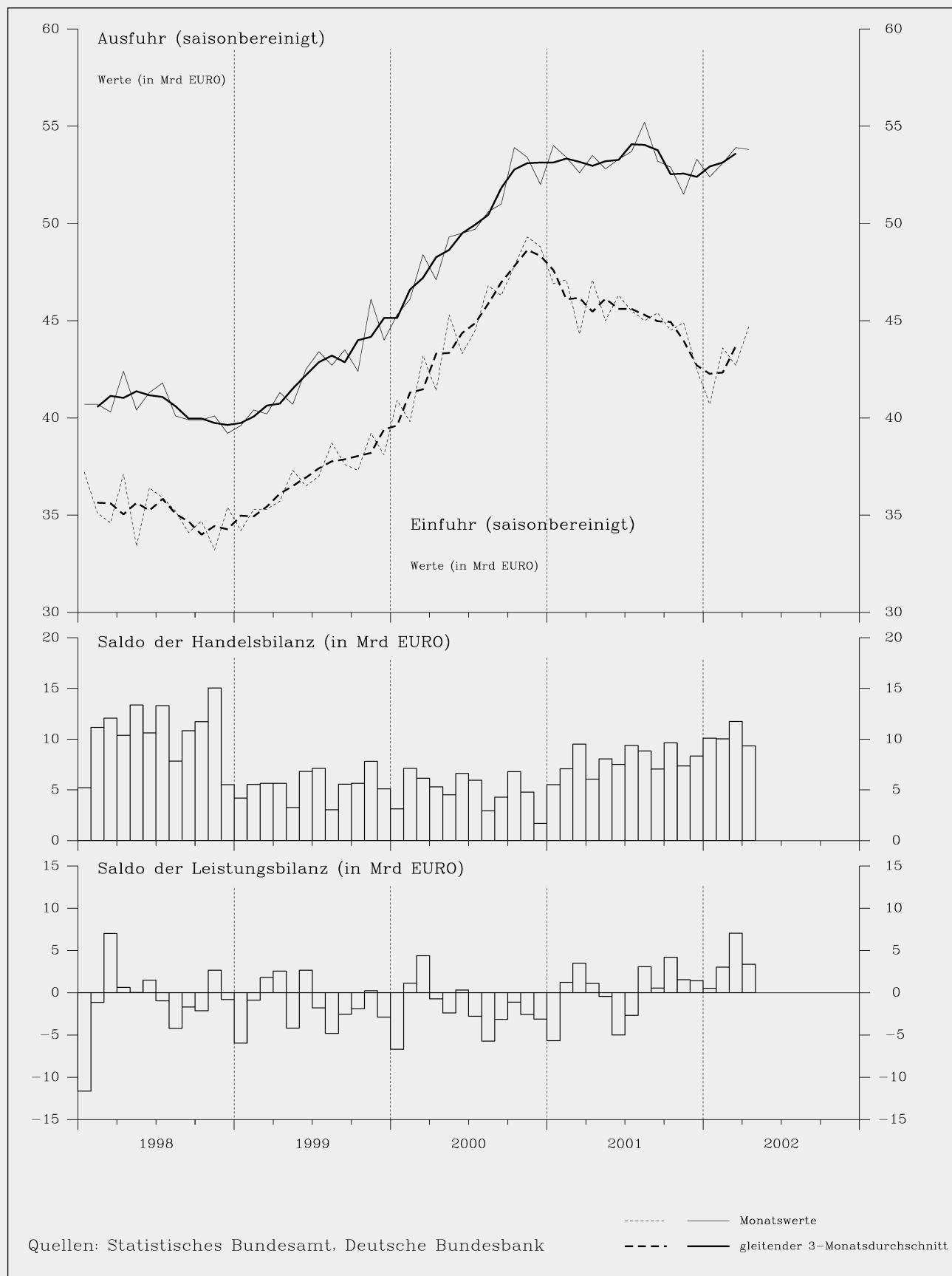
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

¹ Ursprungszahlen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

³ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1991; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

4 Außenwirtschaft



5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	März	April	Mai	März	April	Mai
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 493	38 644	38 703	38 341	.	.
Arbeitslose insgesamt	4 000	3 868	3 721	4 156	4 024	3 946
Zugänge an Arbeitslosen	558	567	480	573	559	520
Abgänge an Arbeitslosen	671	698	627	713	691	598
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,8	9,5	9,0	10,0	9,7	9,5
Kurzarbeiter	130	119	111	258	245	201
Offene Stellen	578	580	559	527	537	517
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 2						
März	April	Mai	März	April	Mai	
Erwerbstätige insgesamt ¹	+ 163	.	.	- 152	.	.
Arbeitslose insgesamt	- 140	- 132	- 78	+ 156	+ 156	+ 226
Zugänge an Arbeitslosen	+ 22	- 14	- 39	+ 15	- 8	+ 40
Abgänge an Arbeitslosen	+ 168	- 22	- 93	+ 42	- 7	- 29
Kurzarbeiter	+ 11	- 13	- 44	+ 128	+ 126	+ 90
Offene Stellen	+ 41	+ 10	- 21	- 51	- 43	- 42
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 702	38 675	38 659	38 646	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 943	3 975	3 977	3 972	3 983	4 043
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,5	9,6	9,6	9,6	9,6	9,7
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 17	- 27	- 16	- 13	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 7	+ 32	+ 2	- 5	+ 11	+ 60
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Inlandskonzept.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

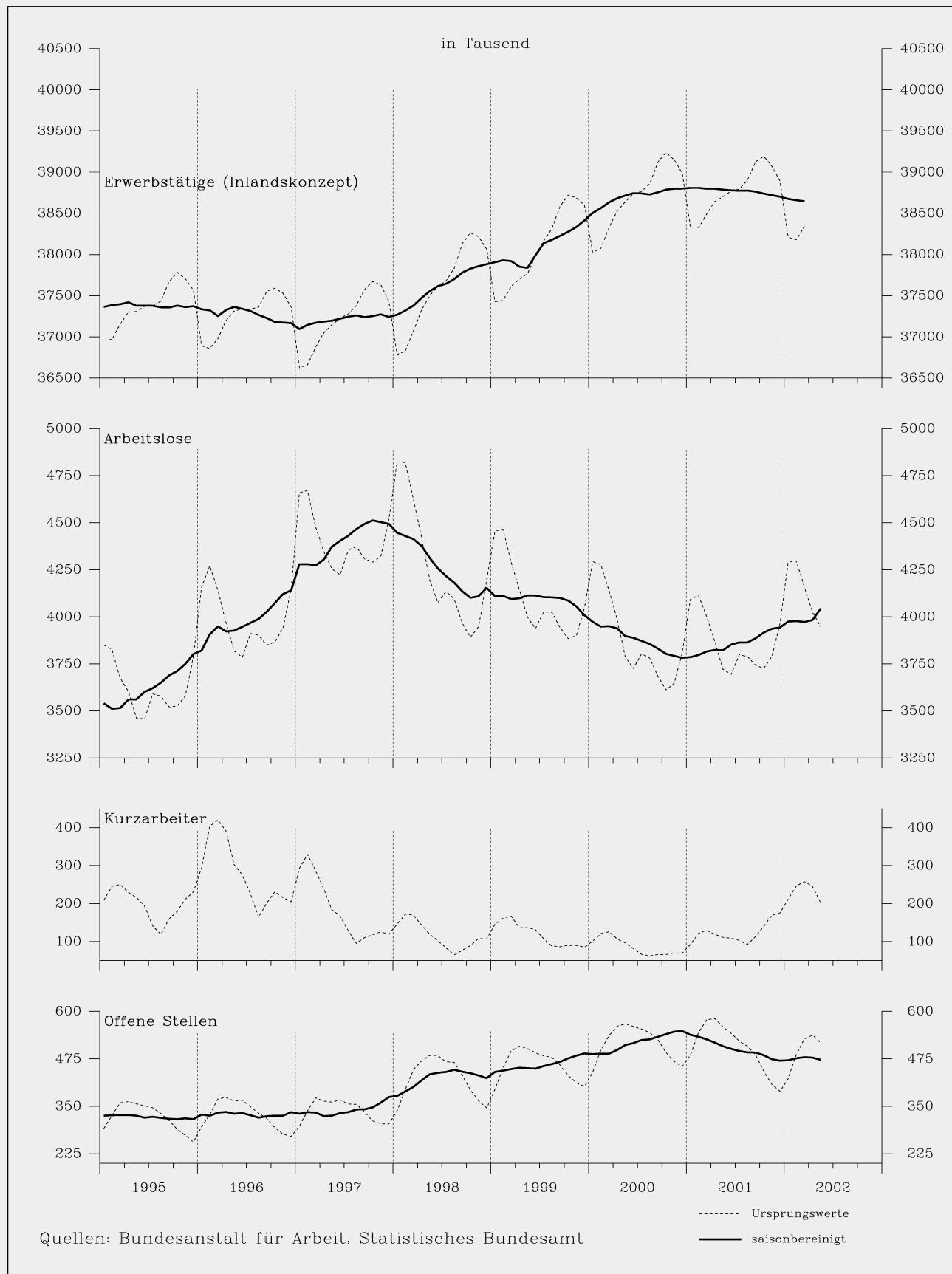
³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

⁵ Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland



5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	März	April	Mai	März	April	Mai
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 539	2 474	2 385	2 683	2 603	2 561
Zugänge an Arbeitslosen	367	386	325	393	388	361
Abgänge an Arbeitslosen	451	452	413	499	468	403
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,7	7,5	7,1	8,0	7,8	7,6
Kurzarbeiter	97	88	84	217	205	166
Offene Stellen	506	505	485	449	457	438
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 2						
März	April	Mai	März	April	Mai	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 106	- 80	- 41	+ 144	+ 129	+ 176
Zugänge an Arbeitslosen	+ 13	- 5	- 27	+ 25	+ 2	+ 36
Abgänge an Arbeitslosen	+ 117	- 32	- 65	+ 48	+ 16	- 11
Kurzarbeiter	+ 10	- 11	- 40	+ 120	+ 117	+ 82
Offene Stellen	+ 30	+ 8	- 18	- 57	- 48	- 47
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 558	2 586	2 592	2 587	2 590	2 631
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7	7,8
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 13	+ 28	+ 6	- 5	+ 3	+ 41
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet



5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2001			2002		
	März	April	Mai	März	April	Mai
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 461	1 394	1 336	1 473	1 421	1 385
Zugänge an Arbeitslosen	190	180	155	180	171	159
Abgänge an Arbeitslosen	219	247	214	213	223	195
Arbeitslosenquote (in % ²)	18,6	17,7	17,0	18,8	18,1	17,7
Kurzarbeiter	33	30	28	41	40	35
Offene Stellen	72	75	74	78	80	78
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2002						
März	April	Mai	März	April	Mai	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 34	- 52	- 36	+ 13	+ 27	+ 49
Zugänge an Arbeitslosen	+ 9	- 9	- 13	- 10	- 9	+ 4
Abgänge an Arbeitslosen	+ 51	+ 10	- 28	- 6	- 23	- 19
Kurzarbeiter	+ 2	- 1	- 5	+ 8	+ 9	+ 8
Offene Stellen	+ 11	+ 2	- 2	+ 6	+ 5	+ 4
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2001 / 2002						
Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 385	1 389	1 385	1 385	1 393	1 412
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,7	17,7	17,7	17,7	17,8	18,0
Offene Stellen	71	68	69	70	69	69
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2001 / 2002						
Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 6	+ 4	- 4	0	+ 8	+ 19
Offene Stellen	+ 2	- 3	+ 1	+ 1	- 1	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

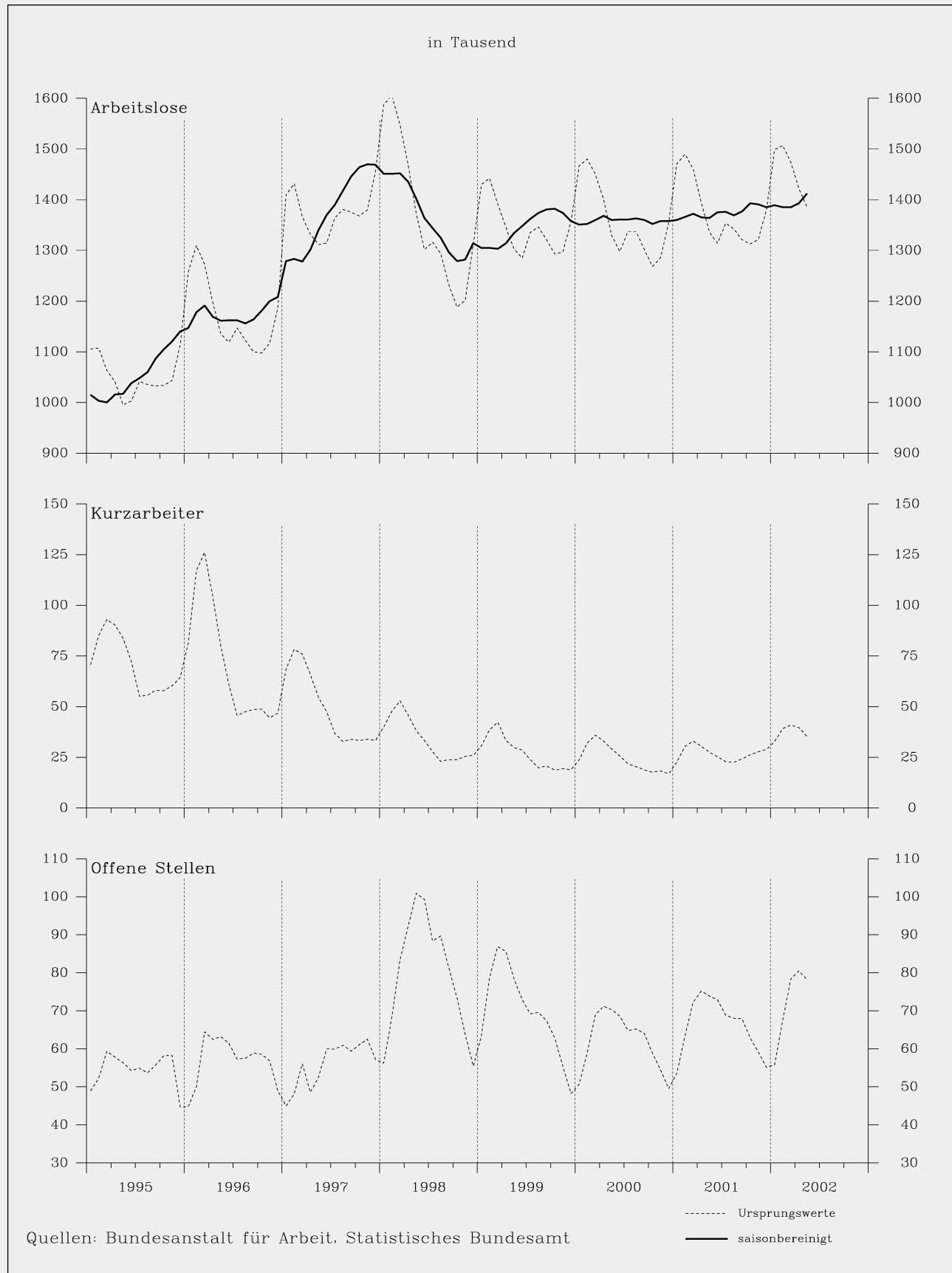
² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost



6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 2					
	März	April	Mai	März	April	Mai
Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾						
Insgesamt	+ 0,2	+ 0,1	0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,1
Waren	+ 0,4	+ 0,3	- 0,3	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,2
- Verbrauchsgüter	+ 0,4	+ 0,4	- 0,3	+ 2,1	+ 1,6	- 0,1
darunter:						
Nahrungsmittel	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 4,3	+ 2,3	+ 0,4
darunter:						
Saisonwaren ²⁾	- 0,7	- 0,2	- 0,1	+ 7,0	+ 2,8	- 2,5
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,1
- Langlebige Gebrauchsgüter	+ 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7
Dienstleistungen	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,1
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte³⁾						
Insgesamt	+ 0,3	- 0,1	.	- 0,2	- 0,8	.
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	+ 0,6	- 0,3	.	- 1,5	- 2,5	.
- Energie	+ 1,3	- 1,1	.	- 1,4	- 4,3	.
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 0,4	.	- 1,6	- 1,1	.
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,1	- 0,2	.	+ 1,6	+ 1,3	.
Konsumgüterproduzenten	- 0,1	+ 0,2	.	+ 1,0	+ 1,0	.
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,2	+ 0,1	.	+ 1,9	+ 1,7	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,1	+ 0,2	.	+ 0,9	+ 1,0	.
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte³⁾						
Insgesamt	+ 0,4	.	.	- 2,8	.	.
Pflanzliche Produkte	- 1,9	.	.	+ 5,0	.	.
Tierische Produkte	+ 1,7	.	.	- 6,8	.	.
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
Baupreise³⁾	Aug.	Nov.	Febr.	Aug.	Nov.	Febr.
Wohngebäude	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	- 0,2
Straßenbau	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	- 0,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

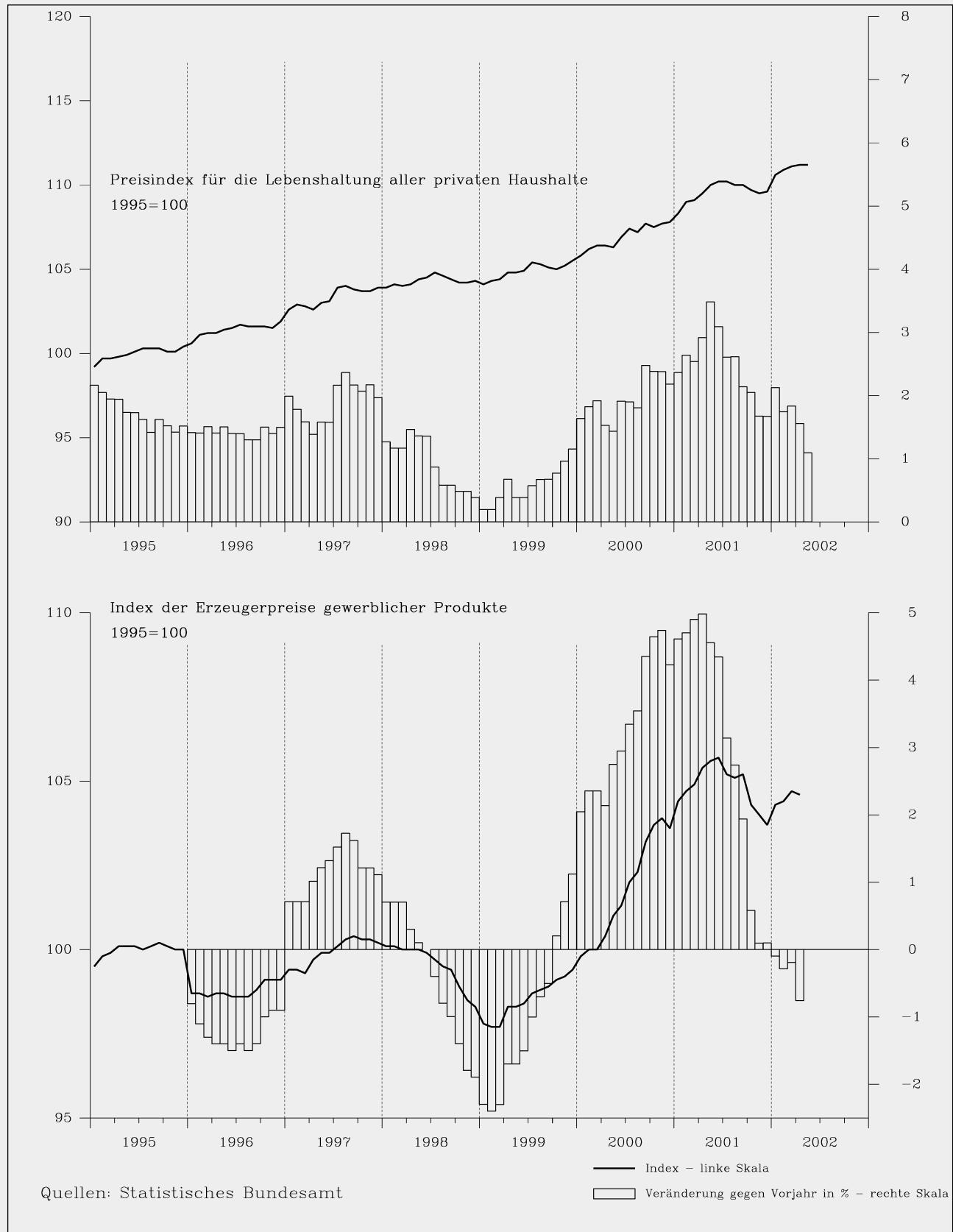
¹⁾ Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

²⁾ Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

³⁾ 1995 = 100.

6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 2					
	März	April	Mai	März	April	Mai
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹⁾						
Insgesamt	+ 12,4	+ 4,5	+ 0,1	- 5,9	- 2,7	- 5,8
- Nahrungs- und Genußmittel	+ 3,1	- 0,3	- 0,3	+ 1,3	+ 3,5	+ 1,7
- Industrie-Rohstoffe	+ 3,4	- 0,3	- 0,9	- 8,1	- 7,1	- 6,5
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	+ 17,5	+ 6,9	+ 0,5	- 5,9	- 1,8	- 6,3
Entwicklung des Außenwertes des Euro						
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar ³⁾	+ 0,7	+ 1,1	+ 3,5	- 3,6	- 0,7	+ 4,9
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern ³⁾	0	+ 0,5	.	- 1,8	- 0,5	.
Außenhandelspreise²⁾						
Einfuhrpreise insgesamt	+ 0,8	+ 0,2	.	- 2,5	- 2,8	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	- 0,4	- 3,0	.	+ 1,0	- 2,2	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 1,0	+ 0,5	.	- 2,9	- 2,9	.
- Rohstoffe und Halbwaren	+ 4,6	+ 2,7	.	- 10,6	- 9,8	.
- Fertigwaren	0	0	.	- 0,4	- 0,6	.
Ausfuhrpreise insgesamt	+ 0,3	+ 0,2	.	- 0,4	- 0,3	.
Terms of Trade	- 0,5	0	.	+ 2,1	+ 2,6	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

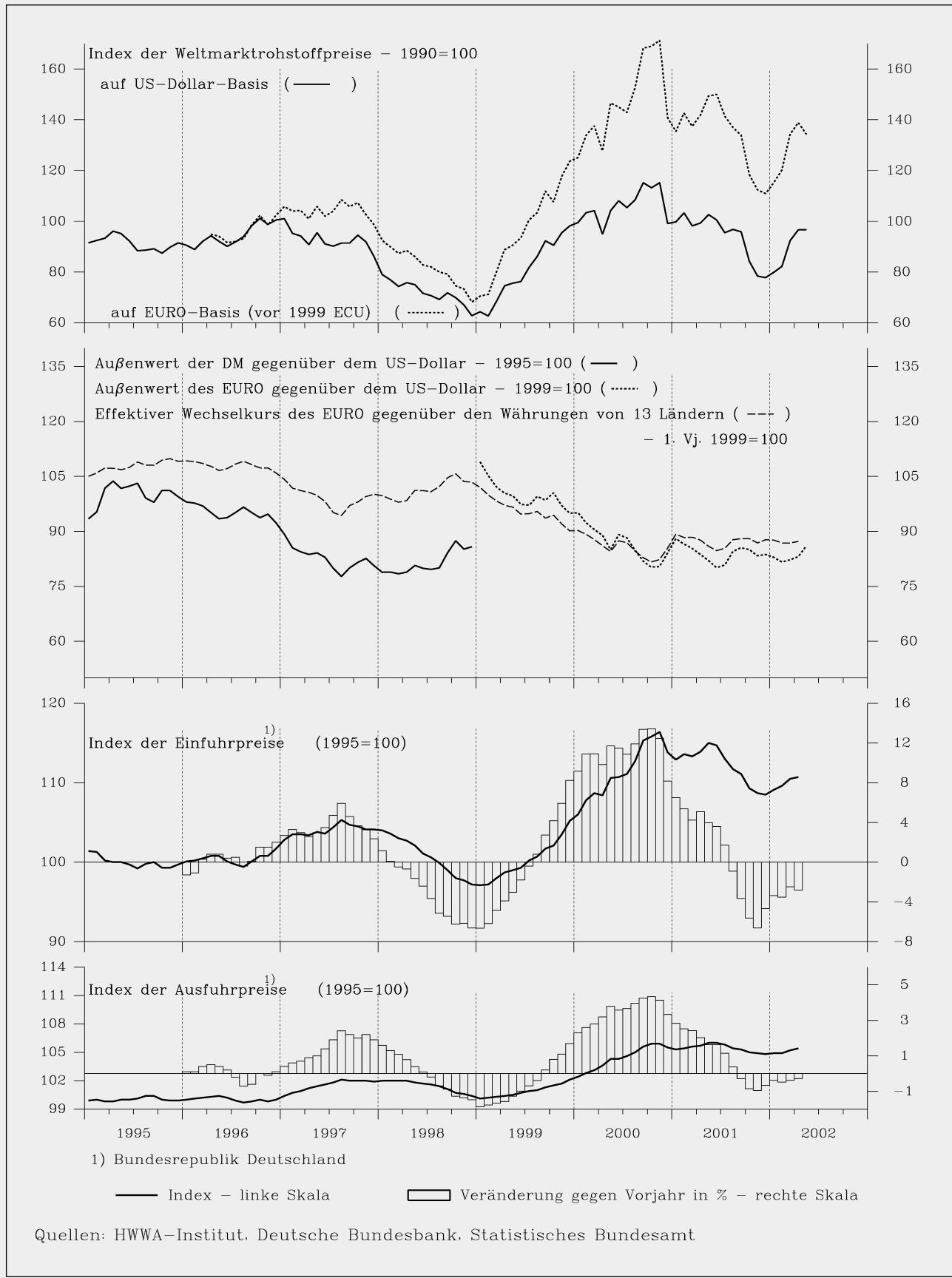
¹⁾ HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

²⁾ 1995 = 100.

³⁾ 1999 = 100.

6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise



7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ² in %	Erwerbs- lose Mio.	Erwerbs- losen- quote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen Veränderung in % p. a.	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	51,3	2,2	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	2,6	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,1	7,6	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,3	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,2	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	- 0,3	50,4	3,5	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	- 0,2	50,7	3,9	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	3,7	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	3,4	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,1	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001 ⁵	38,8	0,2	51,8	3,1	7,4	0,6	0,4	1,4	20,3
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,1	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	3,5	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland nach + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.2 Preise¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3} Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten ⁴	Bruttoinlands- produkt (nominal)		Verdienst je Arbeitnehmer
1991
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4	
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4	
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0	
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2	
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4	
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3	
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0	
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4	
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6	
2001 ⁵	1,3	- 0,1	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8	
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2	
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1	

¹ Preisbasis 1995.

² Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahres.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	- 5,21	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	- 15,39	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	- 3,92	33,7	33,3	0,4	- 0,2
2001 ¹	5,6	1,0	39,08	9,99	35,0	33,1	1,9	0,5
1996/1991	3,3	2,2	7,02	- 13,90	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	- 6,73	29,1	28,1	1,0	- 0,3

¹ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (netto) ³	Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			in %	in %	Veränderung in % p. a.		
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001 ⁴	1,7	1,2	1,9	72,5	73,2	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldensorten

	Stand 30. April 2002 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand 31. Mai 2002 Mio. €
Anleihen ²	442 498	0	0	442 498
Bundesobligationen	126 097	8 106	6 647	127 556 ^p
Bundesschatzbriefe ³	22 665	183	884	21 965 ^p
Bundesschatzanweisungen	66 252	0	0	66 252
Unverzinsliche Schatzanweisungen	9 922	4 914	0	14 835
Finanzierungsschätzungen ⁴	1 787	117	140	1 764 ^p
Schuldscheindarlehen ⁵	41 430	522	550	41 402
Medium Term Notes Treuhand	445	0	0	445
Gesamte umlaufende Schuld⁶	711 094			716 716

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 30. April 2002 Mio. €	Stand 31. Mai 2002 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	136 895	143 012
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	261 675	252 598
langfristig (mehr als 4 Jahre)	312 524	321 106
Gesamte umlaufende Schuld⁶	711 094	716 716

^p Vorläufig.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundes schuld vom 21. Juni 1999.

² Anleihen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

³ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätzungen.

⁵ Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohle, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblastentilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundeseisenbahnvermögens; ohne Lastenausgleichsfonds (LAG).

⁶ Einschließlich Eigenbestände.

2 Gewährleistungen

	Soll 2002 in Mrd. €	Januar bis März 2002 in Mrd. €	Januar bis März 2001 in Mrd. €
Ausfuhr	118	102,7	106,4
Internationale Finanzinstitute	47	33,3	31,7
Kapitalanlagen	40	26,1	24,3
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	85	70,0	38,6

3 Bundeshaushalt 1997 bis 2002

Gesamtübersicht

	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
Mrd. €						
Ermittlung des Finanzierungssaldos						
1. Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	225,9 - 3,0	233,6 + 3,4	246,9 + 5,7	244,4 - 1,0	243,1 - 0,5	247,5 + 1,8
2. Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in % darunter: Steuereinnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	193,5 + 0,4	204,7 + 5,8	220,6 + 7,8	220,5 - 0,1	220,2 - 0,1	223,8 1,6
3. Finanzierungsdefizit	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 23,7
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	129,2	124,4	144,1	149,7	130,0	179,4
5. Tilgungen (+)	96,6	95,5	118,0	125,9	107,2	158,3
6. Nettokreditaufnahme	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 21,1
7. Münzeinnahmen	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 32,4 14,3	- 28,9 12,4	- 26,2 10,6	- 23,9 9,8	- 22,9 9,4	- 23,7 9,6
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	28,8 - 7,6	29,2 + 1,3	28,6 - 2,0	28,1 - 1,7	27,3 - 3,1	25,0 - 8,3
darunter: Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Stand: Dezember 2001.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 836	26 653	26 963	26 517	26 807	27 132
Aktivitätsbezüge	20 697	20 481	20 705	20 275	20 440	20 620
Ziviler Bereich	8 205	8 300	8 387	8 196	8 414	8 374
Militärischer Bereich	12 493	12 181	12 318	12 079	12 026	12 246
Versorgung	6 139	6 172	6 258	6 242	6 367	6 513
Ziviler Bereich	2 467	2 545	2 555	2 572	2 598	2 591
Militärischer Bereich	3 672	3 628	3 703	3 670	3 770	3 922
Laufender Sachaufwand	19 469	19 719	20 432	20 822	18 503	16 069
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 690	1 786	1 655	1 641	1 619	1 592
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	6 934	7 493	7 750	7 335	7 985	7 331
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 844	10 440	11 028	11 846	8 899	7 147
Zinsausgaben	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
an andere Bereiche	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
Sonstige	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	27 263	28 675	41 042	39 104	37 582	38 841
an Ausland	4	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	122 632	128 618	129 156	126 846	132 359	138 443
an Verwaltungen	29 512	29 300	16 311	16 106	13 257	14 859
Länder	5 524	5 685	5 568	5 650	5 580	5 921
Gemeinden	180	233	242	194	241	221
Sondervermögen	23 806	23 379	10 499	10 259	7 435	8 715
Zweckverbände	2	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	93 120	99 319	112 845	110 740	119 102	123 584
Unternehmen	9 181	9 338	13 488	13 275	16 674	16 874
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	25 131	24 819	24 305	21 455	20 668	20 651
an Sozialversicherung	55 603	61 866	71 651	72 590	78 143	82 311
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	750	743	749	746	672	783
an Ausland	2 455	2 552	2 652	2 674	2 940	2 965
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	215 296	220 532
Ausgaben der Kapitalrechnung*						
Sachinvestitionen	6 224	6 925	7 110	6 732	6 905	6 803
Baumaßnahmen	5 245	5 737	5 976	5 580	5 551	5 586
Erwerb von beweglichen Sachen	648	794	819	779	882	787
Grunderwerb	331	394	314	373	473	430
Vermögensübertragungen	16 417	18 339	17 831	19 506	17 085	14 351
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 538	17 636	17 225	16 579	16 509	13 905
an Verwaltungen	10 491	10 476	10 275	10 011	9 496	5 980
Länder	10 373	10 360	10 166	9 925	9 431	5 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	119	116	109	86	65	102
an andere Bereiche	5 047	7 161	6 950	6 568	7 013	7 924
Sonstige – Inland	3 205	5 335	5 074	4 729	5 370	6 028
Ausland	1 841	1 826	1 876	1 839	1 643	1 897
Sonstige Vermögensübertragungen	879	703	606	2 926	577	446
an Verwaltungen	154	18	-6	0	0	0
Länder	0	0	-6	0	0	0
an andere Bereiche	725	685	611	2 926	577	446
Unternehmen – Inland	342	313	222	101	167	0
Sonstige – Inland	209	216	186	2 542	183	196
Ausland	173	156	203	284	227	250

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen						
Darlehensgewährung an Verwaltungen	7 064	4 645	4 290	4 835	3 859	4 334
Länder	6 345	3 964	3 661	4 205	3 185	3 699
Gemeinden	570	516	487	197	166	147
an andere Bereiche	562	510	485	195	166	147
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	9	6	1	1	0	1
Ausland	5 775	3 448	3 174	4 008	3 019	3 552
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 429	2 130	1 981	2 998	1 841	2 564
Inland	1 346	1 318	1 194	1 010	1 178	988
Ausland	719	681	629	630	674	634
Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	13	3	1	19	24	52
Ausland	706	678	628	611	651	583
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	0	0	0	0	0	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	29 705	29 909	29 231	31 072	27 850	25 487
Globale Mehr-/Minderausgaben	-1	0	0	0	0	1 481
Ausgaben zusammen	225 950	233 619	246 869	244 405	243 145	247 500
Abschluss der Ausgaben						
Summe Ausgaben	225 950	233 619	246 869	244 405	243 145	247 500
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	215 296	220 532
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	29 705	29 909	29 231	31 072	27 850	25 487
Globalansätze – soweit nicht aufgeteilt –	-1	0	0	0	0	1 481
Finanzierungsrechnung						
Haushaltstechnische Verrechnungen	175	155	139	134	136	0
Rechnungsmäßige Abschlusssumme	226 124	233 774	247 009	244 539	243 282	247 500
* Darunter: Investive Ausgaben	28 826	29 206	28 625	28 146	27 273	25 041

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 634	43 553	24 825	12 367	0	6 361
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 898	8 371	4 108	1 304	0	2 958
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 596	2 711	431	104	0	2 176
03 Verteidigung	27 485	27 185	16 167	10 183	0	835
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 357	2 142	1 639	486	0	18
05 Rechtsschutz	328	292	215	66	0	10
06 Finanzverwaltung	2 970	2 853	2 265	224	0	364
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	10 944	8 068	447	674	0	6 947
13 Hochschulen	2 153	1 028	7	5	0	1 016
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 089	1 089	0	0	0	1 089
15 Sonstiges Bildungswesen	498	420	9	81	0	330
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 778	5 282	431	582	0	4 269
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	426	250	1	6	0	243
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	105 997	104 599	169	402	0	104 027
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	79 738	79 738	0	0	0	79 738
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 477	6 017	0	0	0	6 017
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 910	4 645	0	266	0	4 379
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	13 678	13 524	41	71	0	13 412
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	114	114	0	0	0	114
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 080	561	128	66	0	367
3 Gesundheit und Sport	1 012	631	239	197	0	195
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	353	301	140	99	0	63
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	353	301	140	99	0	63
32 Sport	196	85	0	7	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	224	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	239	101	35	52	0	14
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	922	2	3	0	917
41 Wohnungswesen	1 611	881	0	3	0	878
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	55	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	408	0	0	0	0	0
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 316	692	24	124	0	544
52 Verbesserung der Agrarstruktur	915	356	0	2	0	354
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	178	178	0	56	0	122
533 Gasöverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	178	178	0	56	0	122
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	223	158	24	65	0	68
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 459	4 200	62	356	0	3 782
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	347	329	0	210	0	119
621 Kernenergie	119	119	0	0	0	119
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	210	0	210	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 365	3 331	0	5	0	3 327
64 Handel	90	90	0	56	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	176	0	0	0	176
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 633	425	62	61	0	302

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	4 081	1 108	1 402	1 571	4 031
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	527	525	2	0	527
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 885	42	1 273	1 570	2 878
03 Verteidigung	300	174	126	0	256
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	215	215	0	0	215
05 Rechtsschutz	37	37	0	0	37
06 Finanzverwaltung	117	115	1	1	117
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	2 876	89	2 787	0	2 868
13 Hochschulen	1 125	1	1 124	0	1 125
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	78	4	75	0	78
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 496	83	1 413	0	1 488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	177	0	176	0	177
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 398	14	1 380	4	1 028
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	460	0	460	0	460
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	265	3	260	2	15
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	154	4	147	3	33
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	519	6	513	0	519
3 Gesundheit und Sport	381	204	176	0	375
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	52	48	4	0	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	52	48	4	0	52
32 Sport	110	0	110	0	110
33 Umwelt- und Naturschutz	81	28	53	0	75
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	137	129	9	0	137
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 153	0	983	170	1 153
41 Wohnungswesen	731	0	560	170	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	15	0	15	0	15
44 Städtebauförderung	408	0	408	0	408
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	623	4	616	3	623
52 Verbesserung der Agrarstruktur	559	0	559	0	559
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	65	4	58	3	65
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 259	3	1 056	2 201	3 259
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	18	0	18	0	18
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	18	0	18	0	18
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	34	0	34	0	34
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 005	0	1 004	1	1 005
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 207	3	1 004	2 201	3 207

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	2 893	1 014	1 229	0	651
72 Straßen	6 879	895	0	765	0	130
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 423	763	445	267	0	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	153	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 168	1 076	523	189	0	364
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	17 510	12 866	27	283	0	12 555
81 Wirtschaftsunternehmen	10 910	6 407	27	36	0	6 344
832 Eisenbahnen	4 674	269	0	0	0	269
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 236	6 138	27	36	0	6 075
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 600	6 459	0	247	0	6 212
873 Sondervermögen	6 211	6 211	0	0	0	6 211
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	389	248	0	247	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	42 108	322	436	38 887	2 463
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 462	2 462	0	0	0	2 462
92 Schulden	38 955	38 955	0	68	38 887	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 172	691	322	368	0	1
Summe aller Hauptfunktionen	247 500	220 532	27 132	16 069	38 887	138 443

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 072	5 254	1 818	1	7 072
72 Straßen	5 984	4 532	1 452	1	5 984
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	660	647	13	0	660
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	92	75	18	0	92
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4 645	128	4 132	384	4 633
81 Wirtschaftsunternehmen	4 504	21	4 098	384	4 504
832 Eisenbahnen	4 405	0	4 072	333	4 405
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	98	21	26	52	98
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	141	107	34	0	129
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	141	107	34	0	129
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen	25 487	6 803	14 351	4 334	25 041

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	609,5	571,0	580,6	596,9	597,8	606	611½
Einnahmen	547,2	522,8	551,8	568,9	564,0	561	570
Finanzierungssaldo	- 62,3	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 45	- 42
darunter:							
Bund							
Ausgaben	232,9	226,0	233,6	246,9	244,4	245½	247½
Einnahmen	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	223	224
Finanzierungssaldo	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22½	- 23½
Länder (West)							
Ausgaben	197,2	186,3	188,3	189,9	193,7	202	200
Einnahmen	180,7	173,9	179,3	184,4	187,9	182½	187
Finanzierungssaldo	- 16,5	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,8	- 19½	- 12½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	136,0	116,2	115,7	117,9	119,8	121	124
Einnahmen	132,9	114,2	118,3	120,4	121,6	119	121
Finanzierungssaldo	- 3,1	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 2	- 3
Länder (Ost)							
Ausgaben	64,1	61,3	61,1	60,4	60,8	61	60½
Einnahmen	56,4	54,2	55,8	56,4	56,5	56	56½
Finanzierungssaldo	- 7,7	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 5	- 4
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	34,7	27,7	26,8	26,2	25,3	25	25
Einnahmen	33,4	26,9	26,3	26,0	25,5	25	25
Finanzierungssaldo	- 1,3	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0	- ½
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	- 0,9	-	1,7	2,8	0,1	1½	1
Einnahmen	- 2,1	-	5,5	3,1	- 0,9	- ½	1½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	½	1
Einnahmen	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	1	½
Länder (West)							
Ausgaben	2,7	-	1,1	0,9	2,0	4	- 1
Einnahmen	1,9	-	3,1	2,8	1,9	- 3	2½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 1,8	-	- 0,4	1,9	1,6	1	2½
Einnahmen	0,6	-	3,6	1,8	0,9	- 2	1½
Länder (Ost)							
Ausgaben	3,4	-	- 0,3	- 1,1	0,7	0	- 1
Einnahmen	5,3	-	3,0	1,1	0,1	- 1	- 1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 3,7	-	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 1	½
Einnahmen	- 4,8	-	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 2½	½

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³							
	Mrd. €													
	Anteil in %													
Finanzierungssaldo														
(1) in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 3,4	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2	- 2							
darunter:														
Bund	- 2,2	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1	- 1							
Länder (West)	- 0,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1	- 1½							
Gemeinden (West)	- 0,2	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0	0							
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	0	0							
Gemeinden (Ost)	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	0	0							
(2) in % der Ausgaben														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 10,2	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 7½	- 7							
darunter:														
Bund	- 17,2	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9	- 9½							
Länder (West)	- 8,4	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 9½	- 6½							
Gemeinden (West)	- 2,3	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 1½	- 2							
Länder (Ost)	- 12,0	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 8½	- 7							
Gemeinden (Ost)	- 3,9	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1	- 1							
Ausgaben in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	33,2	30,5	30,1	30,2	29,5	29½	28½							
darunter:														
Bund	12,7	12,1	12,1	12,5	12,1	12	11½							
Länder (West)	10,8	10,0	9,8	9,6	9,6	9½	9½							
Gemeinden (West)	7,4	6,2	6,0	6,0	5,9	6	6							
Länder (Ost)	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0	3	3							
Gemeinden (Ost)	1,9	1,5	1,4	1,3	1,3	1	1							

Stand: Finanzplanungsrat November 2001.

¹ Mit LAF, ERP, EU, FDE, KAF, Entsch. F., ELF, BEV, Steink. F., Vers.-Rücklage.

² Ab 1997 ohne Krankenhäuser.

³ 2000: Ist, Länder = vorläufig Ist; 2001 und 2002 = Schätzung.

Stand: November 2001.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Ist-Ergebnisse Mrd. €								
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	42,1 8,6	80,2 12,7	140,8 2,4	148,2 5,2	194,4 . .	205,4 . .	218,4 6,3	233,9 7,1	240,9 3,0
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	42,6 17,9	63,3 0,2	122,4 - 0,7	137,9 12,7	169,8 0,0	178,2 0,0	198,3 11,3	199,7 0,7	215,1 7,7
Finanzierungssaldo darunter:	0,6	- 16,9	- 18,4	- 10,2	- 24,6	- 27,2	- 20,1	- 34,2	- 25,9
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6
Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Rücklagenbewegung	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	6,6 12,4	13,0 5,9	20,5 2,1	21,1 3,0	22,1 0,0	24,9 0,0	26,3 5,7	27,0 2,4	26,9 - 0,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	15,6	16,2	14,6	14,3	.	12,1	12,1	11,5	11,2
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	1,1 14,3	2,7 23,1	16,5 4,0	16,4 - 0,6	17,5 0,0	20,3 0,0	22,4 10,6	23,4 4,5	27,1 15,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	2,7	5,3	11,7	11,1	.	9,9	10,3	10,0	11,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,7
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	7,2 10,2	13,1 11,0	17,1 0,4	18,5 8,4	20,1 0,0	31,4 0,0	33,7 7,0	33,3 - 1,1	31,3 - 6,0
Anteil an den Bundesausgaben in %	17,0	16,3	12,1	12,5	.	15,3	15,4	14,2	13,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	34,4	35,4	33,8	34,7	.	37,5	34,7	35,3	34,0
Steuereinnahmen¹ Veränderung gegen Vorjahr in %	40,2 18,7	61,0 0,5	112,6 1,5	126,4 12,2	132,3 0,0	162,5 0,0	180,4 11,0	182,0 0,9	193,8 6,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	95,5	76,0	80,0	85,3	.	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	94,3	96,3	92,0	91,6	.	91,2	91,0	91,2	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,2
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben in %	0,0 0,0	- 15,3 19,1	- 18,1 12,9	- 9,8 6,6	- 23,9 . .	- 26,6 12,9	- 19,7 9,0	- 33,8 14,5	- 25,6 10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	0,0	55,8	63,6	57,3	.	39,6	33,6	47,4	47,2
nachrichtlich: Schuldenstand⁴									
öffentliche Haushalte³ darunter:	61,9	129,2	459,6	472,8	536,2	595,9	679,8	765,5	840,1
Bund	25,7	54,8	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand öffentlicher Gesamthaushalt und Schuldenstand November 2001.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Ist-Ergebnisse							
	Soll							
Mrd. €								
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	237,6 - 1,4	232,9 - 2,0	225,9 - 3,0	233,6 3,4	246,9 5,7	244,4 - 1,0	243,1 - 0,5	247,5 1,8
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	211,7 - 1,5	192,8 - 9,0	193,5 0,4	204,7 5,8	220,6 7,8	220,5 - 0,1	220,2 - 0,1	223,8 1,6
Finanzierungssaldo darunter :	- 25,8	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 23,7
Nettokreditaufnahme	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 21,1
Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7
Rücklagenbewegung	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	27,1 0,5	27,0 - 0,0	26,8 - 0,7	26,7 - 0,7	27,0 1,2	26,5 - 1,6	26,8 1,1	27,1 1,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	11,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,7	15,7
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	25,4 - 6,2	26,0 2,3	27,3 4,9	28,7 5,2	41,1 43,1	39,1 - 4,8	37,6 - 3,9	38,9 - 3,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	15,5	15,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	38,7	39,0	40,6	42,1	59,0	58,0	55,7	56,0
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	34,0 8,8	31,2 - 8,3	28,8 - 7,6	29,2 1,3	28,6 - 2,0	28,1 - 1,7	27,3 - 3,1	25,0 - 8,3
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	37,0	36,1	36,1	35,5	36,1	35,5	34,5	31,4
Steuereinnahmen¹ Veränderung gegen Vorjahr in %	187,2 - 3,4	173,1 - 7,5	169,3 - 2,2	174,6 3,1	192,4 10,2	198,8 3,3	193,8 - 2,5	199,2 2,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	78,8	74,3	74,9	74,7	78,0	81,3	79,7	80,5
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	88,5	88,0	89,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,2	42,5	41,9
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben in %	- 25,6 10,8	- 40,0 17,2	- 32,6 14,4	- 28,9 12,4	- 26,1 11,8	- 23,8 10,6	- 22,8 10,4	- 21,1 9,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	74,5	128,3	113,0	98,8	91,3	84,5	83,6	84,3
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	51,2	70,4	65,1	97,8	82,4	81,0	60,8	59,3
nachrichtlich: Schuldenstand⁴								
öffentliche Haushalte³ darunter:	1 009,3 385,7	1 069,2 426,0	1 119,1 459,7	1 153,4 488,0	1 183,1 708,3	1 198,1 715,6	1 204,7 697,3	1 254,0 718,0

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

Stand öffentlicher Gesamthaushalt und Schuldenstand November 2001.

8 Steuer- und Abgabenquoten^{1, 2}

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{3, 4}		Kassenmäßige Abgrenzung ⁵	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	24,0	36,6	22,8	34,4
1975	24,8	41,0	23,6	38,6
1980	25,9	42,8	24,8	40,4
1981	25,2	42,7	24,1	40,3
1982	24,9	42,8	23,8	40,4
1983	24,9	42,3	23,7	39,9
1984	25,1	42,5	23,7	39,8
1985	25,2	42,8	24,0	40,3
1986	24,6	42,1	23,5	39,8
1987	24,7	42,3	23,5	39,9
1988	24,5	41,9	23,3	39,6
1989	25,2	42,4	24,0	40,1
1990	23,6	40,5	22,7	38,5
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	39,8
1993	22,9	41,1	23,2	40,4
1994	22,9	41,5	23,1	40,7
1995	22,5	41,3	23,1	40,9
1996 ⁵	22,9	42,3	22,3	40,6
1997 ⁵	22,6	42,3	21,8	40,3
1998 ⁵	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ⁵	24,2	43,3	22,9	40,9
2000 ⁵	24,6	43,3	23,1	40,7
2001 ⁶	23	41½	21½	39
2002 ⁶	23½	42	22	39½

¹ Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

² Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

³ Ab 1991 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

⁴ Einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970 bis 1974.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2001.

⁶ Schätzung, Stand: November 2001.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	1999	2000	2001 ⁶	2002 ⁶
Schulden (Mrd. €)¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 183,1	1 198,2	1 210	1 250
Bund	708,3	715,6	700	717
Länder (West) ³	270,9	278,4	299	313
Länder (Ost) ³	51,8	54,8	59	63
Gemeinden (West) ⁴	68,4	67,3	68	70
Gemeinden (Ost) ⁴	15,6	15,6	16	16
Sonderrechnungen ⁵	56,3	58,3	60	63
Schulden in % der Gesamt-Schulden				
Bund	59,9	59,7	58	57½
Länder (West) ³	22,9	23,2	24½	25
Länder (Ost) ³	4,4	4,6	5	5
Gemeinden (West) ⁴	5,8	5,6	5½	5½
Gemeinden (Ost) ⁴	1,3	1,3	1½	1½
Sonderrechnungen ⁵	4,8	4,9	5	5
Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,9	59,2	58½	58½
Bund	35,9	35,3	34	33½
Länder (West) ³	13,7	13,7	14½	14½
Länder (Ost) ³	2,6	2,7	3	3
Gemeinden (West) ⁴	3,5	3,3	3½	3½
Gemeinden (Ost) ⁴	0,8	0,8	1	1
Sonderrechnungen ⁵	2,8	2,9	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	61,3	60,3	rund 60	rund 60

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

⁴ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁵ ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundesseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

⁶ Prognose auf der Basis Plenum Finanzplanungsrat November 2001.

Stand: November 2001.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen*

	Steueraufkommen ^{1,2}			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon				
	insgesamt	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
Mrd. €					
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1951	13,5	6,7	6,8	49,6	50,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,4	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,3	36,5	53,7	46,3
1971	88,2	47,9	40,3	54,3	45,7
1972	100,7	56,3	44,4	55,9	44,1
1973	114,9	67,1	47,9	58,4	41,6
1974	122,5	73,8	48,7	60,3	39,7
1975	123,7	72,9	50,9	58,9	41,1
1976	137,1	82,3	54,8	60,1	39,9
1977	153,1	95,1	58,0	62,1	37,9
1978	163,2	98,2	64,9	60,2	39,8
1979	175,3	103,0	72,3	58,8	41,2
1980	186,6	109,3	77,4	58,5	41,5
1981	189,3	108,6	80,7	57,4	42,6
1982	193,6	112,1	81,6	57,9	42,1
1983	202,8	115,2	87,6	56,8	43,2
1984	212,0	120,9	91,1	57,0	43,0
1985	223,5	132,2	91,4	59,1	40,9
1986	231,3	137,4	93,9	59,4	40,6
1987	239,6	141,8	97,8	59,2	40,8
1988	249,6	148,5	101,0	59,5	40,5
1989	273,8	163,1	110,8	59,6	40,4
1990	281,5	160,6	120,9	57,1	42,9
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,3	149,1	55,9	44,1
1992	374,1	209,7	164,4	56,1	43,9
1993	383,0	207,7	175,3	54,2	45,8
1994	402,0	210,7	191,3	52,4	47,6
1995	416,3	224,4	191,9	53,9	46,1
1996	409,0	213,9	195,2	52,3	47,7
1997	407,6	209,8	197,8	51,5	48,5
1998	425,9	221,9	204,0	52,1	47,9
1999	453,1	235,3	217,8	51,9	48,1
2000	467,3	243,8	223,5	52,2	47,8
2001 ³	448,9	221,3	227,6	49,3	50,7
2002 ³	462,5	228,0	234,5	49,3	50,7

* Da die Übersicht die jeweiligen gesamten Steuereinnahmen seit 1951 enthält und aufgliedert, umfassen die Angaben auch Steuern, die im Zeitraum 1951/2002 ausgelaufen oder abgeschafft worden sind. Danach ist zu unterscheiden:

¹ Entfallen sind bis ... folgende Steuerarten:

- „Direkte Steuern“: Notopfer Berlin; für natürliche Personen (30. September 1956), für Körperschaften (31. Dezember 1957); Ergänzungsabgabe: zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974), zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Sonderausgaben (LAF): Kreditgewinnabgabe (31. März 1973), Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe (31. Dezember 1979); Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Stabilitätszuschlag (30. Juni 1974); Solidaritätszuschlag vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994; Vermögensteuer (31. Dezember 1996).
- „Indirekte Steuern“: Essigsäuresteuer (31. Dezember 1980); Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Spielkartensteuer (31. Dezember 1980); Kapitalertragsteuer: Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaftsteuer (31. Dezember 1991); Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992).

² Ab 1999 geltende Zusammensetzung der Steuereinnahmen:

- „Direkte Steuern“: Einkommen- und Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Feuerschutzsteuer; Gewerbesteuer; Schankerlaubnissteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer.
- „Indirekte Steuern“: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuern; Teesteuer; Zuckersteuer; Salzsteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungssteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; Sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand.

³ Steuerschätzung vom 8. bis 9. November 2001 nach geltendem Steuerrecht einschließlich des zweiten Gesetzes zur Familienförderung; Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen; Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe; Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes; 12. Euro-Einführungsgesetz.

Stand: November 2001.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000*	2001*	2002	2003
Deutschland	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,3	- 2,7	- 2,8	- 2,1
Belgien	- 8,6	- 9,0	- 5,4	- 4,4	0,1	0,0	- 0,2	0,2
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,5	2,9	2,1	2,4
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 0,8	- 0,4	0,3	0,5
Spanien	- 2,5	- 6,1	- 4,1	- 6,6	- 0,4	- 0,1	- 0,3	0,0
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,3	- 1,5	- 2,0	- 1,8
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,2	4,5	1,5	0,6	0,2
Italien	- 8,6	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	1,8	5,8	5,0	2,0	2,5
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,2	0,0	- 0,4
Österreich	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 5,2	- 1,9	0,1	- 0,1	0,3
Portugal	- 8,6	- 10,3	- 5,0	- 4,5	- 1,8	- 2,7	- 2,6	- 2,5
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	7,0	4,9	3,3	2,7
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,7	3,7	4,8	1,7	1,9
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,7	0,9	- 0,2	- 0,5
Eurozone	- 3,4	- 4,8	- 4,2	- 5,0	- 0,7	- 1,3	- 1,4	- 1,2
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,1	- 0,6	- 1,1	- 0,9
Japan	- 4,4	- 0,8	2,9	- 4,2	- 7,4	- 6,9	- 6,3	- 6,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,7	0,5	- 0,7	- 0,9

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2002, April 2002.

* Für die Jahre 2000 und 2001 jeweils ohne UMTS-Erlöse.

Stand: Mai 2002.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,1	60,3	59,8	60,8	60,1
Belgien	78,3	121,8	127,7	133,4	109,3	107,5	104,3	99,4
Dänemark	36,4	69,8	57,7	69,3	46,8	44,7	43,2	39,8
Griechenland	27,9	59,9	89,0	108,7	102,8	99,7	97,9	95,2
Spanien	17,0	42,7	44,0	64,0	60,4	57,2	55,5	53,5
Frankreich	20,4	31,8	36,3	54,0	57,4	57,2	57,4	57,2
Irland	72,3	105,3	97,5	84,3	39,0	36,3	33,6	31,4
Italien	58,3	82,0	97,3	123,3	110,6	109,4	107,8	105,6
Luxemburg	9,3	9,6	4,4	5,6	5,6	5,5	5,2	5,1
Niederlande	46,3	70,5	77,4	77,0	56,0	52,9	50,1	47,4
Österreich	36,4	49,4	57,5	68,5	63,6	61,8	60,2	57,6
Portugal	34,9	66,6	63,0	64,1	53,4	55,4	56,5	57,2
Finnland	11,6	16,4	14,5	57,1	44,0	43,6	43,1	42,9
Schweden	40,0	61,9	42,0	76,6	55,3	55,9	52,6	49,9
Vereinigtes Königreich	54,9	54,4	35,1	51,8	42,4	39,0	37,6	36,1
Eurozone	35,1	52,8	59,1	72,9	70,2	69,1	68,6	67,2
EU 15	38,4	53,8	54,9	70,2	64,2	62,8	61,9	60,5
Japan	51,2	64,2	61,4	87,1	130,8	143,4	157,0	166,4
USA	37,0	49,4	55,3	72,9	57,4	55,4	54,7	53,0

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2002, April 2001. Japan und USA für 2000 bis 2002: IWF – World Economic Outlook, April 2002.
Stand: Mai 2002.

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	22,8	24,8	24,0	22,7	22,3	22,9	23,1
Deutschland ³	22,9	21,7	20,9	20,4	22,3	22,9	23,0
Belgien	25,1	30,2	31,3	28,8	30,4	31,2	31,8
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	48,3	48,3	46,2
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	35,1	34,4	35,4
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	26,2	29,3	29,0
Griechenland	14,6	16,2	18,4	20,5	22,0	25,6	26,5
Irland	27,4	26,9	29,9	28,5	28,5	28,1	27,2
Italien	16,3	18,9	22,5	26,1	28,2	30,9	30,3
Japan	15,3	18,2	19,2	21,8	17,7	16,4	17,1
Kanada	28,2	29,1	29,1	32,2	32,0	33,0	32,1
Luxemburg	18,0	28,3	32,7	29,5	32,0	31,0	31,3
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	25,1	25,3	25,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,9	31,4	31,2
Österreich	26,0	27,5	28,6	27,2	28,4	28,9	28,5
Portugal	15,1	17,2	20,0	21,4	23,9	25,6	25,8
Schweden	33,8	33,8	36,4	39,0	34,8	39,0	38,1
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	21,3	22,2	23,7
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	20,8	22,9	22,9
Vereinigtes Königreich	31,8	29,3	30,9	29,7	28,9	30,1	31,4
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	21,1	22,0	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	34,4	40,4	40,3	38,5	40,6	40,9	40,7
Deutschland ³	32,9	33,1	32,9	32,6	37,4	37,7	37,8
Belgien	35,1	42,5	45,8	43,1	45,0	45,7	46,0
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,9	50,4	48,4
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	47,3	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	45,0	45,8	45,5
Griechenland	20,9	24,2	28,6	29,3	31,8	37,1	38,0
Irland	29,9	31,4	35,0	33,5	32,9	32,3	31,5
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	42,7	43,3	42,3
Japan	19,7	25,7	27,5	30,7	27,8	26,2	27,1
Kanada	31,2	32,5	33,6	36,6	37,2	38,2	37,5
Luxemburg	26,0	39,8	44,4	40,5	43,1	41,8	42,0
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,5	42,1	41,8
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	41,6	40,2
Österreich	34,9	39,8	41,9	40,4	43,5	43,9	43,3
Portugal	19,8	24,4	26,9	29,4	32,2	34,3	34,7
Schweden	39,8	47,5	48,5	53,6	49,8	52,2	53,3
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,9	34,4	35,9
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,6	35,1	35,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,6	35,9	35,0	36,3	37,7
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,9	28,9	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,24	80,71	80,31	81,68	93,76	95,60
davon:						
Agrarpolitik	40,62	38,81	39,78	40,51	44,02	45,02
Strukturpolitik	26,06	28,37	26,66	27,59	31,57	32,08
Interne Politiken	4,93	4,88	4,47	5,36	5,86	5,99
Externe Politiken	3,99	4,07	4,59	3,84	4,37	4,17
Verwaltungsausgaben	4,13	4,22	4,51	4,65	4,91	5,12
Reserven	0,29	0,27	0,30	0,19	0,92	0,68
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,21	0,10	0,00	1,20	2,10	2,54
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	4,53	0,59	- 0,50	1,71	14,79	1,96
davon:						
Agrarpolitik	3,94	- 4,46	2,50	1,84	8,66	2,27
Strukturpolitik	6,67	8,86	- 6,03	3,49	14,43	1,62
Interne Politiken	8,59	- 1,01	- 8,40	19,91	9,33	2,22
Externe Politiken	5,00	2,01	12,78	- 16,34	13,80	- 4,58
Verwaltungsausgaben	4,29	2,18	6,87	3,10	5,59	4,28
Reserven	20,83	- 6,90	11,11	- 36,67	384,21	- 26,09
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 70,00	- 52,38	- 100,00		75,00	20,95
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	50,62	48,09	49,53	49,60	46,95	47,09
Strukturpolitik	32,48	35,15	33,20	33,78	33,67	33,56
Interne Politiken	6,14	6,05	5,57	6,56	6,25	6,27
Externe Politiken	4,97	5,04	5,72	4,70	4,66	4,36
Verwaltungsausgaben	5,15	5,23	5,62	5,69	5,24	5,36
Reserven	0,36	0,33	0,37	0,23	0,98	0,71
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,26	0,12	0,00	1,47	2,24	2,66
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	80,55	84,53	86,90	92,72	93,76	95,60
davon:						
Zölle	12,24	12,16	11,71	13,11	13,63	11,82
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,93	1,95	2,15	2,16	1,97	1,42
MwSt-Eigenmittel	34,35	33,09	31,33	35,19	30,69	23,59
BSP-Eigenmittel	26,89	35,03	37,51	37,58	35,15	57,95
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	- 0,90	4,94	2,80	6,70	1,12	3,11
davon:						
Zölle	4,08	- 0,65	- 3,70	11,96	3,97	- 13,28
Agrarzölle und Zuckerabgaben	6,04	1,04	10,26	0,47	- 8,80	- 27,92
MwSt-Eigenmittel	- 5,97	- 3,67	- 5,32	12,32	- 12,79	- 23,13
BSP-Eigenmittel	27,68	30,27	7,08	0,19	- 6,47	64,86
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	15,20	14,39	13,48	14,14	14,54	12,36
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,40	2,31	2,47	2,33	2,12	1,49
MwSt-Eigenmittel	42,64	39,15	36,05	37,95	33,10	24,68
BSP-Eigenmittel	33,38	41,44	43,16	40,53	37,91	60,62

Bemerkungen:

1997 bis 2000 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.
2001 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 4/2001.
2002 Haushaltsentwurf des Rates.
Stand: November 2001.

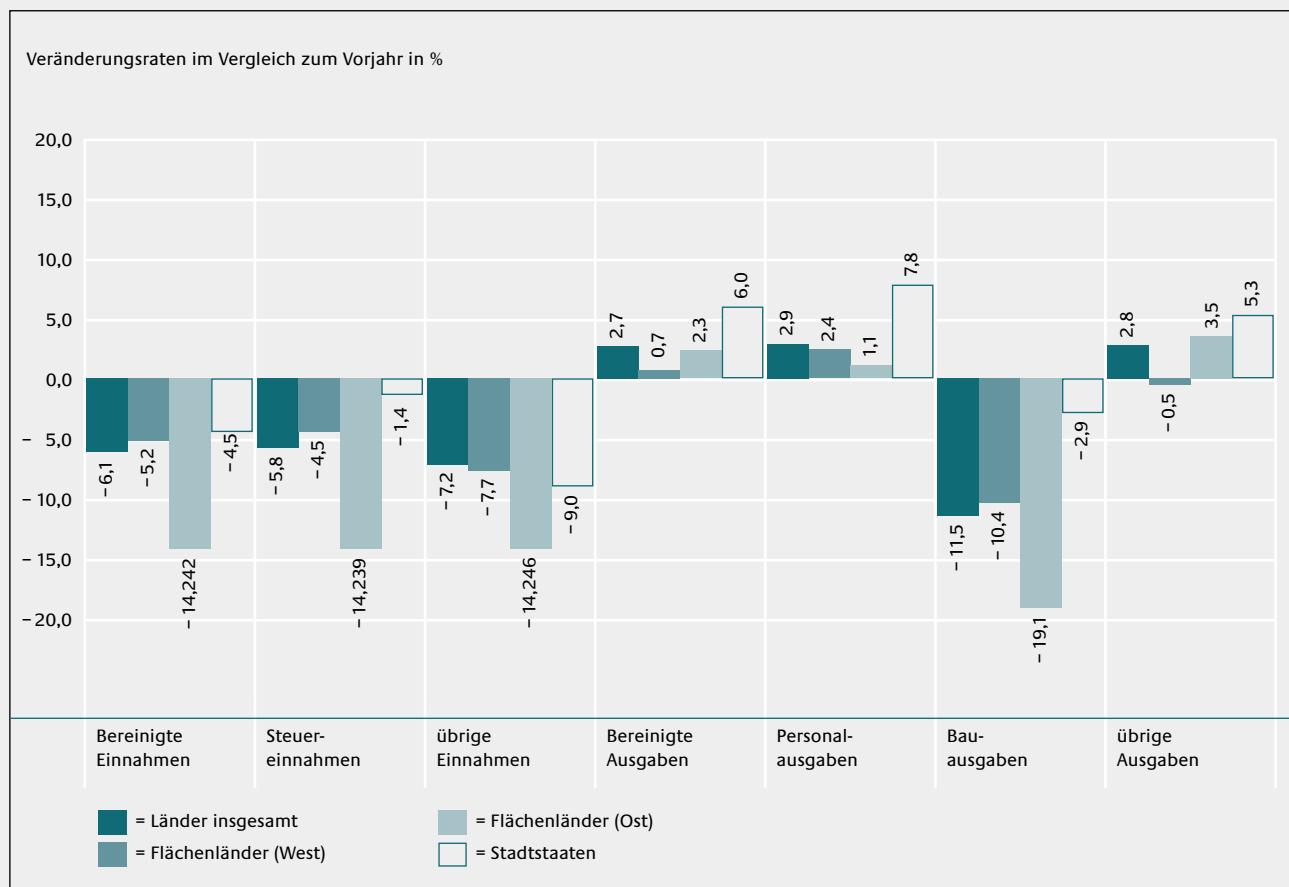
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2002

in Mio. €	Flächenländer (West)	Flächenländer (Ost)	Stadtstaaten	Länder insgesamt
Bereinigte Einnahmen	46 272	12 887	8 208	65 974
darunter:				
Steuereinnahmen	36 313	7 141	4 957	48 411
übrige Einnahmen	9 959	5 746	3 250	17 563
Bereinigte Ausgaben	56 591	16 177	12 004	83 380
darunter:				
Personalausgaben	24 325	4 571	4 218	33 114
Bauausgaben	508	275	224	1 006
übrige Ausgaben	31 758	11 332	7 562	49 260
Finanzierungssaldo	- 10 319	- 3 290	- 3 796	- 17 406

(Länderzusammenfassungen ohne Zahlungen der Länder untereinander).

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2002



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

Lfd. Nr.	Bezeichnung	April 2001			März 2002			April 2002		
		Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt
		in Mio. DM			in Mio. €			in Mio. €		
1 Seit dem 1. Januar gebuchte										
11 Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr		63 943	70 292	128 956	42 241	52 414	91 131	59 795	65 974	121 097
111 darunter: Steuereinnahmen		54 733	51 375	106 109	38 159	38 027	76 186	51 138	48 411	99 549
112 Länderfinanzausgleich ¹		-	-	-	-	-	-	-	-	-
113 nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)		38 305	11 507	49 812	37 148	10 759	47 907	50 244	17 322	67 566
12 Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr		85 921	81 218	161 861	69 637	63 953	130 067	88 631	83 380	167 339
121 darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)		9 024	32 176	41 200	6 819	25 566	32 384	8 899	33 114	42 013
122 Bauausgaben		977	1 137	2 114	667	667	1 334	997	1 006	2 003
123 Länderfinanzausgleich ¹		-	-13	-13	-	14	14	-	603	603
124 nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln		69 826	11 034	80 860	31 643	11 294	42 937	46 948	13 248	60 196
13 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)		-21 978	-10 926	-32 904	-27 396	-11 539	-38 935	-28 836	-17 406	-46 241
14 Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres		-	339	339	-	409	409	-	122	-
15 Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres		-	193	193	-	143	143	-	29	-
16 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)		-	146	146	-	267	267	-	93	-
17 Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²		7 365	-822	6 543	3 091	-1 448	1 643	3 298	3 437	6 735
2 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)										
21 des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)		-	-707	-707	-	-3 377	-3 377	-	-2 958	-2 958
22 der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)		-	-1 088	-1 088	-	-1 150	-1 150	-	-1 150	-1 150
3 Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31 Verwahrungen		5 162	5 707	10 869	6 085	7 649	13 734	16 880	6 284	23 164
32 Vorschüsse		-	6 971	6 971	-	8 829	8 829	-	8 356	8 356
33 Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen		-	8 309	8 309	-	9 806	9 806	-	9 474	9 474
34 Saldo (31+32+33)		5 162	7 044	12 206	6 085	8 627	14 712	16 880	7 402	24 282
4 Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)		-9 451	-6 353	-15 804	-18 220	-8 621	-26 841	-8 657	-10 582	-19 240
5 Schwebende Schulden										
51 Kassenkredit von Kreditinstitutten		9 451	5 923	15 374	18 220	8 570	26 790	8 657	9 598	18 255
52 Schatzwechsel		-	-	-	-	-	-	-	-	-
53 Unverzinsliche Schatzanweisungen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
54 Kassenkredit vom Bund		-	-	-	-	-	-	-	-	-
55 Sonstige		-	-	-	-	90	90	-	188	188
56 Zusammen		9 451	5 923	15 374	18 220	8 660	26 880	8 657	9 786	18 443
6 Kassenbestand insgesamt (4+56)		0	-430	-430	0	39	39	0	-797	-797
7 Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)										
71 Innerer Kassenkredit		-	1 689	1 689	-	2 197	2 197	-	2 106	2 106
72 Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)		-	1 137	1 137	-	2 084	2 084	-	1 812	1 812

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: April 2002.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, April 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	8 146,0	9 914,8⁹	2 289,6	4 835,7	1 673,3	5 109,4	12 860,5	2 790,6	727,9
111	darunter: Steuereinnahmen	6 210,6	7 851,0	1 322,0	3 878,2	855,9	3 730,1	10 772,0	1 994,7	394,6
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	64,6	–	101,5	–	–	–40,6	21,6
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	953,2	1 164,3 ⁷	933,7	–	400,0	632,0	2 327,0	1 248,7	375,9
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 928,3	11 253,4⁹	3 194,5	6 312,8	2 134,0	6 920,5	14 500,8	3 919,3	1 190,7
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	4 611,8	5 148,7	837,8	2 470,6	655,4	2 618,5 ³	6 152,5 ³	1 680,1	490,2
122	Bauausgaben	112,2	180,0	66,3	90,8	26,4	57,2	6,1 ⁴	16,0	16,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	593,4	768,1	–	780,7	–	384,7	–548,5	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 243,3	459,0 ⁸	582,9	853,9	273,8	520,4	2 501,1	1 023,6	345,1
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 782,3	-1 338,6⁹	-904,9	-1 477,1	-460,7	-1 811,1	-1 640,3	-1 128,7	-462,8
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	121,7	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	28,7	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	–	93,0	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	–294,9	589,6	427,2	–831,3	126,0	113,9	–172,3	199,6	29,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	204,6	–503,8	–	–1 025,0	–	–	–	–	–
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	192,4	–1 342,8	–	0,3	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 738,7	984,2	218,6	725,7	2,1	123,2	1 330,6	503,7	218,9
32	Vorschüsse	1 398,4	3 858,4	–65,1	41,0	0,2	689,7	1 044,7	59,8	0,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	314,5	5 376,8	–	717,7	121,2	1 461,3	–122,7	1,9	36,4
34	Saldo (31+32+33)	654,8	2 502,6	283,7	1 402,4	123,1	894,8	163,2	445,8	254,6
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–1 025,4	0,0	–194,0	–1 930,7	–211,6	–802,4	–1 649,4	–483,3	–178,9
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	60,0	1 092,6	135,0	1 143,0	1 685,8	483,8	178,9
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	188,0	–	–	–
56	Zusammen	–	0,0	60,0	1 092,6	135,0	1 331,0	1 685,8	483,8	178,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	–1 025,4 ⁵	0,0	–134,0 ⁵	–838,1 ⁵	–76,6 ⁵	528,6	36,4	0,5	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	1 437,0	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 461,3	–124,7	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. –² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. –³ Ohne Mai-Bezüge. –⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. –⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. –⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. –⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. –⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 479,6 Mio. €. –⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 9 868,9 Mio. €, die Ausgaben 11 161,9 Mio. € und der Finanzierungssaldo –1 293,0 Mio. €.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, April 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder ⁶ zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 226,7	2 315,3	1 870,2	2 381,9	4 548,3	1 102,2	2 517,9	65 973,9
111	darunter: Steuereinnahmen	2 315,7	1 321,3	1 481,6	1 326,1	2 379,8	539,9	2 037,7	48 411,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	267,7	123,5	1,9	127,2	546,8	122,2	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	42,6	1 232,2	1 360,1	565,0	5 003,7	222,5	860,7	17 321,6
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 557,1	3 159,4	2 548,4	3 132,2	7 047,3	1 546,3	3 371,1	83 379,7
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 402,9	881,5	1 152,6	793,0	2 581,4	420,3	1 216,7	33 114,0
122	Bauausgaben	86,7	40,9	29,7	54,3	39,4	65,8	118,3	1 006,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–39,4	602,6
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	708,7	585,7	964,0	469,6	2 459,2	257,9	–	13 248,2
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-330,4	-844,1	-678,2	-750,3	-2 499,0	-444,0	-853,2	-17 405,7
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	121,7
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	28,7
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	93,0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	-665,4	644,1	408,4	95,4	1 883,3	21,7	862,4	3 437,1
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	-1 634,0	-2 958,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	-1 150,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	703,8	89,7	–	579,9	-1 331,2	221,0	175,1	6 284,0
32	Vorschüsse	65,7	-13,7	–	7,1	–	144,4	1 124,6	8 356,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	310,1	97,2	–	46,7	62,0	176,7	873,7	9 473,5
34	Saldo (31+32+33)	948,2	200,6	–	619,5	-1 269,2	253,3	-75,8	7 401,6
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-47,6	0,6	-269,8	-35,4	-1 884,9	-169,0	-1 700,6	-10 582,4
5	Schwedende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	36,0	–	–	772,0	1 911,4	148,1	1 951,0	9 597,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	188,0
56	Zusammen	36,0	–	–	772,0	1 911,4	148,1	1 951,0	9 785,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-11,6 ⁵	0,6	-269,8 ⁵	736,6	26,5	-20,9 ⁵	250,4	-796,8 ⁵
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	45,5	–	–	623,3	2 105,8
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	1,2	62,0	-113,3	525,5	1 812,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. –² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. –³ Ohne Mai-Bezüge. –⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. –⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. –⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. –⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. –⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 479,6 Mio. €. –⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 9 868,9 Mio. €, die Ausgaben 11 161,9 Mio. € und der Finanzierungssaldo -1 293,0 Mio. €.

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

@1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1999 1)	2000 1)	2001 1)	2001 1)			2002 1)				
				2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj				
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %											
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen											
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 1,2				
Erwerbstätige	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,4				
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	- 0,9				
Verdienst (Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8				
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2))	9,9	9,8	10,2	9,6	8,7	8,9	13,9				
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,2	7,5	7,4	7,3	7,3	7,3	8,2				
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	10,5	9,6	9,4	9,3	9,1	9,2	10,2				
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts											
in Preisen von 1995											
Bruttonetwertschöpfung insgesamt	+ 2,0	+ 3,6	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3	- 0,7				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,4	- 0,4	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,7				
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	- 1,3	+ 5,4	- 0,1	+ 1,0	- 1,3	- 3,3	- 5,8				
Baugewerbe	- 0,3	- 2,7	- 6,6	- 6,5	- 5,4	- 4,7	- 5,8				
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 6,1	+ 4,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7				
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 3,9	+ 4,7	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,8				
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2				
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts											
in Preisen von 1995											
Konsum	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3	- 0,4				
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,2	- 1,0				
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 6,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,1				
Konsumausgaben des Staates	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,2				
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,2	+ 2,3	- 4,8	- 3,6	- 5,7	- 6,6	- 8,0				
Ausrüstungen	+ 7,2	+ 8,7	- 5,0	- 1,8	- 8,8	- 10,6	- 13,4				
Bauten	+ 1,5	- 2,5	- 5,8	- 5,9	- 5,0	- 4,5	- 5,4				
Sonstige Anlagen	+ 13,7	+ 8,9	+ 6,0	+ 7,2	+ 6,8	+ 4,0	+ 4,5				
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP 5)	- 0,4	+ 0,4	- 0,9	- 0,8	- 0,8	- 1,6	- 0,8				
Inlandsnachfrage	+ 2,6	+ 2,0	- 1,0	- 0,7	- 1,4	- 2,1	- 2,8				
Exporte	+ 5,6	+ 13,2	+ 4,7	+ 7,2	+ 4,4	- 0,8	- 0,5				
Gesamtnachfrage	+ 3,3	+ 4,6	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,1	- 1,7	- 2,2				
Importe	+ 8,5	+ 10,0	+ 0,1	+ 3,6	- 0,9	- 6,6	- 5,3				
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP 5)	- 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,5				
Preisentwicklung											
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8				
Inlandsnachfrage	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4				
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	- 0,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,2				
Verteilung des Bruttonationaleinkommens											
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 2,2	- 0,0				
Volkseinkommen	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,0	- 0,8				
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5				
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 1,4	+ 2,6	+ 1,2	+ 1,4	- 1,1	+ 4,3	- 5,9				
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,1	- 0,6				
dar. private Haushalte	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,0	+ 1,1				

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: Mai 2002.

²⁾ Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

³⁾ Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

⁴⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

⁵⁾ Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001	2002			
	März p)	April p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	März p)	April p)	Januar - April p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	116,8	110,7	- 3,7	- 4,4	- 3,5	- 2,1	- 3,8
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	124,4	116,6	- 4,1	- 5,0	- 4,3	- 2,4	- 4,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	122,9	116,0	- 5,4	- 3,3	- 1,8	- 0,9	- 2,7
Investitionsgüterproduzenten.....	137,0	128,2	- 3,4	- 7,9	- 8,0	- 3,6	- 6,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	108,4	96,5	- 3,3	- 9,3	- 9,0	- 10,1	- 9,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	108,8	101,5	- 3,0	- 0,6	+ 0,4	- 1,6	- 0,8
Energie.....	103,5	98,1	0,0	- 0,9	- 0,5	- 0,3	- 0,8
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch-u. Tiefbau.....	75,3	80,4	- 3,5	- 1,0	+ 3,4	- 0,4	- 0,8
Hochbauleistungen.....	71,9	75,5	- 5,2	- 2,3	+ 0,4	- 2,6	- 2,5
Tiefbauleistungen.....	81,6	89,8	- 0,7	+ 1,8	+ 8,7	+ 3,7	+ 2,4
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	74,5	71,8	- 4,5	- 1,9	+ 0,1	- 2,3	- 2,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	70,7	65,2	- 3,6	- 2,6	- 1,0	- 2,0	- 2,4
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	66,4	62,4	- 2,7	- 4,7	- 4,3	- 3,7	- 4,3
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	123,0	99,5	- 9,1	+ 14,6	+ 28,0	+ 14,0	+ 14,4
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	85,4	91,8	- 6,9	- 0,3	+ 3,1	- 2,0	- 0,8
Verarbeitendes Gewerbe.....	124,5	116,7	- 4,1	- 5,0	- 4,4	- 2,3	- 4,3
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	108,7	103,3	- 1,1	+ 2,1	+ 2,6	- 1,1	+ 1,2
Ernährungsgewerbe.....	109,3	103,8	- 0,8	+ 3,0	+ 3,5	- 0,6	+ 2,1
Tabakverarbeitung.....	96,6	92,4	- 11,2	- 16,7	- 14,2	- 11,7	- 15,4
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	78,7	69,1	- 9,9	- 9,6	- 12,9	- 7,2	- 9,2
Textilgewerbe.....	91,6	85,0	- 8,1	- 9,3	- 8,4	- 5,5	- 8,3
Bekleidungsgewerbe.....	58,1	43,7	- 14,7	- 10,2	- 22,6	- 12,6	- 10,7
Ledergewerbe.....	91,6	84,8	- 3,3	- 1,1	- 2,7	+ 8,3	+ 0,9
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	94,1	92,8	- 5,4	- 7,9	- 6,6	- 3,3	- 6,8
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	115,3	110,1	- 4,8	- 4,9	- 4,7	- 0,8	- 3,9
Papiergewerbe.....	112,2	109,1	- 2,3	- 0,6	- 0,4	+ 7,6	+ 1,4
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	122,9	125,3	- 5,1	- 2,1	- 1,8	+ 15,7	+ 2,0
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	105,3	98,7	- 0,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,0
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	116,6	110,6	- 5,6	- 6,8	- 6,5	- 4,0	- 6,0
Verlagsgewerbe.....	128,7	122,9	- 9,3	- 7,8	- 5,4	- 2,8	- 6,5
Druckgewerbe.....	107,2	101,4	- 3,1	- 5,8	- 7,5	- 5,1	- 5,6
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	96,4	95,7	- 3,2	- 3,0	- 2,7	0,0	- 2,2
Chemische Industrie.....	137,1	124,7	- 5,4	+ 6,6	+ 12,8	+ 3,9	+ 5,9
Chemische Grundstoffe.....	157,1	139,5	- 6,0	+ 10,2	+ 19,7	+ 6,8	+ 9,3
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	124,6	113,9	+ 2,0	+ 7,5	+ 13,5	+ 3,6	+ 6,5
Chemiefasern.....	86,5	88,5	- 15,6	- 18,3	- 14,7	- 15,8	- 17,7
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	124,2	118,6	- 3,1	- 1,6	- 1,5	+ 1,7	- 0,8
Gummiwaren.....	136,2	128,9	- 2,1	0,0	- 1,0	+ 4,2	+ 1,0
Kunststoffwaren.....	120,0	115,0	- 3,7	- 2,3	- 1,7	+ 0,8	- 1,5

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: @2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001	2002			
	März p)	April p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	März p)	April p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	74,2	87,3	- 7,3	- 8,3	- 7,6	- 7,6	- 8,3
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	98,7	109,2	- 4,0	- 10,7	- 12,0	- 12,6	- 10,7
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	61,1	74,2	- 9,3	- 10,4	- 7,8	- 8,7	- 10,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	108,7	118,2	- 3,5	- 5,9	- 5,6	- 6,0	- 5,9
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	111,9	119,0	- 3,8	- 1,3	+ 0,4	- 1,7	- 1,3
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegerungen (EGKS).....	116,3	121,5	- 2,0	+ 1,4	+ 4,4	0,0	+ 1,4
Gießereiindustrie.....	118,1	133,2	- 5,6	- 5,3	- 9,0	- 3,5	- 5,3
Metallerzeugnisse.....	107,1	117,8	- 3,4	- 8,0	- 8,5	- 8,2	- 8,0
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	80,4	91,0	- 5,4	- 9,1	- 8,8	- 9,7	- 9,1
Maschinenbau.....	100,7	116,2	- 1,3	- 6,5	- 6,4	- 9,1	- 6,5
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	102,4	114,3	- 1,7	- 4,7	- 4,9	- 4,8	- 4,7
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	120,5	144,9	- 0,9	+ 10,4	+ 7,1	+ 17,7	+ 10,4
Werkzeugmaschinen.....	101,7	121,1	- 6,0	- 11,7	- 15,0	- 19,0	- 11,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	127,4	143,0	- 8,1	- 11,0	- 11,3	- 10,9	- 11,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	181,1	217,6	- 18,9	- 16,7	- 13,4	- 12,4	- 16,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	116,2	129,4	- 5,4	- 6,7	- 8,1	- 5,6	- 6,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	137,8	145,3	- 15,8	- 25,6	- 26,4	- 28,7	- 25,6
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	129,9	146,4	- 1,9	- 4,1	- 3,3	- 5,8	- 4,1
Fahrzeugbau.....	140,2	159,2	- 0,8	- 6,3	- 9,1	- 4,4	- 6,3
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	144,2	164,2	- 1,8	- 7,6	- 10,5	- 5,7	- 7,6
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	141,0	161,2	- 2,6	- 8,3	- 11,4	- 6,5	- 8,3
Sonstiger Fahrzeugbau.....	110,8	122,5	+ 10,2	+ 8,4	+ 6,8	+ 10,8	+ 8,4
Schiffbau.....	91,4	105,1	+ 12,1	+ 7,1	+ 3,5	+ 11,9	+ 7,1
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	135,7	148,8	+ 13,3	+ 12,1	+ 10,2	+ 14,9	+ 12,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	84,1	94,4	- 5,1	- 12,1	- 12,8	- 11,4	- 12,1
Möbel.....	78,6	87,4	- 5,6	- 14,7	- 15,5	- 14,5	- 14,7
Recycling.....	202,3	224,6	- 1,7	- 9,0	- 9,4	- 4,5	- 9,0
Energieversorgung.....	107,8	109,9	+ 0,8	- 1,3	- 1,5	- 2,3	- 1,3

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002		2001	2002			
	März p)	April p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	März p)	April p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	116,1	109,9	- 4,0	- 4,7	- 3,9	- 2,3	- 4,1
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u.							
Bauleistungen).....	121,8	114,1	- 4,4	- 5,4	- 4,8	- 2,8	- 4,7
Vorleistungsgüterproduzenten.....	120,0	112,9	- 5,7	- 3,6	- 2,2	- 1,2	- 3,0
Investitionsgüterproduzenten.....	135,4	127,0	- 3,8	- 8,2	- 8,3	- 3,9	- 7,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	104,6	92,7	- 3,6	- 9,2	- 8,8	- 10,5	- 9,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	104,6	97,7	- 3,5	- 1,4	- 0,7	- 2,2	- 1,6
Energie.....	103,3	97,9	- 0,2	- 1,0	- 0,6	- 0,4	- 0,9
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch-							
u. Tiefbau.....	80,5	86,0	- 2,8	+ 0,2	+ 4,8	+ 1,4	+ 0,6
Hochbauleistungen.....	78,3	82,3	- 3,8	- 0,8	+ 2,4	- 0,5	- 0,6
Tiefbauleistungen.....	84,5	93,1	- 0,7	+ 2,1	+ 9,3	+ 5,0	+ 3,0
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	64,3	73,3	- 6,0	- 3,0	- 2,9	- 1,6	- 3,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Ge-							
winnung von Erdöl und Erdgas (ohne							
Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	62,5	68,9	- 6,2	- 3,3	- 2,6	- 0,9	- 3,3
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	57,3	62,9	- 5,8	- 6,4	- 5,8	- 6,0	- 6,4
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Er-							
bring. damit verb. Dienstleistungen.....	120,7	136,0	- 9,2	+ 18,5	+ 17,3	+ 38,1	+ 18,5
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u.							
Erden, sonst. Bergbau.....	70,3	87,6	- 5,6	- 2,5	- 3,0	- 3,4	- 2,5
Verarbeitendes Gewerbe.....	108,1	120,9	- 4,7	- 6,1	- 6,1	- 6,6	- 6,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	93,4	104,4	- 2,0	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,3
Ernährungsgewerbe.....	93,8	104,9	- 1,5	+ 2,4	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,4
Tabakverarbeitung.....	85,5	94,6	- 10,0	- 17,3	- 17,2	- 16,4	- 17,3
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	73,9	75,3	- 10,6	- 10,6	- 8,7	- 14,3	- 10,6
Textilgewerbe.....	74,7	85,0	- 8,6	- 11,1	- 10,9	- 10,8	- 11,1
Bekleidungsgewerbe.....	72,8	60,5	- 15,2	- 9,4	- 4,6	- 20,8	- 9,4
Ledergewerbe.....	85,8	92,0	- 3,6	- 1,2	- 0,2	- 3,3	- 1,2
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	76,2	85,1	- 7,4	- 9,9	- 8,3	- 10,4	- 9,9
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	102,1	111,8	- 5,5	- 6,2	- 5,4	- 6,5	- 6,2
Papiergewerbe.....	99,5	109,3	- 3,4	- 2,1	- 2,3	- 2,6	- 2,1
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	108,7	124,6	- 5,6	- 3,3	- 5,6	- 1,1	- 3,3
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	93,9	99,8	- 1,7	- 0,9	+ 0,4	- 3,6	- 0,9
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver-							
vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	103,2	113,0	- 6,2	- 7,9	- 6,7	- 8,1	- 7,9
Verlagsgewerbe.....	112,7	127,3	- 9,6	- 9,3	- 8,6	- 6,6	- 9,3
Druckgewerbe.....	96,3	102,8	- 3,7	- 6,5	- 4,8	- 9,3	- 6,5
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und							
Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	88,8	94,1	- 3,0	- 4,0	- 3,4	- 4,2	- 4,0
Chemische Industrie.....	117,4	129,3	- 5,6	+ 4,9	+ 5,9	+ 8,4	+ 4,9
Chemische Grundstoffe.....	133,7	148,5	- 5,3	+ 9,2	+ 11,1	+ 15,5	+ 9,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	107,4	115,9	- 0,3	+ 4,4	+ 1,4	+ 7,8	+ 4,4
Chemiefasern.....	81,5	87,3	- 14,9	- 17,6	- 17,0	- 13,6	- 17,6
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	111,9	121,8	- 3,5	- 1,6	- 0,7	- 2,7	- 1,6
Gummikaren.....	125,5	135,1	- 2,1	+ 0,3	+ 1,7	- 1,9	+ 0,3
Kunststoffwaren.....	107,1	117,1	- 4,0	- 2,4	- 1,6	- 3,0	- 2,4

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002		2001	2002			
	März p)	April p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	März p)	April p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	71,3	83,8	- 7,7	- 9,9	- 8,7	- 10,6	- 9,9
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	90,2	96,1	- 4,9	- 14,1	- 14,4	- 18,5	- 14,1
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	60,0	73,6	- 9,0	- 11,2	- 8,1	- 10,6	- 11,2
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	105,5	112,8	- 4,1	- 6,8	- 5,6	- 8,8	- 6,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	108,7	110,8	- 4,2	- 3,8	0,0	- 7,6	- 3,8
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	115,1	117,1	- 2,1	+ 2,0	+ 6,3	- 1,1	+ 2,0
Gießereiindustrie.....	112,6	120,2	- 5,8	- 7,9	- 9,0	- 11,0	- 7,9
Metallerzeugnisse.....	103,7	113,9	- 4,1	- 8,3	- 8,5	- 9,5	- 8,3
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	74,5	83,1	- 5,4	- 9,7	- 10,0	- 11,0	- 9,7
Maschinenbau.....	99,5	115,2	- 2,2	- 7,0	- 6,4	- 10,3	- 7,0
Maschinen für die Erzeugung							
u. Nutzung v. mech. Energie.....	100,1	111,7	- 2,4	- 5,3	- 4,9	- 6,8	- 5,3
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	122,0	147,0	- 1,9	+ 10,9	+ 9,7	+ 16,6	+ 10,9
Werkzeugmaschinen.....	100,1	120,2	- 7,9	- 11,6	- 14,7	- 19,2	- 11,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	122,5	138,1	- 10,0	- 12,2	- 12,3	- 12,5	- 12,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	167,1	207,9	- 21,7	- 19,7	- 16,6	- 15,0	- 19,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	114,6	127,6	- 6,4	- 7,5	- 8,5	- 7,5	- 7,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	128,2	137,0	- 18,3	- 28,0	- 28,8	- 30,5	- 28,0
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	122,1	139,7	- 3,1	- 4,7	- 3,6	- 6,9	- 4,7
Fahrzeugbau.....	138,4	158,1	- 1,2	- 6,9	- 9,2	- 5,7	- 6,9
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	141,4	161,9	- 2,1	- 8,1	- 10,6	- 7,1	- 8,1
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	138,4	160,0	- 3,5	- 8,8	- 11,3	- 8,0	- 8,8
Sonstiger Fahrzeugbau.....	113,8	126,7	+ 9,9	+ 9,2	+ 7,5	+ 11,5	+ 9,2
Schiffbau.....	93,8	108,0	+ 12,6	+ 6,8	+ 3,4	+ 11,3	+ 6,8
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	133,2	147,7	+ 12,3	+ 12,2	+ 10,3	+ 15,2	+ 12,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	80,8	91,2	- 5,7	- 13,3	- 13,6	- 13,3	- 13,3
Möbel.....	75,8	84,7	- 6,3	- 15,6	- 15,8	- 16,3	- 15,6
Recycling.....	201,2	222,6	- 4,0	- 15,1	- 15,9	- 11,6	- 15,1
Energieversorgung.....	108,1	109,1	+ 0,5	- 1,8	- 1,4	- 4,0	- 1,8

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001	2002			Januar - April p)
	März p)	April p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	März p)	April p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	125,2	120,1	- 0,6	- 0,4	+ 1,1	+ 0,3	- 0,2
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u.							
Bauleistungen).....	168,7	158,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	168,7	165,1	- 1,7	+ 0,1	+ 3,2	+ 2,6	+ 0,8
Investitionsgüterproduzenten.....	171,3	153,6	+ 3,4	- 2,1	- 2,9	+ 1,9	- 1,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	189,5	177,8	- 1,3	- 11,3	- 11,7	- 4,8	- 9,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	162,7	150,3	+ 2,0	+ 7,2	+ 9,6	+ 4,0	+ 6,4
Energie.....	105,5	99,9	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch-							
u. Tiefbau).....	56,5	60,3	- 7,1	- 6,1	- 3,3	- 8,5	- 6,6
Hochbauleistungen).....	48,4	50,5	- 11,9	- 10,3	- 9,5	- 14,0	- 11,3
Tiefbauleistungen).....	71,2	78,1	- 0,6	+ 0,5	+ 6,0	- 1,1	+ 0,2
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	71,6	80,3	+ 2,9	+ 2,9	+ 4,2	+ 2,3	+ 2,9
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Ge-							
winnung von Erdöl und Erdgas (ohne							
Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	84,2	88,9	+ 7,7	+ 3,6	+ 4,2	+ 0,6	+ 3,6
Kohlenbergbau, Torfgewinnung).....	85,6	90,7	+ 8,4	+ 4,4	+ 4,9	+ 1,6	+ 4,4
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Er-							
bring. damit verb. Dienstleistungen).....	52,9	47,4	- 12,2	- 18,6	- 14,3	- 29,4	- 18,6
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u.							
Erden, sonst. Bergbau).....	47,9	64,1	- 6,9	+ 0,4	+ 4,1	+ 7,0	+ 0,4
Verarbeitendes Gewerbe).....	151,0	170,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung).....	127,2	148,0	+ 1,9	+ 4,3	+ 3,0	+ 3,8	+ 4,3
Ernährungsgewerbe).....	127,4	148,3	+ 1,9	+ 4,7	+ 3,3	+ 4,1	+ 4,7
Tabakverarbeitung).....	116,3	125,8	- 8,0	- 20,0	- 17,3	- 14,8	- 20,0
Textil- u. Bekleidungsgewerbe).....	139,5	152,9	- 6,6	- 0,9	+ 1,5	- 1,0	- 0,9
Textilgewerbe).....	165,7	182,2	- 5,7	+ 0,8	+ 3,2	- 0,4	+ 0,8
Bekleidungsgewerbe).....	57,7	61,4	- 14,5	- 13,7	- 10,7	- 5,4	- 13,7
Ledergewerbe).....	102,8	93,9	- 9,2	- 5,1	+ 7,5	- 8,8	- 5,1
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	143,3	169,5	+ 2,0	- 1,9	- 3,4	- 1,3	- 1,9
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe ..	151,1	174,7	0,0	+ 7,9	+ 4,4	+ 10,9	+ 7,9
Papiergewerbe).....	161,0	170,9	+ 3,7	+ 16,5	+ 17,7	+ 17,8	+ 16,5
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe).....	150,1	153,5	- 4,7	+ 28,4	+ 34,3	+ 31,5	+ 28,4
Papier-, Karton- u. Pappperarbeitung).....	175,2	193,6	+ 11,1	+ 6,0	+ 3,4	+ 6,3	+ 6,0
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver-							
vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern).....	147,8	175,9	- 1,1	+ 5,3	+ 0,2	+ 8,8	+ 5,3
Verlagsgewerbe).....	127,3	163,2	- 5,0	+ 11,8	+ 4,2	+ 19,5	+ 11,8
Druckgewerbe).....	184,0	196,7	+ 1,6	- 3,0	- 5,3	- 4,2	- 3,0
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und							
Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen).....	120,4	133,8	- 6,7	+ 10,3	+ 10,4	+ 15,9	+ 10,3
Chemische Industrie).....	193,5	205,6	- 8,7	+ 7,7	+ 10,5	+ 15,2	+ 7,7
Chemische Grundstoffe).....	177,8	191,9	- 14,4	+ 3,3	+ 4,6	+ 12,1	+ 3,3
Pharmazeutische Erzeugnisse).....	220,0	216,7	+ 14,5	+ 24,1	+ 38,0	+ 28,5	+ 24,1
Chemiefasern).....	95,2	98,5	- 33,3	- 26,1	- 23,5	- 21,4	- 26,1
Gummi- u. Kunststofwaren).....	147,8	170,5	- 1,0	- 8,3	- 7,5	- 5,4	- 8,3
Gummiente).....	149,8	164,9	+ 0,2	- 17,4	- 18,6	- 17,6	- 17,4
Kunststofwaren).....	147,4	171,7	- 1,3	- 5,9	- 4,5	- 2,4	- 5,9

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

1) Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

2) Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001	2002			
	März p)	April p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	März p)	April p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	88,5	101,5	- 4,2	- 4,6	- 1,1	- 6,4	- 4,6
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	195,8	198,3	+ 0,2	- 1,4	+ 3,9	- 10,0	- 1,4
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	61,8	76,7	- 9,3	- 9,1	- 7,6	- 5,5	- 9,1
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	152,6	165,6	+ 1,4	- 6,8	- 4,9	- 8,0	- 6,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	178,8	174,8	- 0,4	+ 2,9	+ 5,7	- 2,2	+ 2,9
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegerungen (EGKS).....	148,2	152,2	+ 6,1	- 19,5	- 19,5	- 23,4	- 19,5
Gießereiindustrie.....	188,0	184,5	- 4,5	- 8,6	- 8,8	- 15,1	- 8,6
Metallerzeugnisse.....	144,8	162,8	+ 1,9	- 9,9	- 8,4	- 9,8	- 9,9
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	114,3	138,3	- 2,4	- 8,4	- 3,4	- 8,4	- 8,4
Maschinenbau.....	113,3	135,2	+ 1,2	- 8,0	- 8,2	- 10,4	- 8,0
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	140,0	161,9	+ 2,3	- 7,2	- 5,6	- 5,0	- 7,2
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	73,7	77,2	+ 6,7	- 22,5	- 36,5	- 24,0	- 22,5
Werkzeugmaschinen.....	124,1	140,1	+ 16,1	- 20,9	- 19,7	- 32,2	- 20,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	241,3	266,8	+ 6,6	+ 4,1	+ 4,4	+ 3,3	+ 4,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	649,5	649,0	+ 6,5	+ 31,1	+ 29,7	+ 31,0	+ 31,1
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u. ä.....	153,4	177,5	+ 15,7	+ 0,8	+ 2,5	+ 4,5	+ 0,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	354,1	397,8	+ 7,3	+ 5,3	+ 2,0	+ 3,0	+ 5,3
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	231,9	255,0	- 1,7	- 3,2	- 1,6	- 6,2	- 3,2
Fahrzeugbau.....	177,4	205,2	+ 2,0	- 2,0	- 3,3	- 2,5	- 2,0
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	252,9	294,4	+ 1,2	- 3,2	- 5,0	- 3,7	- 3,2
Kraftwagen u. Kraftwagenmotoren.....	193,5	249,2	- 10,2	- 18,9	- 22,0	- 12,0	- 18,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	88,3	100,0	+ 4,9	+ 2,0	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,0
Schiffbau.....	77,6	88,3	+ 2,5	+ 4,6	+ 5,0	+ 3,9	+ 4,6
Luft- u. Raumfahrtzeugbau.....	356,6	399,1	+ 15,5	+ 12,3	+ 13,2	+ 11,0	+ 12,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	127,5	147,1	+ 3,2	- 4,2	- 4,7	- 2,1	- 4,2
Möbel.....	118,2	135,8	- 0,5	- 11,0	- 11,8	- 10,5	- 11,0
Recycling.....	205,6	233,8	+ 11,0	+ 14,7	+ 16,5	+ 21,8	+ 14,7
Energieversorgung.....	104,1	105,8	+ 1,0	- 1,6	- 1,0	- 3,7	- 1,6

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.1 Werte

	2002		2001		2002		
	Mar.	Apr. p)	4. Vj.	1. Vj.	Mar.	Apr. p)	Jan. - Apr.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	130,0	130,4	- 8,0	- 6,5	- 9,2	+ 7,8	- 3,2
davon: Inland.....	106,4	108,9	- 6,7	- 9,1	- 14,1	+ 3,7	- 6,1
Ausland.....	172,3	169,0	- 9,4	- 3,4	- 3,0	+ 12,9	+ 0,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	117,9	122,5	- 9,7	- 7,1	- 9,4	+ 8,6	- 3,5
davon: Inland.....	102,8	108,0	- 8,9	- 9,9	- 13,6	+ 4,9	- 6,4
Ausland.....	149,1	152,5	- 10,9	- 2,9	- 2,7	+ 14,5	+ 1,1
Investitionsgüterproduzenten.....	146,9	145,6	- 8,1	- 6,5	- 9,4	+ 7,1	- 3,4
davon: Inland.....	114,1	116,5	- 6,2	- 9,0	- 15,7	+ 2,4	- 6,4
Ausland.....	191,6	185,4	- 9,7	- 4,3	- 3,7	+ 11,6	- 0,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	107,1	107,2	- 5,2	- 8,0	- 11,3	+ 4,6	- 5,1
davon: Inland.....	96,6	95,8	- 4,4	- 10,7	- 15,0	+ 0,4	- 8,1
Ausland.....	137,7	140,1	- 6,7	- 2,2	- 2,8	+ 13,9	+ 1,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	117,3	107,0	+ 0,4	- 2,6	- 4,8	+ 10,0	+ 0,2
davon: Inland.....	99,0	92,8	- 0,7	- 5,3	- 8,4	+ 6,4	- 2,6
Ausland.....	174,8	151,8	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5	+ 17,5	+ 5,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	103,8	81,7	- 2,7	- 11,9	- 14,7	+ 6,5	- 8,6
Textilgewerbe.....	95,5	92,6	- 9,7	- 9,8	- 11,1	+ 6,3	- 6,2
Bekleidungsgewerbe.....	115,1	66,8	+ 13,6	- 14,1	- 18,6	+ 7,2	- 11,2
Ledergewerbe.....	133,7	116,8	- 8,7	- 6,3	- 17,1	+ 12,9	- 2,0
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	94,8	100,5	- 2,2	- 6,5	- 8,9	+ 5,9	- 3,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	115,3	117,7	- 2,5	- 2,5	- 5,0	+ 9,5	+ 0,3
Papiergewerbe.....	119,8	122,2	- 3,8	- 0,3	- 3,1	+ 12,3	+ 2,5
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe..	140,1	138,7	- 7,9	+ 1,6	+ 2,1	+ 18,2	+ 5,3
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	103,6	109,1	+ 0,7	- 2,5	- 8,2	+ 7,0	- 0,2
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	108,4	110,9	- 0,7	- 6,1	- 8,1	+ 5,1	- 3,4
Chemische Industrie.....	119,4	124,8	- 9,7	- 5,2	- 5,2	+ 8,5	- 1,9
Chemische Grundstoffe.....	118,1	129,6	- 15,6	- 11,8	- 11,3	+ 4,6	- 7,9
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	140,0	132,8	+ 1,4	+ 6,6	+ 6,4	+ 14,0	+ 8,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	119,0	122,9	- 4,0	- 2,5	- 5,4	+ 8,7	+ 0,2
Kunststoffwaren.....	116,9	121,8	- 4,5	- 3,3	- 6,3	+ 7,7	- 0,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	90,8	98,3	- 9,2	- 10,9	- 13,5	+ 2,9	- 7,4
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	109,9	118,2	- 10,1	- 7,1	- 11,5	+ 6,7	- 3,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	109,5	120,2	- 11,7	- 6,8	- 12,5	+ 8,1	- 3,4
Gießereiindustrie.....	124,6	148,8	- 11,1	- 8,5	- 15,2	+ 10,7	- 3,9
Metallerzeugnisse.....	110,2	116,5	- 8,9	- 7,3	- 10,7	+ 5,4	- 4,2
Stahl- und Leichtmetallbau.....	93,1	100,8	- 4,7	- 7,2	- 11,9	+ 1,3	- 4,9
Maschinenbau.....	120,8	120,6	- 6,2	- 7,4	- 10,7	+ 9,7	- 3,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	135,8	132,7	- 13,5	- 11,1	- 15,8	+ 8,9	- 6,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	111,7	111,3	- 25,8	- 18,7	- 21,2	- 0,5	- 14,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	124,8	118,9	- 6,4	- 11,1	- 16,1	+ 5,8	- 7,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	161,9	157,6	- 25,7	- 11,7	- 18,5	+ 13,5	- 6,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	142,4	145,6	- 2,4	- 7,4	- 9,1	+ 13,7	- 2,7
Fahrzeugbau.....	181,4	177,9	- 6,0	- 3,1	- 3,7	+ 7,0	- 0,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	190,4	191,0	+ 0,1	- 1,5	- 3,5	+ 8,0	+ 0,8
Sonstiger Fahrzeugbau.....	132,5	106,0	- 35,6	- 16,4	- 4,4	- 2,2	- 13,2
Schiffbau.....	13,7	27,8	- 64,5	- 42,7	- 34,4	+ 90,4	- 27,1
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	280,1	174,8	- 34,1	+ 1,2	+ 42,1	+ 4,2	+ 1,8
Möbel.....	94,8	94,0	- 6,1	- 14,8	- 18,5	- 3,9	- 12,4

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.2 Volumen

	2002		2001		2002		
	Mar.	Apr. p)	4. Vj.	1. Vj.	Mar.	Apr. p)	Jan. - Apr.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	125,4	125,8	- 8,2	- 6,5	- 9,3	+ 7,8	- 3,2
davon: Inland.....	104,1	106,5	- 7,1	- 9,1	- 14,3	+ 3,7	- 6,2
Ausland.....	163,7	160,5	- 9,5	- 3,3	- 3,0	+ 13,1	+ 0,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	117,7	121,9	- 8,1	- 4,9	- 7,4	+ 10,5	- 1,3
davon: Inland.....	103,2	108,1	- 7,7	- 7,9	- 11,9	+ 6,5	- 4,5
Ausland.....	147,6	150,2	- 8,9	- 0,2	- 0,1	+ 16,8	+ 3,7
Investitionsgüterproduzenten.....	138,6	137,6	- 9,3	- 8,1	- 11,2	+ 5,8	- 4,9
davon: Inland.....	109,8	112,3	- 7,7	- 10,7	- 17,4	+ 1,0	- 8,0
Ausland.....	177,8	172,2	- 10,8	- 5,6	- 5,1	+ 10,6	- 1,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	101,5	101,6	- 6,4	- 8,8	- 12,0	+ 4,0	- 5,8
davon: Inland.....	91,2	90,5	- 5,8	- 11,5	- 15,8	- 0,4	- 9,0
Ausland.....	131,5	133,8	- 7,8	- 2,8	- 3,1	+ 13,9	+ 1,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	111,9	101,9	- 0,9	- 3,6	- 5,6	+ 9,3	- 0,8
davon: Inland.....	94,9	88,7	- 2,2	- 6,2	- 9,1	+ 5,8	- 3,5
Ausland.....	165,4	143,2	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 16,7	+ 4,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	102,3	80,3	- 3,0	- 12,4	- 15,1	+ 6,2	- 9,0
Textilgewerbe.....	94,1	91,0	- 10,1	- 10,2	- 11,4	+ 5,9	- 6,7
Bekleidungsgewerbe.....	113,5	65,6	+ 13,8	- 14,6	- 19,1	+ 6,7	- 11,8
Ledergewerbe.....	125,8	109,7	- 10,5	- 7,7	- 18,4	+ 11,5	- 3,5
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	98,7	104,6	- 1,1	- 4,4	- 6,4	+ 8,7	- 1,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	114,3	116,7	- 1,9	- 0,9	- 3,1	+ 11,6	+ 2,0
Papiergewerbe.....	119,6	121,7	- 2,6	+ 2,7	+ 0,3	+ 15,8	+ 5,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	145,0	143,1	- 4,0	+ 7,9	+ 8,6	+ 24,7	+ 11,6
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	99,3	104,5	- 0,9	- 2,6	- 8,0	+ 7,3	- 0,2
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	106,2	108,9	- 1,0	- 6,5	- 8,4	+ 4,9	- 3,9
Chemische Industrie.....	118,6	122,9	- 8,3	- 2,3	- 2,3	+ 10,9	+ 0,9
Chemische Grundstoffe.....	124,5	133,9	- 10,6	- 4,6	- 4,1	+ 10,8	- 0,9
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	127,8	121,3	- 1,3	+ 5,9	+ 5,8	+ 13,5	+ 7,7
Gummi- und Kunststoffwaren.....	118,2	122,1	- 4,4	- 2,1	- 4,9	+ 9,3	+ 0,6
Kunststoffwaren.....	115,9	120,8	- 4,8	- 2,8	- 5,6	+ 8,5	0,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	91,0	99,3	- 10,1	- 11,2	- 13,5	+ 3,5	- 7,6
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	107,6	115,6	- 8,0	- 5,0	- 10,1	+ 7,9	- 1,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	111,3	121,7	- 5,1	- 1,2	- 8,5	+ 12,0	+ 1,9
Gießereiindustrie.....	123,7	147,3	- 8,6	- 6,4	- 13,6	+ 12,3	- 2,0
Metallerzeugnisse.....	104,7	110,8	- 10,1	- 8,1	- 11,4	+ 4,7	- 5,1
Stahl- und Leichtmetallbau.....	88,9	96,5	- 7,5	- 7,4	- 12,1	+ 1,5	- 5,2
Maschinenbau.....	111,9	111,5	- 7,3	- 8,5	- 11,7	+ 8,4	- 4,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	138,1	135,0	- 14,0	- 11,5	- 16,5	+ 8,7	- 7,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	146,3	145,3	- 24,3	- 17,7	- 19,9	+ 2,7	- 13,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä., Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	120,6	114,8	- 7,3	- 11,7	- 16,9	+ 4,8	- 8,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	175,1	170,8	- 24,2	- 10,9	- 18,3	+ 13,8	- 5,7
Fahrzeugbau.....	132,3	135,4	- 2,9	- 8,6	- 10,5	+ 12,5	- 3,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	168,0	165,3	- 7,0	- 4,6	- 5,2	+ 5,8	- 2,1
Sonstiger Fahrzeugbau.....	175,7	177,1	- 0,9	- 3,0	- 5,2	+ 6,8	- 0,7
Schiffbau.....	125,9	100,8	- 36,2	- 17,2	- 5,3	- 3,1	- 14,0
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	13,0	26,3	- 64,7	- 43,4	- 35,3	+ 87,9	- 28,1
Möbel.....	265,1	165,5	- 34,7	+ 0,1	+ 40,6	+ 3,1	+ 0,8
	82,9	82,2	- 8,8	- 17,1	- 20,5	- 5,9	- 14,6

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.1 Werte

	2002		2001	2002			
	Mar.	Apr. p)	4. Vj.	1. Vj.	Mar.	Apr. p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	125,9	128,0	- 8,2	- 7,2	- 10,7	+ 7,8	- 3,9
davon: Inland.....	104,3	106,8	- 7,0	- 9,7	- 14,5	+ 3,9	- 6,5
Ausland.....	163,0	164,3	- 9,5	- 4,5	- 6,0	+ 12,5	- 0,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	113,3	118,4	- 10,5	- 7,9	- 10,6	+ 8,0	- 4,2
davon: Inland.....	99,2	104,1	- 9,8	- 11,0	- 14,5	+ 4,1	- 7,5
Ausland.....	141,3	146,4	- 11,6	- 3,2	- 4,6	+ 13,9	+ 0,7
Investitionsgüterproduzenten.....	142,9	145,2	- 8,0	- 7,4	- 11,5	+ 7,7	- 3,9
davon: Inland.....	114,3	117,2	- 6,1	- 9,0	- 15,6	+ 3,8	- 6,0
Ausland.....	179,5	181,0	- 9,5	- 6,0	- 7,9	+ 11,1	- 2,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	104,3	104,1	- 4,9	- 7,8	- 11,4	+ 4,9	- 4,8
davon: Inland.....	93,2	92,3	- 4,4	- 10,6	- 15,3	+ 0,4	- 8,1
Ausland.....	135,4	136,8	- 5,9	- 1,7	- 2,4	+ 14,6	+ 2,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	115,2	104,4	+ 0,1	- 3,2	- 5,1	+ 9,5	- 0,5
davon: Inland.....	96,2	89,5	- 1,0	- 6,3	- 9,2	+ 5,4	- 3,7
Ausland.....	173,5	150,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,6	+ 18,2	+ 6,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	101,9	78,9	- 2,5	- 12,2	- 14,8	+ 6,3	- 8,9
Textilgewerbe.....	91,7	88,1	- 10,0	- 10,2	- 10,7	+ 5,8	- 6,7
Bekleidungsgewerbe.....	115,6	66,7	+ 13,4	- 14,1	- 18,6	+ 7,4	- 11,3
Ledergewerbe.....	135,1	117,2	- 9,3	- 6,5	- 17,1	+ 13,2	- 2,1
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	81,7	85,3	- 6,4	- 10,6	- 13,5	- 1,4	- 8,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	111,4	114,0	- 2,9	- 3,6	- 5,8	+ 9,6	- 0,4
Papiergewerbe.....	115,8	118,3	- 4,1	- 1,4	- 3,6	+ 12,6	+ 1,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	138,5	137,3	- 7,5	+ 1,4	+ 2,7	+ 19,6	+ 5,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	98,0	103,4	- 0,4	- 4,2	- 9,8	+ 6,1	- 1,8
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	104,7	107,6	- 1,1	- 7,0	- 9,2	+ 5,0	- 4,2
Chemische Industrie.....	116,4	121,5	- 9,4	- 5,4	- 5,8	+ 7,8	- 2,3
Chemische Grundstoffe.....	114,0	125,6	- 15,5	- 12,2	- 12,4	+ 3,9	- 8,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	137,8	129,9	+ 1,3	+ 6,4	+ 6,4	+ 13,3	+ 8,0
Gummi- und Kunststoffwaren.....	115,1	118,7	- 5,1	- 2,9	- 5,8	+ 8,5	- 0,2
Kunststoffwaren.....	112,8	117,3	- 5,4	- 3,6	- 6,9	+ 7,4	- 1,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	84,1	91,2	- 10,0	- 12,1	- 15,2	+ 1,8	- 8,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	106,7	114,8	- 11,1	- 8,1	- 11,9	+ 5,7	- 4,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	106,2	117,1	- 12,6	- 8,0	- 12,6	+ 7,4	- 4,5
Gießereiindustrie.....	116,8	142,3	- 11,7	- 8,4	- 15,2	+ 10,9	- 3,8
Metallerzeugnisse.....	107,0	113,1	- 10,0	- 8,2	- 11,4	+ 4,4	- 5,2
Stahl- und Leichtmetallbau.....	87,0	94,1	- 5,5	- 9,6	- 15,0	- 2,3	- 7,7
Maschinenbau.....	120,0	120,0	- 6,5	- 7,4	- 11,0	+ 10,4	- 3,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	130,0	129,0	- 14,1	- 11,9	- 18,2	+ 8,9	- 7,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	101,1	101,4	- 28,8	- 22,0	- 24,2	- 4,3	- 18,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	118,6	117,3	- 7,3	- 11,5	- 20,0	+ 5,4	- 7,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	156,4	151,6	- 26,2	- 12,9	- 19,9	+ 13,6	- 7,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	138,5	141,5	- 2,5	- 7,4	- 9,1	+ 14,8	- 2,5
Fahrzeugbau.....	174,7	179,2	- 5,2	- 4,3	- 6,8	+ 8,1	- 1,4
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	187,7	188,1	+ 0,2	- 1,2	- 3,2	+ 7,9	+ 1,0
Sonstiger Fahrzeugbau.....	87,3	119,0	- 34,2	- 31,8	- 39,3	+ 9,9	- 23,3
Schiffbau.....	13,8	35,0	- 56,1	- 45,4	- 42,0	+ 103,5	- 28,8
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	114,8	156,0	- 34,5	- 28,2	- 37,5	- 6,1	- 23,2
Möbel.....	92,1	91,4	- 6,6	- 14,9	- 18,9	- 4,1	- 12,4

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.2 Volumen

	2002		2001	2002			
	Mar.	Apr. p)	4. Vj.	1. Vj.	Mar.	Apr. p)	Jan. - Apr.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	121,4	123,3	- 8,4	- 7,3	- 10,9	+ 7,8	- 3,8
davon: Inland.....	101,9	104,3	- 7,5	- 9,8	- 14,8	+ 3,8	- 6,6
Ausland.....	154,8	155,9	- 9,6	- 4,4	- 6,0	+ 12,7	- 0,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	113,1	117,6	- 9,0	- 5,7	- 8,6	+ 9,8	- 2,1
davon: Inland.....	99,5	104,1	- 8,4	- 9,1	- 12,8	+ 5,7	- 5,7
Ausland.....	139,9	144,2	- 9,8	- 0,5	- 1,9	+ 16,3	+ 3,3
Investitionsgüterproduzenten.....	134,7	137,1	- 9,3	- 9,0	- 13,3	+ 6,4	- 5,5
davon: Inland.....	109,9	112,9	- 7,7	- 10,7	- 17,5	+ 2,3	- 7,7
Ausland.....	166,4	168,1	- 10,6	- 7,3	- 9,3	+ 10,1	- 3,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	99,0	98,7	- 6,1	- 8,5	- 11,9	+ 4,2	- 5,5
davon: Inland.....	88,1	87,2	- 5,7	- 11,4	- 16,1	- 0,6	- 8,9
Ausland.....	129,4	130,8	- 7,0	- 2,2	- 2,7	+ 14,6	+ 1,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	109,9	99,4	- 1,2	- 4,2	- 6,0	+ 9,0	- 1,3
davon: Inland.....	92,2	85,6	- 2,7	- 7,1	- 9,9	+ 4,9	- 4,5
Ausland.....	164,2	141,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 17,3	+ 4,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	100,5	77,5	- 2,8	- 12,7	- 15,1	+ 5,9	- 9,4
Textilgewerbe.....	90,3	86,6	- 10,4	- 10,5	- 11,0	+ 5,5	- 7,0
Bekleidungsgewerbe.....	114,0	65,4	+ 13,6	- 14,7	- 19,0	+ 6,7	- 11,9
Ledergewerbe.....	127,2	109,9	- 11,0	- 7,8	- 18,4	+ 11,6	- 3,6
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	84,6	88,5	- 5,6	- 8,9	- 11,3	+ 1,1	- 6,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	110,4	112,9	- 2,3	- 2,0	- 3,9	+ 11,6	+ 1,1
Papiergewerbe.....	115,4	117,6	- 3,0	+ 1,5	- 0,4	+ 16,0	+ 4,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	142,9	141,4	- 4,0	+ 7,4	+ 9,1	+ 26,1	+ 11,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	93,8	98,9	- 1,9	- 4,4	- 9,8	+ 6,3	- 1,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	102,8	105,8	- 1,4	- 7,5	- 9,4	+ 4,9	- 4,6
Chemische Industrie.....	115,6	119,6	- 8,1	- 2,5	- 2,9	+ 10,1	+ 0,4
Chemische Grundstoffe.....	120,4	130,0	- 10,4	- 5,0	- 5,3	+ 10,0	- 1,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	125,8	118,5	- 1,5	+ 5,6	+ 5,8	+ 12,5	+ 7,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	114,4	118,0	- 5,5	- 2,5	- 5,2	+ 9,2	+ 0,4
Kunststoffwaren.....	111,9	116,3	- 5,6	- 3,0	- 6,1	+ 8,2	- 0,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	83,9	91,6	- 11,0	- 12,7	- 15,4	+ 2,0	- 9,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	104,4	112,2	- 9,0	- 5,9	- 10,5	+ 7,0	- 2,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	108,0	118,4	- 6,2	- 2,4	- 8,3	+ 11,3	+ 0,8
Gießereiindustrie.....	116,1	140,8	- 9,1	- 6,3	- 13,5	+ 12,4	- 1,8
Metallerzeugnisse.....	101,6	107,4	- 11,1	- 8,9	- 12,2	+ 3,7	- 6,0
Stahl- und Leichtmetallbau.....	82,9	90,0	- 8,2	- 10,0	- 15,3	- 2,2	- 8,0
Maschinenbau.....	111,2	111,0	- 7,7	- 8,6	- 12,0	+ 9,1	- 4,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	132,2	131,0	- 14,8	- 12,4	- 18,7	+ 8,4	- 7,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	132,5	132,6	- 27,5	- 21,0	- 23,0	- 1,2	- 16,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	114,6	113,2	- 8,1	- 12,1	- 20,7	+ 4,5	- 8,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	169,1	164,4	- 24,7	- 12,2	- 19,9	+ 13,9	- 6,8
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	128,6	131,6	- 2,9	- 8,7	- 10,6	+ 13,5	- 3,8
Fahrzeugbau.....	161,6	166,3	- 6,1	- 5,8	- 8,4	+ 6,7	- 2,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	173,2	174,2	- 0,7	- 2,7	- 4,9	+ 6,5	- 0,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	83,1	113,0	- 34,7	- 32,5	- 39,7	+ 8,8	- 24,0
Schiffbau.....	13,1	33,2	- 56,4	- 46,1	- 42,5	+ 100,0	- 29,7
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	108,6	147,6	- 35,1	- 28,9	- 38,2	- 7,2	- 24,1
Möbel.....	80,5	79,9	- 9,2	- 17,3	- 21,0	- 6,1	- 14,6

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.1 Werte

	2002		2001		2002		
	Mar.	Apr. p)	4. Vj.	1. Vj.	Mar.	Apr. p)	Jan. - Apr.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	197,4	170,0	- 5,0	+ 3,1	+ 10,6	+ 7,1	+ 4,0
davon: Inland.....	132,8	135,0	- 3,8	- 3,4	- 9,9	+ 1,4	- 2,2
Ausland.....	522,9	346,4	- 7,6	+ 16,7	+ 56,1	+ 20,6	+ 17,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	191,0	188,8	- 0,8	+ 0,5	+ 3,4	+ 15,1	+ 3,9
davon: Inland.....	148,8	156,9	- 1,5	+ 0,3	- 5,6	+ 11,8	+ 3,0
Ausland.....	390,6	339,6	+ 1,9	+ 1,2	+ 25,0	+ 23,2	+ 6,1
Investitionsgüterproduzenten.....	210,7	152,0	- 10,0	+ 7,0	+ 21,4	- 1,4	+ 4,8
davon: Inland.....	111,4	108,0	- 7,5	- 9,2	- 16,6	- 12,8	- 10,1
Ausland.....	689,8	363,7	- 14,2	+ 34,0	+ 88,5	+ 21,2	+ 31,0
Gebrauchsgüterproduzenten.....	161,7	168,4	- 8,5	- 11,6	- 11,5	+ 0,8	- 8,6
davon: Inland.....	151,0	152,6	- 4,8	- 10,8	- 11,1	+ 1,2	- 8,0
Ausland.....	270,7	329,5	- 25,8	- 16,3	- 14,3	- 0,8	- 12,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	171,6	172,7	+ 4,2	+ 7,8	+ 2,0	+ 15,0	+ 9,5
davon: Inland.....	161,6	164	+ 4,4	+ 9,5	+ 2,2	+ 18,9	+ 11,7
Ausland.....	248,0	239,3	+ 3,1	- 0,1	+ 1,3	- 1,6	- 0,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	143,4	143,1	- 4,0	- 6,6	- 14,6	+ 9,2	- 3,2
Textilgewerbe.....	157,1	163,6	- 6,7	- 6,6	- 13,7	+ 11,0	- 2,7
Bekleidungsgewerbe.....	95,2	71,0	+ 20,7	- 7,0	- 19,5	- 3,5	- 6,4
Ledergewerbe.....	95,6	107,5	+ 5,3	- 0,9	- 19,6	+ 5,8	+ 0,8
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	273,1	307,2	+ 24,6	+ 15,7	+ 15,0	+ 46,9	+ 23,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	190,6	189,7	+ 1,9	+ 10,2	+ 4,7	+ 9,4	+ 10,1
Papiergewerbe.....	189,0	190,6	- 0,1	+ 11,3	+ 3,8	+ 11,2	+ 11,3
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	162,9	158,5	- 12,1	+ 4,7	- 4,4	+ 4,9	+ 4,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	219,6	228,3	+ 11,9	+ 17,8	+ 12,3	+ 17,0	+ 17,6
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	194,0	188,0	+ 5,9	+ 7,8	+ 6,5	+ 5,9	+ 7,3
Chemische Industrie.....	180,9	193,5	- 12,4	- 0,7	+ 2,7	+ 18,6	+ 3,8
Chemische Grundstoffe.....	181,5	190,9	- 16,0	- 7,0	+ 2,1	+ 13,0	- 2,3
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	195,5	208,4	+ 2,6	+ 11,0	+ 6,0	+ 27,9	+ 15,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	183,1	192,1	+ 9,3	+ 1,6	- 1,9	+ 10,0	+ 3,8
Kunststoffwaren.....	179,8	192,5	+ 6,0	+ 0,1	- 0,6	+ 11,4	+ 3,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	145,7	157,0	- 4,7	- 3,7	- 4,5	+ 9,0	- 0,3
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	152,1	162,3	+ 0,5	+ 2,4	- 7,9	+ 15,5	+ 5,4
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	154,5	165,0	- 2,2	+ 4,1	- 13,5	+ 15,0	+ 6,5
Gießereiindustrie.....	219,6	228,5	- 7,0	- 9,0	- 15,2	+ 9,9	- 5,0
Metallerzeugnisse.....	150,5	160,4	+ 2,6	+ 1,0	- 3,4	+ 15,9	+ 4,5
Stahl- und Leichtmetallbau.....	135,3	146,8	- 0,7	+ 5,9	+ 5,0	+ 20,4	+ 9,5
Maschinenbau.....	135,7	130,9	+ 1,0	- 6,5	- 3,9	- 1,4	- 5,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	250,7	206,9	- 2,9	- 0,8	+ 19,5	+ 11,1	+ 1,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	425,0	402,3	- 3,3	+ 14,3	+ 10,3	+ 41,1	+ 19,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	216,2	142,6	+ 7,3	- 6,7	+ 39,0	+ 10,1	- 3,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	331,3	340,3	- 17,1	+ 8,8	+ 10,7	+ 10,3	+ 9,2
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	235,8	243,7	- 2,3	- 6,0	- 8,5	+ 0,3	- 4,4
Fahrzeugbau.....	284,9	157,9	- 19,3	+ 17,2	+ 41,7	- 8,6	+ 10,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	269,4	278,5	- 2,3	- 8,6	- 10,2	+ 11,2	- 4,0
Sonstiger Fahrzeugbau.....	297,6	58,8	- 43,1	+ 111,9	+ 148,2	- 46,0	+ 53,2
Schiffbau.....	13,2	4,4	- 87,6	0,0	+ 12,8	- 21,4	- 4,9
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	9999,9	2903,5	- 20,5	+ 358,7	+ 364,5	+ 627,7	+ 390,8
Möbel.....	133,5	131,7	- 2,0	- 13,5	- 14,1	- 1,4	- 10,8

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.2 Volumen

	2002		2001	2002			
	Mar.	Apr. p)	4. Vj.	1. Vj.	Mar.	Apr. p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	192,5	166,6	- 4,7	+ 3,9	+ 11,0	+ 8,1	+ 5,0
davon: Inland.....	131,6	133,7	- 3,8	- 2,4	- 9,1	+ 2,5	- 1,1
Ausland.....	500,4	333,0	- 6,9	+ 17,7	+ 56,9	+ 21,8	+ 18,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	191,7	189,7	+ 1,1	+ 3,3	+ 5,6	+ 17,5	+ 6,6
davon: Inland.....	151,3	159,3	0,0	+ 3,1	- 3,1	+ 14,4	+ 5,8
Ausland.....	384,5	335,5	+ 4,6	+ 3,7	+ 26,9	+ 25,6	+ 8,6
Investitionsgüterproduzenten.....	201,5	145,9	- 10,7	+ 6,2	+ 20,2	- 1,6	+ 4,2
davon: Inland.....	108,5	105,1	- 8,5	- 9,8	- 17,2	- 12,9	- 10,6
Ausland.....	650,2	342,0	- 14,8	+ 34,2	+ 89,2	+ 21,4	+ 31,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	150,8	157,3	- 10,1	- 12,6	- 12,5	+ 0,4	- 9,4
davon: Inland.....	140,9	142,7	- 6,5	- 11,9	- 12,1	+ 0,7	- 8,9
Ausland.....	251,6	306,0	- 26,6	- 16,8	- 14,5	- 1,3	- 12,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	163,8	164,6	+ 2,5	+ 7,0	+ 1,7	+ 14,6	+ 8,9
davon: Inland.....	154,6	156,5	+ 2,5	+ 8,7	+ 2,0	+ 18,5	+ 11,0
Ausland.....	234,5	226,1	+ 2,6	- 0,6	+ 0,7	- 2,2	- 1,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	140,9	140,5	- 4,5	- 7,3	- 15,1	+ 8,6	- 3,8
Textilgewerbe.....	154,6	160,8	- 7,2	- 7,1	- 14,2	+ 10,4	- 3,2
Bekleidungsgewerbe.....	92,5	69,1	+ 20,4	- 7,9	- 20,3	- 4,0	- 7,2
Ledergewerbe.....	90,0	101,0	+ 3,7	- 2,0	- 20,4	+ 4,9	- 0,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	289,0	323,4	+ 27,6	+ 19,3	+ 19,3	+ 51,9	+ 27,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	189,8	188,6	+ 3,6	+ 12,7	+ 7,3	+ 11,6	+ 12,4
Papiergewerbe.....	191,1	191,7	+ 2,8	+ 15,5	+ 7,9	+ 14,4	+ 15,2
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	173,2	167,5	- 4,9	+ 13,1	+ 3,4	+ 11,1	+ 12,6
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	212,0	220,2	+ 10,4	+ 17,7	+ 12,5	+ 17,6	+ 17,6
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	187,2	182,0	+ 5,0	+ 7,2	+ 6,2	+ 5,8	+ 6,8
Chemische Industrie.....	181,0	191,3	- 11,4	+ 3,0	+ 7,1	+ 22,2	+ 7,6
Chemische Grundstoffe.....	187,3	193,7	- 12,6	- 0,6	+ 9,4	+ 19,0	+ 4,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	178,8	190,5	- 0,3	+ 10,1	+ 5,7	+ 27,5	+ 14,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	181,4	190,2	+ 8,4	+ 1,8	- 1,6	+ 10,2	+ 4,0
Kunststoffwaren.....	177,7	190,2	+ 5,1	+ 0,1	- 0,3	+ 11,6	+ 3,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	145,8	159,7	- 5,5	- 4,5	- 4,3	+ 11,2	- 0,4
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	149,7	159,5	+ 2,6	+ 5,2	- 6,3	+ 17,2	+ 7,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	157,7	167,4	+ 5,1	+ 11,0	- 9,2	+ 19,6	+ 12,9
Gießereiindustrie.....	215,9	225,1	- 4,8	- 7,3	- 14,3	+ 11,3	- 3,4
Metallerzeugnisse.....	144,0	154,0	+ 0,6	+ 0,2	- 4,0	+ 15,5	+ 3,9
Stahl- und Leichtmetallbau.....	129,4	141,1	- 3,7	+ 5,8	+ 4,9	+ 20,9	+ 9,5
Maschinenbau.....	125,6	120,9	- 0,1	- 7,5	- 5,1	- 2,6	- 6,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	256,3	214,1	- 2,7	+ 0,1	+ 18,4	+ 12,4	+ 2,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	550,5	519,5	- 0,9	+ 14,0	+ 10,2	+ 45,9	+ 20,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	210,2	139,6	+ 6,5	- 7,2	+ 36,2	+ 8,9	- 4,0
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	358,8	369,7	- 15,6	+ 11,9	+ 13,5	+ 12,8	+ 12,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	218,0	225,5	- 3,0	- 7,4	- 10,2	- 1,0	- 5,9
Fahrzeugbau.....	268,5	148,6	- 20,0	+ 16,3	+ 40,6	- 9,6	+ 9,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	251,9	260,9	- 2,9	- 9,4	- 11,1	+ 9,9	- 4,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	282,1	56,3	- 43,7	+ 109,3	+ 145,5	- 46,1	+ 51,6
Schiffbau.....	12,6	4,2	- 87,7	0,0	+ 12,5	- 20,8	- 3,8
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	9999,9	2750,0	- 21,5	+ 372,8	+ 386,0	+ 619,3	+ 402,3
Möbel.....	117,1	115,7	- 4,3	- 15,9	- 16,2	- 3,3	- 13,0

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001		2002		
	Mar.	Apr. p)	4. Vj.	1. Vj.	Mar.	Apr. p)	Jan. - Apr.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	128,3	131,2	- 4,2	- 6,8	- 11,3	+ 5,5	- 3,9
davon: Inland.....	107,4	109,8	- 4,3	- 8,3	- 12,3	+ 3,4	- 5,4
Ausland.....	166,7	170,5	- 3,9	- 4,9	- 10,0	+ 7,9	- 1,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,8	120,6	- 8,4	- 8,4	- 11,2	+ 4,2	- 5,4
davon: Inland.....	102,2	106,6	- 7,6	- 9,9	- 13,4	+ 2,5	- 6,9
Ausland.....	147,4	150,0	- 9,7	- 6,2	- 7,6	+ 7,0	- 3,0
Investitionsgüterproduzenten.....	146,5	150,0	- 1,8	- 6,4	- 12,4	+ 6,0	- 3,4
davon: Inland.....	118,9	121,0	- 2,1	- 7,8	- 12,1	+ 4,4	- 4,8
Ausland.....	184,5	189,9	- 1,5	- 5,1	- 12,6	+ 7,5	- 2,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	109,4	109,3	- 1,6	- 6,2	- 10,0	+ 5,1	- 3,5
davon: Inland.....	98,0	98,3	- 2,2	- 8,2	- 13,0	+ 1,5	- 5,9
Ausland.....	143,3	141,8	- 0,3	- 1,5	- 3,2	+ 12,8	+ 1,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	107,6	105,8	0,0	- 1,4	- 5,2	+ 8,4	+ 0,8
davon: Inland.....	93,4	90,6	- 1,3	- 3,5	- 7,4	+ 4,7	- 1,7
Ausland.....	154,4	155,9	+ 3,0	+ 3,0	- 0,5	+ 16,1	+ 5,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	90,1	82,7	- 8,3	- 9,9	- 14,3	+ 4,3	- 6,9
Textilgewerbe.....	86,6	90,3	- 7,5	- 11,7	- 15,3	+ 0,7	- 8,8
Bekleidungsgewerbe.....	95,1	71,8	- 9,6	- 7,5	- 12,9	+ 11,5	- 4,5
Ledergewerbe.....	118,1	95,1	+ 1,5	+ 2,9	- 4,1	+ 12,9	+ 4,8
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	87,3	93,0	- 7,8	- 5,7	- 10,1	+ 6,2	- 2,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	108,8	110,9	- 2,0	- 4,4	- 9,1	+ 4,9	- 2,2
Papiergewerbe.....	110,3	113,9	- 2,8	- 4,8	- 9,1	+ 6,8	- 2,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	119,0	123,2	- 6,8	- 7,9	- 10,3	+ 6,8	- 4,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	103,0	106,1	+ 1,3	- 1,9	- 7,9	+ 7,1	+ 0,3
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	106,6	106,3	- 0,8	- 3,6	- 9,0	+ 1,8	- 2,3
Chemische Industrie.....	118,7	124,8	- 8,5	- 5,6	- 6,6	+ 6,3	- 2,6
Chemische Grundstoffe.....	120,8	128,5	- 14,4	- 10,8	- 11,4	+ 1,9	- 7,7
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	127,3	137,2	+ 5,5	+ 2,8	+ 1,0	+ 12,4	+ 5,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	116,0	121,9	- 3,5	- 4,3	- 8,4	+ 8,4	- 1,3
Kunststoffwaren.....	114,0	120,4	- 4,4	- 4,5	- 8,1	+ 7,7	- 1,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	90,6	98,3	- 7,0	- 8,9	- 11,0	+ 3,6	- 5,7
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	110,1	114,8	- 5,6	- 8,5	- 12,1	+ 3,1	- 5,8
Metallerzeugung und -bearbeitung..	110,0	116,2	- 8,6	- 11,8	- 14,3	+ 1,8	- 8,5
Gießereiindustrie.....	132,8	140,5	- 3,6	- 8,5	- 12,9	+ 5,8	- 5,1
Metallerzeugnisse.....	110,2	113,6	- 3,1	- 5,6	- 10,3	+ 4,1	- 3,3
Stahl- und Leichtmetallbau.....	89,2	91,5	- 3,5	- 7,2	- 9,0	+ 1,3	- 5,0
Maschinenbau.....	120,7	124,8	- 1,7	- 3,0	- 10,2	+ 10,4	+ 0,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	143,8	138,0	- 9,7	- 8,3	- 12,0	+ 3,8	- 5,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	115,2	108,0	- 17,2	- 16,3	- 18,4	- 7,5	- 14,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	127,0	123,9	- 7,7	- 6,0	- 11,6	+ 5,4	- 3,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	190,4	175,1	- 15,8	- 12,0	- 12,9	+ 1,5	- 8,9
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	144,3	143,2	- 0,9	- 4,1	- 8,8	+ 8,8	- 1,0
Fahrzeugbau.....	175,5	182,8	+ 1,3	- 7,7	- 13,3	+ 4,9	- 4,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	179,4	186,1	+ 0,3	- 8,4	- 12,6	+ 5,1	- 5,1
Sonstiger Fahrzeugbau.....	147,0	158,2	+ 8,7	- 1,7	- 19,1	+ 2,7	- 0,6
Schiffbau.....	49,1	77,6	+ 74,1	- 6,0	- 62,5	- 4,8	- 5,6
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	199,6	212,4	- 0,2	- 5,3	- 15,3	+ 0,1	- 4,0
Möbel.....	99,1	99,1	- 3,4	- 13,5	- 17,1	- 3,4	- 11,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001	2002			
	Mar.	Apr. p)	4. Vj.	1. Vj.	Mar.	Apr. p)	Jan. - Apr.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Früheres Bundesgebiet							
Industrie2).....	125,3	128,2	- 4,5	- 7,2	- 11,8	+ 4,9	- 4,2
davon: Inland.....	104,3	106,8	- 4,7	- 9,0	- 13,0	+ 2,8	- 6,2
Ausland.....	162,0	165,5	- 4,2	- 5,1	- 10,3	+ 7,3	- 2,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	112,9	116,2	- 9,0	- 9,0	- 11,8	+ 3,3	- 6,2
davon: Inland.....	98,4	102,3	- 8,3	- 10,8	- 14,2	+ 1,5	- 7,9
Ausland.....	141,9	144,0	- 10,3	- 6,6	- 8,2	+ 6,0	- 3,6
Investitionsgüterproduzenten.....	144,3	148,2	- 2,0	- 6,8	- 12,9	+ 5,7	- 3,7
davon: Inland.....	116,9	119,8	- 2,4	- 8,4	- 13,0	+ 4,1	- 5,4
Ausland.....	179,8	185,0	- 1,6	- 5,2	- 12,8	+ 7,1	- 2,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	106,5	106,3	- 1,8	- 5,9	- 9,7	+ 5,1	- 3,2
davon: Inland.....	94,6	94,8	- 2,4	- 8,0	- 12,7	+ 1,6	- 5,7
Ausland.....	140,4	139,5	- 0,1	- 1,3	- 3,2	+ 13,1	+ 2,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	105,3	103,3	- 0,4	- 1,7	- 5,6	+ 8,2	+ 0,6
davon: Inland.....	90,7	87,6	- 2,0	- 4,1	- 7,9	+ 4,2	- 2,3
Ausland.....	152,3	153,8	+ 3,0	+ 2,9	- 0,8	+ 16,3	+ 5,9
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	87,9	79,8	- 8,5	- 9,8	- 14,2	+ 4,3	- 7,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	105,0	107,0	- 2,6	- 5,0	- 9,6	+ 4,2	- 2,9
Chemische Industrie.....	115,5	121,3	- 8,4	- 5,9	- 7,3	+ 5,5	- 3,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	112,4	118,0	- 4,5	- 4,6	- 8,5	+ 8,1	- 1,6
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	106,9	112,0	- 6,0	- 9,0	- 12,6	+ 2,6	- 6,2
Maschinenbau.....	120,1	123,6	- 2,2	- 3,2	- 10,1	+ 9,9	0,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	139,3	133,7	- 10,9	- 9,3	- 13,1	+ 2,9	- 6,4
Fahrzeugbau.....	172,3	180,2	+ 1,6	- 7,7	- 13,8	+ 4,8	- 4,7
Neue Länder und Berlin-Ost							
Industrie2).....	180,1	184,4	+ 0,6	- 1,6	- 4,3	+ 12,4	+ 1,8
davon: Inland.....	147,2	149,5	+ 0,3	- 1,4	- 4,5	+ 9,5	+ 1,2
Ausland.....	355,3	369,9	+ 0,9	- 2,1	- 3,6	+ 19,1	+ 2,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	177,8	189,4	- 1,5	- 1,4	- 4,4	+ 14,2	+ 2,4
davon: Inland.....	149,6	160,2	- 2,1	- 2,1	- 6,2	+ 11,2	+ 1,1
Ausland.....	315,3	332,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 22,5	+ 5,4
Investitionsgüterproduzenten.....	186,9	183,6	+ 1,8	- 1,8	- 3,9	+ 11,2	+ 1,4
davon: Inland.....	143,0	135,7	+ 2,1	- 0,3	- 1,4	+ 7,7	+ 1,7
Ausland.....	415,2	432,1	+ 1,3	- 4,3	- 7,8	+ 17,3	+ 0,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	164,0	164,4	+ 0,5	- 9,6	- 13,7	+ 3,2	- 6,5
davon: Inland.....	150,2	153,9	+ 0,9	- 10,0	- 15,4	+ 2,6	- 6,9
Ausland.....	296,6	265,5	- 1,7	- 7,7	- 4,5	+ 7,1	- 4,3
Verbrauchsgüterproduzenten.....	165,8	168,4	+ 6,5	+ 5,1	+ 1,5	+ 12,6	+ 6,9
davon: Inland.....	152,8	156,4	+ 7,5	+ 4,8	- 0,7	+ 13,3	+ 6,8
Ausland.....	275,4	271,1	+ 1,3	+ 6,5	+ 12,6	+ 9,2	+ 7,2
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	135,3	140,6	- 5,3	- 8,6	- 13,9	+ 3,5	- 5,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	183,9	186,1	+ 6,1	+ 3,5	- 1,3	+ 12,7	+ 5,7
Chemische Industrie.....	178,5	192,7	- 9,9	- 0,8	+ 1,9	+ 17,3	+ 3,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	173,2	185,0	+ 4,8	- 0,7	- 7,0	+ 12,9	+ 2,7
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	152,6	152,1	- 2,3	- 4,5	- 7,5	+ 8,4	- 1,5
Maschinenbau.....	133,8	149,2	+ 8,2	+ 0,6	- 11,7	+ 20,8	+ 5,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	230,5	219,7	+ 6,1	+ 4,7	+ 2,9	+ 15,8	+ 7,3
Fahrzeugbau.....	241,6	236,3	- 3,8	- 6,7	- 4,7	+ 5,0	- 3,9

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2002						
		März	April	1. VJ	Februar	März	April	Januar – April
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen Anzahl	
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1995 = 100		85,8	...	– 1,7	– 2,3	+ 2,6
Hochbau 1995 = 100		80,2	...	– 5,8	– 3,8	+ 2,7
Wohnungsbau 1995 = 100		58,3	...	– 17,6	– 15,5	– 18,5
Hochbau ohne Wohnungsbau 1995 = 100		95,9	...	+ 1,3	+ 3,7	+ 15,7
Gewerblicher Hochbau 1995 = 100	
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post 1995 = 100	
Öffentlicher Hochbau 1995 = 100	
Tiefbau 1995 = 100		95,1	...	+ 4,6	– 0,3	+ 2,6
Straßenbau 1995 = 100		95,9	...	+ 8,9	+ 19,1	– 5,1
Tiefbau ohne Straßenbau 1995 = 100		94,8	...	+ 3,0	– 7,3	+ 6,4
Gewerblicher Tiefbau 1995 = 100	
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post 1995 = 100	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau 1995 = 100	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt 1995 = 100		75,3p	80,4p	– 1,0p	– 2,4p	+ 3,4p	– 0,4p	– 0,8p
Hochbauleistungen 1995 = 100		71,9p	75,5p	– 2,3p	– 2,2p	+ 0,4p	– 2,6p	– 2,5p
Tiefbauleistungen 1995 = 100		81,6p	89,8p	+ 1,8p	– 1,8p	+ 8,7p	+ 3,7p	+ 2,4p
Bau fertigstellungen 1)								
Wohnungen Anzahl	
Rauminhalt: Wohngebäude 1 000 m ³	
Nichtwohngebäude 1 000 m ³	
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4) 1 000		845,7	– 8,7	– 10,7
Offene Stellen (Bauberufe) 5) 1 000		16,6	16,1p	– 7,9	– 10,2	– 1,9	– 6,7p	– 6,8p
Arbeitslose (Bauberufe) 5) 1 000		327,0	282,8p	+ 3,1	+ 2,0	+ 0,5	– 0,8p	+ 2,4p

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2002						
		März	April	1. VJ	Februar	März	April	Januar – April
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	98,2	...	– 1,4	– 7,4	+ 7,4
Hochbau	1995 = 100	96,5	...	– 3,7	– 4,3	+ 8,7
Wohnungsbau	1995 = 100	70,9	...	– 16,0	– 13,1	– 16,5
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	113,8	...	+ 3,7	– 1,1	+ 24,5
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	101,0	...	+ 2,5	– 11,6	+ 5,6
Straßenbau	1995 = 100	96,4	...	+ 8,1	+ 16,6	– 5,3
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	103,0	...	+ 0,4	– 20,9	+ 10,9
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	80,5p	86,0p	+ 0,2p	– 2,4p	+ 4,8p	+ 1,4p	+ 0,6p
Hochbauleistungen	1995 = 100	78,3p	82,3p	– 0,8p	– 1,6p	+ 2,4p	– 0,5p	– 0,6p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	84,5p	93,1p	+ 2,1p	– 3,5p	+ 9,3p	+ 5,0p	+ 3,0p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m ³
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	629,9	– 6,7	– 8,7
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	10,6	9,8p	– 15,9	– 17,4	– 8,2	– 11,3p	– 14,1p
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	157,2	129,2p	+ 4,5	+ 3,4	+ 1,9	– 1,3p	+ 3,6p

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2002						
		März	April	1. VJ	Februar	März	April	Januar – April
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1000 m ¹⁴	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten,								
Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	53,9	...	–	3,7	+	17,0	–
Hochbau	1995 = 100	39,3	...	–	16,0	–	2,6	–
Wohnungsbau	1995 = 100	30,8	...	–	25,7	–	25,5	–
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	46,3	...	–	10,1	+	13,3	–
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	79,4	...	+	11,3	+	43,8	–
Straßenbau	1995 = 100	94,4	...	+	11,1	+	26,5	–
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	73,5	...	+	11,3	+	52,0	–
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	56,5p	60,3p	–	6,1p	–	1,9p	–
Hochbauleistungen	1995 = 100	48,4p	50,5p	–	10,3p	–	6,1p	–
Tiefbauleistungen	1995 = 100	71,2p	78,1p	+	0,5p	+	5,0p	+
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³	
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	215,8	–	13,9	–	16,1
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	6,1	6,3p	+	14,1	+	10,7	+
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	169,8	153,7p	+	1,8	+	0,6	–
					0,8	–	0,3p	+
						–	1,2p	

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@3 Löhne und Gehälter

	2002									
	Januar	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April		
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Bundesrepublik Deutschland										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	106,2	106,3	106,4	106,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1		
auf Monatsbasis	105,6	105,7	105,8	106,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	106,1	106,2	106,6	106,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4		
auf Monatsbasis	104,7	104,7	105,2	105,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4		
Früheres Bundesgebiet										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	104,6	104,7	104,9	105,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0		
auf Monatsbasis	104,2	104,3	104,5	104,6	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	104,9	104,9	105,4	105,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,4		
auf Monatsbasis	103,6	103,6	104,1	104,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,4		
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	114,7	114,7	114,5	114,6	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,6		
auf Monatsbasis	113,4	113,4	113,3	113,4	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,6		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	113,8	113,8	113,3	113,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,4		
auf Monatsbasis	112,2	112,2	111,9	112,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,6		

¹⁾ Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4 Außenwirtschaft

@4.1 Einfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002				
	Januar - März	Januar - März		Januar	Februar	März	Januar - März	Januar - März
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %	
Einfuhr insgesamt	139 767	124 179	- 15 588	- 15,3	- 8,6	- 9,5	- 11,2	100
Güter der Ernährungswirtschaft.....	9 567	9 614	+ 47	- 2,6	+ 0,3	+ 3,9	+ 0,5	7,7
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	116 986	104 577	- 12 409	- 14,3	- 8,4	- 9,1	- 10,6	84,2
Rohstoffe und Halbwaren.....	20 426	16 847	- 3 579	- 21,2	- 13,7	- 17,2	- 17,5	13,6
Rohstoffe.....	11 184	9 441	- 1 743	- 22,2	- 5,5	- 17,8	- 15,6	7,6
Halbwaren.....	9 241	7 405	- 1 836	- 19,9	- 23,3	- 16,6	- 19,9	6,0
Fertigwaren.....	96 560	87 730	- 8 830	- 12,7	- 7,3	- 7,5	- 9,1	70,6
Vorerzeugnisse.....	14 289	11 926	- 2 363	- 8,4	- 24,9	- 14,6	- 16,5	9,6
Enderzeugnisse.....	82 271	75 804	- 6 467	- 13,4	- 3,8	- 6,2	- 7,9	61,0
Landwirtschaftsgüter.....	3 797	3 867	+ 71	- 2,9	- 2,5	+ 11,3	+ 1,9	3,1
Vorleistungsgüter.....	40 286	33 581	- 6 705	- 16,7	- 18,6	- 14,7	- 16,6	27,0
Investitionsgüter.....	42 457	38 313	- 4 144	- 14,6	- 9,0	- 5,6	- 9,8	30,9
Gebrauchsgüter.....	6 672	6 495	- 177	- 6,1	- 0,0	- 2,0	- 2,7	5,2
Verbrauchsgüter.....	19 412	20 422	+ 1 010	+ 1,6	+ 12,8	+ 1,4	+ 5,2	16,4
Energie.....	12 293	10 193	- 2 100	- 24,5	- 7,9	- 17,6	- 17,1	8,2
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	14 851	11 307	- 3 544	- 32,7	- 14,8	- 22,7	- 23,9	9,1
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	3 532	3 650	+ 117	- 1,5	- 1,1	+ 12,9	+ 3,3	2,9
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	145	115	- 30	- 26,3	- 30,9	- 4,5	- 20,6	0,1
Fische und Fischereierzeugnisse.....	120	103	- 17	- 14,3	- 10,7	- 16,9	- 14,1	0,1
Kohle und Torf.....	318	337	+ 20	+ 5,9	+ 18,2	- 1,9	+ 6,2	0,3
Erdöl und Erdgas.....	9 152	7 572	- 1 580	- 26,6	- 2,9	- 20,5	- 17,3	6,1
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-
Erze.....	602	567	- 35	+ 26,7	- 51,2	+ 5,0	- 5,8	0,5
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	268	251	- 17	- 5,6	+ 0,2	- 12,9	- 6,3	0,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	6 000	5 908	- 92	- 3,8	+ 0,8	- 1,4	- 1,5	4,8
Tabakerezeugnisse.....	164	152	- 12	- 13,9	+ 0,3	- 9,9	- 7,3	0,1
Textilien.....	3 119	2 820	- 299	- 8,1	- 9,8	- 11,0	- 9,6	2,3
Bekleidung.....	4 759	4 360	- 399	- 6,1	- 9,4	- 9,5	- 8,4	3,5
Leder und Lederwaren.....	1 650	1 648	- 2	+ 9,5	- 0,0	- 8,5	- 0,1	1,3
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	1 044	974	- 70	- 6,7	- 7,3	- 6,2	- 6,7	0,8
Papier.....	3 240	2 769	- 471	- 25,9	- 16,7	+ 0,5	- 14,5	2,2
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	522	514	- 9	+ 1,6	+ 10,8	- 15,1	- 1,7	0,4
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	2 713	2 095	- 618	- 19,6	- 30,1	- 19,0	- 22,8	1,7
Chemische Erzeugnisse.....	12 953	12 938	- 15	+ 5,4	- 0,3	- 4,7	- 0,1	10,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	3 113	2 904	- 209	- 10,1	+ 2,9	- 12,1	- 6,7	2,3
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	1 553	1 416	- 137	- 16,8	- 0,9	- 8,3	- 8,8	1,1
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	7 237	5 945	- 1 292	- 17,6	- 19,1	- 16,9	- 17,9	4,8
Metallerzeugnisse.....	2 946	2 811	- 134	- 10,1	+ 1,1	- 4,6	- 4,6	2,3
Maschinen.....	9 469	8 634	- 835	- 10,1	- 6,9	- 9,4	- 8,8	7,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	7 857	6 907	- 950	- 18,9	- 6,0	- 9,7	- 12,1	5,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	6 437	5 418	- 1 019	- 21,0	- 13,7	- 12,4	- 15,8	4,4
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernseh- geräte sowie elektronische Bauelemente.....	9 076	7 010	- 2 066	- 30,0	- 24,6	- 13,5	- 22,8	5,6
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	4 056	3 849	- 207	- 8,6	- 1,1	- 5,5	- 5,1	3,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	12 457	12 197	- 260	- 1,5	- 4,5	- 0,2	- 2,1	9,8
Sonstige Fahrzeuge.....	7 026	5 648	- 1 378	- 30,4	- 19,7	- 8,8	- 19,6	4,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	3 279	3 173	- 106	- 13,3	+ 4,7	- 1,1	- 3,2	2,6
Energie.....	110	189	+ 79	- 27,0	+ 116,2	+ 117,9	+ 72,3	0,2
Sonstige Waren 3) 4).....	14 851	11 307	- 3 544	- 32,7	- 14,8	- 22,7	- 23,9	9,1

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgelistebare Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.2 Ausfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2001		2002		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					
						Januar	Februar	März	Januar - März	Januar - März	
	Januar - März	Januar - März	Mil. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %			
Ausfuhr insgesamt.....	159 572	156 002	- 3 570	- 3,1	- 0,7	- 2,9	- 2,2	100			
Güter der Ernährungswirtschaft.....	6 719	6 799	+ 80	+ 3,6	- 0,8	+ 1,0	+ 1,2	4,4			
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	144 787	141 373	- 3 415	- 3,3	- 0,7	- 3,1	- 2,4	90,6			
Rohstoffe und Halbwaren.....	8 067	7 427	- 639	- 8,8	- 2,3	- 12,1	- 7,9	4,8			
Rohstoffe.....	1 911	1 836	- 75	- 5,1	+ 32,7	- 29,2	- 3,9	1,2			
Halbwaren.....	6 156	5 591	- 564	- 9,8	- 12,2	- 5,7	- 9,2	3,6			
Fertigwaren.....	136 721	133 945	- 2 775	- 3,0	- 0,6	- 2,5	- 2,0	85,9			
Vorzeugnisse.....	20 832	19 237	- 1 595	- 13,0	- 7,5	- 2,5	- 7,7	12,3			
Enderzeugnisse.....	115 888	114 708	- 1 180	- 1,1	+ 0,7	- 2,5	- 1,0	73,5			
Landwirtschaftsgüter.....	1 255	1 326	+ 72	+ 0,5	+ 11,3	+ 5,0	+ 5,7	0,9			
Vorleistungsgüter.....	49 315	45 920	- 3 395	- 9,5	- 6,2	- 5,1	- 6,9	29,4			
Investitionsgüter.....	72 435	71 863	- 572	- 0,7	+ 1,4	- 2,9	- 0,8	46,1			
Gebrauchsgüter.....	5 748	5 657	- 91	- 2,5	- 4,4	+ 1,9	- 1,6	3,6			
Verbrauchsgüter.....	16 645	16 977	+ 333	+ 4,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	10,9			
Energie.....	2 393	2 125	- 268	- 13,3	+ 21,1	- 30,4	- 11,2	1,4			
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	11 781	12 132	+ 351	- 0,1	+ 3,7	+ 5,1	+ 3,0	7,8			
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	1 098	1 201	+ 103	+ 0,0	+ 19,0	+ 8,6	+ 9,4	0,8			
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	119	97	- 22	- 17,8	- 38,7	- 0,4	- 18,4	0,1			
Fische und Fischereierzeugnisse.....	38	28	- 10	+ 150,5	- 42,4	- 75,3	- 25,7	0,0			
Kohle und Torf.....	62	58	- 4	- 20,9	- 7,8	+ 10,0	- 5,9	0,0			
Erdöl und Erdgas.....	785	773	- 12	+ 5,0	+ 82,5	- 50,2	- 1,6	0,5			
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-			
Erze.....	14	24	+ 9	- 9,8	+ 87,3	+ 100,4	+ 65,8	0,0			
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	195	218	+ 23	+ 1,5	+ 21,6	+ 13,5	+ 11,7	0,1			
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	5 175	5 246	+ 70	+ 2,9	- 1,9	+ 3,1	+ 1,4	3,4			
Tabakerzeugnisse.....	528	441	- 87	+ 12,5	- 19,5	- 30,1	- 16,5	0,3			
Textilien.....	2 876	2 694	- 182	- 5,4	- 0,5	- 12,5	- 6,3	1,7			
Bekleidung.....	1 931	2 043	+ 111	+ 5,2	+ 7,6	+ 4,4	+ 5,8	1,3			
Leder und Lederwaren.....	692	792	+ 100	+ 14,0	+ 31,6	+ 0,3	+ 14,5	0,5			
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	867	841	- 26	- 5,5	+ 6,8	- 9,3	- 3,0	0,5			
Papier.....	3 414	3 312	- 102	- 10,5	- 7,2	+ 9,2	- 3,0	2,1			
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	989	1 096	+ 108	+ 16,0	+ 10,3	+ 6,1	+ 10,9	0,7			
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	1 335	1 181	- 154	- 18,7	- 3,2	- 10,0	- 11,5	0,8			
Chemische Erzeugnisse.....	19 801	18 871	- 930	- 6,2	- 7,3	- 0,6	- 4,7	12,1			
Gummi- und Kunststoffwaren.....	4 667	4 914	+ 247	+ 1,6	+ 10,8	+ 3,5	+ 5,3	3,1			
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	1 978	1 985	+ 8	- 3,0	+ 4,0	- 0,0	+ 0,4	1,3			
Eisen- und Stahlherzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	7 776	6 827	- 948	- 16,0	- 11,0	- 9,8	- 12,2	4,4			
Metallerzeugnisse.....	4 582	4 489	- 94	- 5,2	+ 7,6	- 7,6	- 2,0	2,9			
Maschinen.....	22 152	21 507	- 645	+ 1,6	- 2,3	- 7,4	- 2,9	13,8			
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	4 460	4 096	- 364	- 20,2	+ 14,8	- 15,0	- 8,2	2,6			
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	8 149	7 549	- 600	- 9,4	- 2,3	- 10,0	- 7,4	4,8			
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Baulemente.....	8 567	7 367	- 1 200	- 15,7	- 19,4	- 7,5	- 14,0	4,7			
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	6 085	6 232	+ 147	+ 5,9	+ 2,4	- 0,6	+ 2,4	4,0			
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	29 528	29 413	- 116	+ 3,0	- 0,9	- 3,0	- 0,4	18,9			
Sonstige Fahrzeuge.....	7 215	7 912	+ 697	- 5,3	+ 13,5	+ 23,1	+ 9,7	5,1			
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	2 502	2 549	+ 47	+ 7,7	+ 3,2	- 3,7	+ 1,9	1,6			
Energie.....	211	113	- 98	- 16,1	- 54,9	- 58,9	- 46,4	0,1			
Sonstige Waren 3) 4).....	11 781	12 132	+ 351	- 0,1	+ 3,7	+ 5,1	+ 3,0	7,8			

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgelisteter Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern^{*}

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %				
	Januar - März	Januar - März		Januar	Februar	März	Januar - März						
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %						
Ausfuhr insgesamt	139 767	124 179	-	15 588	-	15,3	-	8,6	-	9,5	-	11,2	100,0
EU-Länder	71 980	64 025	-	7 955	-	15,1	-	8,1	-	9,9	-	11,1	51,6
Frankreich	13 224	12 318	-	906	-	13,4	-	3,7	-	3,4	-	6,8	9,9
Niederlande	12 173	10 218	-	1 955	-	16,7	-	10,4	-	20,9	-	16,1	8,2
Italien	8 855	8 002	-	854	-	13,5	-	9,7	-	5,6	-	9,6	6,4
Vereinigtes Königreich	9 413	8 038	-	1 375	-	20,5	-	11,2	-	11,7	-	14,6	6,5
Irland	2 788	2 913	+	125	-	17,1	-	12,3	+	14,4	+	4,5	2,3
Dänemark	2 262	2 072	-	191	-	16,8	+	7,8	-	13,1	-	8,4	1,7
Griechenland	446	422	-	24	-	22,1	-	0,3	+	10,9	-	5,4	0,3
Portugal	1 490	1 192	-	298	-	24,0	-	23,9	-	11,7	-	20,0	1,0
Spanien	4 293	3 915	-	377	-	10,4	-	1,7	-	13,8	-	8,8	3,2
Schweden	2 515	2 060	-	455	-	20,5	-	28,3	-	4,1	-	18,1	1,7
Finnland	1 508	1 142	-	366	-	22,6	-	23,2	-	27,0	-	24,3	0,9
Österreich	5 089	4 883	-	206	-	5,2	-	4,9	-	2,2	-	4,0	3,9
Belgien	7 499	6 421	-	1 078	-	14,7	-	13,4	-	15,0	-	14,4	5,2
Luxemburg	425	430	+	6	+	19,7	-	14,0	+	0,5	+	1,3	0,3
EFTA-Länder	8 036	7 354	-	681	-	6,0	-	1,5	-	17,1	-	8,5	5,9
Island	93	116	+	23	-	21,2	-	88,1	+	22,6	+	24,4	0,1
Norwegen	3 014	2 483	-	531	-	18,9	-	0,6	-	31,8	-	17,6	2,0
Liechtenstein	85	74	-	11	-	8,1	-	5,3	-	24,3	-	13,1	0,1
Schweiz	4 843	4 681	-	162	+	4,0	-	3,3	-	9,5	-	3,3	3,8
Andere europäische Länder ¹⁾	2 650	2 681	+	31	+	6,9	+	3,9	-	6,7	+	1,2	2,2
darunter:													
Türkei	1 559	1 607	+	48	+	9,5	-	0,8	+	0,8	+	3,1	1,3
Russische Föderation	3 806	3 051	-	755	-	26,9	-	30,9	+	2,6	-	19,8	2,5
Ukraine	196	191	-	5	-	11,0	-	1,9	+	6,4	-	2,3	0,2
Belarus	80	71	-	9	-	14,4	+	3,0	-	19,4	-	11,1	0,1
Estland	73	92	+	19	-	2,3	+	41,9	+	33,5	+	25,5	0,1
Lettland	115	98	-	17	+	3,2	-	17,4	-	27,1	-	14,7	0,1
Litauen	178	166	-	12	-	17,4	-	5,9	+	2,5	-	6,8	0,1
Polen	3 262	3 320	+	58	-	3,8	+	10,1	-	0,7	+	1,8	2,7
Tschechische Republik	3 426	3 823	+	396	+	5,5	+	19,8	+	9,5	+	11,6	3,1
Slowakei	1 019	1 031	+	11	+	4,9	+	8,7	-	7,9	+	1,1	0,8
Ungarn	2 957	2 941	-	16	-	10,4	+	1,2	+	7,3	-	0,6	2,4
Rumänien	570	549	-	21	+	1,3	-	1,4	-	9,7	-	3,7	0,4
Bulgarien	170	182	+	12	+	29,8	+	9,8	-	13,7	+	7,2	0,1
Slowenien	645	654	+	9	+	5,7	+	13,4	-	12,3	+	1,4	0,5
Kroatien	184	160	-	25	-	14,2	-	0,5	-	24,4	-	13,5	0,1
Außereuropäische Länder	57 102	50 119	-	6 982	-	17,6	-	10,9	-	7,9	-	12,2	40,4
darunter:													
Vereinigte Staaten	12 450	9 714	-	2 736	-	27,1	-	21,3	-	17,6	-	22,0	7,8
Kanada	882	627	-	255	-	28,2	-	33,0	-	26,3	-	28,9	0,5
Südafrika	770	659	-	111	-	42,8	+	2,6	+	5,8	-	14,4	0,5
China	4 742	4 925	+	183	-	0,7	+	4,0	+	9,2	+	3,9	4,0
Japan	6 219	4 547	-	1 672	-	33,6	-	20,6	-	25,7	-	26,9	3,7
Australien	306	298	-	8	+	70,2	-	24,2	-	24,3	-	2,6	0,2
Neuseeland	105	114	+	10	+	6,1	-	1,1	+	22,5	+	9,3	0,1
Nachrichtlich:													
Mittel- und osteurop. Länder	16 300	15 922	-	378	-	8,9	-	0,9	+	2,6	-	2,3	12,8
Entwicklungsländer ²⁾	21 137	19 210	-	1 928	-	14,4	-	8,8	-	3,5	-	9,1	15,5
OECD-Länder ³⁾	113 825	100 916	-	12 909	-	15,3	-	8,1	-	10,6	-	11,3	81,3
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	4 726	4 102	-	624	-	19,3	-	7,9	-	11,0	-	13,2	3,3
OPEC-Länder ⁵⁾	2 100	1 518	-	582	-	38,0	-	22,0	-	21,4	-	27,7	1,2
NAFTA-Länder ⁶⁾	13 738	10 657	-	3 082	-	27,0	-	21,9	-	18,3	-	22,4	8,6
ASEAN-Länder ⁷⁾	4 361	3 617	-	744	-	20,7	-	16,7	-	13,4	-	17,1	2,9

^{*}) Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

¹⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

²⁾ Gemäß Liste der UN.

³⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁴⁾ Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

⁵⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁶⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern*

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002						
	Januar - März	Januar - März		Dezember	Januar	Februar	Januar - März	Januar - März		
	Mill. EUR			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Anteil in %	
Einfuhr insgesamt	159 572	156 002	- 3 570	- 3,1	- 0,7	- 2,9	- 2,2	100,0		
EU-Länder	90 439	86 500	- 3 939	- 4,2	- 5,2	- 3,7	- 4,4	55,4		
Frankreich	18 494	17 521	- 973	- 8,5	- 5,9	- 1,4	- 5,3	11,2		
Niederlande	10 088	9 463	- 625	- 8,5	- 5,5	- 4,6	- 6,2	6,1		
Italien	12 564	11 546	- 1 017	- 7,6	- 9,2	- 7,5	- 8,1	7,4		
Vereinigtes Königreich	13 058	13 443	+ 385	+ 4,6	- 0,8	+ 5,3	+ 2,9	8,6		
Irland	1 094	1 039	- 55	+ 11,0	- 21,9	- 0,6	- 5,1	0,7		
Dänemark	2 545	2 621	+ 76	+ 2,5	+ 1,0	+ 5,3	+ 3,0	1,7		
Griechenland	1 240	1 325	+ 85	+ 37,7	- 2,6	- 9,7	+ 6,8	0,8		
Portugal	1 611	1 626	+ 15	+ 2,6	- 6,0	+ 6,4	+ 0,9	1,0		
Spanien	7 213	6 819	- 394	- 2,5	- 4,6	- 9,0	- 5,5	4,4		
Schweden	3 391	3 245	- 146	- 8,3	- 2,0	- 2,5	- 4,3	2,1		
Finnland	1 772	1 535	- 237	- 13,4	- 9,9	- 16,6	- 13,4	1,0		
Österreich	8 273	7 857	- 416	- 6,3	- 0,7	- 7,7	- 5,0	5,0		
Belgien	8 372	7 746	- 626	- 4,0	- 10,1	- 8,3	- 7,5	5,0		
Luxemburg	722	713	- 9	+ 0,4	+ 5,5	- 8,5	- 1,3	0,5		
EFTA-Länder	8 248	7 699	- 549	- 6,6	- 3,0	- 9,8	- 6,7	4,9		
Island	78	58	- 19	- 12,3	- 38,0	- 21,1	- 25,0	0,0		
Norwegen	1 137	1 035	- 101	- 2,4	- 1,2	- 20,8	- 8,9	0,7		
Liechtenstein	78	80	+ 2	+ 1,6	+ 20,4	- 9,6	+ 2,8	0,1		
Schweiz	6 957	6 526	- 430	- 7,4	- 3,0	- 8,0	- 6,2	4,2		
Andere europäische Länder ¹⁾	3 070	3 250	+ 180	- 16,6	+ 23,3	+ 9,0	+ 5,9	2,1		
darunter:										
Türkei	1 563	1 556	- 8	- 24,9	+ 4,8	+ 21,3	- 0,5	1,0		
Russische Föderation	1 895	2 549	+ 654	+ 52,4	+ 47,0	+ 13,2	+ 34,5	1,6		
Ukraine	404	484	+ 80	+ 26,5	+ 15,8	+ 18,2	+ 19,7	0,3		
Belarus	146	182	+ 37	+ 53,0	+ 57,3	- 9,3	+ 25,2	0,1		
Estland	109	129	+ 20	+ 22,7	+ 20,1	+ 13,9	+ 18,4	0,1		
Lettland	155	192	+ 37	+ 25,9	+ 28,8	+ 18,4	+ 23,7	0,1		
Litauen	244	321	+ 76	+ 57,6	+ 26,4	+ 17,1	+ 31,2	0,2		
Polen	3 691	3 799	+ 108	- 1,0	+ 14,1	- 3,0	+ 2,9	2,4		
Tschechische Republik	3 653	3 726	+ 72	+ 2,7	+ 6,7	- 2,8	+ 2,0	2,4		
Slowakei	913	904	- 9	- 5,2	+ 9,4	- 6,4	- 1,0	0,6		
Ungarn	2 625	2 601	- 24	+ 2,1	+ 4,7	- 8,4	- 0,9	1,7		
Rumänien	649	685	+ 36	+ 13,5	+ 13,4	- 7,9	+ 5,5	0,4		
Bulgarien	217	265	+ 48	+ 56,0	+ 26,5	- 6,0	+ 22,1	0,2		
Slowenien	593	569	- 24	- 8,7	- 0,4	- 2,7	- 4,0	0,4		
Kroatien	357	377	+ 20	+ 1,5	+ 18,4	- 1,8	+ 5,6	0,2		
Außereuropäische Länder	57 814	58 552	+ 738	- 0,1	+ 5,6	- 1,2	+ 1,3	37,5		
darunter:										
Vereinigte Staaten	17 202	16 451	- 751	- 12,0	+ 0,8	- 1,3	- 4,4	10,5		
Kanada	1 086	1 265	+ 179	+ 48,1	+ 19,6	- 9,4	+ 16,4	0,8		
Südafrika	976	1 045	+ 69	+ 11,5	+ 21,5	- 8,1	+ 7,1	0,7		
China	2 623	3 179	+ 556	+ 30,4	+ 26,1	+ 10,2	+ 21,2	2,0		
Japan	3 366	2 842	- 524	- 14,9	- 13,6	- 18,0	- 15,6	1,8		
Australien	818	871	+ 53	+ 5,2	+ 12,9	- 18,0	+ 6,5	0,8		
Neuseeland	117	120	+ 3	- 11,2	+ 22,3	- 2,0	+ 2,6	0,1		
Nachrichtlich:										
Mittel- und osteurop. Länder	15 008	16 228	+ 1 219	+ 10,7	+ 14,4	+ 0,8	+ 8,1	10,4		
Entwicklungsländer ²⁾	20 275	20 898	+ 623	+ 2,7	+ 5,1	+ 1,7	+ 3,1	13,4		
OECD-Länder ³⁾	136 230	130 942	- 5 288	- 4,9	- 2,9	- 3,9	- 3,9	83,9		
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	4 359	4 156	- 203	- 13,2	+ 4,3	- 3,7	- 4,7	2,7		
OPEC-Länder ⁵⁾	3 027	3 465	+ 438	+ 16,1	+ 23,3	+ 6,1	+ 14,5	2,2		
NAFTA-Länder ⁶⁾	19 687	18 990	- 697	- 8,6	+ 0,8	- 2,4	- 3,5	12,2		
ASEAN-Länder ⁷⁾	3 042	2 632	- 410	- 16,8	- 5,3	- 17,0	- 13,5	1,7		

* Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

¹⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

²⁾ Gemäß Liste der UN.

³⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁴⁾ Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

⁵⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁶⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)¹⁾

Warengruppen	2001		2002			2001		2002		
	Jahr	Februar	März	Januar - März	Jahr	Februar	März	Januar - März		
								Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Einfuhr insgesamt	- 15,3	- 8,6	- 9,5	- 11,2	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	- 2,6	+ 0,3	+ 3,9	+ 0,5	7,3	7,4	7,7	7,7	7,7	7,7
Gewerbliche Wirtschaft	- 14,3	- 8,4	+ 9,1	- 10,6	83,4	84,3	84,4	84,2	84,2	84,2
Rohstoffe	- 22,2	- 5,5	- 17,8	- 15,6	7,6	8,0	6,8	7,6	7,6	7,6
Halbwaren	- 19,9	- 23,3	- 16,6	- 19,9	6,5	5,5	6,2	6,0	6,0	6,0
Fertigwaren	- 12,7	- 7,3	- 7,5	- 9,1	69,3	70,8	71,5	70,6	70,6	70,6
Vorerzeugnisse	- 8,4	- 24,9	- 14,6	- 16,5	10,9	9,4	9,8	9,6	9,6	9,6
Enderzeugnisse	- 13,4	- 3,8	- 6,2	- 7,9	58,4	61,4	61,7	61,0	61,0	61,0
Ausfuhr insgesamt	- 3,1	- 0,7	- 2,9	- 2,2	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 3,6	- 0,8	+ 1,0	+ 1,2	4,4	4,5	4,2	4,4	4,4	4,4
Gewerbliche Wirtschaft	- 3,3	- 0,7	- 3,1	- 2,4	90,6	90,5	90,9	90,6	90,6	90,6
Rohstoffe	- 5,1	+ 32,7	- 29,2	- 3,9	1,1	1,5	1,0	1,2	1,2	1,2
Halbwaren	- 9,8	- 12,2	- 5,7	- 9,2	3,7	3,4	3,7	3,6	3,6	3,6
Fertigwaren	- 3,0	- 0,6	- 2,5	- 2,0	85,8	85,6	86,1	85,9	85,9	85,9
Vorerzeugnisse	- 13,0	- 7,5	- 2,5	- 7,7	12,7	12,2	12,7	12,3	12,3	12,3
Enderzeugnisse	- 1,1	+ 0,7	- 2,5	- 1,0	73,1	73,4	73,4	73,5	73,5	73,5

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr¹⁾

Index	2001			2002			2001			2002				
	Jahr	Januar	Februar	März	Jahr	Januar	Februar	März	1995 = 100			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
									1995 = 100			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Einfuhr														
Index der tatsächlichen Werte	102,2	89,3	92,7	94,9	+ 2,2	- 15,2	- 8,6	- 9,4						
Index des Volumens	102,4	92,9	96,5	98,7	+ 2,4	- 9,0	- 4,1	- 5,6						
Index der Durchschnittswerte	99,8	96,1	96,0	96,2	- 0,2	- 6,9	- 4,8	- 4,1						
Ausfuhr														
Index der tatsächlichen Werte	106,7	100,7	103,6	109,1	+ 6,7	- 3,0	- 0,8	- 2,8						
Index des Volumens	104,7	97,9	101,9	107,9	+ 4,7	- 4,5	- 0,8	- 2,3						
Index der Durchschnittswerte	101,9	102,9	101,6	101,1	+ 1,9	+ 1,6	- 0,1	- 0,6						
I terms of Trade	102,1	107,1	105,8	105,1	+ 2,1	+ 9,1	+ 4,9	+ 3,6						

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.7 Handelsbilanzsaldo¹⁾ (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 4 170	x	+ 3 120	x	+ 4 453	x	+ 10 076	x
Februar	+ 5 521	+ 9 691	+ 7 121	+ 10 241	+ 6 463	+ 10 916	+ 10 008	+ 20 084
März	+ 5 628	+ 15 319	+ 6 131	+ 16 372	+ 8 889	+ 19 805	+ 11 738	+ 31 822
1. Vierteljahr	+ 15 319	x	+ 16 372	x	+ 19 805	x		
April	+ 5 632	+ 20 952	+ 5 296	+ 21 668	+ 5 404	+ 25 209	+ 31 822	x
Mai	+ 3 249	+ 24 200	+ 4 503	+ 26 171	+ 7 418	+ 32 627		
Juni	+ 6 813	+ 31 014	+ 6 607	+ 32 778	+ 6 870	+ 39 497		
2. Vierteljahr	+ 15 694	x	+ 16 406	x	+ 19 692	x		
Juli	+ 7 103	+ 38 117	+ 5 943	+ 38 721	+ 8 762	+ 48 259		
August	+ 3 025	+ 41 142	+ 2 920	+ 41 640	+ 8 272	+ 56 531		
September	+ 5 545	+ 46 687	+ 4 254	+ 45 894	+ 6 472	+ 63 003		
3. Vierteljahr	+ 15 673	x	+ 13 116	x	+ 23 506	x		
Oktober	5.637	52.324	6.794	52.688	8.999	72.002		
November	7.805	60.129	4.765	57.453	6.717	78.718		
Dezember	5.082	65.211	1.675	59.128	8.333	87.051		
4. Vierteljahr	18.524	x	13.234	x	24.048	x		
2. Halbjahr	34.197	x	26.350	x	47.554	x		
Jahr	65.211	x	59.128	x	87.051	x		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.8 Leistungsbilanzsaldo (in Mio. Euro)

	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309	+ 510	+ 510
Februar	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973	+ 3 009	+ 3 519
März	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833	+ 7 013	+ 10 532
1. Vierteljahr	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x	+ 10 971	x
April	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156	+ 3 363	+ 13 895
Mai	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326		
Juni	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 592	- 3 266		
2. Vierteljahr	+ 1 749	x	- 4 760	x	+ 2 433	x		
Juli	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052	- 2 418	- 5 684		
August	- 4 379	- 6 820	- 5 936	- 16 988	+ 2 936	- 2 748		
September	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023	+ 586	- 2 162		
3. Vierteljahr	- 8 122	x	- 10 998	x	+ 1 104	x		
Oktober	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614	+ 4 027	+ 1 866		
November	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927	+ 1 540	+ 3 406		
Dezember	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610	+ 1 384	+ 4 790		
4. Vierteljahr	- 5 014	x	- 10 929	x	+ 6 951	x		
2. Halbjahr	- 13 136	x	- 21 927	x	+ 8 055			
Jahr	- 14 419	X	- 32 856	X	+ 9 655			

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2001		2001		2002			
	Jahr	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	
		Mill. DM	Mill. Euro					
Zahlungsbilanz								
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ¹⁾ (Zunahme: -)	+ 6 032	+ 204	+ 2 882	- 1 747	+ 67	+ 328	+ 1 657	
Leistungsbilanz	+ 2 651	+ 1 540	+ 1 384	+ 510	+ 3 009	+ 7 013	+ 3 363	
Außenhandel ²⁾	+ 94 195	+ 7 337	+ 8 333	- 10 067	+ 10 008	+ 11 736	+ 9 317	
Ergänzungen zum Warenverkehr ³⁾	- 4 887	- 284	- 172	- 448	- 387	- 431	- 456	
Dienstleistungsbilanz	- 47 382	- 2 811	- 2 536	- 4 081	- 3 237	- 3 271	- 2 760	
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 12 609	+ 53	- 2 603	- 5 761	- 360	+ 1 711	+ 221	
Laufende Übertragungen	- 26 665	- 2 754	- 1 637	- 724	- 3 015	- 2 734	- 2 960	
Vermögensübertragungen	- 967	- 180	- 156	+ 477	- 155	- 162	- 147	
Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 12 766	- 2 565	+ 8 785	+ 7 884	- 971	+ 3 737	+ 7 670	
Direktinvestitionen	- 15 762	+ 10 605	- 33 168	- 9 725	- 15 611	- 1 488	- 11 642	
Wertpapiere	- 6 703	- 1 106	+ 475	+ 1 072	+ 988	- 556	+ 1 154	
Finanzderivate	- 22 907	- 29 398	+ 10 950	- 692	- 1 381	- 12 345	- 1 858	
Kreditverkehr	- 1 353	- 91	- 18	- 236	- 133	- 35	- 200	
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	- 46 084	- 17 425	- 12 977	- 1 698	- 17 109	- 10 688	- 4 876	
Restposten der Zahlungsbilanz	+ 38 369	+ 15 861	+ 8 867	+ 2 458	+ 14 187	- 3 508	+ 2	
Bestandsangaben								
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank								
Bruttowährungsreserven
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland
Auslandsverbindlichkeiten
Netto-Auslandpositionen	67 396	97 841	67 396	87 658	88 036	89 410	97 636	
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute	- 168 823	- 180 425	- 168 823	- 201 218	- 197 756	- 185 915	- 207 692	

¹⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif.).

³⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@5 Arbeitsmarkt

@5.1 Früheres Bundesgebiet

	2002											
	Januar	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	2 791,3	2 789,1	2 682,6	2 602,8p	+	6,4	+	6,3	+	5,7	+	5,2p
Männer	1 622,8	1 631,3	1 562,3	1 492,3p	+	8,7	+	8,7	+	8,3	+	7,9p
Frauen	1 168,5	1 157,8	1 120,3	1 110,5p	+	3,4	+	3,2	+	2,1	+	1,9p
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	9,3	9,2	8,9	8,6p	–	–	–	–	–	–	–	–
Männer	10,1	10,1	9,7	9,3p	–	–	–	–	–	–	–	–
Frauen	8,3	8,2	8,0	7,9p	–	–	–	–	–	–	–	–
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	8,3	8,3	8,0	7,8p	–	–	–	–	–	–	–	–
Kurzarbeiter insgesamt	179,0	207,2	216,8	205,4p	+	157,9	+	127,3	+	124,6	+	132,4p
Offene Stellen insgesamt	366,6	419,0	448,7	456,7p	–	14,9	–	12,8	–	11,3	–	9,6p
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)	5 647p	5 626p	5 616p	5 597p	–	2,0p	–	2,5p	–	2,7p	–	2,9p
Vorleistungsgüterproduzenten	2 521p	2 519p	2 515p	2 506p	–	1,9p	–	2,2p	–	2,4p	–	2,6p
Investitionsgüterproduzenten ..	1 990p	1 979p	1 976p	1 969p	–	0,5p	–	1,3p	–	1,6p	–	1,9p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	254p	253p	252p	250p	–	3,7p	–	4,1p	–	4,5p	–	4,9p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	882p	875p	874p	872p	–	4,7p	–	5,4p	–	5,3p	–	5,4p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 6)	640,4	624,5	629,9	...	–	6,8	–	6,7	–	8,7	–	...
Geleistete Arbeitsstunden 4)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)5)	447 243p	434 969p	440 013p	453 632p	–	5,2p	–	5,1p	–	11,4p	+	1,1p
Vorleistungsgüterproduzenten	215 456p	209 308p	212 705p	220 398p	–	5,8p	–	5,0p	–	11,1p	+	1,6p
Investitionsgüterproduzenten ..	148 267p	146 048p	147 380p	151 267p	–	4,4p	–	5,4p	–	11,9p	+	0,8p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	21 378p	20 519p	20 557p	21 093p	–	5,8p	–	6,1p	–	14,0p	+	2,1p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	62 142p	59 094p	59 371p	60 874p	–	4,6p	–	4,1p	–	10,2p	+	0,1p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6)	42,4	47,2	57,9	...	–	10,3	–	9,5	–	12,4	–	...
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 6)	17,5	19,1	23,7	...	–	10,7	–	9,9	–	14,3	–	...
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6)	14,8	15,9	18,2	...	–	10,4	–	9,3	–	13,6	–	...
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6)	10,1	12,2	16,1	...	–	9,5	–	9,2	–	8,1	–	...

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

³⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁴⁾ 1 000 Std.

⁵⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁶⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@5 Arbeitsmarkt

@5.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002											
	Januar	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	1 498,6	1 507,1	1 473,4	1 421,3p	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,9p				
Männer	792,7	803,5	780,8	740,5p	+ 5,1	+ 3,8	+ 3,4	+ 4,6p				
Frauen	705,9	703,5	692,7	680,8p	- 1,6	- 1,7	- 1,8	- 0,8p				
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	20,6	20,7	20,3	19,6p	-	-	-	-				
Männer	21,2	21,5	20,9	19,8p	-	-	-	-				
Frauen	20,0	19,9	19,6	19,3p	-	-	-	-				
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	19,1	19,2	18,8	-	-	-	-	-				
Kurzarbeiter insgesamt	32,8	39,2	40,9	39,7p	+ 44,7	+ 29,3	+ 24,0	+ 30,3p				
Offene Stellen insgesamt	55,8	67,5	78,4	80,5p	+ 4,2	+ 6,5	+ 8,6	+ 7,1p				
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erdern 2)3)	623p	622p	621p	622p	+ 1,0p	+ 0,5p	-	- 0,2p				
Vorleistungsgüterproduzenten	280p	280p	280p	281p	+ 1,3p	+ 0,9p	...	+ 0,5p				
Investitionsgüterproduzenten ..	191p	190p	189p	190p	+ 1,3p	+ 0,6p	...	- 0,2p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	26p	26p	25p	25p	- 1,2p	- 1,9p	...	- 3,6p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	127p	127p	126p	126p	+ 0,6p	+ 0,2p	...	- 0,9p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 6)	223,6	215,2	215,8	...	- 15,0	- 13,9	- 16,1	...				
Geleistete Arbeiterstunden 4)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erdern 2)3)5)	62 196p	58 653p	59 576p	62 209p	- 1,3p	- 0,5p	- 8,3p	+ 6,5p				
Vorleistungsgüterproduzenten	29 167p	27 717p	28 366p	29 567p	- 1,4p	+ 0,1p	- 7,4p	+ 6,9p				
Investitionsgüterproduzenten ..	18 469p	17 465p	17 596p	18 644p	- 2,2p	- 1,6p	- 10,2p	+ 7,4p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	2 702p	2 526p	2 555p	2 616p	- 4,4p	- 3,3p	- 10,9p	+ 3,2p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	11 858p	10 945p	11 059p	11 382p	+ 1,1p	+ 0,4p	- 6,6p	+ 5,1p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6) ..	15,5	17,3	19,7	...	- 20,5	- 9,5	- 17,9	...				
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 5)	5,4	5,6	6,2	...	- 22,1	- 13,6	- 24,9	...				
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6)	5,5	6,2	7,0	...	- 21,9	- 11,0	- 16,9	...				
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6)	4,6	5,5	6,5	...	- 16,5	- 2,8	- 11,0	...				

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

³⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁴⁾ 1 000 Std.

⁵⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁶⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@6 Preise

	2002									
	Mai	1. Vj.	März	April	Mai	1. Vj.	März	April	Mai	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	111,2	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,1	
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke	108,0	+ 2,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 4,8	+ 3,7	+ 2,1	+ 0,3	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	113,0	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,3	
Bekleidung und Schuhe	103,7	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,9	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	115,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung)	104,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,0	
Gesundheitspflege	112,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	
Verkehr	119,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,2	- 0,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,3	
Nachrichtenübermittlung	82,4	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 1,4	- 0,6	+ 0,2	+ 0,6	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ..	106,8	+ 1,6	- 0,4	- 1,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,7	
Bildungswesen	123,9	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	111,9	+ 2,1	- 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,1	
Andere Waren und Dienstleistungen	112,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	
Index der Einzelhandelspreise	105,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,7	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	+ 0,4	+ 0,3	- 0,1	...	- 0,2	- 0,2	- 0,8	...	
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,6	- 0,3	...	- 1,8	- 1,5	- 2,5	...	
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,7	+ 0,1	- 0,2	...	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3	...	
Konsumgüterproduzenten	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	...	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,0	...	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 1,9	+ 1,2	- 3,8	...	+ 4,8	+ 5,3	- 1,5	...	
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	...	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	...	
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	+ 0,9	+ 0,4	- 1,8	...	- 1,9	- 2,1	- 5,0	...	
Preisindex für Wohngebäude	+ 0,1 ³⁾	- 0,2 ³⁾	
Preisindex für Straßenbau	+ 0,1 ³⁾	- 0,2 ³⁾	
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	- 1,3	+ 0,4p	- 3,4p	...	+ 0,0	...	- 6,4p	...	
pflanzlicher Produkte	+ 5,0	- 1,9	- 1,4	...	+ 6,2	...	+ 1,5	...	
tierische Produkte	- 4,5	+ 1,7p	- 4,5p	...	- 3,1	...	- 10,4p	...	
Index der Einfuhrpreise	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,2	...	- 3,1	- 2,5	- 2,8	...	
Güter der Ernährungswirtschaft	+ 5,5	- 0,4	- 3,0	...	+ 3,3	+ 1,0	- 2,2	...	
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,5	...	- 3,9	- 2,9	- 2,9	...	
Rohstoffe und Halbwaren	+ 0,9	+ 4,6	+ 2,7	...	- 14,8	- 10,6	- 9,8	...	
Fertigwaren	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	...	- 0,4	- 0,4	- 0,6	...	
Index der Ausfuhrpreise	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	...	- 0,4	- 0,4	- 0,3	...	
dar. Fertigwaren	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	...	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	...	
HWWA-Index der Weltmarktpreise ²⁾	105,9	+ 5,8	+ 12,4	+ 4,5	+0,1	- 15,4	- 5,8	- 2,8	- 5,8	

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

³⁾ Ergebnis für November 2001.

p = Vorläufiges Ergebnis.

@7 Zinssätze

	2001				2002			
	Januar	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz
Lombardsatz
Pensionssatz ¹⁾
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/ Main ²⁾	4,75	4,74	4,69	4,66	3,32	3,34	3,37	3,39
Dreimonatsgeld, Fibor ³⁾⁴⁾
Sechsmonatsgeld Fibor ³⁾⁴⁾
Kapitalmarktzinsen ⁵⁾								
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	4,9	4,9	4,8	4,9	4,8	4,8	5,1	5,1
dar. Anleihen der öffentlichen Hand	4,8	4,8	4,7	4,8	4,7	4,8	5,0	5,0
Sollzinsen der Banken ⁶⁾								
Kontokorrentkredite ⁷⁾	10,30	10,15	10,03	10,07	9,62	9,58	9,64	9,69
Wechseldiskontkredite ⁸⁾	6,99	6,98	7,00	6,96	6,34	6,36	6,28	6,34
Hypothekarkredite auf Wohn- grundstücke ⁹⁾								
Festzinsen 5 Jahre	5,93	5,90	5,80	5,78	5,52	5,66	5,89	5,96
Festzinsen 10 Jahre	6,22	6,17	6,12	6,11	5,95	6,05	6,26	6,30
Gleitzinsen	6,72	6,71	6,67	6,64	6,13	6,14	6,16	6,26
Habenzinsen der Banken ⁶⁾								
Festgelder (1 – 3 Monate) ¹⁰⁾ ..	3,96	3,87	3,95	3,91	2,73	2,66	2,70	2,69
Spareinlagen (mit Mindest-/ Grundverzinsung ¹¹⁾	1,26	1,25	1,24	1,23	1,07	1,06	1,05	1,04

¹⁾ Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

²⁾ Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben am Frankfurter Bankplatz.

³⁾ Frankfurt Interbank Offered Rate.

⁴⁾ Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelte und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

⁵⁾ Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

⁷⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM, ab Januar 2002 von 100 000 € bis unter 500 000 €.

⁸⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM, ab Januar 2002 bis unter 50 000 €.

⁹⁾ Effektivverzinsung.

¹⁰⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 von 100 000 DM bis unter 1. Mio. DM, ab Januar 2002 von 50 000 € bis unter 500 000 €.

¹¹⁾ Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Juni 2002

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.